

Said AlDailami/Martin Pabst

DER ARABISCHE UMBRUCH – EINE ZWISCHENBILANZ

Interne Dynamik und externe Einmischung

Berichte & Studien 99

Said AlDailami / Martin Pabst

Der Arabische Umbruch – eine Zwischenbilanz

Interne Dynamik und externe Einmischung

Impressum

ISBN	978-3-88795-445-1
Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Autoren	Dr. Said AlDailami / Dr. Martin Pabst
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Gebr. Geiselberger GmbH, Vilsbiburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung	5
Martin Pabst / Said AlDailami	
2. Externe Einflüsse im Arabischen Umbruch und ihr Stellenwert ...	9
Martin Pabst	
2.1 Der Arabische Umbruch: Endogene oder exogene Ursachen?	9
2.2 Historischer Rückblick auf die westliche Präsenz in der arabischen Region	13
2.3 Die sicherheitspolitischen und geostrategischen Interessen in der Region	22
2.4 Die wechselvolle US-Politik in der Region seit 2001	28
2.5 Externe Einflussmächte und aufstrebende Regionalmächte	35
2.6 Der Arabische Umbruch in ausgewählten Staaten	50
2.6.1 Tunesien	50
2.6.2 Ägypten	58
2.6.3 Libyen	82
2.6.4 Syrien	96
2.6.5 Bahrain (Said AlDailami)	119
2.6.6 Jemen (Said AlDailami)	126
3. Das Arabische Erwachen: Binnenperspektivische Ansichten ..	135
Said AlDailami	
3.1 Die Symbiose von politik- und kulturwissenschaftlichen Forschungsansätzen	135
3.1.1 Die Relevanz einer arabischen Lesart	135
3.1.2 Die Relevanz von Authentizität und Sprache	136
3.1.3 Die Relevanz von kultureller Sensibilisierung	139
3.2 Kollektiverinnerungen und kulturelles Gedächtnis von Gesellschaften	140
3.2.1 Das kulturelle Gedächtnis im Spannungsfeld politischer Machtverhältnisse	144
3.2.2 Das arabische kulturelle Gedächtnis	146

3.2.3	Das kulturelle Gedächtnis als aktueller Analyse- und Deutungsraum	147
3.3	Alternative Zugänge zur Analyse und zum Verständnis des Arabischen Erwachens	149
3.3.1	Profane oder religiöse Lesart?	149
3.3.2	Eine profane Lesart der Ereignisse in Syrien	152
3.4	Arabisches Erwachen und die Rolle der Religion	155
3.4.1	Islamische und islamistische Akteure	155
3.4.2	Die Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit islamistischer Parteien	156
3.4.3	Die Wandlungsfähigkeit am Beispiel der Muslimbruderschaft	159
3.5	Arabisches Erwachen und das Verständnis von Demokratie	163
3.5.1	Demokratie als Etikettenschwindel	163
3.5.2	Demokratie als Auslegungssache	166
3.6	Arabisches Erwachen und gegenwärtige Entwicklungen in ausgewählten Staaten	167
3.6.1	Ägypten	167
3.6.2	Syrien	170
3.6.3	Jemen	172
3.6.4	Bahrain	173
3.6.5	Israel	174
3.7	Drei große Herausforderungen in der aktuellen Transformationsphase	175
3.8	Schlussbemerkungen zur Innenperspektive des Arabischen Erwachens	177
4.	Resümee und Ausblick	181
	Martin Pabst / Said AIDailami	

1. Vorbemerkung

Martin Pabst / Said AlDailami

Der Arabische Umbruch dauert nun über drei Jahre an, und ein Ende des Transformationsprozesses ist nicht absehbar. Die Beurteilung der Geschehnisse wird in vielen westlichen Medien häufig von oberflächlichen Analysen, tagespolitischem Aktionismus und der selektiven Fokussierung auf einzelne Staaten bestimmt. Ein ganzheitlicher Blick, der die ganze Region in die politische Analyse einschließt, wird kaum gewagt. Problematisch ist zudem eine Europa- bzw. Amerika-zentrische Betrachtungsweise. Der sozio-kulturelle und kulturhistorische Kontext politischer Prozesse in der arabischen Welt wird weitgehend ausgeklammert.

Besonders deutlich wird diese Haltung in rasch wechselnden Bewertungen der Vorgänge. Zunächst erfolgte eine optimistische Glorifizierung bürgerlich-liberalen Freiheitsstrebens („Arabischer Frühling“), dann ein vorsichtig-optimistisches Bekenntnis zu einem demokratie- und partnerschaftsfähigen moderaten Islamismus, schließlich eine pessimistische Generalwarnung vor antidemokratischem Islamismus, Terrorismus, Bürgerkrieg und Staatszerfall („Islamistischer Winter“). Tagesaktuell ändert sich die Lagebeurteilung, und jeweilige Entwicklungen in einzelnen nachrichtenbestimmenden Ländern (insb. Ägypten, Libyen, Syrien) werden als Belege für die Gesamttendenz des Arabischen Umbruchs gewertet. Geschichtsrelevante Entwicklungen in anderen arabischen Staaten bleiben weitgehend unbeachtet, und eine grundständige Analyse der endogenen und exogenen Rahmenbedingungen, Akteure und Ideologien ist bisher die Ausnahme.

Auch wenn das Fallbeispiel Syrien die unübersehbare Rolle externer Einflussmächte in den Blickwinkel gerückt hat, überwiegt doch weiterhin die Vorstellung, dass der Umbruchprozess in der arabischen Welt vorwiegend innenpolitisch bestimmt ist. Vorherrschend ist das Narrativ der „überraschten“ und „ratlosen“ internationalen Staatengemeinschaft. Der Arabische Umbruch wird als spontan entstandene und sich wechselseitig befruchtende Protestbewegung frustrierter Bürger in den jeweiligen Ländern gesehen, die von Unterdrückung, Gängelung, wirtschaftlicher Stagnation und Korruption irgendwann genug hatten. Speerspitze des Widerstands sind demnach über Internet und Satellitenfernsehen gut informierte städtische Jugendliche, die virtuos moderne elektronische Medien in der Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat einsetzen und damit auch ohne externe Unterstützung Erfolge erzielen. Diese innenorientierte Sichtweise wird auch von den Aktivisten vor Ort propagiert, die verständlicherweise das alleinige Verdienst für den Sturz von Potentaten

oder für politische Veränderungen beanspruchen möchten. Mit Stolz verwenden sie den Begriff „Revolution“ und suggerieren damit die alleinige Urheberschaft für das Arabische Erwachen.

Das Ausland, in Sonderheit der Westen, hat nach dieser Lesart in den letzten Jahrzehnten dem arabischen Raum ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt und auf die falschen Partner gesetzt, nämlich die Diktatoren. Die logische Folge ist, dass er daher vergleichsweise wenig Einfluss im gegenwärtigen Umbruchprozess besitzt. Vertreter dieser Sichtweise in westlichen Staaten rufen denn auch mehrheitlich zu politischer Zurückhaltung auf, zumal das Spektrum der neuen, unbekannteren Eliten breit und unübersichtlich sei. Darüber hinaus postulieren Analysten eine angeblich schwer verständliche und deshalb Angst auslösende „Irrationalität“ politischer Akteure und Entwicklungen in den arabischen Staaten.

Hingegen ist in der arabischen Welt eine größere Sensibilität für externe Einmischungen vorhanden. So äußerte der in Paris lebende Syrer Adonis (eigentlich Ali Ahmad Said), der als bedeutendster lebender arabischer Dichter gilt: „Es ist nicht so, als hätte ich damals keine Hoffnung gehabt, dass sich vieles zum Besseren wandeln könnte. Aber zugleich hatte ich starke Zweifel, als ich sah, wie sich Europa und die USA sowie Katar und Saudi-Arabien einmischten und bestimmte Strömungen schon nach wenigen Wochen mit Geld unterstützten. Eigentlich war die Revolution damit schon zum Scheitern verurteilt.“¹

Manche arabische Stimmen greifen gar zu den in diesem Raum verbreiteten Verschwörungstheorien und unterstellen eine von langer Hand geplante Anstiftung der Proteste durch externe Akteure. Verbreitet ist beispielsweise die Vorstellung, dass die USA und Israel mit der Destabilisierung und territorialen Zersplitterung Libyens und Syriens die letzten Bastionen des unabhängigen arabischen Nationalismus zerstören möchten.² Dieser Interpretation folgend, betrachten sich die Araber einmal mehr als ohnmächtige Opfer externer Manipulation, deren Beginn sie in den Kreuzzügen und später in der Kolonialisierung sehen.

Die beschriebenen Analysemuster – seien sie westlicher oder arabischer Provenienz – greifen sicherlich zu kurz, weil sie zu eindimensionalen oder monokausalen Erklärungen tendieren. Einerseits ist es naiv zu glauben, dass eine von Mauretanien bis in den Jemen reichende, über Jahre anhaltende Protestbewegung mit übereinstimmenden Leitgedanken von außen ausschließlich angestiftet und kontrolliert werden kann. Bassam Tibi würde diese Lesart unter der Kategorie Verschwörungstheorie einordnen. Er bezeichnet solche Verschwörungstheorien als „Trauma der arabischen Politik“, die die rationale Erkenntnis hemme, den Blick auf

¹ Relotius, Claas: „Die wahre Revolution hat erst begonnen“, in: Die Welt, 19.2.2014.

² Siehe z. B. Azaziah, Jonathan: Israel's Plot To Take Down Syria, friendsofsyria.co/enemies-of-syria/israel%E2%80%99s-plot-to-take-down-syria-1, Stand: 5.3.2014.

eigenes Verschulden verstelle und irrationalen Radikalismus begünstige.³ Andererseits kann nicht verleugnet werden, dass der arabische Raum aufgrund seiner exponierten geostrategischen Lage und seiner reichen Ressourcen seit jeher Ziel externer Einflussmächte gewesen ist. Mit Bezug darauf schreibt der Islamwissenschaftler Tariq Ramadan: „It would be naive to imagine that the great powers, the United States, France, Germany, Russia or even China were nothing more than casual observers of the growing turmoil. Their relationships with national governments, their links with the region’s military establishments, their carefully calibrated dealings with each country or regime, point clearly to the involvement of these powers before and during the uprisings.“⁴

Ziel dieser Studie ist es, eine länderübergreifende, systematische Einordnung der ersten Etappe des Umbruchsprozesses unter Beachtung des sozio-kulturellen und kulturhistorischen Kontexts zu geben – dies mit gebotener Vorsicht, denn der Umbruchprozess ist gerade einmal gut drei Jahre alt und längst nicht abgeschlossen.⁵ Sie stellt die These auf, dass die bisherigen Entwicklungen in den Umbrüchländern von rationalem, nachvollziehbarem Kalkül bestimmt sind und externe Einflussnahme stärker ins Gewicht fällt, als gemeinhin im Westen angenommen wird. Vielleicht erleben wir derzeit sogar eine geschichtliche Neuordnung der arabischen Welt, bei der die regionale und globale Interessenkonkurrenz die entscheidende Rolle spielt. Diese These lohnt vor allem deshalb der weiteren Begründung und Konkretisierung, weil sie – im Unterschied zur weit verbreiteten westlichen Wahrnehmung – in der arabischen Welt sowohl von Intellektuellen als auch von Laien häufig vertreten wird. Für viele Menschen vor Ort bestätigen die aktuellen Entwicklungen im vierten Jahr des Arabischen Umbruchs ihre Überzeugung, dass der Einfluss exogener Faktoren auf den Transformationsprozess von erheblicher Bedeutung ist und bleiben wird.

Die Studie versucht darüber hinaus, die kulturellen Hintergründe für die Formulierung dieser These zu erforschen. Neben einem allgemeinen Überblick über die historischen Ereignisse in der arabischen Welt und einer Bestandsaufnahme und Bewertung des Agierens externer Einflussmächte aus der klassischen Außenperspektive beleuchtet sie auch einige Aspekte des gesellschaftlichen und sozioökonomischen Kontexts dieser Staaten. Durch die zusätzliche Fokussierung auf die binnenperspektivische Lesart des Arabischen Umbruchs und ihre kulturtheoretische Untermauerung bezweckt sie, alternative Interpretationsmodi zu präsentieren. Durch diese Herangehensweise sollen einerseits der innereuropäische Diskurs über

³ Tibi, Bassam: Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik, München, 2. Aufl., 1994.

⁴ Ramadan, Tariq: The Arab Awakening. Islam and the new Middle East, London 2012, S. 5.

⁵ Der Bearbeitungsschluss für die vorliegende Studie ist der 10. Juni 2014.

Gegenwart und Zukunft der arabischen Welt um weitere Perspektiven bereichert, andererseits die politikwissenschaftliche Transitionsforschung um weitere Ansichten aus den kulturorientierten Wissenschaftsdisziplinen ergänzt werden.

2. Externe Einflüsse im Arabischen Umbruch und ihr Stellenwert

Martin Pabst

2.1 Der Arabische Umbruch: Endogene oder exogene Ursachen?

Nach dem Ende des Kalten Kriegs wurde der arabische Raum wie keine andere Weltregion von absoluten Monarchien, Militärdiktaturen, Einparteiensystemen oder Fassadendemokratien beherrscht. Nur im Libanon bestand seit der Unabhängigkeit 1943 eine funktionierende, am Proporzsystem orientierte Demokratie. Das kleine Land war freilich nicht repräsentativ, und auch hier wurde die Demokratie durch periodisch wiederkehrende bewaffnete Konflikte unterminiert. Nicht wenige externe Beobachter postulierten einen arabischen Sonderweg („Arab Exceptionalism“): Der Islam, die Geschichte, kulturelle und tribale Prägungen, die Folgen einer ausschließlichen Erdölökonomie wie auch die Perfektionierung staatlicher Repression wurden herangezogen, um das Ausbleiben von Demokratie und Pluralismus zu erklären.⁶

Als zum Jahreswechsel 2010/11 eine von Bürgern getragene Protestbewegung den gesamten arabischen Raum erfasste und die autoritären Regierungen herausforderte, wurde dieses Konzept in Frage gestellt. Die Reaktionen waren recht unterschiedlich. Im Westen meinten viele optimistische Beobachter vorschnell, einen „Arabischen Frühling“ zu erkennen, der zu einer raschen Demokratisierung der gesamten Region führen würde. „Entgegen der Meinung derer, die vor der Globalisierung als irgendeinem kapitalistischen Phänomen immer wieder gewarnt haben, erleben wir jetzt, dass eine Globalisierung der Aufklärung, eine Globalisierung von Werten und eine Globalisierung von Freiheitswerten stattfinden“, meinte z. B. der deutsche Außenminister Guido Westerwelle am 9. Februar 2011 im Bundestag.⁷

Insbesondere im arabischen Raum wie auch in Russland ist freilich auch die gegenteilige Ansicht zu hören, wonach die Protestbewegung von außen angezettelt worden sei. Laut dem russischen Orientalisten Vitaly Naumkin gibt es in diesem Zusammenhang drei vorherrschende Erklärungsmuster: 1. Die USA waren verantwortlich. 2. Die Islamisten waren verantwortlich. 3. Die USA im Verbund mit Islamisten waren verantwortlich.⁸

⁶ Stark, Alex: Arab Exceptionalism? Tunisia's Islamist Movement, in: E-International Relations Studies, 31.1.2011, www.e-ir.info/2011/01/31/arab-exceptionalism-tunisia%E2%80%99s-islamist-movement, Stand: 30.4.2014.

⁷ Auswärtiges Amt: Rede von Bundesaußenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag zur Lage in Ägypten, 9.2.2011, www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2011/110209-BM_BT_Aegypten.html, Stand: 30.4.2014.

⁸ Naumkin, Vitaly: Moving From the Bottom Up and Back Down Again. The Arab Spring and the Global International System, in: Russia in global affairs 3/2011, S. 36-38.

Naumkin bestreitet freilich derlei Aussagen. Die Protestbewegung sei spontan entstanden und insbesondere von jugendlichen, gebildeten Aktivisten aus städtischen Mittelschichten getragen worden.⁹

Dieser Aussage ist zuzustimmen. Eine Protestbewegung, die binnen weniger Monate den gesamten arabischen Raum von Mauretanien bis in den Oman erfasste, kann nicht von außen angezettelt oder gesteuert werden. Ursache war eine zunehmende politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit in Verbindung mit demographischem Druck angesichts anhaltend hohen Bevölkerungswachstums. Bislang unpolitische Bürger, deren Toleranzgrenze überschritten war, und erstmals politisierte, perspektivlose Jugendliche verliehen den Protesten die kritische Masse, die früher gefehlt hatte. So versammelten sich beim Sturz von Mubarak unter dem Motto „Brot, Freiheit, Würde“ schließlich über 1 Mio. Menschen auf dem Tahrir-Platz und angrenzenden Straßen in Kairo.¹⁰

Die Wende erfolgte zwischen 1990 und 2000. Bis dahin hatte ein autoritärer Gesellschaftsvertrag für Ruhe gesorgt: Die Herrscher garantierten Grundversorgung, soziale Dienstleistungen sowie weitreichende Beschäftigungsmöglichkeiten im aufgeblähten staatlichen Sektor. Im Gegenzug stellten die Bürger keine politischen Forderungen. Dies änderte sich infolge der zunehmenden Verschuldung vieler Länder. Sozialistische Experimente waren gescheitert, und Missmanagement und Korruption zeigten ihre Wirkungen. Die ressourcenarmen Staaten verfügten nicht mehr über ausreichende Mittel, um sich Wohlwollen zu erkaufen. Als Gegenleistung für Hilfen und Kredite internationaler Institutionen waren sie gezwungen, die Wirtschaft zu liberalisieren und Strukturanpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Im Zuge dieses Prozesses verstärkte sich die sozioökonomische Ungleichheit: Eliten im Umfeld der Herrscher konnten sich profitable Teile der Wirtschaft zu Vorzugsbedingungen aneignen, während sich die Lage der Unterschicht wie auch der Mittelschicht durch Preisanstieg und Lohnverfall, Rücknahme von Subventionen, Kürzung staatlicher Dienstleistungen und Wegfall von staatlichen Arbeitsplätzen signifikant verschlechterte. Aufkommende Unzufriedenheit wurde mit verstärkter Repression beantwortet.¹¹

Hinzu kam der demographische Faktor: Die Regime waren überaltert – beispielsweise waren der libysche Revolutionsführer Muammar Gaddafi und seine Entourage seit 1969 an der Macht –, doch 70 % der arabischen

⁹ Ebd., S. 35.

¹⁰ Over 1 million protestors in Tahrir Square on February 9, 2011, in: CNN iReport, 10.2.2011, ireport.cnn.com/docs/DOC-553448, Stand: 30.4.2014.

¹¹ Zorob, Anja: Der Zusammenbruch des autoritären Gesellschaftsvertrags, in: Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika, hrsg. von Annette Jünemann und Anja Zorob, Wiesbaden 2013, S. 229-256; Javaher-Haghighi, Peyman / Azad, Hassan / Noshadi, Hamid Reza: Arabellion. Die arabische Revolution für Freiheit und Brot von Kairo bis Damaskus, Münster 2013, S. 24-29.

Bevölkerungen waren 2011 jünger als 35 Jahre. Die Jugendarbeitslosigkeit war überproportional hoch, darunter fanden sich auch viele Jugendliche mit Abitur bzw. Studienabschluss.

Nicht manipulierbare globale Faktoren wirkten gerade zum Jahreswechsel 2010/11 konfliktverschärfend. Als Folge von Klimawandel, Subventionierung von Biotreibstoffen und Börsenspekulation schnellten die Getreidepreise 2008 empor. Als in China 2010/11 eine Jahrhundertdürre verstärkte Käufe auf dem Weltmarkt auslöste, explodierten die Getreidepreise erneut. Die neun größten Weizenimporteure liegen alle in Nordafrika und im Nahen / Mittleren Osten (NMO), das weltweit größte Importland ist Ägypten. In Syrien verloren im Jahr 2009 Hunderttausende Menschen ihre Existenz als Resultat einer langandauernden Dürre. Während reiche arabische Staaten wie die Golfmonarchien den Preisanstieg durch erhöhte Subventionen auffingen, waren staatliche Zuschüsse in Staaten wie Tunesien, Ägypten oder Syrien nicht möglich. Hilfs- und Auffangsysteme waren im Zuge der ökonomischen Liberalisierung abgebaut oder aufgegeben worden.¹²

Ausgelöst durch die Selbstverbrennung eines von den Behörden schikanierten, verzweifelten jungen Tunesiers, kam es zum Jahreswechsel 2010/11 zu spontanen Unruhen in vielen arabischen Staaten mit dem Ziel durchgreifender politischer und ökonomischer Reformen. Nur die ressourcenreichen Staaten (Golfmonarchien, Algerien) blieben weitgehend verschont, da sie der Bevölkerung mit ökonomischen Konzessionen entgegenkamen.

Moderne Kommunikationswege wie Satellitenfernsehen, soziale Netzwerke und Mobiltelefon spielten eine wichtige Rolle bei der unerwartet raschen und großräumigen Ausbreitung der Protestwelle. Die dezentrale, führerlose Mobilisierung über Netzwerke überforderte die Sicherheitsapparate. Diese Struktur führt freilich dazu, dass die neuen Eliten im Transformationsprozess schwach organisiert sind.

Die externen Mächte waren von den Entwicklungen nicht derart überrascht, wie häufig behauptet wird. Gerade in Nordafrika hatten sich die Proteste durch Verbote angekündigt. Verwiesen sei auf die monatelange, schließlich gewaltsam niedergeschlagene Arbeiterrevolte im tunesischen Minengebiet Gafsa im Jahr 2008, auf die Brotunruhen und auf den Textilarbeiterstreik von Al-Mahalla (6. April) desselben Jahres in Ägypten. Bei letzterem Ereignis war es erstmals zu einer Kooperation von Arbeitern und jugendlichen Internetaktivisten gekommen. Das „April 6 Movement“ gehörte zu den Speerspitzen der Anti-Mubarak-Proteste im Januar 2011.¹³ Im Jahr 2009 gelang es den ägyptischen Steuerschätzern, die erste un-

¹² Siehe Werrell, Caitlin E. / Femia, Franceso (Hrsg.): The Arab Spring and Climate Change. A Climate and Security Correlations Series, Washington D.C. 2013.

¹³ Goldstein, Eric: Before the Arab Spring, the Unseen Thaw, in: Human Rights Watch World Report 2011, www.hrw.org/world-report-2012/arab-spring-unseen-thaw, Stand: 30.4.2014.

abhängige Gewerkschaft des Landes zu gründen.¹⁴ Auch waren auf privaten ägyptischen Fernsehkanälen zunehmend regierungskritische Töne zu hören.¹⁵

Studien und Analysen hatten auf die zunehmende politische und ökonomische Unzufriedenheit hingewiesen. So zeigte der UNDP Arab Human Development Report 2004 massive Defizite auf und prognostizierte im Fall ausbleibender struktureller Reformen das mittelfristige Ausbrechen gesellschaftlicher Konflikte bis hin zu bewaffneten Zusammenstößen.¹⁶

Die externen Mächte kannten diese Analysen und hatten selbst entsprechende Recherchen in Auftrag gegeben. So identifizierte im Jahr 2008 eine vom US-Militär finanzierte Studie der RAND Corporation detailliert die drängenden Probleme und ihre sicherheitspolitischen Folgen: rasche Bevölkerungszunahme, Jugendüberhang, ökonomische Ungleichheit, Gruppenkonflikte und umweltbedingte Wasserknappheit.¹⁷ Überrascht waren die externen Akteure zum Jahreswechsel 2010/11 vom Zeitpunkt, dem Ausmaß und der Reichweite der Protestbewegung, nicht von dem Ereignis als solchem.

Auch wenn monokausale Verschwörungstheorien in vielen Fällen zu kurz greifen, haben sie doch einen richtigen Kern: Schon vor 2011 gab es erhebliche politische Einflussnahme im arabischen Raum von außen, und nach dem Beginn der Protestbewegung haben sich die externen Akteure schnell auf die neue Lage eingestellt, um ihre Interessen durchzusetzen. Insbesondere die USA haben nach dem 11. September 2001 Strategien zu einer Transformation des arabischen Raums entwickelt, da sie eine islamistische Radikalisierung fürchteten. Die Instrumente reichten von militärischer Intervention (Irak) und verdeckten Operationen über politische und ökonomische Reformanreize bis hin zur Unterstützung liberaler, reformorientierter Bewegungen und Aktivisten.

Die globalen Mächte wie auch die erstarkten Regionalmächte suchen seit Beginn des Arabischen Umbruchs ihre Position in dem geostrategisch bedeutsamen Raum zu festigen und Konkurrenten zurückzudrängen. Teilweise kooperieren sie mit reformorientierten Gruppen, teilweise mit al-

¹⁴ Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: *Arabellion*, S. 30-116; Danahar, Paul: *The New Middle East. The World after the Arab Spring*, London 2013, S. 48 f.

¹⁵ Ebd., S. 77.

¹⁶ „If the repressive situation in Arab countries today continues, intensified societal conflict is likely to follow. In the absence of peaceful and effective mechanisms to address injustice and achieve political alternation, some might be tempted to embrace violent protest, with the risk of internal disorder. This could lead to chaotic upheavals that might force a transfer of power in Arab countries, but such a transfer could well involve armed violence and human losses that, however small, would be unacceptable. Nor would a transfer of power through violence guarantee that successor governance regimes would be any more desirable.“ Zitiert in: United Nations Development Program: *Arab Human Development Report 2004*, New York 2005, S. 19.

¹⁷ RAND Corporation: *Unfolding the Future of the Long War*, Santa Monica / Arlington 2008, www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2008/RAND_MG738.pdf, Stand: 30.4.2014.

ten Eliten und undemokratischen Kräften. Westliche Akteure schwanken zwischen prinzipiengeleiteter und interessenbestimmter Politik. Manche regionale Akteure wie Saudi-Arabien lehnen Demokratisierungsversuche im arabischen Raum rundweg ab und betreiben eine restaurative Politik. Die externe Interessenkonkurrenz überlagert den Transformationsprozess und tendiert dazu, Reformkräfte zu marginalisieren. Mit dem eskalierenden Stellvertreterkrieg in Syrien und dem von außen unterstützten Staatsstreich in Ägypten vom 3. Juli 2013 wurden die Hoffnungen auf eine schnelle Demokratisierung der Region erheblich getrübt.

Doch ist die Entwicklung offen. Der Arabische Umbruch ist ein geschichtlicher Transformationsprozess, der sowohl zeitlich wie räumlich erst an seinem Anfang steht. Aus dem Wechselspiel von innenpolitischer Dynamik und externer Einflussnahme wird in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren eine neue regionale Ordnung entstehen. Umso interessanter ist es daher, die Rolle der externen Einflussmächte näher zu definieren und aus ihren mittel- und unmittelbaren Eingriffen in die Souveränitätsrechte der arabischen Staaten Rückschlüsse für die weitere Entwicklung der Region zu schließen. Während die eurozentrische Lesart der Umbrüche in der arabischen Welt den Fokus auf die Protagonisten im jeweiligen Land richtet, legen die meisten arabischen Intellektuellen ihren analytischen Schwerpunkt auf die Entschleierung der Absichten regionaler und globaler Mächte in ihren Ländern.

2.2 Historischer Rückblick auf die westliche Präsenz in der arabischen Region

Nordafrika und der Nahe / Mittlere Osten (NMO) haben eine lange Tradition arabischer Großreiche in der Nachfolge Mohammeds. Die Dynastie der Umayyaden (661-750) mit Hauptstadt Damaskus breitete ihre Herrschaft von der Arabischen Halbinsel bis nach Marokko und weiter nach Spanien aus. Die einheimischen Bevölkerungen vermischten sich mit den Zuwanderern, wurden sprachlich-kulturell arabisiert und nahmen mehrheitlich den islamischen Glauben an. Es folgte die Dynastie der Abbasiden (750-1517) mit Sitz in Bagdad sowie ab dem 13. Jahrhundert in Kairo. Dort waren freilich türkisch-kaukasische Mamelucken die eigentlichen Machthaber.¹⁸

Im Zuge der christlichen Kreuzzüge zur Befreiung des „Heiligen Landes“ gründeten Europäer ab 1098 die vier christlichen Kreuzfahrerstaaten Grafschaft Edessa, Fürstentum Antiochia, Königreich Jerusalem und Grafschaft Tripolis. Zum Ende des 13. Jahrhunderts hatten die arabischen Heere die Eindringlinge wieder vertrieben. Im Gedächtnis der

¹⁸ Die Darstellung stützt sich, wenn nicht anders angegeben, auf Hourani, Albert: Die Geschichte der arabischen Völker, Frankfurt a. M., 2. Aufl., 2000; und Schulze, Reinhard: Geschichte der Islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 1994.

muslimischen Araber sind die Kreuzritter als kulturzerstörende und islamfeindliche Eroberer in Erinnerung geblieben.

Mit der Eroberung durch die Osman-Türken (Osmanen) im 16./17. Jahrhundert brach eine bis 1918 dauernde Fremdherrschaft im arabischen Raum an. Das Reich des Sultans reichte von den Küstenstreifen der arabischen Halbinsel bis in den Norden des heutigen Algerien. Die Osmanen hatten den gleichen sunnitischen Glauben wie die Mehrheit der Araber, und der Sultan in Kostantiniyye (Konstantinopel) war nach Übernahme der Kalifenwürde Schutzherr aller sunnitischen Muslime. Doch wurde die osmanische Herrschaft von den Arabern als Periode der Fremdherrschaft und Ausbeutung erlebt.

Jahrhundertelange Gegner der Osmanen waren die europäischen Mächte, gegen die sie zunächst offensive, schließlich defensive Kriege führten. Seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts befand sich das Osmanische Reich auf dem Rückzug und wurde zum „kranken Mann am Bosphorus“, um dessen erwartbares Erbe sich die europäischen Großmächte stritten.

Angesichts der schwindenden osmanischen Macht versuchten europäische Mächte eine Expansion in den arabischen Raum. Napoleon Bonaparte führte als General der Französischen Republik 1798/99 einen Feldzug in Ägypten, um Großbritanniens Verbindungen nach Indien zu stören und seinen eigenen Ruhm zu steigern. Doch konnte er sich hier nicht langfristig festsetzen. Die restaurierte Bourbonenmonarchie eroberte ab 1830 Algerien, das später zum integralen Teil des Mutterlandes erklärt wurde. Großbritannien eignete sich 1839 im Jemen die Hafenstadt Aden an und baute sie zum Stützpunkt für den Seeweg nach Britisch-Indien aus. Wie bei den Kreuzzügen trafen auch bei der kolonialen Expansion religiöse, kulturelle, geopolitische und ökonomische Motive zusammen: Ausbreitung des Christentums, Kulturmission, Gewinnung von Stützpunkten und Erschließung neuer Ressourcen und Absatzmärkte. Frankreich suchte zudem französische Siedler in Algerien heimisch zu machen, was mit umfangreicher Landenteignung und massiver Diskriminierung der arabisch / berberischen Urbevölkerung einherging.

Nach Angriffen von Drusen auf arabische Christen in Syrien führte Kaiser Napoleon III. im Jahr 1860 eine Militäraktion durch und beanspruchte fortan beim osmanischen Sultan für Frankreich den Status einer Schutzmacht für die katholischen Christen. Russland sah sich als Schutzmacht der orthodoxen Christen.

Die anfangs erfolgreichen Bestrebungen der osmanischen Vizekönige in Kairo, Ägypten zu modernisieren und zu industrialisieren, wurden von den europäischen Staaten hintertrieben. Hierbei spielte auch eine Rolle, dass mit dem Bau des Suezkanals die strategische Bedeutung des Landes gerade für Großbritannien erheblich gestiegen war. Es trieb den ägyptischen Fiskus in zunehmende Verschuldung und konnte 1875 einen Teil der

Kanalaktien vom bankrotten ägyptischen Staat erwerben. Damit wurde es zur zentralen Einflussmacht. Als sich in Ägypten eine antibritische Bewegung bildete, griff Großbritannien 1882 unter dem Vorwand des Schutzes eigener Staatsbürger ein und besetzte das nominell weiterhin osmanische Land. Bei Kriegseintritt des Osmanischen Reichs auf Seite der Mittelmächte erklärte London 1914 ein Protektorat über Ägypten.¹⁹

Frankreich hielt sich an Tunesien schadlos, das es 1881 unter dem Vorwand der Bekämpfung nach Algerien eingedrungener Plünderer zum Protektorat erklärte. Spanien proklamierte 1884 ein Protektorat über Rio de Oro, das 1904 auf die Saguia el Hamra ausgedehnt wurde. Zusammen bildeten beide Territorien die spätere Westsahara. Im Jahr 1912 nahmen sich Frankreich und Spanien das rohstoffreiche Sultanat Marokko vor und erklärten jeweils Protektorate über Teile des Sultanats. Italien mochte nicht zurückstehen und eroberte 1912 von den Osmanen Libyen.

Bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs bearbeiteten Agenten unterschiedlicher Staaten den NMO. Entweder suchten sie die Araber gegen die Osmanen oder die regionalen Muslime gegen Großbritannien und Frankreich aufzuhetzen. Bei diesen Bemühungen spielte der strategische Rohstoff Öl eine wichtige Rolle. So hatte sich die Zahl der Automobile in den USA zwischen 1905 und 1913 verzwanzigfacht. Im Jahr 1912 ordnete der Erste Lord der Admiralität, Sir Winston Churchill, die Umstellung der Royal Navy von Kohle- auf Ölfeuerung an, und die Marinen anderer Länder zogen nach. Zu diesem Zeitpunkt versiegten in den USA die ersten Ölquellen. Im NMO bot sich die Hoffnung auf Ersatz: 1908 wurden die ersten bedeutenden Ölfunde am Persischen Golf getätigt, 1910 begann die Förderung in Ägypten.²⁰

Damals blickten viele Araber mit Bewunderung auf die politische, militärische und ökonomische Macht der europäischen Staaten. Die eigene Kultur und den Islam erachteten sie als rückständig. Doch lehnten sie koloniale Herrschaftsbeziehungen ab und strebten nach einer Kooperation auf Augenhöhe.

Im Jahr 1915 schloss der Herrscher des Hedjas, Hussein ibn Ali, eine briefliche Übereinkunft mit Henry McMahon, dem britischen Hochkommissar in Ägypten. Gegen militärische Hilfe von Seiten der Araber gegen die Osmanen sagte London Unterstützung bei der Schaffung eines arabischen Großreiches unter der Dynastie Husseins zu. 1917 versuchten die Briten zudem, den Herrscher von Nejd, Ibn Saud, dazu zu bewegen, nach Damaskus zu marschieren, was ihnen jedoch nicht gelang. Die Briten scheuten sich nicht, konkurrierende Versprechungen zu Lasten der Araber

¹⁹ Osman, Tarek: *Egypt on the Brink. From the Rise of Nasser to the Fall of Mubarak*, New Haven / London 2011, S. 23-33.

²⁰ Anderson, Scott: *Lawrence in Arabia. War, Deceit, Imperial Folly and the Making of the Modern Middle East*, London 2013, S. 47.

zu machen: 1916 wurde zwischen dem britischen Diplomaten Mark Sykes und dem französischen Diplomaten François Georges-Picot eine geheime Übereinkunft zur späteren Aufteilung des NMO vereinbart, und im November 1917 versicherte der britische Außenminister Arthur James Balfour dem zionistischen Führer Baron Lionel Walter Rothschild die britische Unterstützung bei der Gründung einer jüdischen „Heimstatt“ in Palästina. Damit war das unabhängige arabische Großreich bereits vor dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs Makulatur. Der britische Premierminister Lloyd George und der französische Premierminister Georges Clemenceau bekräftigten am 1. Dezember 1918 in London vor dem Eintreffen des Selbstbestimmungsbefürworters Woodrow Wilson auf den Pariser Friedenskonferenzen die wesentlichen Ergebnisse des Sykes-Picot-Abkommens. Die von den USA eingesetzte King-Crane-Kommission ergab, dass fast alle Völker des Osmanischen Reichs entweder unabhängig sein oder allenfalls unter US-amerikanisches Mandat kommen wollten. Doch lehnten Frankreich und Großbritannien eine solche Lösung im arabischen Raum ab, und Wilson rang sich schließlich nicht dazu durch, sie durchzusetzen.²¹

Im Vertrag von Sèvres (1920) musste das Osmanische Reich auf seine arabischen Territorien verzichten, und auf der Konferenz von San Remo wurde im selben Jahr die Aufteilung der Region geregelt. Nominell waren es keine Kolonien, sondern „Mandate“ des neu gegründeten Völkerbundes. Doch handelte es sich de facto um koloniale Herrschaft. Großbritannien und Frankreich mussten lediglich jährliche Entwicklungsberichte an den Völkerbund senden, und im Unterschied zu Kolonien war das langfristige Ziel die Entlassung in die Unabhängigkeit.

Historische Grenzen wurden von den Mandatsmächten mutwillig verändert. So trennte Großbritannien vom historischen Palästina ein „Emirat Transjordanien“ ab. Dort und im neu gegründeten „Königreich Irak“ wurden unter britischer Oberhoheit Söhne des Scherifen Hussein ibn Ali als Monarchen eingesetzt – gewissermaßen als Trostpreis für das entgangene unabhängige arabische Reich. Frankreich verwaltete sein Mandat Syrien direkt und trennte davon ein eigenständiges Mandat Libanon ab, wo es sich aufgrund des hohen Anteils arabischer Christen einen besonderen Einfluss versprach. Auch schuf Frankreich 1924 einen Alawitenstaat, den es bis 1937 separat verwaltete (heutige syrische Provinzen Latakia und Tartus). „Divide et impera“ war eine probate Strategie kolonialer Herrschaft.

Die Araber sahen im Aufstand gegen die Türken das „Erste Arabische Erwachen“. Es endete in Enttäuschung: Der „Verrat von Sykes-Picot“ führte in ihren Augen zu territorialer Zersplitterung und kolonialer Fremdherrschaft. Schon bald brachen im Irak und in Syrien Aufstände gegen

²¹ Ebd., S. 485-489.

Briten und Franzosen aus. Sie wurden brutal niedergeschlagen. So bombardierte Frankreich aufständische syrische Dörfer mit Kampfflugzeugen, was zum Tod von Zivilisten und zur Zerstörung von Lebensgrundlagen führte.

Nur ein Staat kam nicht unter europäische Vorherrschaft: das 1925 durch Vereinigung von Nejd und Hejaz unter Führung der Familie Saud entstandene spätere Königreich Saudi-Arabien. Es stand freilich seit Gründung unter britischen und US-amerikanischen Einfluss.

Das Königreich Ägypten hatte bereits 1922 seine formale Unabhängigkeit erreicht. Wie schon der Irak wurde es 1937 Völkerbundmitglied und 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. Doch bestanden noch bis 1936 demütigende „Kapitulationen“ (Sonderrechte für die dort lebenden Europäer), und auch der im selben Jahr abgeschlossene Ägyptisch-Britische Vertrag erlaubte den Briten weiterhin die Kontrolle der Suezkanalzone und die dortige Stationierung von 10.000 Mann. Als zweiter arabischer Staat wurde 1932 das Königreich Irak nominell unabhängig.

In Britisch-Palästina sprach sich die San-Remo-Resolution für die Errichtung einer jüdischen Heimstatt aus, die jedoch ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen und religiösen Rechte der Nichtjuden erfolgen sollte. Zwei kaum miteinander vereinbare Ziele führten bald zu Konflikten zwischen Juden und Arabern. Zunächst förderte die britische Mandatsverwaltung die Einwanderung zionistischer Juden nach Palästina. Dies führte von 1936 bis 1939 zu einem Aufstand der arabischen Palästinenser. Zur Lösung des Dilemmas empfahl die von Großbritannien eingesetzte Peel-Kommission 1937 die Dreiteilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat sowie einen britisch kontrollierten Korridor von der Küste bis zum ebenfalls weiterhin britischen Jerusalem. Die Empfehlungen wurden nicht umgesetzt. Sie lösten aber eine politische Dynamik aus. Jüdische Untergrundgruppen führten Angriffe und Attentate gegen die britische Mandatsverwaltung aus, um die Etablierung eines zionistischen Staats voranzutreiben. Im Gegenzug rüsteten die Araber zum Widerstand gegen dieses Projekt.

Als die Mandatsmächte Frankreich und Großbritannien im Zweiten Weltkrieg geschwächt waren, konnten auch Transjordanien, der Libanon und Syrien die Entlassung in die Unabhängigkeit erreichen. Die Entkolonialisierung im arabischen Raum eröffnete die Chance auf eine Neuformulierung der Beziehungen zwischen Orient und Okzident auf der Basis der Gleichheit und des Respekts. Doch war das Verhältnis von Anfang an belastet.

Erstens unterstützten viele westliche Staaten die Teilung Palästinas und die Gründung des Staates Israel. Am 29. November 1947 beschloss die VN-Generalversammlung auf der Grundlage der britischen Vorschläge die Aufteilung in einen arabischen und einen jüdischen Staat sowie die

Internationalisierung der Stadt Jerusalem. Unter den 33 Befürwortern waren die Kolonialmächte Belgien, Frankreich und die Niederlande sowie die USA. Unter den 13 Gegenstimmen befand sich mit Griechenland nur ein europäischer Staat. Großbritannien hatte sich enthalten. Ab den 1960er-Jahren wurden die USA zum engsten Verbündeten des jüdischen Staates.

Zweitens verlief die Entkolonialisierung nicht überall einvernehmlich. Frankreich gewährte zwar nach einigem Zögern Tunesien und Marokko 1956 die Unabhängigkeit, doch leistete es erbitterten Widerstand gegen die Aufgabe Algeriens, das als Teil des Mutterlandes galt. Frankreich wurde damit zum Hauptfeind für die gesamte arabische Welt. Der 1954 ausgebrochene und von arabischen Nachbarstaaten unterstützte Befreiungskrieg forderte mindestens Hunderttausende Tote. Erst der durch die Algerienkrise an die Macht gekommene Staatspräsident Charles de Gaulle wagte es, überkommene Mythen über Bord zu werfen. Im Jahr 1962 trotzte er seinen Landsleuten die Beendigung eines langfristig nicht gewinnbaren Krieges und die Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit ab.

Drittens versuchten die ehemaligen Kolonialmächte loyale, prowestliche Eliten in den unabhängigen Nachfolgestaaten an der Macht zu halten und diese in Militärbündnisse zu drängen. So initiierten die USA 1955 den kurzlebigen „Bagdadpakt“ zwischen Großbritannien, Irak, Iran, Pakistan und der Türkei. Auch sicherten sich die USA und ihre europäischen Verbündeten den Zugang zu den strategisch bedeutenden Ölreserven in Schlüsselländern wie Saudi-Arabien und Irak, indem sie dafür sorgten, dass prowestliche Herrscher an der Macht blieben. Dasselbe traf für Länder mit strategischen Transportwegen wie Ägypten zu.

Diese westliche Politik war auf der „arabischen Straße“ höchst unpopulär. Nach Kreuzzügen und Kolonialismus sah man im „Neokolonialismus“ eine dritte Phase externer Einmischung. Dabei wird Israel weniger als Projekt der jüdisch-zionistischen Bewegung, sondern als neokolonialer „Brückenkopf des Westens“ gesehen, der ihm die Kontrolle über die Region sichern und die arabische Einheit verhindern soll.²²

Der Widerstand gegen Neokolonialismus und israelische Staatsgründung führte zu einem „Zweiten Arabischen Erwachen“. Zur unbestrittenen Gallions- und Führungsfigur wurde Gamal Abd el Nasser, der 1952 mit gleichgesinnten Offizieren die englandfreundliche Monarchie in Ägypten stürzte. Neben der Befreiung der arabischen Welt hatte der Visionär Nasser weitere ehrgeizige Ziele: die Herstellung von Entwicklung und Wohlstand durch einen „Arabischen Sozialismus“ als Gegenmodell zum westlichen Kapitalismus und die Zusammenfassung der arabischen Staa-

²² Önder, Zehra: Saudi-Arabien. Zwischen islamischer Ideologie und westlicher Ökonomie, Stuttgart 1980, S. 131.

ten zu einem geeinten Staatenverbund im Zeichen des „Pan-Arabismus“. Kairo wurde zum Zentrum des antikolonialen Befreiungskampfes und der Agitation gegen „gemäßigte“, d.h. vom Westen abhängige arabische Regierungen.

Nasser integrierte den Islam in seine politische Vision und paktierte mit der 1928 gegründeten, antikolonialen und republikanischen Muslimbruderschaft, die die Wiedereinführung des Kalifats betrieb, einen islamischen Staat auf der Grundlage der Scharia anstrebte und ein internationales Netzwerk gleichgesinnter Organisationen aufbaute. Nach dem Machtwechsel von 1952 kam es jedoch bald zum Bruch. Als Folge eines Attentats auf Nasser verbot dieser die Muslimbruderschaft und verhaftete ihre Führer bzw. trieb sie ins Exil.

Der Versuch Großbritanniens und Frankreichs, Nasser im Verbund mit Israel durch einen Angriffskrieg zu beseitigen, führte zu einem Debakel. Die USA und die Sowjetunion zwangen 1956 in der „Suezkrise“ die Aggressoren zum Rückzug und machten damit auch klar, dass das koloniale Zeitalter beendet war.

Nach der Demütigung von Suez entschloss sich Großbritannien zum geordneten Rückzug. Die Periode der formalen Kolonialherrschaft wurde mit dem britischen Rückzug „East of Suez“ abgeschlossen: 1967 wurden Aden als Republik Südjemen, 1971 die britischen „Vertragsstaaten“ am Persischen Golf in die Unabhängigkeit entlassen. Frankreich gab, wie oben erwähnt, 1962 mit Algerien sein letztes Territorium in Nordafrika auf. Unbestrittene westliche Einflussmacht Nr. 1 sind seither die USA. Seit den 1970er-Jahren gewährleisten sie in der Nachfolge Großbritanniens die Sicherheit der militärisch schwachen Golfstaaten und haben ihre Präsenz dort stark ausgebaut.

Obwohl Nasser in der Suezkrise keinen militärischen Sieg davon getragen hatte, konnte er den politischen Sieg für sich beanspruchen. Der Panarabismus eröffnete Alternativen zur westlichen Demokratie und zum westlichen Kapitalismus. 1958 stürzten progressive Kräfte die prowestliche Monarchie im Irak, und 1958 bzw. 1962 kam es zu nasseristischen Putschen in Syrien und Nordjemen. Im Gegenzug intervenierten 1958 die USA im Libanon und Großbritannien in Jordanien, um die vom Umsturz bedrohten prowestlichen Regierungen an der Macht zu halten.

Der arabische Raum geriet nun zunehmend unter den Einfluss des Kalten Kriegs. Die dominierenden externen Akteure waren die Supermächte USA und Sowjetunion, die sich in der Region Klientelmächte suchten. Damit kam es gemäß Malcolm Kerr zu einem „1. Arabischen Kalten Krieg“ der Regionalmächte.²³ Er wurde vom großen Kalten Krieg beeinflusst, entfaltete aber durchaus eine Eigendynamik. Die Regio-

²³ Khoury, Nabeel A.: The Arab Cold War revisited. The Regional Impact of the Arab Uprising, in: Middle East Policy 2/2013, S. 73.

nalmächte agierten nicht nur als Stellvertreter der Supermächte, sondern konnten diese im Gegenzug teilweise für ihre Interessen instrumentalisieren. Konservative prowestliche Monarchien standen gegen progressive sozialistische Republiken. Dieser innerarabische Gegensatz erschwerte die Lösung außen- und sicherheitspolitischer Konflikte, u. a. auch des Nahostkonflikts.

Ägypten vollzog ab 1974 einen Kurswechsel von Ost nach West und schloss ein strategisches Bündnis mit den USA sowie im Alleingang 1979 einen Friedensvertrag mit Israel ab. Mit dem Überwechseln des Schlüsselstaats Ägypten wurde das prowestliche Lager gestärkt. Ein neuer konventioneller Krieg arabischer Mächte gegen Israel war seither nicht mehr wahrscheinlich.

Der staatlich organisierte Panarabismus degenerierte zum Auslaufmodell: Erstens war sein Motor Ägypten abhandengekommen, zweitens hatte die versprochene Befreiung Palästinas nicht stattgefunden, sondern 1967 in einer verheerenden Niederlage gegen Israel gemündet, drittens war der versprochene wirtschaftliche Wohlstand nicht eingetreten. Das nachwirkende Erbe dieser Ideologie sind bis heute verkrustete Staatsbürokratien, autoritäre Repression und wirtschaftliche Ineffizienz. Viele Araber wandten sich nun von säkularen Modellen ab und setzten ihre Hoffnungen auf islamistische Bewegungen, von denen sie sich Gerechtigkeit, wirtschaftliche Besserstellung, außenpolitische Stärke und regionale Einheit erhoffen.

Die Islamische Revolution im Iran veränderte 1979 signifikant die regionalpolitische Konstellation. Erstens wurde das Modell einer Islamischen Republik in Konkurrenz zu säkularen Republiken und konservativen Monarchien etabliert, und Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini suchte sein Modell unter iranischer Führung auch im sunnitischen Raum zu exportieren. Zweitens wechselte der Iran in das antiwestliche Lager. Drittens beanspruchten Schiiten nun eine politische Führungsrolle im NMO, in Sonderheit am Persischen Golf. Dies löste bei den sunnitischen arabischen Staaten Besorgnis aus, nicht zuletzt wegen der politisch machtlosen schiitischen Bevölkerungsgruppen in vielen Staaten.

Khoury kommt zum Ergebnis, dass 1979 ein Zweiter Arabischer Kalter Krieg einsetzte. Nun gab es ein Dreiecksverhältnis aus konservativen prowestlichen Status-quo-Mächten, sozialistischen progressiven Republiken und vom Iran inspirierten schiitischen wie sunnitischen islamistischen Bewegungen, die unterdrückt bzw. in den Untergrund gedrängt wurden.²⁴ Die neuen Spannungen mündeten schon bald in den Ersten Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran (1980-1988). Aus Furcht vor einem Export der iranischen Revolution intensivierten die USA ihre

²⁴ Ebd., S. 73.

Allianz mit den konservativen Golfmonarchien und Ägypten. Diese Status-quo-Staaten sahen im Iran den Hauptfeind und mobilisierten die sunnitischen Araber mit dem Feindbild einer schiitischen Bedrohung, die angeblich das Araber- und Sunnitentum vernichten will. Die propagandistische Warnung vor dem schiitischen Gespenst hat sich im Bewusstsein vieler Araber so tief eingenistet, dass sie als Mobilisierungssparole zum Heraufbeschwören konfessioneller Spannungen jederzeit abrufbar bleibt.

Ein neues Phänomen war die wachsende Bedeutung nichtstaatlicher, transnationaler Akteure. So war der Nahostkonflikt zwischen 1948 und 1973 von zwischenstaatlichen Kriegen dominiert, seither jedoch ausschließlich von asymmetrischen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und nichtstaatlichen Akteuren. Unterstützt und ggf. gesteuert werden Letztere von Individuen, Interessengruppen oder Staaten. Erfolgreich setzt z. B. der Iran auf solche nichtstaatlichen Akteure (Hisbollah, Hamas, Islamischer Jihad) als Instrument der Außenpolitik. Auch wenn Regierungen die Tätigkeit von nichtstaatlichen Bewegungen erschweren oder untersagen, hat ihre Wirksamkeit aufgrund der globalen Mobilität von Kapital, Waren, Arbeit und Informationen doch erheblich zugenommen. Einer ihrer bislang größten Erfolge war der 33-tägige Widerstand der libanesischen Hisbollah 2006 im Krieg gegen Israel. Hisbollah-Führer Sheikh Hassan Nasrallah erreichte dadurch eine immense Popularität auch unter sunnitischen Arabern und wurde zu einer neuen pan-arabisch / panislamischen Führungsfigur, die mit Gamal Abd el-Nasser verglichen wurde („Nasser 1956-Nasrallah 2006“).²⁵

Das Ende des Kalten Kriegs ließ auf eine Überwindung der arabischen Spaltung und die Lösung offener Konflikte hoffen. Russland verabschiedete sich für ein Jahrzehnt als aktiver Akteur. Im Zweiten Golfkrieg bildete sich eine breite Front gegen den expansionistischen Irak, die auch Syrien einschloss. Das von der verbliebenen Supermacht USA geförderte israelisch-palästinensische Grundsatzabkommen von 1993 etablierte eine palästinensische Übergangsautonomie. Am Ende eines fünfjährigen Verhandlungsprozesses sollte die Etablierung eines palästinensischen Staates stehen. Im Unterschied zu Post-Jugoslawien übte Washington in diesem Fall aber nicht hinreichenden Druck auf alle Konfliktparteien aus, um ein Endstatus-Abkommen und die Gründung eines palästinensischen Staates zu erzwingen.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 verstärkten wieder die Polarisierung. Die USA setzten unter George W. Bush auf eine vom Irak ausgehende militärische, ökonomische und politische Transformation des „Greater Middle East“, einer von den USA so neu definierten

²⁵ Valbjørn, Morten / Bank, André: Signs of a New Arab Cold War. The 2006 Lebanon War and the Sunni-Shi'i-Divide, in: Middle East Report 242/2007, S. 7 f. Die Status-quo-Mächte würdigten bezeichnenderweise die Hisbollah nicht oder warnten gar vor der Schiitenorganisation.

Region von Marokko bis Pakistan. Andererseits blieb die realpolitische Allianz der USA mit den sunnitischen Status-quo-Mächten erhalten. Die strategisch wichtigen Golfstaaten blieben damit von US-Demokratisierungsversuchen weitgehend verschont. Mit dem Sturz Saddam Husseins und der Etablierung einer demokratischen Ordnung im Irak verschaffte Washington der Regionalmacht Iran und dem Schiitentum gestiegenen Einfluss in der Region, was insbesondere den Status-quo-Mächten Saudi-Arabien und Israel Sorgen bereitete. Die sunnitische-schiitische bzw. arabisch-persische Konfrontation nahm seither an Schärfe zu und wurde im Irak als Stellvertreterkrieg ausgetragen. Allgemein wuchs nach 1990 die Bedeutung von Gruppenidentität auf Kosten von ideologischen Gegensätzen.

Die Aktivisten der 2011 einsetzenden Protestbewegung sahen eine Chance, die in der Vergangenheit durch externe Einflüsse behinderte selbstbestimmte Nationswerdung endlich zu vollenden. Man sprach von einem „Dritten Arabischen Erwachen“. Doch sollte es wieder erhebliche Einmischung von regionalen und globalen Mächten geben.

Gemäß Khoury entwickelt sich seit dem Beginn der Protestbewegung im Jahr 2011 ein Dritter Arabischer Kalter Krieg. Die wichtigsten Kräfte sind nun konservative Status-quo-Monarchien, im Transformationsprozess befindliche Republiken und zunehmend in den politischen Prozess integrierte islamistische Akteure.²⁶ Dies führte zur Bildung neuer Lager und Allianzen. Externe Einflussmächte suchen vor dem Hintergrund der rasanten politischen Dynamik ihre Interessen zu sichern und neue Strategien zu entwickeln. Die USA sind heute nicht mehr die allein bestimmende Einflussmacht, sondern einer von mehreren Akteuren. Russland und China sind erstartet, aber auch regionale Akteure wie der Iran, Saudi-Arabien, Katar und die Türkei.

2.3 Die sicherheitspolitischen und geostrategischen Interessen in der Region

Der arabische Raum ist aufgrund zahlreicher Faktoren von weltstrategischer Bedeutung:²⁷

- zentrale geographische Lage zwischen den Kontinenten Europa, Asien und Afrika,
- zentrale geographische Lage an Welthandelsrouten (inkl. leicht blockierbarer Meerengen),
- reichhaltige Energievorkommen (insb. Erdöl und Erdgas, künftig auch erneuerbare Energien),

²⁶ Khoury: The Arab Cold War revisited, S. 73.

²⁷ Gaub, Florence: Neues Arabien? Machtverschiebungen und geostrategische Auswirkungen, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, Bensberger Gespräche 2012, Umbruch in Nordafrika: Demokratische Erneuerung und Social Media – Herausforderung für eine politische Neujustierung, www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/bensberger-gespraech, Stand: 20.2.2014.

- Handels-, Dienstleistungs- und Investitionsraum sowie Arbeitskräfte-reservoir (insb. für europäische Staaten),
- ungelöste politische Konflikte (insb. Nahostkonflikt) mit daraus resultierender Förderung von politischem Extremismus und irregulärer Migration,
- hoher politischer Aufmerksamkeitswert (Heimat von drei Weltreligionen).

Welthandelsrouten verlaufen durch den arabischen Raum oder grenzen an ihn. Vorrangig sind der Seeweg über das Mittelmeer, den Suezkanal, das Rote Meer und die Straße von Aden in den Indischen Ozean sowie der Seeweg vom Persischen Golf über den Golf von Oman und das Arabische Meer in den Indischen Ozean zu nennen. Meerengen können gesperrt werden, um politischen Druck auszuüben: die Straße von Gibraltar (zwischen Spanien und Marokko), der durch Ägypten verlaufende Suezkanal, das Bab el-Mandab (zwischen Dschibuti / Eritrea und Jemen) und die Straße von Hormus (zwischen Oman und Iran).

Durch die Straße von Hormus liefen 2011 nicht weniger als 35 % des weltweit auf dem Seeweg gehandelten Öls und 20 % des gehandelten Öls. Über 85 % davon gehen nach Japan, Indien, Südkorea und China. Außerdem passieren diese Wasserstraße 20 % der verflüssigten Erdgastransporte. Lediglich Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) stehen alternative Pipelines zur Verfügung, um die Straße von Hormus im Blockadefall zu umgehen. Deren zusätzliche Kapazität ist aber begrenzt.²⁸

Der Suezkanal ist eine strategische Öl- und Gasversorgungsroute für Europa und Nordamerika. 2012 wurden 7 % des weltweit auf dem Seeweg transportierten Öls und 13 % des so transportierten verflüssigten Erdgases durch ihn verschifft. Die Alternativroute über das Kap der Guten Hoffnung bedeutet z. B. für Transporte in die USA einen Umweg von 4.300 km. Die SUMED-Pipeline von Ain Sukhna am Golf von Suez nach Sidi Kerir bei Alexandria dient dem Transport von Öl von Schiffen, die zu groß für eine Passage durch den Kanal sind. Sie offeriert in begrenztem Umfang eine alternative Passage. Dabei ist aber zu bedenken, dass sie auch auf ägyptischem Territorium liegt und bei einer Krise ebenfalls blockiert werden kann.²⁹ Natürlich hat der Suezkanal auch erstrangige Bedeutung für andere Handelsgüter. 2012 passierten ihn 17.225 Schiffe mit 739.911 Frachttonnen.³⁰

²⁸ US Energy Information Administration: World Oil Transit Chokepoints, Washington D.C., 22.8.2012, www.eia.gov/countries/analysisbriefs/World_Oil_Transit_Chokepoints/wotc.pdf, Stand: 20.2.2014.

²⁹ Ebd.

³⁰ Suez Canal Authority: Brief Yearly Statistics, www.suezcanal.gov.eg/TRstat.aspx?reportId=4, Stand: 20.2.2014.

Ein Blick auf den BP Statistical Review of World Energy vom Juni 2013 dokumentiert die Bedeutung der Energiereserven insbesondere im Mittleren Osten:

Nachgewiesene Reserven Öl (Ende 2012)³¹		
Region	Mrd. Barrel	Weltweiter Anteil
Naher/Mittlerer Osten	807,7	48,4 %
– Saudi-Arabien	265,9	15,9 % (Nr. 2 nach Venezuela)
– Iran	157,0	9,4 % (Nr. 4 nach Kanada)
– Irak	150,0	9,0 % (Nr. 5)
Nordafrika	64,9	3,9 %
– Libyen	48,0	2,9 % (Nr. 10)
Nachgewiesene Reserven Erdgas (Ende 2012)³²		
Region	Billionen m³	Weltweiter Anteil
Naher/Mittlerer Osten	80,5	43,0 %
– Iran	33,6	18,0 % (Nr. 1)
– Katar	25,1	13,4 % (Nr. 3 nach Turkmenistan)
Nordafrika	8,0	4,3 %
– Algerien	4,5	2,4 % (Nr. 9)

Hauptabnehmer des Rohöls aus dem Nahen / Mittleren Osten (NMO) war 2012 die Region Sonstiges Asien / Australien / Pazifik. An 2. Stelle folgt Europa, das mit seinen Ölimporten aus dem NMO und Nordafrika die an 1. Stelle stehenden Importe aus der ehemaligen Sowjetunion ergänzt. Die USA decken ihre Ölimporte primär durch den Nachbarn Kanada, an 2. Stelle steht der NMO, an 3. Stelle Westafrika.

Nach Ansicht von Experten wird die Erdölabhängigkeit der USA vom NMO aufgrund der Erschließung heimischer Ölschiefervorkommen bis 2020 halbiert und bis 2035 fast komplett überwunden sein.³³ Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die USA auch mittelfristig ein strategisches Interesse an einem ununterbrochenen Ölfluss vom NMO an die asiatischen Industriestaaten haben werden. Außerdem sind US-Konzerne wie Chevron, ExxonMobil, BakerHughes oder Halliburton bei der Ölproduktion im NMO tätig. Jede US-Regierung wird bestrebt sein, die ökonomischen Interessen dieser volkswirtschaftlichen Giganten zu unterstützen.

Beim Bezug von Erdöl aus Nordafrika rangiert das geographisch benachbarte Europa an 1. Stelle.

³¹ BP Statistical Review of World Energy June 2013, London 2013, S. 6.

³² Ebd., S. 20.

³³ USA befreien sich aus Umklammerung der Ölscheichs, in: Die Welt, 28.6.2012.

Hauptabnehmer von Öl aus dem NMO 2012³⁴		
Region	Mio. t	Anteil
Sonstiges Asien / Australien / Pazifik	723,6	73,9 %
– davon Japan	176,1	18,0 % (Nr. 1)
Europa	112,2	11,5 %
Nordamerika	116,3	11,9 %

Hauptabnehmer von Öl aus Nordafrika 2012		
Region	Mio. t	Anteil
Europa	78,3	60,6 %
Nordamerika	24,3	18,8 %
Sonstiges Asien / Australien / Pazifik	21,5	16,6 %

Bei Erdgas sind ähnliche Handelsströme wie beim Erdöl zu konstatieren: Hauptabnehmer der Lieferungen aus dem NMO ist die Region Sonstiges Asien / Australien / Pazifik, Hauptabnehmer der Lieferungen aus Nordafrika ist Europa. Mit nordafrikanischem Erdgas sucht die Europäische Union ihre starke Abhängigkeit von russischen Erdgasimporten zu reduzieren.

Hauptabnehmer von Erdgas (Pipeline u. LNG) aus dem NMO 2012³⁵		
Region	Mrd. m³	Anteil
Sonstiges Asien / Australien / Pazifik	91,1	57,3 %
Europa	38,6	24,2 %
Nordamerika	4,5	2,8 %

Hauptabnehmer Erdgas (Pipeline u. LNG) aus Nordafrika 2012		
Region	Mrd. m³	Anteil
Europa	67,8	67,8 %
Sonstiges Asien / Australien / Pazifik	22,3	22,3 %

Erneuerbare Energien sind ein Zukunftsmarkt. Studien des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt für das Desertec-Projekt haben ergeben, dass die EU im Jahr 2050 ca. 15 % des prognostizierten EU-Strombedarfs über erneuerbare Energien aus Nordafrika und dem NMO decken könnte.³⁶

Insbesondere für die benachbarte EU, aber auch für die asiatischen Industriestaaten haben Nordafrika und der NMO als Handels-

³⁴ BP Statistical Review of World Energy June 2013, London 2013, S. 18.

³⁵ Ebd., S. 28.

³⁶ Desertec Foundation: Clean Power from Deserts. The DESERTEC Concept for Energy, Water and Climate. White Book, Bonn, 4. Aufl., 2009, S. 32-36, www.desertec.org/fileadmin/downloads/WhiteBook_Excerpt_Trieb_Steinhagen.pdf, Stand: 20.2.2014.

Dienstleistungs- und Investitionsraum große Bedeutung. Es handelt sich um einen Markt von ca. 360 Mio. Menschen. Energiereiche arabische Staaten wie Algerien und Saudi-Arabien haben mit ihren reichen Exporteinnahmen hoch dotierte Modernisierungsprogramme im Bereich Transport, Wohnungsbau, Krankenhäuser, Schulen aufgelegt und benötigen hierfür Dienstleister und Investitionspartner. Das überdurchschnittlich hohe Bevölkerungswachstum schafft wachsende Absatzmärkte und eine erhöhte Nachfrage nach Konsumgütern. Arbeitsplatzbeschaffung ist aufgrund hoher struktureller Arbeitslosigkeit ein vorrangiges Thema für die dortigen Regierungen. Dies kann nur durch die Öffnung häufig noch abgeschotteter Volkswirtschaften erreicht werden. Benötigt werden ausländisches Know-how und Kapital.

Extra-EU-Handel (2012)³⁷		
	Einfuhren in Mio. Euro	Ausfuhren in Mio. Euro
Naher / Mittlerer Osten	169.966 (9,5 %)	214.631 (12,7 %)
Nordafrika	82.970 (4,6 %)	59.762 (3,5 %)
Getätigte Ausländische Direktinvestitionen aus der und in die EU (2011)³⁸		
	Aus der EU (Mrd. Euro)	In die EU (Mrd. Euro)
Golfstaaten	5,3 (1,5 %)	9,2 (3,8 %)

Insbesondere für die überalterte EU haben das benachbarte Nordafrika und der NMO Bedeutung als Arbeits- und Fachkrätereservoir. Über 70 % der Bevölkerung sind dort jünger als 30 Jahre. Dabei ist der Bildungsstand vergleichsweise hoch. Länder wie Ägypten, Tunesien, Marokko und Jordanien haben sich seit Jahrzehnten um Fortschritte in höherer Bildung, Forschung und Innovation bemüht. Neuerdings ziehen auch die energiereichen Golfstaaten nach und investieren in das Bildungswesen, anstatt allein auf ausländisches Know-how zu setzen.³⁹

Ungelöste politische Konflikte in Nordafrika und im NMO gefährden nicht nur die Stabilität in der Region, sondern haben auch sicherheitspolitische Rückwirkungen, indem sie politischen Radikalismus und Terrorismus sowie irreguläre Migration befördern. Von den Folgen ist vorrangig die EU betroffen.

³⁷ Eurostat: Extra-EU-Handel nach Partner, appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ext_lt_maineu&lang=de, Stand: 20.2.2014.

³⁸ Eurostat: Foreign direct investment, EU-27, 2009-2012 (EUR 1000 million), [epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:Foreign_direct_investment,_EU-27,_2009-2012_\(EUR_1_000_million\).png&filetimestamp=20130719133424](https://ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:Foreign_direct_investment,_EU-27,_2009-2012_(EUR_1_000_million).png&filetimestamp=20130719133424), Stand: 20.2.2011.

³⁹ MENA-Region: Arabische Welt im Wandel, in: ITB-Infoservice, 6. Schwerpunktausgabe 5/2013, S. 4-6.

Erfolgos haben externe Akteure wie die USA und die EU versucht, bei einer Lösung des Nahostkonflikts zu vermitteln. Doch ist die Region mit fortbestehendem Kriegszustand zwischen Israel und Libanon / Syrien, immer wieder aufflammenden Scharmützeln zwischen israelischer Armee und palästinensischen Widerstandsbewegungen sowie rund 4 Mio. palästinensischen Flüchtlingen ein Pulverfass.

Flüchtlingsbewegungen, illegale Wanderungen und Menschenschmuggel waren schon vor 2011 insbesondere im Raum Türkei / Irak / Syrien / Libanon ein Problem. Nachdem Konflikte im arabischen Raum nun zunehmend gewaltsam ausgetragen werden, deuten sich eine signifikante Zunahme dieser Risiken sowie ein Anwachsen von transnationalem militantem Jihadismus an.⁴⁰ Gewaltsam ausgetragene Konflikte lähmen zudem Wirtschaft und Investitionen, was mittel- und langfristig zu verstärkter Unzufriedenheit und irregulärer Migration führen kann.

Gemäß einer aktuellen Studie von Jane's brachte der syrische Bürgerkrieg über 1.000 Rebellengruppen mit 100.000 Kämpfern hervor. Darunter sind ca. 10.000 mit al-Qaida verbundene Jihadisten und 30.000 bis 35.000 radikale Islamisten, die zwar nicht internationalistisch ausgerichtet sind, aber mit ersterer Gruppe grundlegende Positionen teilen.⁴¹

Instabilität und Gewalt haben zu einem starken Anstieg irregulärer Migration nach Europa geführt. So führte 2011 der vorübergehende Zusammenbruch staatlicher Gewalt in Tunesien und Libyen zu einer rasanten Zunahme aufgedeckter illegaler Grenzübertritte auf der zentralen Mittelmeerroute nach Italien / Malta. 2010 waren es 1.662 Fälle, im Folgejahr schnellte die Zahl auf 59.002 empor.⁴²

Der syrische Bürgerkrieg hat bis 2014 bereits 2,9 Mio. Flüchtlinge und 6,5 Mio. Binnenvertriebene hervorgerufen.⁴³ Die Europäische Grenzschutzagentur Frontex meldete im 3. Quartal 2013 Syrer als am meisten betroffene Nationalität bei illegalem Grenzübertritt, bei illegalem Aufenthalt in Mitgliedsstaaten und bei einreisebezogenem Dokumentenbetrug.⁴⁴

Der Nahostkonflikt hat einen hohen internationalen Aufmerksamkeitswert. Spannungen und gewaltsame Konflikte sind aufgrund der religiösen Konnotation (Juden vs. Muslime bzw. Christen) emotional aufgeladen.

⁴⁰ Jaeger, Kinan / Tophoven, Rolf: Der Syrien-Konflikt: Internationale Akteure, Interessen, Konfliktlinien. Bundeszentrale für Politische Bildung, 14.2.2013, www.bpb.de/apuz/155114/internationale-akteure-interessen-konfliktlinien?p=all, Stand: 24.3.2014.

⁴¹ Farmer, Ben / Sherlock, Ruth: Syria: nearly half rebel fighters are jihadists or hardline Islamists, says IHS Jane's report, in: Daily Telegraph, 15.9.2013, www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/10311007/Syria-nearly-half-rebel-fighters-are-jihadists-or-hardline-Islamists-says-IHS-Janes-report.html, Stand: 30.4.2014.

⁴² Frontex: Annual Risk Analysis 2013, Warschau 2013, S. 21.

⁴³ UNHCR: Syria Regional Refugee Response. Internet-Dokument. data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php, Stand: Juni 2014.

⁴⁴ Frontex: FRAN Quarterly. Quarter 3/2013, S. 5, 17, 45.

Auch werden sie im Umfeld von zentralen Heiligtümern der drei Weltreligionen ausgetragen. Bei Krisen kann der ungehinderte Zugang dorthin für auswärtige Pilger gefährdet sein. Weltweite Solidarisierungseffekte werden ausgelöst oder sind instrumentalisierbar. So dient die Vertreibung und Entrechtung von Palästinensern militanten islamistischen Gruppen als vorrangiges Mobilisierungs- und Rekrutierungsinstrument, um gegen Israel im Besonderen und gegen den Westen im Allgemeinen Kämpfer zu gewinnen.

2.4 Die wechselvolle US-Politik in der Region seit 2001

Zum Verständnis der gegenwärtigen Spannungen und Bruchlinien ist ein Blick auf die wechselvolle Politik der USA nach dem 11. September 2001 notwendig. Dieses Ereignis führte zu einem aktiveren Engagement der USA in der Region. Präsident George W. Bush suchte die jihadistische Herausforderung durch eine weitreichende politische und wirtschaftliche Transformation zu lösen. Mittels Demokratisierung und wirtschaftlicher Liberalisierung sollte der „Greater Middle East“ zu einem verlässlichen und stabilen Partner der USA transformiert werden. Ökonomische Motive spielten bei dieser Strategie eine wichtige Rolle: Denn die meisten autoritär geführten Staaten setzten auf Patronage und widersetzten sich deshalb der von Washington betriebenen Öffnung arabischer Märkte und ihrer Integration in die Weltökonomie.⁴⁵

In seiner Rede zur Lage der Nation vom 29. Januar 2002 definierte Präsident Bush die Feinde der USA: Er bezeichnete die Islamische Republik Iran, Saddam Husseins Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“. Am 6. Mai 2002 fügte U.S. Undersecretary of State John R. Bolton in seiner Rede „Beyond the Axis of Evil“ noch Kuba, Libyen und Syrien hinzu.⁴⁶

Auch ohne VN-Sicherheitsratsmandat intervenierten die USA mit einer „Koalition der Willigen“ 2003 militärisch im Irak, um Staatspräsident Saddam Hussein zu stürzen. Der Irak sollte als künftiges demokratisches Musterland auf die Region ausstrahlen – mit den Worten des US-Journalisten Paul Berman: „Der ganze Sinn des Sturzes von Saddam Hussein lag nach meiner Einschätzung darin, diese großen Möglichkeiten mitten im Zentrum der islamischen Welt wahrzunehmen, dort also, von wo die Wellen in sämtliche Richtungen auslaufen können.“⁴⁷

Die USA kombinierten „hard power“ mit „soft power“. Ein wesentlicher Bestandteil der 2002 von Präsident Bush lancierten Middle East Partnership Initiative (MEPI) war die Förderung von Meinungsfreiheit und

⁴⁵ Ramadan: The Arab Awakening. Islam and the new Middle East, S. 5.

⁴⁶ Bolton, John R: Beyond the Axis of Evil. Additional Threats from Weapons of Mass Destruction, in: The Heritage Foundation, 6.5.2002, www.heritage.org/research/lecture/beyond-the-axis-of-evil, Stand: 30.4.2014.

⁴⁷ Berman, Paul: Irak und der logische Weg, in: Hamburger Abendblatt, 24/25.4.2004 (Original in International Herald Tribune).

die Beendigung von Internetzensur.⁴⁸ Westlich-demokratisch orientierte zivilgesellschaftliche Akteure und Medien erhielten sowohl unentgeltliche Beratung als auch finanzielle Unterstützung und Stipendien. Der Einsatz neuer Kommunikationsmedien spielte dabei eine wesentliche Rolle. Als wirtschaftliche Anreize setzten die USA Handelserleichterungen, Kredite und Zuschüsse ein und boten eine binnen zehn Jahren zu etablierende US Middle East Free Trade Zone an.⁴⁹

In zwei Reden vor dem American Enterprise Institute und der National Endowment for Democracy (2003) kündigte Präsident Bush Bemühungen zur nachhaltigen Demokratisierung der autokratischen Region an und bezog darin explizit auch die Golfstaaten ein. Kritiker warfen ihm vor, dass eine solche programmatische Politik an realistischen Zwängen scheitern werde. Andere Stimmen sahen in Bush bereits einen Verräter an langjährigen Verbündeten in der Region.⁵⁰

Im Januar 2005 verkündete George W. Bush die „Freedom Agenda“ für den „Greater Middle East“. Das Ziel war eine Großregion, in der US-freundliche, demokratische Regierungen den Ton angeben und aufgrund ökonomischer Fortschritte auch über hinreichenden Rückhalt aus der Bevölkerung verfügen würden. Verbleibende antiwestliche und antiisraelische Staaten sollten damit international isoliert und machtpolitisch reduziert werden sowie innenpolitisch unter Reformdruck geraten.⁵¹

In der Tat erfolgte ein begrenztes Abrücken von Saudi-Arabien. Denn nicht nur Osama bin Laden, sondern auch die große Mehrheit der Attentäter vom 11. September 2001 stammte von dort. In Washington war man besorgt, dass die saudische Ideologie des Wahabismus und die weltweite Finanzierung radikaler sunnitischer Muslime dem Jihadismus Auftrieb geben könne. Neue Elemente der US-Politik sahen vor, die Demokratisierung autokratischer Staaten voranzutreiben und den Aufbau eines schiitisch-arabischen Gegengewichts zur wahabistisch-salafistischen Ideologie zu forcieren.⁵²

Die von der Besatzungsmacht angestoßene Demokratisierung des Iraks etablierte zwangsläufig eine schiitisch dominierte Regierung, da diese Gruppe über 60 % der irakischen Bevölkerung stellt. Unter Saddam Hussein und seinen Vorgängern hatte eine sunnitische Minderheit den Staat beherrscht. Gemäß den Vorstellungen der Neo-Konservativen sollte der Irak zu einer Musterdemokratie werden und dadurch andere Staaten der

⁴⁸ Jeng, Connie: Tunisia, U.S. Policy. Infosurgents, ohne Datum, http://sitemaker.umich.edu/infosurgents/tunisia/u.s._policies, Stand: 30.4.2014.

⁴⁹ Achcar, Gilbert: Greater Middle East: the US plan, in: *Le Monde diplomatique*, April 2004.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Danahar: *The New Middle East*, S. 35 f.

⁵² Hersh, Seymour M.: *The Redirection*, in: *Annals of National Security*, 5.3.2007, www.newyorker.com/reporting/2007/03/05/070305fa_fact_hersh, Stand: 24.3.2014.

Region einem politischen und ökonomischen Reformdruck unterwerfen. Darüber hinaus sollte eine irakische Demokratie auch eine Alternative zur Wilayat al Faqih (Statthalterschaft des Obersten Rechtsgelehrten) im Iran eröffnen.

Die Islamische Republik Iran profitierte vom Machtwechsel im Irak, konnte sie aufgrund ihrer engen Verbindungen zu den nun dominierenden schiitisch-islamischen Kräften doch erheblichen Einfluss im Nachbarland ausüben. Zudem war Washington gezwungen, im Irak und in Afghanistan die Kooperation des Irans bei der Bekämpfung sunnitischer Extremisten zu suchen. Ohne eine pragmatische Zusammenarbeit waren Befriedung und Wiederaufbau in beiden Ländern nicht vorstellbar.⁵³ Zu einem umfassenden Abkommen mit dem Iran, wie von Staatspräsident Chatami im Jahr 2003 über den Schweizer Botschafter in den USA versucht, konnte sich Bush aber nicht entschließen. Die Anfrage blieb unbeantwortet.⁵⁴

In sunnitischen Staaten stießen diese Entwicklungen auf Befremden. Ende 2004 warnte der jordanische König Abdullah vor einem „Schiitischen Halbmond“, der destruktive Konflikte in der ganzen Region auslösen könne.⁵⁵ Verschwörungstheorien postulierten gar einen Ausverkauf arabischer Interessen und die Bildung einer neuen Achse USA / Israel / Irak / Iran.⁵⁶ Die sunnitischen Status-quo-Mächte waren bestrebt, den Schwerpunkt der US-Reformagenda auf eine – von den Eliten kontrollierte – (Teil-)Liberalisierung der Wirtschaft anstatt auf eine politische Liberalisierung zu legen.⁵⁷

Militante sunnitische Islamisten verbanden Antiamerikanismus mit aggressivem Anti-Schiismus und entsandten Freiwillige in den Irak. Den sunnitischen arabischen Regierungen warfen sie Führungsschwäche und Amerikahörigkeit vor. Zur Wahrung ihrer Legitimität sahen sich diese Regierungen genötigt, die Unterstützung des sunnitischen Widerstands im Irak zumindest zu tolerieren, wenn nicht gar zu fördern.⁵⁸

Während sich das arabisch-sunnitische Lager zunehmend radikalisierte, kooperierten die irakischen Schiiten auf Geheiß von Großayatollah Sayyid Ali al-Husayn al-Sistani mehrheitlich mit den USA und befürworteten ein demokratisches System.⁵⁹

Das Projekt einer auf die Region ausstrahlenden Musterdemokratie Irak scheiterte am massiv von außen unterstützten sunnitischen Widerstand,

⁵³ Nasr, Vali: *The Shia Revival. How Conflicts within Islam Will Shape the Future*, New York 2007, S. 185-210.

⁵⁴ Kessler, Glenn: *In 2003, U.S. Spurned Iran's Offer of Dialogue*, in: *Washington Post*, 18.6.2006.

⁵⁵ Black, Ian: *Fear of a Shia full moon*, in: *The Guardian*, 26.1.2007, www.theguardian.com/world/2007/jan/26/worlddispatch.ianblack, Stand: 20.3.2014.

⁵⁶ Nasr: *The Shia Revival*, S. 253, 271.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd., S. 256.

⁵⁹ Ebd., S. 250.

der das Land in einen blutigen Bürgerkrieg stürzte und Gegenterror militanter schiitischer Gruppen provozierte. 2006/07 schnellte die Zahl der getöteten US-Soldaten im Irak in die Höhe, und die US-Regierung war gezwungen, 20.000 zusätzliche Soldaten in das Land zu entsenden – und dies vor dem Hintergrund erheblicher personeller und materieller Engpässe.⁶⁰

Ein Eckpfeiler der US-Strategie war neben dem Irak der Libanon. Nach dessen Transformation wäre Syrien vom Westen und Osten unter Reformdruck geraten. Doch missglückte nach dem – bis heute ungeklärten – Attentat auf den früheren Premierminister Rafik Hariri die von den USA unterstützte „Zedernrevolution“ (2005). Lediglich ein Abzug der im Libanon stationierten syrischen Truppen konnte erreicht werden. Die mit dem Iran verbündete Hisbollah konnte sich 2006 im Krieg gegen Israel behaupten und 2008 im von Katar vermittelten Doha-Abkommen die Anerkennung ihrer politischen und militärischen Machtstellung im Libanon erreichen.

Ein weiterer Rückschlag für die „Freedom Agenda“ war der Wahlsieg der islamistischen Hamas über die mit den USA verbündete Fatah bei den palästinensischen Parlamentswahlen im Januar 2006. Die Spaltung der Palästinenser war auch kontraproduktiv für den von George W. Bush 2003 wiederbelebten Nahost-Friedensprozess. Freilich scheiterte er ebenso an der mangelnden Kompromissbereitschaft rechtsgerichteter israelischer Regierungen. Nachteilig für die Palästinenser war, dass sie nach der weitgehenden Fertigstellung der Sperranlagen zum besetzten Westjordanland keinen hinreichenden physischen Druck auf Israel mehr ausüben konnten.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen kam es 2007 unter wesentlichem Einfluss von Vizepräsident Dick Cheney und dem Vorsitzenden des saudischen Nationalen Sicherheitsrats, Prinz Bandar bin Sultan, zu einer Reorientierung der US-Politik im NMO. Die Allianz mit den sunnitisch-arabischen Status-quo-Mächten wurde wieder gefestigt, und der iranisch / schiitische Einfluss in der Region als primäres Sicherheitsrisiko definiert. Im Januar 2007 sprach US-Außenministerin Condoleezza Rice von einem „New strategic alignment in the Middle East“. Die sunnitischen Staaten seien Zentren der Mäßigung, während der Iran und die von ihm abhängigen Akteure Syrien und Hisbollah den Weg der Destabilisierung gewählt hätten.⁶¹ Auch Israel unterstützte diesen Kurs, sah es doch im Iran seinen Hauptfeind.

Eine vom US-Militär finanzierte Studie der RAND-Corporation stützte 2008 dieses Vorgehen. Angesichts der zunehmenden Bedrohung der US-Energieinteressen im NMO sollten sich die USA auf die Seite der

⁶⁰ Bush will add more than 20.000 troops to Iraq, in: CNN, 11.1.2007, <http://edition.cnn.com/2007/POLITICS/01/10/iraq.bush/index.html?eref>, Stand: 30.4.2014.

⁶¹ Hersh: The Redirection.

sunnitischen Mächte Ägypten, Saudi-Arabien und Pakistan stellen. Im Interesse der USA sei es, die sunnitisch / schiitische Konfrontation anzufachen, um dadurch ein Gegengewicht zum Iran aufzubauen. Dies hätte auch den Vorteil, dass man die Energien von al-Qaida statt auf die USA auf den neuen Hauptfeind Iran lenken würde. Zur Bekämpfung der jihadistischen Gruppierungen wird eine „divide et impera“-Strategie empfohlen: Durch Desinformation, verdeckte Operationen usw. solle man versuchen, nationale islamistische Bewegungen und Dschihadisten gegeneinander zu hetzen.⁶²

„Hard power“ stand nun bei der US-Politik im NMO im Vordergrund. Demokratisierungsbemühungen in der Region wurden reduziert und die israelische Regierung bei ihrer harten Linie unterstützt. Priorität hatte die Kooperation mit verlässlichen, wenngleich autoritär regierten Partnerländern.

Der neue Kurs ging mit verstärkten Druckmitteln auf die vom Iran geführte „Achse des Widerstands“ einher. 2007 wurde bekannt, dass die CIA mit Unterstützung des saudischen Geheimdienstes verdeckte Operationen im Iran und in Syrien unternahm und hierfür eine präsidentielle Ermächtigung hatte.⁶³ Dieser Kurs wurde nach der Wahl von Barack Obama zum Staatspräsidenten (ab 2009) fortgesetzt. Syrien blieb im Fokus, da es sich im Unterschied zu Algerien und Libyen nach dem 11. September 2001 nicht an die USA und die EU angenähert hatte sowie im iranischen Lager geblieben war. Der französische Außenminister Roland Dumas berichtete unlängst von einer 2009 geplanten westlichen Militärintervention in Syrien.⁶⁴ Im Jahr 2010 begann eine Serie von Attentaten gegen iranische Atomwissenschaftler, und der Computervirus Stuxnet richtete beim Betrieb der iranischen Zentrifugen massiven Schaden an. In den Jahren 2010/11 beherrschten US-amerikanische und israelische Präventivkriegspläne gegen den Iran die Diskussion, und Saudi-Arabien erhielt von den USA die bislang größte Waffenlieferung im Wert von 60,5 Mrd. USD.⁶⁵

Bei Bedarf wurde weiterhin „soft power“ eingesetzt. Mit US-Unterstützung lud der französische Staatspräsident Nicholas Sarkozy den syrischen Präsidenten Bashir al-Assad am 14. Juli 2008 als Ehrengast zum französischen Nationalfeiertag nach Paris ein. Die Türkei vermittelte

⁶² RAND Corporation: *Unfolding the Future of the Long War*, Santa Monica / Arlington 2008, S. xvi, www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2008/RAND_MG738.pdf, Stand: 30.4.2014.

⁶³ Ahmed, Nafeez: Syria intervention plan fueled by oil interests, not chemical weapon concern, in: *The Guardian*, 30.8.2013, www.theguardian.com/environment/earth-insight/2013/aug/30/syria-chemical-attack-war-intervention-oil-gas-energy-pipelines, Stand: 24.3.2014.

⁶⁴ Springstein, Hans: Lang vorbereiteter Krieg gegen Syrien, in: *Der Freitag*, 18.6.2013, www.freitag.de/autoren/hans-springstein/lang-vorbereiteter-krieg-gegen-syrien, Stand: 13.3.2014.

⁶⁵ Teitelbaum, Joshua: Arms for the King and His Family: The U.S. Arms Sale to Saudi Arabia, in: *Jerusalem Center for Public Affairs*, 4.11.2010, jcpa.org/article/arms-for-the-king-and-his-family-the-u-s-arms-sale-to-saudi-arabia/#sthash.tqcptavQ.dpuf, Stand: 24.3.2014.

im Jahr 2008 konkrete Geheimgespräche zwischen Israel und Syrien über eine Rückgabe der israelisch besetzten Golanhöhen. Israel signalisierte seine Bereitschaft zu einem völligen Rückzug. Damit sollte eine Abwendung Syriens vom Iran erreicht werden. Danach war geplant, den Libanon zu einem Friedensabkommen zu veranlassen. Der Arabische Umbruch setzte dann den noch am Anfang stehenden syrisch-israelischen Gesprächen ein Ende.⁶⁶

Präsident Obama steht militärischen Interventionen im arabischen Raum skeptisch gegenüber, da sie nach den langjährigen und opfervollen Engagements im Irak und Afghanistan in den USA nicht populär sind. Auch wurde 2012 eine beispiellose Kürzung der Verteidigungsausgaben um eine halbe Billion USD in den kommenden zehn Jahren beschlossen. Unter Obama verändert sich zudem die strategische Ausrichtung der US-Außenpolitik: 2011 bezeichnete Präsident Obama den Pazifikraum als neuen Schwerpunkt – hier würden die USA „eine größere und langfristige Rolle in der Gestaltung dieser Region und ihrer Zukunft spielen“.⁶⁷

Präsident Obama praktiziert im arabischen Raum fortdauerndes Engagement, signalisiert aber Zurückhaltung. Einerseits überlässt die US-Regierung europäischen Verbündeten beim Krisenmanagement den Vortritt, andererseits setzt sie auf verlässliche Partner in der Region. Wesentlicher Unterschied zu seinem Vorgänger Bush ist, dass Obama nicht ausschließlich auf liberale Kräfte in den arabischen Staaten setzt, sondern auch islamistische Kräfte in sein Kalkül einbezieht. Eine Brückenfunktion haben dabei die langjährigen US-Verbündeten Türkei und Katar, die über gute Verbindungen zu diesem Lager verfügen.

Hierfür gibt es mehrere Gründe. Erstens hat Washington inzwischen realisiert, dass Islamisten über erheblichen Rückhalt in arabischen Ländern verfügen. Ihr Ausschluss nach einem Wahlerfolg könnte, wie in den 1990er-Jahren in Algerien, blutige Bürgerkriege auslösen. US-Denkfabriken wie die RAND Corporation plädieren daher für eine Inklusion islamistischer Kräfte in den Transitionsprozess. Damit bestehe die Chance, dass sie sich wie in der Türkei oder Indonesien in eine gemäßigte, prowestliche Richtung entwickeln.⁶⁸ Ziel einer Inklusion ist es auch, die Distanzierung gemäßigter Islamisten von Radikalislamisten und Jihadisten sowie die Mäßigung ihrer traditionellen Israelfeindlichkeit zu erreichen. Zweitens ist die Muslimbruderschaft gut organisiert und sozial verankert. Ziel der

⁶⁶ Kershner, Isabel: Secret Israel-Syria Peace Talks Involved Golan Heights Exit, in: The New York Times, 13.10.2012, www.nytimes.com/2012/10/13/world/middleeast/secret-israel-syria-peace-talks-involved-golan-heights-exit.html?_r=0, Stand: 30.4.2014.

⁶⁷ Obamas Asien-Strategie: Amerika startet das Projekt Pazifik, in: Der Spiegel, 17.11.2011, www.spiegel.de/politik/ausland/obamas-asien-strategie-amerika-startet-das-projekt-pazifik-a-798305.html, Stand: 18.3.2014.

⁶⁸ Miller, Laurel E. u. a.: Democratization in the Arab World. Prospects and Lessons from Around the Globe. RAND Corporation, Santa Monica / Arlington / Pittsburgh 2012, S. xxvii.

USA ist es, Stabilität in den arabischen Ländern aufrechtzuerhalten und ein unkalkulierbares Fortschreiten der Protestbewegung in der gesamten Region zu verhindern. Washington setzt vor diesem Hintergrund einerseits auf fortdauernd enge Kontakte zu den Militärführungen, andererseits erkannte man in der Muslimbruderschaft eine Kraft, die Menschen in großer Zahl mobilisieren und kontrollieren kann. Drittens bejahen die meisten islamistischen Bewegungen inklusive der Muslimbruderschaft Privateigentum und Marktwirtschaft. Sie stellen daher für die USA weit weniger als Nasseristen, Baathisten, Sozialisten oder Kommunisten eine Gefahr dar.⁶⁹ Gerade in Tunesien und Ägypten bestehen starke und in der Gesellschaft verwurzelte Arbeiterbewegungen. Es dürfte daher kein Zufall sein, dass Washington just in diesen beiden Ländern den Kontakt zu den Muslimbrüdern gesucht hat. Die einflussreiche US-Zeitschrift *Foreign Affairs*, Sprachrohr der Denkfabrik Council on Foreign Relations, präsentierte im November 2011 den Führer der tunesischen Ennahda-Partei, Rachid Gannouchi, und den ägyptischen Multimillionär und Spitzenfunktionär der Muslimbrüder, Khairat al-Shater, als Politiker, denen die Versöhnung von Islamismus und Demokratie gelingen könne.⁷⁰ Viertens kann die Muslimbruderschaft eine Brückenfunktion übernehmen, sollte ein umfassender Ausgleich zwischen den USA und der Iranischen Republik auf der Tagesordnung stehen. Im Unterschied zu Salafisten / Wahabiten ist die Muslimbruderschaft ideologisch flexibel und nicht grundsätzlich schiitenfeindlich eingestellt. Vordenker in den USA wie der gebürtige Iraner Hossein Mousavian empfehlen denn auch der US-Regierung aus den genannten Gründen ein pragmatisches Arrangement mit dem Iran und eine Kooperation mit gemäßigten islamistischen Bewegungen in der arabischen Welt.⁷¹

Präsident Obamas Kairoer Rede vom 4. Juni 2009 an die muslimische Welt wurde in den arabischen Staaten erwartungsvoll aufgenommen. Doch hat Obama seither an Zustimmung verloren, da er den anfänglichen Druck auf Israel hinsichtlich einer Einstellung der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten nicht aufrechterhielt. Mit der im Juli 2013 eingeleiteten Nahost-Friedensmission von John Kerry demonstrieren die USA erneut ihr Engagement zugunsten einer baldigen Endstatus-Lösung. Doch ist ein solcher Ausgang angesichts stark differierender Positionen der beiden Konfliktparteien und eines unsicheren regionalen

⁶⁹ Ruf, Werner: Revolution und Konterrevolution in Nahost. Vom arabischen Frühling zum islamischen Winter?, in: *Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte*, hrsg. von Fritz Edlinger und Týmá Kraitt, Wien 2013, S. 173 f.

⁷⁰ Pavgi, Kedar: The FP Top 100 Global Thinkers. Foreign Policy presents a unique portrait of 2011's global marketplace of ideas and the thinkers who make them, in: *Foreign Policy*, 28.11.2011.

⁷¹ Mousavian, Hossein: An opportunity for a U.S.-Iran paradigm shift, in: *The Washington quarterly: a review of strategic and international studies* 1/2013, S. 129-144.

Umfelds unwahrscheinlich. Machbar erscheint allenfalls ein befristetes Übergangsabkommen.

Bemerkenswert ist die Annäherung Obamas an den Iran. Im Januar 2014 trat nicht nur ein Übergangsabkommen im Nuklearstreit zwischen den P5+1-Mächten und dem Iran in Kraft, sondern es wurde auch bekannt, dass US-amerikanische und iranische Diplomaten bereits seit Frühjahr 2011 an geheimem Ort intensiv miteinander verhandelt hatten. Das um eine Mittelposition bemühte Sultanat Oman war als Gastgeber aufgetreten.⁷²

Eine Annäherung an das schiitische Lager und Unterstützung arabischer Demokratisierungsbestrebungen sind Elemente einer Politik, wie sie ähnlich bereits Obamas Vorgänger George W. Bush zwischen 2003 und 2007 versucht hatte. Dagegen gibt es beträchtliche innenpolitische Opposition in den USA und noch energischeren Widerstand von Seiten der Status-quo-Mächte (insbesondere Saudi-Arabien, VAE, Israel).

2.5 Externe Einflussmächte und aufstrebende Regionalmächte

Im Jahr 1918 lösten Großbritannien und Frankreich das Osmanische Reich als globale Einflussmächte im arabischen Raum ab. Frankreich dominierte im Maghreb, im Libanon und in Syrien, Großbritannien in Ägypten, Jordanien, Irak und am Persischen Golf. Nach 1945 wurden die USA und die Sowjetunion zu den bestimmenden externen Akteuren. Sie warben jeweils um regionale Klientelstaaten und unterstützten diese wirtschaftlich und militärisch. Nach dem Ende des Kalten Kriegs dominierten die USA ein Jahrzehnt lang die Region, dann trat Russland wieder auf den Plan, und China kam als neue politische und ökonomische Einflussmacht hinzu.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlangten außerdem aufstrebende Regionalmächte wichtige Machtpositionen. Unter Führung von Ägypten bündelten sie ihre Interessen in der 1945 gegründeten Arabischen Liga. Sechs arabische Staaten etablierten sich nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund ihrer Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft als Regionalmächte: Algerien, Marokko, Ägypten, Irak, Saudi-Arabien und Syrien. Hinzu kommen drei nichtarabische Regionalmächte, die mit ordnungspolitischem Anspruch auftreten: Iran, Israel und Türkei.⁷³

⁷² Wetzel, Hubert: Heimliche Treffen der Erzfeinde, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 26.11.2013.

⁷³ Israel ist von Fläche und Bevölkerungszahl nicht mit den anderen Staaten vergleichbar, gehört jedoch aufgrund seiner hohen Wirtschaftskraft und seiner quantitativen und qualitativen militärischen Stärke zu dieser Gruppe.

Basisdaten der Regionalmächte⁷⁴				
Staat	Fläche (Mio. km²)	Bevölkerung (Mio.)	BNE / Einw. PPP-USD	Soldaten (Aktive)
Algerien	2.381.741	34.895	8.110	127.000*)
Marokko	458.730	31.993	4.400	196.300**)
Ägypten	1.002.000	82.999	5.680	443.500
Irak	438.317	31.494	3.330	160.000
Saudi-Arabien	2.240.000	25.391	24.020	108.500***)
Syrien	185.150	21.092	4.620	380.000
<i>Iran</i>	<i>1.648.000</i>	<i>72.904</i>	<i>11.470</i>	<i>398.000****)</i>
<i>Israel</i>	<i>20.291</i>	<i>7.442</i>	<i>27.010</i>	<i>176.500</i>
<i>Türkei</i>	<i>779.452</i>	<i>74.816</i>	<i>13.500</i>	<i>514.000</i>

*) zuzügl. 41.200 Paramilitärs

***) zuzügl. 57.000 Nationalgarde

***) zuzügl. 25.000 Paramilitärs

****) zuzügl. 120.000 Pasdaran (Revolutionswächter)

In Nordafrika halten sich die machtpolitisch und ideologisch rivalisierenden Regionalmächte Algerien und Marokko gegenseitig in Schach, ein Grenzkrieg endete 1963 in einem Patt. Der 1975 ausgebrochene Westsahara-Konflikt hat indigene Ursachen, ist aber auch ein Stellvertreterkonflikt zwischen der konservativen Monarchie Marokko und der sozialistisch geprägten Republik Algerien.

Im NMO wurde der „Fremdkörper“ Israel durch die 1945 gegründete Arabische Liga und ihre Mitgliedsstaaten bekämpft. Doch offenbarte bereits der Erste Nahostkrieg (1948/49) die Rivalität der arabischen Mächte. Uneinigkeit und Alleingänge trugen wesentlich zur arabischen Niederlage bei.

Im Nahen Osten stritten die beiden stärksten Staaten Ägypten und Syrien um die Vorherrschaft. Das Experiment einer Vereinigung dieser beiden Staaten (Vereinigte Arabische Republik 1958-1963) scheiterte trotz der gemeinsamen panarabischen Ideologie an Machtkämpfen zwischen den ägyptischen und syrischen Führungseliten.

Für das isolierte Israel waren Allianzen mit nichtarabischen Regionalmächten naheliegend. Bis zur Islamischen Revolution 1979 pflegte Israel enge außen- und sicherheitspolitische Beziehungen zum Iran. Ein zentraler Partner war und ist außerdem die Türkei, die Israel bereits 1949 diplomatisch anerkannte. Im Jahr 1983 schlossen beide Staaten ein geheimes Militärabkommen.

Iran und die Türkei sind zwar muslimische Länder, doch kommt ihnen im NMO als nichtarabischen Staaten ebenfalls eine Sonderstellung zu. Mit den arabischen Staaten tragen sie Territorial- und Wasserkonflikte aus – der Iran mit Irak und den VAE, die Türkei mit Syrien und Irak.

⁷⁴ Nach Der Neue Fischer Weltatmanach, Frankfurt a. M. 2011, S. 532-549; GlobalDefenceNet: Streitkräfte der Welt, www.globaldefence.net/archiv/streitkraefte-der-welt.html, Stand: 21.2.2014.

Am Persischen Golf rivalisieren seit Jahrzehnten die großen Anrainermächte Irak, Iran und Saudi-Arabien um die Vorherrschaft. Der Konflikt ist hier ideologisch aufgeladen, denn Saudi-Arabien ist ein dezidiert sunnitische, der Iran ein dezidiert schiitische Staatswesen. Zur Stärkung seiner Position hat der Iran immer wieder versucht, die arabisch-schiitischen Bevölkerungsgruppen im Irak, in Bahrain, Kuwait, den VAE und Saudi-Arabien zu mobilisieren. Die arabischen Golfstaaten sehen deshalb in dem Nachbarstaat auch eine Gefahr für die innere Sicherheit. Im Jemen unterstützt der Iran die schiitische Houthi-Bewegung, die für sich beansprucht, mindestens 40 % der jemenitischen Bevölkerung zu repräsentieren.

Die vier arabischen Regionalmächte im NMO sind heterogen. Monarchien (Saudi-Arabien) stehen gegen Republiken (Ägypten, Irak, Syrien), prowestliche Staaten (Ägypten nach 1973, Irak bis 1958, Saudi-Arabien) gegen antiwestliche Staaten (Ägypten bis 1973, Irak von 1958-2003 [mit Ausnahme der 1980er-Jahre], Syrien), Staaten mit sunnitisch dominierten Regierungen (Ägypten, Irak bis 2003, Syrien bis 1970, Saudi-Arabien) gegen Staaten mit schiitisch dominierten Regierungen (Irak seit 2003). Selbst die beiden arabisch-nationalistischen Baath-Regime in Syrien (1963 bis heute) und Irak (1963-2003) waren ideologisch zerstritten.

Bis 1990 herrschte ein regionales Gleichgewicht, wozu auch der Kalte Krieg beitrug. Denn die beiden Supermächte USA und Sowjetunion suchten zwar ihren jeweiligen Einfluss im arabischen Raum auf Kosten des Gegenspielers zu erweitern, waren aber nicht an einem eskalierenden bewaffneten Konflikt zwischen ihren Klientelstaaten interessiert. So verständigten sich die beiden Supermächte 1973 hinsichtlich eines Waffenstillstands im Vierten Nahostkrieg.

Die vergleichbare Stärke der sieben Regionalmächte im NMO führte zu einem machtpolitischen Gleichgewicht. Wenn einer der Staaten wie z. B. Saddam Husseins Irak Ende der 1980er-Jahre zu stark wurde, bildeten sich Gegenallianzen.

Dieses Gleichgewicht wurde nach 1990 signifikant gestört. Machtvakuen sind entstanden, die eine politische Dynamik zur Folge hatten. Die wesentlichen Veränderungen waren einerseits der Aufstieg neuer globaler Einflussmächte, andererseits der außenpolitische Rückzug Ägyptens und die von den Sanktionen bzw. Unruhen hervorgerufene Marginalisierung des Irak, was zur relativen Stärkung anderer Regionalmächte führte. Ein weiterer Faktor ist die wachsende Bedeutung nichtstaatlicher Akteure, die mit offener oder verdeckter Unterstützung ausländischer Staaten agieren.

Bereits zu Beginn des Arabischen Umbruchs wurde deutlich, dass die USA in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts nicht mehr bereit bzw. fähig zu sein scheinen, ihre Rolle als Hegemonialmacht im NMO aufrechtzuhalten. Zum einen ist Washington durch zwei langandauernde,

gleichzeitige Kriege (Afghanistan, Irak) und eine desaströse, von den USA ausgehende Banken- und Finanzkrise politisch, militärisch und wirtschaftlich geschwächt. Zum anderen muss es sich der Konkurrenz mit dem auf die Weltbühne zurückgekehrten Russland, der aufstrebenden Weltmacht China und erstarkten Regionalmächten wie Türkei, Katar und Saudi-Arabien stellen. Letztere Staaten profitierten von einem Wirtschaftsboom bzw. einer Periode hoher Ölpreise.

Auch wenn die USA im Arabischen Umbruch zurückhaltend auftreten, verfolgen sie weiterhin ihre jahrzehntealten strategischen Ziele: Zugang zu den Energieressourcen, Sicherung von Welthandelswegen, Garantie der Existenz Israels, Eindämmung des Irans und Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Die EU hat durch die Etablierung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) inklusive militärischer Instrumente, die Einsetzung einer Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und die Etablierung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) an Gewicht gewonnen. Auch kann die EU wie kein anderer Akteur „soft power“ einsetzen (finanzielle Mittel, Expertise, kulturelle Kontakte etc.). Nach Nordafrika und dem NMO hat die EU bereits mehrere zivile Missionen entsandt.⁷⁵ Doch offenbarten jüngste Krisen (Libyen, Syrien etc.) die divergierenden Interessen der inzwischen 28 EU-Mitgliedsstaaten. Besonderes Interesse für die Region zeigen frühere Kolonialmächte wie Großbritannien, Frankreich und Italien. Sie besitzen in der Region namhafte wirtschaftliche Interessen und sind auch zu politischen Alleingängen bereit.

Russland ist infolge hoher Einnahmen aus Energieexporten, einer rasch wachsenden Wirtschaft sowie einer selbstbewussten politischen Führung unter Wladimir Putin in den Kreis der Weltmächte zurückgekehrt. Im Jahr 2002 war Russland zusammen mit den USA, der EU und den VN Gründungsmitglied des „Nahostquartetts“, seit 2006 ist es an der Iran-Kontaktgruppe (P5+1) beteiligt. Russland sucht im NMO an früheren Einfluss anzuknüpfen und neue Partner zu gewinnen. Bei Konflikten bietet es sich als Vermittler an. Bei den Golfstaaten verfügt Russland freilich über geringen wirtschaftlichen und kaum nennenswerten politischen Einfluss.⁷⁶

Der Arabische Umbruch wurde in Moskau zunächst als westliche Inszenierung bewertet, mit dem Ziel, Russlands Einfluss weiter zu schwächen. In der Tat büßte Moskau in Libyen nach dem Sturz Gaddafis an

⁷⁵ EUBAM Rafah / Gaza (seit 2005; Grenzüberwachung), EUJUST LEX / Irak (seit 2005; Justizreform), EUPOL COPPS / Palästinensische Territorien (seit 2005; Polizeireform) und EUBAM Libyen (seit 2013; Grenzüberwachung). Siehe Pabst, Martin: „Hard Power“ und „Soft Power“. Der Beitrag der EU zu Krisenprävention, Krisenmanagement und Friedensunterstützung, in: Europäische Sicherheit & Technik 12/2013, S. 10-13.

⁷⁶ Malashenko, Alexey: Russia and the Arab Spring, in: Carnegie Moscow Center, Oktober 2013, S. 4.

Einfluss ein, und in Syrien geriet der langjährige Partner Assad unter Druck. Inzwischen mehren sich in Russland jedoch Stimmen, die die Ursachen für die Veränderungen stärker in den politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Region erkennen wollen.⁷⁷

Nach der Enttäuschung über die durch die russische Enthaltung ermöglichte internationale Intervention in Libyen lehnt Moskau heute UN-mandatierte militärische Interventionen grundsätzlich ab. Es wirft den westlichen Mächten vor, Schutzverantwortung zur Herbeiführung von Regimewechseln zu missbrauchen. In Syrien stützt es seinen langjährigen Partner Assad aus Furcht vor einer Machtübernahme durch Jihadisten bzw. einem Einflussgewinn des Westens, zur Wahrung seiner umfangreichen ökonomischen Interessen wie auch zur Behauptung der russischen Marinebasis Tartus, des einzigen verbliebenen Militärstützpunkts außerhalb des Territoriums der ehemaligen Sowjetunion.⁷⁸

Mit Rücksicht auf die eigene muslimische Bevölkerung ist Moskau bemüht, Engagement im Arabischen Umbruch zu zeigen und dadurch innenpolitische Legitimität bei seiner muslimischen Minderheit zu gewinnen. Gleichzeitig sucht es die Entstehung militant-islamistischer und jihadistischer Bewegungen zu verhindern, da es eine Ausstrahlung auf Russland fürchtet. So gibt es Querverbindungen zwischen jihadistischen Gruppen im Kaukasus und in Syrien.⁷⁹ Tschetschenische Jihadisten haben sich in Syrien durch besondere Grausamkeiten hervorgetan.

Zur Regionalmacht Iran hat Russland ein ambivalentes Verhältnis. Dem iranischen Atom- und Raketenprogramm steht es ablehnend gegenüber. Doch verfolgen Russland und Iran in Syrien eine ähnliche Linie. Mit dem Abkommen zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen gelang Moskau 2013 ein Coup. Eine Rolle als erfolgreicher Vermittler strebt es auch im syrischen Bürgerkrieg an.

China tritt erstmals in der Region als politischer Akteur auf. Seine Handelsverbindungen und Investitionen wurden in den vergangenen zwanzig Jahren massiv ausgeweitet. China ist insbesondere auf Energieimporte angewiesen. Der chinesisch-arabische Handel nahm stark zu und erreichte 2011 ca. 180 Mrd. USD. Chinesische Firmen sind bei zahlreichen Bauvorhaben in der Region engagiert. Intensiviert hat sich auch die militärische Zusammenarbeit.⁸⁰ Selbstbewusst wirbt Peking für sein Entwicklungsmodell einer schnell wachsenden Wirtschaft unter autoritärer Führung. Dieses Modell könnte für arabische Kreise, die dem Westen kritisch gegenüberstehen, attraktiv sein. Angeblich auf Bitten bestimmter

⁷⁷ Ebd., S. 8 f.

⁷⁸ Ebd., S. 13-15.

⁷⁹ Katz, Mark N.: Russia and the Arab Spring, in: Middle East Institute, 3.4.2012, S. 15-21.

⁸⁰ Kandil, Ahmed: China and the „Arab Spring“. A new player in the Middle East?, in: IEMed Brief Nr. 47, 5.7.2012, S. 5, www.euromesco.net/images/briefs/euromescobrief47.pdf, Stand: 5.3.2014.

arabischer Staaten ernannte China 2002 erstmals einen Sondergesandten für den Nahen Osten. Besonderer Wert wird auf multilaterale Ansätze und die Einbeziehung der Regionalorganisationen gelegt.⁸¹ Wie Russland ist auch China aufgrund seiner heimischen muslimischen Minderheit bemüht, einer islamistischen Radikalisierung entgegenzuarbeiten. Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten wird hochgehalten. Typisch für China ist ein abwartendes „Wait and see“-Verhalten.⁸²

Das regionale Gleichgewicht wurde durch den außenpolitischen Rückzug Ägyptens und die Marginalisierung des Irak gestört. Ägypten war traditionell „primus inter pares“ innerhalb der arabischen Regionalmächte. Das bevölkerungsreichste arabische Land liegt in der Mitte der arabischen Welt und bildet die Brücke zwischen Afrika und Asien. 1922 wurde Ägypten als erstes arabisches Land unabhängig, 1945 initiierte es die Gründung der Arabischen Liga. Das Königreich Ägypten wie auch das republikanische Ägypten unter Nasser und Sadat übten in der arabischen Welt eine politische und geistige Führungsrolle aus. Hingegen stellte sich der von 1981 bis 2011 amtierende Staatspräsident Hosni Mubarak unter den Schutzschirm der USA, überließ Saudi-Arabien die regionale Führungsrolle und verzichtete auf eigene Initiativen, z. B. zur Lösung des Irak- oder Nahostkonflikts.⁸³

Iraks Staatspräsident Saddam Hussein beabsichtigte, die vakante Führungsrolle in der arabischen Welt zu übernehmen, und positionierte den Irak als Schutzmacht der Palästinenser. Doch schwächte die Niederlage im Zweiten Golfkrieg das Land erheblich. Seit dem Sturz Saddam Husseins (2003) ist der Irak von dauernden bürgerkriegsähnlichen Unruhen erschüttert und faktisch dreigeteilt. Die schiitisch dominierte Regierung von Nuri al-Maliki in Bagdad lehnt sich außenpolitisch an den Iran an. Ein konkurrierendes Machtzentrum ist die Autonome Region Kurdistan mit eigenen Streitkräften (Peschmerga) und Nachrichtendiensten. Hinzu kommen nichtstaatliche bewaffnete Akteure.

Durch den außenpolitischen Rückzug Ägyptens hat sich der Schwerpunkt der arabischen Welt an den Golf verlagert. Dort profitierten vom Niedergang des Iraks die beiden anderen Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran. Für beide Staaten ist ein Bedrohungsfaktor weggefallen, wenngleich aus der Schwäche des Iraks neue Risiken erwachsen.

Saudi-Arabien hat die größte Volkswirtschaft unter den arabischen Staaten. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 883,7 Mrd. USD stand es 2012 weltweit an 21. Stelle. Zwischen 2000 und 2010 erzielte die saudische Wirtschaft durchschnittliche Wachstumsraten von 14 %. In dieser Dekade

⁸¹ China's First Special Envoy to Middle East. China Through A Lense, 8.11.2002, www.china.org.cn/english/NM-e/48288.htm, Stand: 19.3.2014.

⁸² Kandil: China and the „Arab Spring“.

⁸³ Osman: Egypt on the Brink, S. 186-191.

wurden massive Überschüsse erzielt, so beispielsweise 70 Mrd. USD im Jahr 2006. Ende 2012 besaß das Land die weltweit viertgrößten Devisen- und Goldreserven in Höhe von 656,9 Mrd. USD.⁸⁴ Die opulenten Mittel erlauben dem Land nicht nur eine massive Aufrüstung seiner Streitkräfte, sondern auch die Förderung außenpolitischer Ziele durch Unterstützung von Staaten, Parteien und religiösen Gruppierungen.

Die saudische Machtstellung gründet auch in der politischen und wirtschaftlichen Dominanz des 1981 gegründeten Golfkooperationsrats (GKR). Das Königreich repräsentiert 99 % der Fläche, 68 % der Bevölkerung und über 50 % des Bruttoinlandsproduktes des GKR. Der GKR ist der politisch und wirtschaftlich aktivste Staatenbund im arabischen Raum. Hingegen übt sich die traditionell ägyptisch dominierte Arabische Liga in außenpolitischer Zurückhaltung. Die 1989 gegründete Union des Arabischen Maghreb (UAM) wird vom marokkanisch-algerischen Konflikt gelähmt und hat weder wirtschaftlich noch politisch wesentliche Integrationsfortschritte gemacht.

Ein weiteres saudisches Instrument ist die 1969 ebenfalls unter maßgeblicher Mitwirkung Saudi-Arabiens gegründete und großzügig finanzierte Organisation Islamischer Zusammenarbeit (OIZ). Ihr derzeitiger Generalsekretär Iyad bin Amin Madani ist ein saudischer Araber.

Saudi-Arabien ist mit den USA liiert und erhält von dort moderne Waffensysteme. Zusammen mit der Türkei und Ägypten ist es der wichtigste Verbündete Washingtons im NMO.

Als Hüterin der Heiligen Stätten sieht sich Saudi-Arabien in der informellen Nachfolge des osmanischen Kalifats und beansprucht als „Custodian of the Two Holy Mosques“⁸⁵ die Führungsrolle in der islamischen und der arabischen Welt. Gleichzeitig ist es von der Idee besessen, die wahabistisch/salafistische Ideologie – eine puristische und streng dogmatische Lesart des Islam – zu exportieren. Die dadurch bekundete Frömmigkeit dient der innenpolitischen Legitimierung des Hauses Saud. Von der Regierung bzw. reichen Privatleuten finanzierte wahabistische Prediger haben seit den 1980er-Jahren in vielen arabischen Ländern Moscheen, Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen gegründet. Über generöse Geldströme kann Saudi-Arabien auf nahezu jedes arabische Land einen erheblichen Einfluss ausüben.

Im Iran sieht Saudi-Arabien nicht nur den machtpolitischen, sondern auch den ideologischen Gegenspieler. Denn die Islamische Republik Iran strebt seit Khomeinis Revolution ebenfalls nach einer Führungsrolle in der islamischen Welt, nicht nur unter Anhängern des Schiitentums.⁸⁶

⁸⁴ CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook>, Stand: 25.2.2014.

⁸⁵ Alhomayed, Tariq: Opinion. King Abdullah's Egypt speech was like a surgeon's scalpel, in: Asharq al-Awsat, 19.8.2013, www.aawsat.net/2013/08/article55314019, Stand: 11.3.2014.

⁸⁶ Nasr: The Shia Revival, S. 137 f.

Der saudisch-iranische Gegensatz wird dadurch verstärkt, dass der Wahabismus den denkbar größten Gegensatz zur Schia darstellt. Wahabiten denunzieren Schiiten als ketzerische Abweichler vom Islam.

Als absolute Monarchie ist Saudi-Arabien an einer Demokratisierung des arabischen Raums nicht interessiert. Schon bald nach Ausbruch des Arabischen Umbruchs suchte Riad das konservativ-monarchische Lager zu stärken. Im Mai 2011 wurde das schon länger vorliegende Beitritts-gesuch des Königreichs Jordaniens zum GKR angenommen. Bei einem Abschluss des Prozesses würde das traditionell im westlichen Lager stehende Königreich unter stärkeren Einfluss der Golfmonarchien geraten. Die Mitgliedschaft würde ökonomische Hilfen und, wie im Fall Bahraïns, eine Beistands-garantie für das jordanische Herrscherhaus bedeuten.⁸⁷ Marokko, die zweite arabische Monarchie außerhalb des GKR, wurde 2011 ebenfalls zu einem Beitritt eingeladen. Rabat zeigte sich grundsätzlich aufgeschlossen, doch scheint ein Beitritt momentan nicht aktuell zu sein. Er würde auch der traditionellen marokkanischen Pendelpolitik widersprechen. Im Unterschied zu Jordanien ist Marokko auch nicht finanziell abhängig von den Golfstaaten.⁸⁸ Das Beispiel Syrien zeigt freilich, dass die Status-quo-Macht Saudi-Arabien auch Protestbewegungen unterstützt, wenn es übergeordneten strategischen Zielen nutzt (Schwächung des Irans).

Da die populistische, antimonarchische Muslimbruderschaft weit eher als nichtislamistische Reformkräfte Anklang in den Golfstaaten finden könnte, wird sie von Saudi-Arabien bekämpft. Zudem hat man sie in Verdacht, Nationalstaaten zugunsten eines panislamischen Gemeinwesens abschaffen zu wollen. Denn zur Gründungsidee der Muslimbruderschaft gehört die Wiederbegründung des Kalifats.⁸⁹ In den 1950er- bis 1980er-Jahren hatten Muslimbrüder Exil in Saudi-Arabien wie auch in den kleineren Golfmonarchien erhalten. Viele von ihnen wurden als Lehrer oder Beamte in den Staatsdienst übernommen. Im Gegenzug stellten die Saudis den Muslimbrüdern finanzielle Mittel für den Aufbau ihres europäischen Netzwerks zur Verfügung.⁹⁰ In den 1980er-Jahren betrieben Saudi-Arabien, die Muslimbruderschaft und die pakistanische Jama'at-e-Islami gemeinsam die Rekrutierung von Afghanistankämpfern.⁹¹ Zunehmend warf die saudische Regierung den Muslimbrüdern aber vor, die eigenen Staatsbürger und die Gastarbeiter zu politisieren und mit einer

⁸⁷ Anani, Dr. Jawad: Jordan's accession to the GCC, in: *Al Arabiya*, 6.5.2013, english.alarabiya.net/en/special-reports/bridging-the-gulf/2013/05/06/Jordan-s-accession-to-the-GCC.html, Stand: 23.3.2014.

⁸⁸ Persönliche Mitteilung Dr. Jürgen Theres, Projektleiter Hanns-Seidel-Stiftung Tunesien, 20.3.2014.

⁸⁹ Khoury: *The Arab Cold War revisited*, S. 76.

⁹⁰ Potgieter, Alison: *The Muslim Brotherhood. From Opposition to Power*, London 2013, S. 111.

⁹¹ Ebd., S. 194.

landesfremden Form des Islam zu indoktrinieren. Nach der Unterstützung des irakischen Einmarschs in Kuwait durch die Muslimbruderschaft wurden viele Muslimbrüder aus Saudi-Arabien ausgewiesen. In Konkurrenz zur Muslimbruderschaft unterstützt Saudi-Arabien salafistische Gruppen in vielen Ländern und hat weltweit ein ansehnliches Netzwerk aufgebaut.⁹²

Offen ist, wie sich Saudi-Arabien künftig entwickeln wird. König Abdullah ibn Abd al-Aziz ist 80 Jahre alt und schwer krank, Kronprinz Salman 78 Jahre alt. Im weitverzweigten Haus Saud gibt es Hardliner wie auch US-freundliche moderate Prinzen, ja sogar einen vom Nasserismus beeinflussten „roten Prinzen“ (Talal ibn Abd al-Aziz).⁹³

Die kleinen Golfmonarchien lehnen sich außenpolitisch an Saudi-Arabien an, das letztlich ihre Sicherheit gewährleistet. Doch setzen innenpolitisch moderatere Staaten wie Katar, Kuwait, Oman und die VAE durchaus eigene Akzente.

Insbesondere das nur 11.437 km² große und 1,4 Mio. Menschen zählende Emirat Katar hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre zu einem selbstbewussten Akteur entwickelt. Gestützt auf seine hohen Einnahmen aus Erdgasverkäufen, will es in Konkurrenz zu Saudi-Arabien zu einem Machtfaktor in der arabischen Welt werden. Wie auch die anderen Golfstaaten hat es von den hohen Ölpreisen im Zeitraum 2000 bis 2008 massiv profitiert und verfügt über immense Devisenreserven, die es als „soft power“ einsetzen kann. Vor dem Arabischen Umbruch suchte es sich als Konfliktvermittler zu profilieren (z. B. 2008 Doha-Abkommen im Libanon-Konflikt, 2011 Doha-Abkommen im Darfur-Bürgerkrieg). Die Qatar Foundation betreibt umfangreiche Entwicklungsprojekte im gesamten arabischen Raum, was sich auch in politischem Einfluss niederschlägt. Hinzu kommt die mediale Präsenz des Fernsehsenders Al-Jazeera, der im Besitz der Herrscherfamilie ist. Katar folgt wie Saudi-Arabien der wahabitisch-salafistischen Richtung des Islams, allerdings in gemäßigter Form, und versucht nicht, sie zu exportieren. Al-Jazeera betreibt Imagepflege für das aufstrebende Emirat, das sich als weltläufiger, moderater muslimischer Staat präsentiert. Seine eigenständige Rolle illustrierte die Einrichtung einer „Israelischen Handelsvertretung“ in Doha (nach dem Gaza-Krieg 2009 auf Druck anderer arabischer Staaten geschlossen).⁹⁴

Im Arabischen Umbruch sieht Katar die Chance, mit Hilfe der überregional starken Muslimbruderschaft zur führenden Regionalmacht

⁹² Haykel, Bernard: Katar and Islamism, in: Norwegian Peacebuilding Resource Center, Policy Brief Februar 2013.

⁹³ Fürtig, Henner: Stabilitätsanalyse Saudi-Arabien. Deutsches Orientinstitut, menavision 2010, web.archive.org/web/20040806050652/http://www.menavision2010.de/dokumente/tp2-studie-sechs.pdf, Stand: 30.4.2014.

⁹⁴ Salman, Talal: Katar Takes Over Arab League, in: Al Monitor, 18.4.2013, www.al-monitor.com/pulse/politics/2013/04/Katar-amps-regional-role-middle-east-arab-league.html, Stand: 19.3.2014.

im arabischen Raum aufzusteigen.⁹⁵ Das Emirat hat daher eine ähnlich dynastisch-religiöse Allianz begründet wie 250 Jahre zuvor das Haus Saud mit der religiösen Strömung der Wahabiten. Die Allianz mit den Muslimbrüdern mag für die katarische Herrscherfamilie zudem auch eine Rückversicherung für den Fall innerer Unruhen oder saudischer Destabilisierungsversuche darstellen.

In Absprache mit der Türkei und westlichen Staaten unterstützt Katar die Muslimbruderschaft und ihr nahestehenden Gruppierungen in Ägypten, Libyen, Tunesien und Syrien. Schon seit den 1990er-Jahren hat sich das Emirat in der Nachfolge Saudi-Arabiens um gute Beziehungen zur Muslimbruderschaft bemüht, obwohl sich deren politische Vorstellungen fundamental vom katarischen politischen System unterscheiden. Prominente Persönlichkeiten, die Muslimbrüder sind oder der Organisation nahestehen, fanden in Katar Exil. Der aus Ägypten stammende islamische Gelehrte Yusuf Abdallah al-Qaradawi lebt in Katar und predigt regelmäßig mit großer Außenwirkung auf al-Jazeera. Weitere Persönlichkeiten sind Sheikh Abd al-Mu'izz Abd al-Sattar, Sheikh Ahmad al-Assel und Dr. Kamal Naji. Von Katar aus operieren auch wichtige Internetseiten der Muslimbrüder. Anfang 2012 konnte Katar die palästinensische Hamas, eine zur Muslimbruderschaft gehörende Partei, im Gazastreifen zu einem außenpolitischen Kurswechsel bewegen: Der Hamas-Politbürochef Khaled Meshaal verließ Damaskus und nahm seinen Sitz in Doha. Im Oktober 2012 hatte Emir Sheikh Hamad bin Kalifa einen werbewirksamen Auftritt im Gazastreifen. Damit übernahm Katar auch eine Führungsrolle als Schutzmacht der Palästinenser.⁹⁶

Ein stillschweigendes Arrangement wurde getroffen, wonach Katar die Muslimbrüder international unterstützt, sie sich innerhalb des Emirats aber politischer Aktivitäten zu enthalten haben. Katars innere Stabilität ist denn auch weniger bedroht als diejenige Saudi-Arabiens: Weltweit genießen seine wenig politisierten Bürger das höchste Pro-Kopf-Einkommen (über 100.000 USD jährlich) und die niedrigste Arbeitslosigkeit, und im Unterschied zu Saudi-Arabien und anderen arabischen Golfstaaten besitzt Katar keine nennenswerte schiitische Minderheit. Außerdem hat das kleine Emirat eine De-facto-Bestandsgarantie infolge der Al Udeid U.S. Air Force Base und des Camp As Sayliyah, der größten logistischen Basis außerhalb der USA. In Al Udeid befindet sich auch eine vorgeschobene Kommandobasis des Regionalkommandos CENTCOM in Tampa, Florida.⁹⁷

⁹⁵ Alster, Paul: Katar's Risky Overreach in Egypt, Libya, Syria and Beyond, in: IPT News, 15.8.2013, www.investigativeproject.org/4125/Katar-risky-overreach, Stand: 28.4.2014.

⁹⁶ Khoury: The Arab Cold War revisited, S. 84.

⁹⁷ Roberts, David: Behind Katar's Intervention In Libya. Why Was Doha Such A Strong Supporter of The Rebels?, in: Foreign Affairs, 28.9.2011, www.foreignaffairs.com/articles/68302/david-roberts/behind-Katars-intervention-in-libya, Stand: 20.3.2014.

Die Außenpolitik Katars dürfte pragmatisch, nicht ideologisch orientiert sein. Zwar werden einigen Mitgliedern der Herrscherfamilie, wie Innenminister Sheikh Abdullah bin Khalid Al-Thani, Sympathien für die Muslimbrüder nachgesagt, doch haben sie auf die Außenpolitik keinen Einfluss.⁹⁸

Aufgrund seiner wirtschaftlichen Macht und der Paralyse wichtiger arabischer Staaten (Ägypten, Syrien, Tunesien) konnte Katar 2011 eine Führungsrolle in der Arabischen Liga übernehmen. Im entscheidenden Jahr 2011 hatte es turnusgemäß den Vorsitz, inzwischen stellt es den stellvertretenden Generalsekretär und hat auf dem 2013 in Doha einberufenen Gipfel die Agenda diktiert.⁹⁹

Katar erachtet Ägypten und Saudi-Arabien als überalterte Regionalmächte, die nicht mehr zu dynamischer Führung fähig sind. Dieses Vakuum will das Emirat ausfüllen und präsentiert sich als Vermittler zwischen dem Westen und der islamischen Welt sowie zwischen dem Westen und Iran. Daneben hat Katar auch ökonomische Ziele. Angesichts künftig rückläufiger Energieeinnahmen ist es bestrebt, seine Wirtschaft zu diversifizieren. So versprach die Intervention in Libyen lohnende Kontrakte für seine Petrochemie- und Bauindustrie.¹⁰⁰

Katar stimmt seine Politik eng mit den USA und europäischen Staaten wie Frankreich und Großbritannien ab. Gleichzeitig pflegt es als einzige Golfmonarchie neben dem Oman passable Beziehungen mit dem Iran, wozu ihn auch ein gemeinsam ausgebeutetes Erdgasfeld im Persischen Golf zwingt.¹⁰¹

Der Iran hat durch die Marginalisierung des Iraks im nun schiitisch regierten Nachbarland erheblich an Einfluss gewonnen. Der seit 2006 regierende irakische Premierminister Nuri al-Maliki von der islamistischen Dawa-Partei hat lange im iranischen Exil gelebt. Im NMO steht der Iran sowohl in punkto Fläche (nach Saudi-Arabien) wie in punkto Einwohnerzahl (nach Ägypten) an zweiter Stelle. Irans Wirtschaft ist durch die internationalen und bilateralen Sanktionen zwar geschädigt (2012 kam es erstmals zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes), doch steht der Iran mit einem geschätzten BIP von 988,4 Mrd. USD (2012) weltweit an 18. Stelle. Im NMO ist es nach der Türkei und vor Saudi-Arabien die größte Volkswirtschaft.¹⁰²

Mit der antiisraelischen und propalästinensischen „Achse des Widerstands“ strebt der Iran in der Tradition Khomeinis nach einer

⁹⁸ Haykel: Katar and Islamism.

⁹⁹ Salman: Katar Takes Over Arab League.

¹⁰⁰ Roberts: Behind Katar's Intervention In Libya.

¹⁰¹ Smith, Lee: The Little Emirate that Could, in: The Weekly Standard, 5.9.2011, www.weeklystandard.com/articles/little-emirate-could_591432.html, Stand: 11.3.2014.

¹⁰² CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook>, Stand: 25.2.2014.

Führungsrolle nicht nur im schiitischen, sondern im gesamtmuslimischen Bereich. Sie erlaubt Teheran eine Machtprojektion bis in den Mittelmeerraum hinein.

Daneben ist der Iran bemüht, seine Führungsrolle unter den Schiiten auszubauen sowie seine Dominanz am Golf zu stärken. Nach dem Vorbild des gelungenen Projekts Hisbollah im Libanon sucht Teheran die schiitischen Bevölkerungsgruppen in anderen Golfstaaten zu ideologisieren und unter seine Führung zu stellen. Die Mehrgleisigkeit der iranischen Außenpolitik – Streben nach einer akzeptierten Führungsrolle in der muslimischen Welt, Stärkung und Expansion des Schiitentums, Ausbau der Vormachtstellung am Golf – beinhaltet freilich Widersprüche und untergräbt die eigene Glaubwürdigkeit.

Im Arabischen Umbruch erkannte der Iran Chancen und begrüßte den Wandel als Fortsetzung der Islamischen Revolution von 1979. Prowestliche Regime in Tunesien und Ägypten wurden gestürzt, islamistische Bewegungen wurden regierungsfähig, und die marginalisierten Schiiten in den arabischen Golfstaaten können gegebenenfalls von einer Demokratisierung profitieren.

Das Beispiel Syrien zeigt das komplexe Konglomerat aus programmatischer Politik und Realpolitik auf: Grundsätzlich ist der Iran eine auf Veränderung setzende Macht, doch in Syrien agiert er als Status-quo-Macht, um seinen Alliierten Assad im Amt zu halten. Im Gegenzug tritt die Status-quo-Macht Saudi-Arabien in Syrien als Transformationsmacht auf, da sie dort die „Achse des Widerstands“ aufbrechen und den Iran schwächen will. Die Parteinahme zugunsten der Assad-Regierung hat dem Iran und seinem verlängerten Arm Hisbollah Sympathien im arabischen Raum gekostet.

Der von 2005 bis 2013 amtierende iranische Staatspräsident Mahmud Ahmadinedjad steuerte einen prononciert antiwestlichen und antiisraelischen Kurs. Er forcierte das Nuklear- und Raketenprogramm, positionierte den Iran als Vorkämpfer der Dritten Welt und schloss Allianzen mit linken Staaten wie Kuba und Venezuela. Doch liegt die Entscheidung über die Außenpolitik letztlich beim Obersten Rechtsgelehrten. Mit Zustimmung von Ali Chamene'i signalisierte der 2013 gewählte Präsident Hassan Rohani die Bereitschaft für eine Übereinkunft im Atomstreit, ein Zustandekommen erscheint im Bereich des Möglichen.¹⁰³ Ein Übergangsabkommen wurde inzwischen unterzeichnet. Eine Verständigung zwischen dem Westen und dem Iran würde für beide Seiten erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen. Ausländische Konzerne stehen bereits in den Startlöchern. Ein westlicher Wirtschaftsexperte in Teheran bezeichnete den abgeschotteten iranischen

¹⁰³ Meier-Walser, Reinhard / Münch-Heubner, Peter L.: Teherans Atomstrategie und die Internationale Sicherheit. Eine politikwissenschaftliche-orientalistische Konstellationsanalyse (= Berichte und Studien 97, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2013, S. 7-13.

Markt als „den dicksten Braten auf dem Teller der Weltwirtschaft“.¹⁰⁴

Die Türkei hat unter dem seit 2003 regierenden Premierminister Recep Tayyip Erdoğan von der islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) wichtige innenpolitische Reformen durchgeführt und ein Wirtschaftswunder erlebt. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 1.167 Mrd. USD stand die türkische Volkswirtschaft 2013 weltweit an 17. Stelle und im NMO an 1. Stelle.¹⁰⁵ Erdoğan und sein außenpolitischer Vordenker Außenminister Ahmet Davutoğlu betreiben eine strategisch ausgerichtete Außenpolitik. Die Türkei sucht Einfluss in früheren osmanischen Reichsgebieten wiederzugewinnen. Sowohl politisch wie auch wirtschaftlich strebt sie eine Führungsrolle an. Dabei wirbt sie mit ihrem Entwicklungsmodell einer ökonomisch erfolgreichen Demokratie auf islamischer Wertgrundlage und setzt „soft power“ ein (Kredite, Entwicklungshilfe, kulturelle und religiöse Kontakte). Im Gegensatz zu früheren Regierungen, die auf die EU bzw. den zentralasiatischen Raum fixiert waren, bemühen sie sich auch um gute Beziehungen zu arabischen Staaten.

Die Öffnung nach außen abgeschlossener Volkswirtschaften in arabischen Ländern eröffnet der türkischen Wirtschaft lukrative Absatzmärkte und Investitionsräume. 2004 unterzeichneten die Türkei und Syrien ein Freihandelsabkommen.¹⁰⁶ Im Sommer 2010 vereinbarten die Türkei, Syrien, der Libanon und Jordanien die Bildung einer Freihandelszone mit der Perspektive der Erweiterung zu einer späteren „Nahost-Union“.¹⁰⁷ Im Arabischen Umbruch sah die Türkei die Möglichkeit einer Beschleunigung dieses Projektes unter türkischer Führung. Ankara beendete die von Außenminister Davutoğlu konzipierte bisherige Entspannungspolitik („Null Probleme“ mit allen Nachbarn) und schlug sich einseitig auf die Seite der islamischen und islamistischen Rebellen in Syrien. Damit nahm man freilich erhebliche Risiken für das eigene Land in Kauf. Der beabsichtigte schnelle Erfolg blieb aus.¹⁰⁸

Ungeachtet der seit 1949 bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Israel positioniert sich Premierminister Erdoğan seit einigen Jahren als Fürsprecher der Palästinenser, eine Voraussetzung

¹⁰⁴ Gehlen, Martin: Rohani braucht den Erfolg, in: Die Zeit, 18.2.2014, www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/iran-verhandlungen-atomprogramm-rohani/seite-2, Stand: 21.3.2014.

¹⁰⁵ CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook>, Stand: 25.2.2014.

¹⁰⁶ Aver, Caner: Aktueller Stand der türkisch-syrischen Beziehungen, in: Aktuell, Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Essen 16.10.2013, www.tamvakfi.de/downloads/zfti-aktuell-2.pdf, Stand: 30.4.2014.

¹⁰⁷ Güsten, Susanne: Türkei und Syrien arbeiten an „Nahost-Union“, in: Der Tagesspiegel, 22.11.2010, www.tagesspiegel.de/politik/reger-grenzverkehr-tuerkei-und-syrien-arbeiten-an-nahost-union/3148070.html, Stand: 5.3.2014. Das Projekt ruht derzeit.

¹⁰⁸ The return of Turkey's „zero problems“ policy, in: Al-Monitor, 21.3.2013, www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/11/turkey-ties-neighbors-iran-iraq-syria-transition.html, Stand: 30.4.2014.

für eine Führungsrolle im arabischen Raum. Mit scharfen Worten verurteilte er israelische Menschenrechtsverletzungen wie z. B. die systematische Bombardierung von Zivilisten im Gazakrieg (2008/09). Nach der Tötung türkischer Aktivisten bei der Erstürmung des Gaza-Hilfsschiffs „Mavi Marmara“ im Mai 2010 stufte die Türkei die diplomatischen Beziehungen zu Israel herunter und setzte die Militärkooperation aus. Damit kam es zu dem erwünschten Popularitätsgewinn im arabischen Raum.

Das NATO-Mitglied Türkei ist traditionell ein enger Partner der USA, doch agiert es außenpolitisch zunehmend selbstbewusst. Die Türkei ist nicht an einer Ausweitung des iranischen Einflusses im NMO interessiert, da dies ihre eigene Dominanz in der Region schmälern würde. Aufgrund seines politischen Systems, seiner Ideologie und seines Nuklearprogramms wird der Iran kritisch gesehen, doch ist Ankara um gute Beziehungen bemüht, zumal die Türkei vom Iran einen Großteil ihrer Erdgasimporte bezieht. Die Weitergabe von Informationen an die iranische Regierung Anfang 2012, die zur Enttarnung von an die zehn israelischer Agenten führte, war eine vertrauensbildende Maßnahme.¹⁰⁹

Wie kein anderes Land ist die Türkei von der Kurdenfrage betroffen. Die Etablierung einer weitreichenden kurdischen Autonomie im Irak und ähnliche Tendenzen in Syrien seit 2011 können auch in der Türkei kurdische Autonomie- bzw. Sezessionsbestrebungen beflügeln bzw. gar zur Ausrufung eines vereinten kurdischen Staates führen, was in jüngster Zeit zunehmend thematisiert und diskutiert wird.¹¹⁰ Türkisches Engagement im NMO beinhaltet daher stets das Ziel, die kurdische Dynamik zu kontrollieren.

Israels Rolle als Regionalmacht stützt sich auf seine wirtschaftliche Stärke als diversifizierte, hoch entwickelte Industrie- und Wissensökonomie mit einem Bruttoinlandsprodukt von 274,5 Mrd. USD (Schätzung für 2013),¹¹¹ seine enge Allianz mit den USA und seine schlagkräftige, 176.500 Mann starke Armee. In der Region ist Israel weitgehend isoliert. Lediglich mit Ägypten (1979) und Jordanien (1994) wurden Friedensverträge abgeschlossen und diplomatische Beziehungen aufgenommen. Hinzu kommt die Türkei, die Israel bereits 1949 anerkannt hat.

Im Jahr 2002 schlug der damalige saudische Kronprinz und heutige König Abdullah Israel die vollständige Normalisierung der arabischen Beziehungen zu Israel im Gegenzug für einen vollständigen israelischen Abzug aus allen besetzten palästinensischen Gebieten vor. Die Arabische

¹⁰⁹ Ignatius, David: Turkey blows Israel's cover for Iranian spy ring, in: Washington Post, 17.10.2013.

¹¹⁰ So erschien die März-Ausgabe des Magazins Zenith mit der Landkarte eines vereinigten Kurdistan auf dem Titel und der provozierenden Unterschrift: Ist dieses Land noch zu verhindern?, in: Zenith 3/2013.

¹¹¹ CIA World Fact Book, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook>, Stand: 5.3.2014.

Liga stellte sich hinter den saudischen Friedensplan. Eine solche Normalisierung würde beiden Seiten enorme wirtschaftliche Perspektiven eröffnen. Doch tendiert Israel seit 2001 unter rechtsgerichteten Regierungen zur Aufrechterhaltung des Status quo. Dies erlaubt dem Land, die Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten fortzuführen und die Kontrolle über die strategisch wichtigen Grenzen am Jordanfluss und am Golan aufrechtzuhalten.

Israel sieht sich durch das iranische Raketen- und Nuklearprogramm existenziell bedroht. Zum Ende der Amtszeit des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedjad (2005-2013) drohte Israel immer unverhohlener mit einem militärischen Präventivschlag gegen iranische Nuklearanlagen bzw. ermunterte die USA zu einem solchen Vorgehen. Mit vom Iran unterstützten nichtstaatlichen Akteuren lieferte sich Israel immer wieder asymmetrische militärische Auseinandersetzungen (so 2006 mit der Hisbollah und 2008/09 mit der Hamas).

Anker der israelischen Außen- und Sicherheitspolitik sind zum einen die strategische Allianz mit den USA, zum anderen die Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien, wodurch sich die frühere Vierfrontenbedrohung zu einer Zweifrontenbedrohung reduziert hat. Mit Ägypten und Jordanien begründete Jerusalem eine informelle Sicherheitskooperation zur Bekämpfung islamistischer Bestrebungen. Das vom Assad-Klan regierte Syrien ist erklärter Feindstaat und Bestandteil der iranischen „Achse des Widerstands“. Doch handelt es sich auch um einen berechenbaren Feind: Zwischen 1973 und 2011 wurde an der Demarkationslinie auf dem Golan kein einziger Schuss abgefeuert.

Dem Arabischen Umbruch steht Israel skeptisch gegenüber, da es autoritären arabischen Führern wegen ihrer geringeren Beeinflussbarkeit durch den Druck der Straße stets den Vorzug vor gewählten arabischen Führern gegeben hat. Aus einem Machtwechsel in Syrien könnte Israel Vorteile ziehen, doch bestehen auch Risiken. Ein Sturz von Staatspräsident Assad würde zwar den Iran schwächen, möglicherweise aber aggressivere antiisraelische Regierungen an die Macht bringen.

Der 2011 ausgebrochene syrische Bürgerkrieg hat einen offenen Ausgang, doch steht bereits jetzt eine Folge fest: Eine weitere arabische Regionalmacht ist paralysiert und faktisch territorial geteilt. Gemäß dem linken syrischen Oppositionellen Michel Kilo will Israel den Krieg in Syrien anfachen, Assad aber letztlich nicht stürzen: „Syrien ist ein unmittelbares Nachbarland Israels, und es spielte eine zentrale Rolle im Nahostkonflikt. Wenn Syrien zerstört ist, liegt das im strategischen US-amerikanischen und israelischen Interesse.“¹¹²

¹¹² Interview: Michel Kilo über die zivile Bewegung und die Perspektiven nach Assad, in: Adopt a Revolution, 8.10.2012, www.adoptrevolution.org/interview-kilo, Stand: 30.4.2014.

Vom Ausfall Syriens profitieren die nichtarabischen Akteure (Israel, Türkei, Iran). Lediglich Saudi-Arabien und der Emporkömmling Katar sind noch als handlungsfähige arabische Regionalmächte im NMO übriggeblieben. In Syrien liefern sich die fünf Mächte zusammen mit weiteren externen Akteuren einen Wettlauf um Einfluss und unterstützten unterschiedliche Konfliktparteien.

Das syrische Vakuum strahlt auf seine Nachbarländer Libanon und Irak aus. Alle drei Staaten wurden erst nach 1918 in ihren jetzigen Grenzen geschaffen und untergliedern sich in Bevölkerungsgruppen mit starker ethnischer oder konfessioneller Gruppenidentität. Je länger der Bürgerkrieg anhält, desto mehr zerfällt Syrien in Einflusszonen. Diese Dynamik erfasst auch die Nachbarländer Irak und Libanon. Nichtstaatliche Akteure kontrollieren inzwischen grenzübergreifende Gebiete. Damit könnte sich die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene territoriale Ordnung in der Levante auflösen.

2.6 Der Arabische Umbruch in ausgewählten Staaten

2.6.1 Tunesien

Die Selbstverbrennung eines frustrierten und schikanierten jungen Gemüsehändlers am 17. Dezember 2010 löste in kurzer Zeit landesweite Proteste und schließlich die Flucht von Staatschef Zine El Abidine Ben Ali am 14. Januar 2011 aus. Diese Entwicklungen waren weder geplant noch vorhersehbar. Nicht das von Polizei und Geheimdiensten rigide kontrollierte Tunesien, sondern das halbdemokratische Ägypten mit seiner kritischen Zivilgesellschaft war der wahrscheinlichere Kandidat für das Aufkommen einer Protestbewegung.

Die zunächst spontanen, lokalen Proteste wurden von Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Einerseits ist der traditionsreiche Gewerkschaftsdachverband Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT) zu nennen, dessen mittlere und untere Ebene trotz der Eingriffe der Regierung ein Refugium linker Strömungen geblieben war und der mit über 150 landesweiten Büros seine 680.000 Mitglieder für die Proteste mobilisieren konnte.¹¹³ Zum anderen hatten jugendliche Aktivisten und Blogger einen wesentlichen Anteil. So wurden ab dem 27. Dezember durchschnittlich 28.000 Tweets stündlich mit der Kennung „#sidibouziid“ versendet.¹¹⁴ In dieser Szene spielte die 2004 gegründete, von der

¹¹³ Omri, Mohamed-Salah: Trade unions and the construction of a specifically Tunisian protest configuration, in: Open Democracy, 24.9.2013, www.opendemocracy.net/mohamed-salah-omri/trade-unions-and-construction-of-specifically-tunisian-protest-configuration, Stand: 10.3.2014.

¹¹⁴ Tunisia protesters use Facebook, Twitter and YouTube to help organize and report, in: Los Angeles Times, 14.1.2011, latimesblogs.latimes.com/technology/2011/01/tunisia-students-using-facebook-and-twitter-to-organize.html, Stand: 10.3.2014.

Regierung Ben Ali immer wieder behinderte Blogger-Gruppe „Nawaat“ eine herausgehobene Rolle. Sie berichtete über den Suizid in Sidi Bouzid und die nachfolgenden Proteste, während die Staatsmedien die Vorkommnisse zu ignorieren suchten.¹¹⁵

Indirekte US-Einflüsse auf die Protestbewegung sind erkennbar. So boten regierungsfinanzierte Nichtregierungsorganisationen wie das Albert Einstein Institute, Freedom House und das International Republican Institute von 2006 bis 2008 regierungskritischen Aktivisten aus Tunesien Trainings in Strategie und Taktik gewaltfreien Widerstands, vorwiegend in Drittländern über Stipendien. Zum Curriculum zählten die Nutzung sozialer Netzwerke zur politischen Mobilisierung und die Nutzung gemeinsamer Symbole.¹¹⁶ Das vom US-Kongress gegründete und mit der Open Society Foundation von George Soros zusammenarbeitende National Endowment for Democracy (NED) finanzierte 2009 die beiden Organisationen Al-Jahedh Forum for Free Thought und Mohamed Ali Center for Research, Studies and Training, die Führertraining von Jugendaktivisten betrieben.¹¹⁷

Eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung von Demonstranten spielte auch die von International Media Support und dem Open Society Institute finanzierte, regierungskritische Radiostation Kalima. Nach behördlichen Verfolgungsmaßnahmen sendete sie seit 2009 von außerhalb Tunesiens.¹¹⁸

Durch den NSA-Skandal wurde bekannt, wie eng die Verbindungen zwischen US-Regierung, Geheimdiensten und Internet-Konzernen sind. Google, Twitter und Facebook boten junge Tunesier zur Nutzung sozialer Netzwerke für regierungskritische Aktivitäten. So organisierte Google im September 2010 in Budapest die Konferenz „Internet Liberty 2010“, auf der das „Middle East and North African Bloggers Network“ etabliert wurde. Die tunesischen Behörden erfuhren davon und verhörten Aktivisten bei der Wiedereinreise.¹¹⁹ Manche junge Tunesier fürchteten um ihre Unabhängigkeit. So warnte der tunesische Internetaktivist Sami Ben Gharbia (Mitgründer von Nawaat) am 17. September 2010 in einem Aufsatz vor den Risiken einer Instrumentalisierung.¹²⁰

¹¹⁵ Nawaat: Capturing the Core of the People's Dream for Democracy in Tunisia, in: Tavaana, ohne Datum, tavaana.org/en/content/nawaat-capturing-core-peoples-dream-democracy-tunisia, Stand: 30.4.2014.

¹¹⁶ Nixon, Ron: U.S. Groups Helped Nurture Arab Uprisings, in: The New York Times, 14.4.2011, www.nytimes.com/2011/04/15/world/15aid.html?_r=2&nl=todaysheadlines&emc=globaleua2&_stand=23.3.2014.

¹¹⁷ Bolton, K. R.: Tunisian Revolt: Another Soros / NED Jack-Up?, in: Foreign Policy Journal, 18.1.2011, www.foreignpolicyjournal.com/2011/01/18/tunisian-revolt-another-sorosned-jack-up, Stand: 10.3.2014.

¹¹⁸ Kle, Aaron: Soros fingerprints on Mideast chaos. WND, 2.6.2011, www.wnd.com/2011/02/260577, Stand: 17.3.2014.

¹¹⁹ Nixon: U.S. Groups Helped Nurture Arab Uprisings.

¹²⁰ Ebd.

K. R. Bolton hob strukturelle Ähnlichkeiten zwischen der tunesischen und anderen US-unterstützten „Farbenrevolutionen“ („Samtene Revolution“ 2003 in Georgien, „Orangene Revolution“ 2004 in der Ukraine, „Tulpenrevolution“ 2005 in Kirgisien, „Zedernrevolution“ 2005 im Libanon, „Safranrevolution“ 2007 in Myanmar, „Grüne Revolution“ 2009 im Iran) hervor. Symbole wie das Victory-Zeichen oder die geballte Faust würden an unterschiedlichsten Orten verwendet. Der Begriff „Jasmin-Revolution“ sei denn auch von US-amerikanischen Medien als Bezeichnung der Proteste in Tunesien propagiert worden.¹²¹ Im Land ist er in der Tat wenig populär, zumal Ben Ali seine eigene Machtergreifung im Jahr 1987 mit diesem Etikett versehen hatte.¹²²

Der entscheidende Faktor beim Sturz von Präsident Ben Ali war freilich das Militär. Der Armeekommandeur General Rachid Amar widersetzte sich am 13. Januar dem Befehl des Präsidenten, gegen die Demonstranten mit Gewalt vorzugehen, und wurde entlassen, doch half auch dieses Manöver nicht mehr. Am 14. Januar 2011 wurde Ben Ali vom Leiter der Präsidentengarde genötigt wegzufließen – möglicherweise unter Vorspiegelung der falschen Tatsache, dass er das Land nur „vorübergehend“ verlassen solle und im Amt bleiben werde.¹²³

General Amar weigerte sich, seinen Wehrpflichtigen den Schießbefehl auf Bürger zu erteilen. Das tunesische Militär war freilich nicht besonders prääsidentenfreundlich, hatte Ben Ali doch die Armee gegenüber Präsidentengarde, Polizei und Geheimdiensten benachteiligt. Eine wichtige Rolle spielte auch der Einfluss der USA. General Amar besuchte vor seiner Entscheidung mehrfach die US-Botschaft in Tunis.¹²⁴

Die USA standen Ben Ali bereits seit einigen Jahren skeptisch gegenüber. Wie durch Wikileaks bekannt wurde, beschrieb ihn US-Botschafter Robert F. Godec im Jahr 2009 als alternden Herrscher, ohne klaren Nachfolger, als Chef eines Polizeistaates mit wenig Freiheit, massiven Menschenrechtsverletzungen und mafiaartiger Korruption, die auf breite Ablehnung in der Gesellschaft stöße.¹²⁵ Präsident Barack Obama lobte schon bald den Mut und die Würde der protestierenden tunesischen Bürger, und der US-Gesandte für die Region, Jeffrey Feltman, hoffte, dass Tunesien ein „Beispiel“ sei, das Reformen auch in der restlichen Region anstoßen würde. Die USA würden sich hierfür einsetzen.¹²⁶

¹²¹ Bolton: *Tunisian Revolt*.

¹²² Nordhausen, Frank / Schmid, Thomas (Hrsg.): *Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf*, Berlin, 2. Aufl., 2011, S. 21.

¹²³ So erzählt es Leila Ben Ali, die Ehefrau des Präsidenten, in ihrem in Saudi-Arabien verfassten Buch. Ben Ali, Leila: *Ma vérité*, Paris 2012.

¹²⁴ Ruf: *Revolution und Konterrevolution in Nahost*, S. 159.

¹²⁵ Bowden, Jeremy: *The Arab Uprisings. The People Want The Fall Of The Regime*, London u. a. 2012, S. 40 f. Die Telegramme wurden durch Wikileaks enthüllt.

¹²⁶ US: *Tunisia example can spur reform. Envoy from US, which backed the deposed Ben Ali, says „example“ of uprising can bring reform to other parts of region*, in: *Al-Jazeera*, 25.1.2011, www.aljazeera.com/news/africa/2011/01/2011125152635550548.html, Stand: 6.3.2014.

Hingegen hatte die französische Regierung von Staatspräsident Sarkozy Ben Ali zu stützen versucht. Außenministerin Michèle Alliot-Marie, die zu Beginn der Unruhen noch auf Einladung eines tunesischen Geschäftsmanns vor Ort weilte, stellte am 11. Januar 2011 die Entsendung französischer Sicherheitskräfte in Aussicht, und Premierminister François Fillon autorisierte zwei Tage vor dem Sturz Ben Alis am 12. Januar eine Lieferung von Tränengas an Tunis.¹²⁷ Damit verlor Paris erheblich an Einfluss.

Die islamistische Ennahda-Partei hatte an den Protesten nicht teilgenommen, da sie auf einen Marsch von unten durch die Institutionen gesetzt hatte. Die Ben-Ali-Regierung hatte zuletzt die Rolle des Islams stärker akzentuiert. Ben Alis Schwiegersohn und potenzieller Nachfolger Mohamed Sakhr El-Matri gründete einen islamischen Fernsehsender, eine islamische Radiostation und eine islamische Bank.¹²⁸ Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 kam der Ennahda zugute, dass sie die am besten organisierte Partei darstellte und nicht durch Kooperation mit dem Ben-Ali-Regime diskreditiert war. Außerdem gewährte das Emirat Katar reichliche finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf.¹²⁹ Hingegen war die Opposition in über 60 Parteien zersplittert, und die einzige gut organisierte nichtislamistische Kraft, das Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) von Ben Ali, wurde im März 2011 gerichtlich verboten. Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung im Oktober desselben Jahres gelang es der Ennahda, 37,0 % der Stimmen und 89 von 217 Sitzen zu gewinnen.

Frankreich normalisierte nach der Flucht Ben Alis seine Beziehungen zu Tunesien. Das Verhältnis ist freilich gespannt, so öffnete die Ennahda-dominierte tunesische Regierung im Unterschied zur algerischen im Januar 2013 nicht den Luftraum für französische Kampfflugzeuge der Mali-Mission Serval. Das französische Establishment steht der neu gegründeten Mitte-Links-Allianz mit Namen Nidaa Tounes (Ruf Tunesiens) bzw. der linken Volksfront nahe.¹³⁰

Auch Saudi-Arabien war gegenüber dem Wandel in Tunesien skeptisch. Es gewährte dem geflohenen Präsidenten politisches Asyl (offiziell aus humanitären Gründen, nicht aus politischer Sympathie) und verweigerte Tunesien die Auslieferung. Riad stand der aus der Muslimbruderschaft

¹²⁷ Willsher, Kim: France rocked by news of aid to Tunisia and Egypt, in: Los Angeles Times, 5.2.2011, articles.latimes.com/2011/feb/05/world/la-fg-france-scandal-20110205, Stand: 5.3.2014.

¹²⁸ Ambassador Godec to Secretary of State, Washington D.C., Tunis 26.2.2009, tunileaks.apppspot.com/?p=18001, Stand: 23.3.2014.

¹²⁹ Mahjar-Barducci, Anna: Ruling Tunisia by remote control, in: Ha'aretz, 27.1.2012, www.haaretz.com/print-edition/opinion/ruling-tunisia-by-remote-control-1.409416, Stand: 23.3.2014.

¹³⁰ Ira, Kumaran: Französische Regierung unterstützt pseudolinke Parteien in Tunesien, in: World Socialist Web Site, 8.3.2014, <https://www.wsws.org/de/articles/2013/03/08/tuni-m08.html>, Stand: 16.3.2014.

hervorgegangenen Ennahda-Partei unter Führung von Rached Ghannouchi misstrauisch gegenüber. Beim Versuch einer Wallfahrt nach Mekka war er einst von den saudischen Behörden deportiert worden.¹³¹ Allerdings vollzog auch Riad eine begrenzte Annäherung zur Ennahda-dominierten Koalitionsregierung. 2012 bewilligte der Saudi Fund for Development eine Anleihe in Höhe von 220 Mio. USD.¹³²

Die bilateralen Belastungen sind allerdings aufgrund der saudischen Verbindungen zu tunesischen Salafisten belastet. Seit 2011 treten solche Strömungen an die Öffentlichkeit und unterstützen ihre Forderungen mit brachialem Druck, z. B. mit der Besetzung von Universitäten oder der Sprengung unerwünschter Veranstaltungen. Auch Aufsehen erregende Attentate gegen linke Politiker (Chokri Belaïd und Mohammed Brahmi) werden dem salafistischen Milieu zugeschrieben, sind freilich bis heute nicht hinreichend aufgeklärt. Eine Studie kam zum Ergebnis, dass es 120 salafistische Institutionen in Tunesien gibt, wovon mindestens zehn direkt mit saudischen Institutionen oder Politikern zusammenarbeiten.¹³³ Ennahda sucht sich von den Salafisten zu distanzieren, doch gibt es Überschneidungen unter den Anhängern der Partei. Ennahda hat einen moderaten Flügel, der tendenziell von der Gruppe der ehemaligen politischen Gefangenen getragen wird, und einen konservativen Flügel, der sich vor allem aus den ehemaligen Exilführern rekrutiert. Letzterem Flügel soll Ghannouchi angehören, doch hat er als pragmatischer Politiker immer wieder die Fähigkeit zum Kompromiss bewiesen.¹³⁴

Gannouchi ist um gute Beziehungen zu den USA bemüht, wo er bis 2011 Einreiseverbot hatte. Bei seinen Nordamerikareisen tritt er bei wichtigen Think-Tanks wie dem Brookings Institute, dem Council on Foreign Relations, dem Carnegie Endowment for International Peace und dem Washington Institute for Near East Policy auf. Dabei betont er, dass er für eine demokratische, pluralistische Ordnung stehe. Beim Brookings Institute wurde er 2013 vom US-Nahost-Gesandten Martin Indyk vorgestellt, was die fortdauernde Unterstützung Gannouchis durch die Regierung Obama verdeutlicht.¹³⁵ Die Zeitschrift Foreign Affairs reihte ihn unter die

¹³¹ Hammond, Andrew: Tunisia's Ghannouchi too liberal for some Islamists, in: Reuters, 25.10.2011, uk.reuters.com/article/2011/10/25/uk-tunisia-ennahda-ghannouchi-idUKTRE79O77Z20111025, Stand: 10.3.2014.

¹³² The Saudi Fund for Development will extend a total of about \$ 220 million, in: Reuters, 14.7.2014, www.reuters.com/article/2012/07/14/tunisia-saudi-loan-idUSL6E8IE12V20120714, Stand: 16.3.2014.

¹³³ Tunisia's Salafist Emergence Puts New Players on Political Stage, in: Al-Monitor, 23.9.2012, www.al-monitor.com/pulse/politics/2012/09/weekendsalafists-in-tunisia-a-rising-player-on-the-political-stage.html, Stand: 10.3.2012.

¹³⁴ Persönliche Mitteilung Dr. Jürgen Theres, Projektleiter Hanns-Seidel-Stiftung Tunesien, 20.3.2014.

¹³⁵ Prince, Rob: Tunisia: between a rock and a hard place, in: Open Democracy, 15.8.2013, www.opendemocracy.net/rob-prince/tunisia-between-rock-and-hard-place, Stand: 15.8.2013.

100 weltweit wichtigsten Denker ein.¹³⁶ Im Gegenzug gab es Gerüchte über die mögliche Gewährung eines US-Militärstützpunkts in Tunesien, die aber von der US-Regierung dementiert wurden.¹³⁷ Entsprechende Verhandlungen mit der von der Ennahda-geführten Übergangsregierung erscheinen jedoch durchaus plausibel.¹³⁸

Tunesien pflegt seit 2011 gute Beziehungen zum US-Verbündeten Türkei. Hierzu trägt auch die politische Affinität zwischen der tunesischen Ennahda und der türkischen AKP bei. Als die Ennahda die Wahlen zur Nationalversammlung Ende 2011 gewann, äußerte Gannouchi: „Turkey is a model country for us in terms of democracy. [...] There are very good relations between Turkey and Tunisia, and I hope there will be a proper environment in the future where we could foster those relations.“¹³⁹ Premierminister Erdoğan demonstrierte seine Zustimmung zum Wandel in Tunesien, indem er das Land zwei Mal besuchte (September 2011 und Juni 2013). Staatspräsident Abdullah Gül reiste im März 2012 dorthin. Ende 2012 besuchte der tunesische Premierminister Hamadi Jebali Ankara, und es wurde eine strategische Zusammenarbeit vereinbart.¹⁴⁰

Zum wichtigen Finanzier des neuen Tunesiens entwickelte sich Katar, dessen Herrscher enge Beziehungen zu Gannouchi und zur Ennahda-Partei unterhält. Im Dezember 2013 äußerte Emir Tamim Ben Hamad Al Thani gegenüber dem Präsidenten der tunesischen Nationalversammlung Mustapha Ben Jaafar: „Tunisia is a model to be followed in the Arab region, in matters of conciliation between Islam and democracy.“¹⁴¹

Die in der Koalitionsregierung dominierende Ennahda-Partei forderte zunächst die Festschreibung islamischer Prinzipien in der Verfassung. Vorschläge betrafen die Nennung der Scharia als wichtigste Rechtsquelle, die Einrichtung eines Hohen Islamischen Rates zur Überprüfung der Scharia-Konformität von Gesetzen, Einschränkungen der Gleichheit von Mann und Frau sowie die Bindung von Menschenrechten an den Islam bzw. die tunesische Kultur.¹⁴² Doch signalisierte die Ennahda-Führung

¹³⁶ Lynch, Marc: Rached Ghannouchi: the interview, in: Foreign Policy, 5.12.2011, www.foreignpolicy.com/posts/2011/12/05/ghannouchis_advice, Stand: 30.4.2014.

¹³⁷ Kilkelly, Colin: Embassy denies rumors of any U.S. military base in Tunisia, in: Tunis Times, 17.3.2014, www.thetunistimes.com/2013/12/embassy-denies-rumors-of-any-u-s-military-base-in-tunisia-10344, Stand: 16.3.2014.

¹³⁸ Persönliche Mitteilung Dr. Jürgen Theres, Projektleiter Hanns-Seidel-Stiftung Tunesien, 20.3.2014.

¹³⁹ Tunisia Uses Turkey as Model for Democracy, in: Gastestone Institute, 31.10.2013, www.gatestoneinstitute.org/2549/ennahda-uses-turkey-as-model-for-democracy, Stand: 10.3.2014.

¹⁴⁰ Turkey ready to work with any democratically elected government in Tunisia, in: Today Zaman, 13.10.2013, www.todayzaman.com/news-328826-turkey-ready-to-work-with-any-democratically-elected-government-in-tunisia.html, Stand: 10.3.2013.

¹⁴¹ Katar ready to support Tunisia on economic level, in: Agence Tunis Afrique Presse, 8.12.2013, www.tap.info.tn/en/index.php/politics2/13667-Katar-ready-to-support-tunisia-on-economic-level, Stand: 10.3.2014.

¹⁴² Persönliche Mitteilung Dr. Jürgen Theres, Projektleiter Hanns-Seidel-Stiftung Tunesien, 20.3.2014.

bereits im März 2012, dass sie nicht mehr auf die Nennung der Scharia bestehen würde.¹⁴³

Ab Mitte 2013 kam die Ennahda politisch wie ökonomisch unter Druck: In Ägypten wurde die Muslimbruderschaft verboten und verfolgt, und Stimmen aus dem linken Lager forderten ein ähnliches Vorgehen in Tunesien. Außerdem war das Budgetdefizit von 1,5 Mrd. Dinar (2010) auf 5,5 Mrd. Dinar (2013) angestiegen, was 3,3 Mrd. USD entsprach.¹⁴⁴ Die internationalen Finanzinstitutionen wie auch die europäischen Partner forderten politische und ökonomische Reformen als Gegenleistung für weitere Kreditzusagen.¹⁴⁵ Katar blieb als Sponsor erhalten, doch reichten seine Zusagen nicht aus, um die Lücken zu stopfen.¹⁴⁶ Es drohte ein Gehaltsstopp für die Beamten, und auch die Ausgleichskassen für die (bereits herabgesetzten) Subventionen waren leer. Externer Druck auf Ennahda und ihre Koalitionspartner mischte sich mit Druck von Seiten der Zivilgesellschaft und der nichtislamistischen Funktionseliten.¹⁴⁷

Ein Kompromiss deutete sich an, als es im August 2013 in Paris zu einem Treffen zwischen Ennahda-Chef Ghannouchi und Nidaa-Tounes-Führer Caïd Essebsi kam.¹⁴⁸ Zwei Monate später erklärte sich die Ennahda bereit, einer Technokratenregierung zuzustimmen, die die vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2014 organisieren sollte. Auch zeigte sie sich weiterhin kompromissbereit bei der Fertigstellung der im Januar 2014 mit übergroßer Mehrheit von der Verfassungsversammlung verabschiedeten Verfassung. Der Islam blieb Staatsreligion, die Scharia wird aber nicht als Quelle der Gesetzgebung genannt. Die Verfassung garantiert Glaubens- und Gewissensfreiheit (inklusive der atheistischen Weltanschauung), und die Gleichberechtigung der Geschlechter wird festgeschrieben. Erstmals in einem arabischen Land müssen in beiden Parlamentskammern genau so viele Frauen wie Männer sitzen. Auf Wunsch von Ennahda wurde ein Blasphemieparagraf aufgenommen. Im Gegenzug wurde auf Betreiben liberaler und linker

¹⁴³ Fahim, Kareem: Tunisia Says Constitution Will Not Cite Islamic Law, in: The New York Times, 26.3.2012, www.nytimes.com/2012/03/27/world/africa/tunisia-says-constitution-will-not-cite-islamic-law.html?_r=0, Stand: 22.3.2014.

¹⁴⁴ Tunisian Finance Minister Announces Budget Cuts to Address Deficit, in: TunisiaLive, 26.9.2013, www.tunisia-live.net/2013/09/26/tunisian-finance-minister-announces-budget-cuts-to-address-deficit/#sthash.prpbobuv.dpuf, Stand: 22.3.2014.

¹⁴⁵ Mahjar-Barducci: Ruling Tunisia by remote control.

¹⁴⁶ Katar gewährte im November 2013 der tunesischen Zentralbank eine Einlage von 500 Mio. USD zur Stützung der Devisenreserven, nachdem es seine Einlage in Ägypten nach dem Sturz von Mursi abgezogen hatte. Katar finances Ennahda's rule in Tunisia with \$ 500 million, in: Middle East Online, 23.11.2013, www.middle-east-online.com/english/?id=62816, Stand: 10.3.2014.

¹⁴⁷ Persönliche Mitteilung Dr. Jürgen Theres, Projektleiter Hanns-Seidel-Stiftung Tunesien, 20.3.2014.

¹⁴⁸ Ghannouchi Offered Presidency to Essebsi, Say Opposition Parties, in: TunisiaLive, 20.8.2013, www.tunisia-live.net/2013/08/20/ghannouchi-offered-presidency-to-essebsi-say-opposition-parties/#sthash.Hp86wTJJ.dpuf, Stand: 20.3.2014.

Vertreter ein Passus eingefügt, wonach kein Tunesier als „ungläubig“ diskreditiert werden darf.¹⁴⁹ Liberale tunesische Verfassungsrechtler waren im verfassunggebenden Prozess von ausländischen NGOs wie der Hanns-Seidel-Stiftung dahingehend unterstützt worden, dass sie eine Öffentlichkeit für ihre Ideen fanden.¹⁵⁰

Deutschland hat auf Kosten der früheren Kolonialmacht Frankreich an Reputation gewonnen und wird als potenter Partner geschätzt, dessen Interessen vor Ort begrenzt sind. Berlin schloss am 12. September 2012 eine „Transformationspartnerschaft“ ab. Für 2012/13 wurden Mittel in Höhe von 50 Mio. Euro bewilligt. Inzwischen sind in Tunis nicht weniger als sechs politische Stiftungen aus Deutschland mit Projekten tätig.¹⁵¹ Insbesondere die Deutsche Botschaft in Tunis bemüht sich um gute Beziehungen zu Rashid Ghannouchi und der Ennahda und zeichnet ein moderates Bild dieser Partei. Auch Bundesländer sind hier aktiv: Bayern unterzeichnete am 12. Dezember 2012 mit Tunesien einen Vertrag über eine erweiterte Zusammenarbeit mit einem Aktionsplan für 29 Projekte und Kooperationsgebiete.¹⁵²

Eine primäre Ausrichtung Tunesiens nach Norden ist unabdingbar, da es mit der EU die engsten wirtschaftlichen Verflechtungen gibt. So werden 80 % des tunesischen Außenhandels mit der EU abgewickelt. Daneben gibt es aber auch Initiativen für eine Belebung der Arabischen Maghreb-Union und eine Ausweitung des innerarabischen Handels. Insbesondere Algerien bemüht sich in jüngster Zeit um Tunesien und hat finanzielle Hilfen zugesichert. Gleichzeitig kommt es zu einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation im Kampf gegen Jihadisten im bilateralen Grenzgebiet und die Proliferation von Waffen und Kämpfern aus Libyen.¹⁵³ Dahinter wird das Bestreben Algeriens stehen, eine feindlich gesinnte islamistische Regierung im Nachbarland zu verhindern. Nicht-islamistische Parteien in Tunesien dürften von Algier unterstützt werden. Im Jahr 2013 wurde das aufgelöste Rassemblement constitutionnel démocratique (RCD) in neuem Gewand als Front destourien wiederbelebt.

¹⁴⁹ Amara, Tarek: Arab Spring beacon Tunisia signs new constitution, in: Reuters, 27.1.2014, www.reuters.com/article/2014/01/27/us-tunisia-constitution-idUSBREA0Q00U20140127, Stand: 20.3.2014.

¹⁵⁰ Persönliche Mitteilung Dr. Jürgen Theres, Projektleiter Hanns-Seidel-Stiftung Tunesien, 20.3.2014.

¹⁵¹ Tunesien – Beziehungen zu Deutschland. Auswärtiges Amt, Oktober 2013, www.auswaertiges-amt.de/sid_5A4A909942E3C554529C9D2351AB79A0/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tunesien/Bilateral_node.html, Stand: 23.3.2014.

¹⁵² Bayern und Tunesien unterzeichnen Vereinbarung über die künftige Zusammenarbeit. Bayerische Staatskanzlei, 10.12.2012, www.bayern.de/Presse-.204.10407623/index.htm, Stand: 23.3.2014.

¹⁵³ Mansour, Fidet: Tunisia, Algeria join forces, in: Magharebia, 3.2.2014, magharebia.com/en_GB/articles/awi/features/2014/02/03/feature-02, Stand: 23.3.2014.

In Tunesien hat die Demokratisierung vielleicht deshalb so gute Chancen, weil Größe sowie ökonomische und strategische Bedeutung des Landes vergleichsweise gering sind. Paul Danahar fasst dies wie folgt zusammen: „History has rarely revolved around Tunisia, because outsiders did not want to fight too hard over it.“¹⁵⁴

2.6.2 Ägypten

Aufgrund der hohen Bevölkerungszahl, der Stärke seiner Armee, der geschichtlichen Führungsrolle in der arabischen Welt und der geostrategischen Lage – Mitte der arabischen Welt, Anrainer globaler Handelswege, Nachbar des Nahostkonflikts – hat Ägypten einen deutlich höheren Stellenwert in der internationalen Politik als Tunesien. Der Grad der externen Einmischung war daher seit Beginn des Arabischen Umbruchs hoch, kulminierend in dem von externen Akteuren unterstützten Staatsstreich der Armee vom 3. Juli 2013.¹⁵⁵

Der Sturz des langjährigen, halbautoritär regierenden Staatspräsidenten Hosni Mubarak am 11. Februar 2011 wurde durch eine temporäre Interessenkoalition herbeigeführt, bestehend aus der Protestbewegung und Teilen der herrschenden Elite (Armee, Bürokratie, Unternehmer).

Anders als das rigid kontrollierte Tunesien ließ die Fassadendemokratie Ägypten zivilgesellschaftliche Gruppen zu. Im Zeitraum 2000 bis 2010 wandten sie sich zunehmend an die Öffentlichkeit. Neue Demonstrationen in Erinnerung an den Tod des Bloggers Khaled Mohamed Saeed im Polizeigewahrsam waren für den 25. Januar 2011 bereits angemeldet, als sie durch die Ereignisse in Tunesien unerwarteten Auftrieb erhielten. Die aus linken, liberalen, nationalistischen und islamistischen Kräften bestehende Protestbewegung studierte das tunesische Exempel, und es gelang ihr, durch geschickte Nutzung elektronischer Medien Millionen Demonstranten auf die Straße zu bringen. Die Muslimbruderschaft hielt sich am 25. August noch fern, war aber ab dem zweiten Protesttermin am 28. August mit von der Partie. Bald zeigte sich, dass Polizei und Geheimdienste von einer millionenstarken, gut organisierten Protestbewegung überfordert waren.

Wie in Tunesien versagte auch in Ägypten das Militär dem Präsidenten die Gefolgschaft. Mubarak wurde von seinen Generälen zum Rücktritt gezwungen. Doch herrschten hier völlig andere Rahmenbedingungen. Die ägyptische Armee ist im Gegensatz zu Tunesien privilegiert, und sie kontrolliert über Militärfirmen mindestens ein Drittel der Wirtschaft. Die von Staatspräsident Hosni Mubarak eingeleitete Privatisierung von

¹⁵⁴ Danahar: *The New Middle East*, S. 50.

¹⁵⁵ Die Darstellung der Entwicklung in Ägypten ab Januar 2011 stützt sich auf Osman: *Egypt on the Brink*, S. 213-241; Harders, Cilja: *Revolution I und II – Ägypten zwischen Transformation und Restauration*, in: *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*, hrsg. von Annette Jünemann und Anja Zorob, Wiesbaden 2013, S. 19-42; Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: *Arabellion*, S. 30-116; Danahar: *The New Middle East*, S. 54-125.

Staatsunternehmen bedrohte die ökonomischen Interessen der Armee. Auch lehnte sie die vom Präsidenten angestrebte Nachfolge seines Sohnes Gamal ein. Als nichtgedienter Privatisierungsgewinnler war er in Militärkreisen verhasst. Hinzu kam, dass der 82-jährige Mubarak zunehmend altersstarrsinnig regierte und immer häufiger notwendige Entscheidungen hinauszögerte.

Die Interessenallianz mit der Protestbewegung gab der Armee die Gelegenheit, sich als Partner des Volkes zu profilieren – eine Rolle, die ihr in der ägyptischen Geschichte seit dem Militärputsch von 1952 zugeschrieben wird. Bei vielen Ägyptern sind die Streitkräfte in der Tat populär. Dabei tritt in den Hintergrund, dass die Armeeführung nicht hinreichend kontrolliert wird und mit ihren immensen Privilegien und Pfründen Nutznießer eines wettbewerbsverzerrenden Patronagesystems ist.

Noch stärker als in Tunesien sind in Ägypten westliche, insb. US-amerikanische Einflüsse auf die von städtischen Mittelschichten getragene Protestbewegung nachweisbar. Der halbautoritäre Charakter des Regimes erlaubte umfassendere ausländische Aktivitäten als in anderen arabischen Ländern, wenngleich staatliche Stellen sie nach Möglichkeit auf die wirtschaftliche Sphäre zu begrenzen, zu schikanieren und zu kontrollieren suchten. Auch in Ägypten waren US-Nichtregierungsorganisationen wie das Albert Einstein Institute, Freedom House und das International Republican Institute tätig, und es wurden Stipendien für Schulungen und Seminare in den USA oder in Europa gewährt. Vermittelt wurden z. B. Kurse beim massiv mit US-Regierungsmitteln unterstützten serbischen CANVAS-Institut, das Strategien zum gewaltlosen Sturz von Diktatoren entwickelt. Teilnehmer wurden von den ägyptischen Behörden überwacht, nach der Rückkehr von Auslandsreisen verhört bzw. eingeschüchert.¹⁵⁶

Der in Dubai arbeitende, aus Ägypten stammende Google-Funktionär Wael Ghonim reiste bei Beginn der Proteste in seine Heimat und beriet die Protestbewegung beim erfolgreichen Einsatz moderner elektronischer Medien (Mobilisierung, Führung, Kommunikation). Google stellte den Demonstranten kostenlose Zugangscodes für Satellitentelefone zur Verfügung, als die Regierung Telefon und Internet sperrte, um die Kommunikation der Demonstranten zu unterbrechen.¹⁵⁷

Die US-Politik signalisierte schon früh eine vorsichtige Zustimmung für einen Wandel. So erklärte der Sprecher des Weißen Hauses bereits am 31. Januar 2011, dass „den legitimen Forderungen“ des ägyptischen Volkes nach Versammlungs- und Redefreiheit nachgegeben werden müsse, und der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, Admiral Mike Mullan, lobte

¹⁵⁶ Ramadan: *The Arab Awakening. Islam and the new Middle East*, S. 6-8.

¹⁵⁷ Ebd., S. 8.

zur selben Zeit den stabilisierenden Einfluss der Armee.¹⁵⁸ Zum Beginn der Proteste hielt sich Generalstabschef Samir Annan gerade in den USA auf und blieb dort eine Woche lang zu intensivem Gedankenaustausch. Nach seiner Rückkehr hielt er engen Telefonkontakt mit Washington.¹⁵⁹ Die USA suchten einerseits der Demokratiebewegung den Rücken zu stärken, gleichzeitig strebten sie eine fortdauernde Kontrolle der Transformation durch die ägyptischen Sicherheitskräfte an, die sie jährlich mit 1,5 Mrd. USD unterstützten.¹⁶⁰

Bemerkenswert ist, dass Washington den Einfluss der – zersplitterten und unerfahrenen – liberalen Kräfte anscheinend für begrenzt hielt und deshalb um gute Kontakte zur gut organisierten Muslimbruderschaft bemüht war. Die Kooperation war auch deshalb möglich, weil sich die Muslimbruderschaft zum marktwirtschaftlichen System bekannte. Mit einem Programm, das Unternehmertum mit Armenfürsorge kombinierte, trat die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangene Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FGP) zur Parlamentswahl an.

In der traditionell antiwestlichen und antiamerikanischen Muslimbruderschaft war die Annäherung nicht unumstritten. Die „Greater Middle Eastern Initiative“ von US-Präsident George W. Bush hatte sie als Versuch der Unterwerfung der arabischen Welt verurteilt.¹⁶¹ Im Juni 2009 hatte die Bruderschaft Präsident Obamas Besuch in Kairo wegen der israelfreundlichen Haltung der USA scharf kritisiert.¹⁶² Doch schon 2005 hatte der Vordenker der Muslimbruderschaft und Großunternehmer Khairat al-Shater im Guardian den richtungsweisenden Standpunkt „There is no need to be afraid of us“ veröffentlicht. Die Bruderschaft stehe für freie und faire Wahlen und strebe nicht nach Alleinherrschaft. Die Rechte aller politischen und religiösen Gruppen würden respektiert.¹⁶³ Im Jahr 2011 ging sie erneut auf die USA und den Westen zu. So verkündete ihr Funktionär Amr Darrag: „Once we have a stable state the US will see that we just care about the interests of our country and we are practising democratic values. When they see we are not turning the country into another Afghanistan or Iran or whatever the model the West does not like, I think something similar to what’s happening with Turkey will take

¹⁵⁸ Parrish, Karen / Garamone, Jim: Mullen: Egypt’s Military Promises to be Stabilizing Influence. US Department of Defence, 31.1.2011, www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=62636, Stand: 11.3.2014.

¹⁵⁹ US-Egypt Military Relationship Might Impact Crisis, in: Voice of America, 30.1.2011, www.voanews.com/content/us-egypt-military-relationship-might-impact-crisis-114979569/134324.html, Stand: 11.3.2014.

¹⁶⁰ Pargeter, Alison: The Muslim Brotherhood, London 2013, S. 255.

¹⁶¹ Monier, Elizabeth Iskander / Ranko, Annette: The Fall of the Muslimbrotherhood: Implications for Egypt, in: Middle East Policy 4/2013, S. 112.

¹⁶² Osman: Egypt on the Brink, S. 124.

¹⁶³ El-Shatir, Khairat: No need to be afraid of us, in: The Guardian, 22.11.2005, www.theguardian.com/world/2005/nov/23/comment.mainsection, Stand: 24.4.2014.

place.“¹⁶⁴ Im Gegenzug äußerte sich US-Präsident Obama vorsichtig positiv: „I don't think that we would consider them an ally, but we don't consider them an enemy. They're now a new government that is trying to find its way.“¹⁶⁵ Im Präsidentschaftswahlkampf 2012 sprach sich der Präsidentschaftskandidat Mohamed Mursi für das Fortbestehen der engen Beziehungen zwischen Ägypten und den USA aus; sie sollten allerdings künftig auf Augenhöhe gepflegt werden.¹⁶⁶

Als der neue Staatspräsident Mursi nur 43 Tage nach seiner Amtseinführung am 12. August 2012 den Verteidigungsminister und Vorsitzenden des Obersten Militärrats Muhammed Hussein Tantawi sowie Generalstabschef General Samir Annan entließ sowie die vom Obersten Militärrat beanspruchten Sondervollmachten nicht mehr anerkannte, hielt Washington still. Dies war ein Signal an die Muslimbruderschaft, dass man nicht allein auf die Armee setzte und bereit war, ein gemäßigt-islamistisches Experiment zu tolerieren. Washington verlor mit Tantawi und Annan bewährte Partner, doch rückte mit dem neuen Armeechef General Abd al-Fattah as-Sisi erstmals ein Vertreter einer neuen Offiziersgeneration nach, die in den USA und nicht mehr in der Sowjetunion ausgebildet worden war.

Auch der Mursi-Regierung lieferten die USA weiterhin Tränengas – insgesamt 140.000 Kanister. Nun bestand Washington freilich darauf, dass die Herkunft nicht bekannt gegeben werden dürfe.¹⁶⁷

Der neue Staatspräsident revanchierte sich für die US-freundliche Haltung mit einem Bekenntnis zum Friedensvertrag mit Israel, er lockerte das Grenzregime zum Gazastreifen nur unwesentlich, und im November 2012 vermittelte er einen Waffenstillstand zwischen der zur Muslimbruderschaft gehörenden Hamas und Israel.¹⁶⁸ Von dort hörte man neben pessimistischen Stimmen („Islamischer Winter“) vorsichtig anerkennende Worte. Ein Papier der einflussreichsten Denkfabrik des Landes, des Institute for National Security Studies der Universität Tel Aviv, identifizierte auch bei der Hamas Ansätze zur Mäßigung und empfahl der israelischen Regierung, deren prinzipielle Isolierung zu beenden.¹⁶⁹

Mursi signalisierte, dass er eine aktive, aber zugleich balancierte Außenpolitik betreiben wolle. Als erstes Land nach seiner Wahl besuchte er Saudi-Arabien und signalisierte damit den Wunsch nach Aufrechterhaltung

¹⁶⁴ Zit. nach Danahar: *The New Middle East*, S. 279.

¹⁶⁵ Zit. nach ebd.

¹⁶⁶ Pargeter: *The Muslim Brotherhood*, S. 255.

¹⁶⁷ Danahar: *The New Middle East*, S. 279.

¹⁶⁸ How the Gaza Truce Makes Egypt's Muslim Brotherhood a Peace Player, in: *Time*, 21.11.2012, world.time.com/2012/11/21/how-the-gaza-truce-makes-egypts-muslim-brotherhood-a-peace-player/#ixzz2vf3xIO1O, Stand: 11.3.2014.

¹⁶⁹ Kurz, Anat / Berti, Benedetta / Konrad, Marcel: *The Institutional Transformations of Hamas and Hizbollah*, in: *The Institute for National Security Strategy, Strategic Assessment 3/2012*, S. 87-98.

der guten Beziehungen zu Saudi-Arabien, gleichzeitig bemühte er sich um eine Annäherung an den Iran. Der zweite Auslandsbesuch führte ihn nach Äthiopien. Damit signalisierte er einen neuen Afrika-Schwerpunkt, wie ihn Ägypten zuletzt unter Nasser gesetzt hatte. Auch wenn Mursi vor den USA China besuchte, bemühte er sich um gute Beziehungen mit Washington. In seiner Gratulation zur Wiederwahl von US-Präsident Obama betonte Mursi gemeinsame Interessen und Werte und bekundete Interesse an fortdauernder finanzieller Kooperation.¹⁷⁰

Die Hauptunterstützer des ägyptischen Transformationsprozesses spiegelten sich in den finanziellen Unterstützungen wieder. Im Mai 2011 gewährte US-Präsident Obama über 2 Mrd. USD. Die Türkei stellte weitere 1 Mrd. USD zur Verfügung. Die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sagten jeweils 1 Mrd. Euro zu, zusätzlich wurden 539 Mio. Euro im Rahmen der SPRING-Partnerschaft offeriert.¹⁷¹ Den Löwenanteil bestritt Katar, das 5 Mrd. USD überwies und zusätzlich ägyptische Staatsanleihen in Höhe von 3 Mrd. USD kaufte. Auch das demokratiekritische Saudi-Arabien gewährte schließlich ein 2,7 Mrd. USD umfassendes Hilfspaket. Damit konnten es sich sowohl der Oberste Militärrat wie die Regierung von Staatspräsident Mursi leisten, die Verhandlungen mit dem IWF über eine 4,8 Mrd. USD umfassende Anleihe hinauszuzögern. Mursi lehnte sie nicht prinzipiell ab, doch wollte er unpopuläre Auflagen, wie z. B. die Kürzung von Subventionen, nachverhandeln.¹⁷²

Wie die USA unterstützte die Türkei die Transformation Ägyptens. Als erster Staatschef in Europa und im Nahen und Mittleren Osten forderte Premierminister Erdoğan seinen Amtskollegen Mubarak am 1. Februar 2011 auf zurückzutreten.¹⁷³ Die Beziehungen zwischen beiden Politikern waren denkbar schlecht. Mubarak hatte die Türkei als unerwünschten Konkurrenten betrachtet und stets versucht, sie aus der arabischen Politik herauszuhalten.¹⁷⁴ Im September 2011 besuchte Erdoğan die Transformationsstaaten Ägypten, Tunesien und Libyen. In seinen Reden präsentierte er sich als Vorkämpfer der palästinensischen Sache und Kritiker Israels. Außenminister Davutoğlu beschwor eine aus osmanischen Zeiten herrührende historisch-kulturelle Verbundenheit und propagierte

¹⁷⁰ Khoury: *The Arab Cold War revisited*, S. 79.

¹⁷¹ Pinfari, Marco: *The EU, Egypt and Morsi's Rise and Fall: 'Strategic Patience' and its Discontents*, in: *Mediterranean Politics* 3/2013, S. 462.

¹⁷² *Egypt receives \$ 500 million from Katar, 500 more from Turkey soon*, in: *Al Ahram online*, 29.12.2012, english.ahram.org.eg/NewsContent/3/12/61485/Business/Economy/Egypt-receives--million-from-Katar--more-from-Tur.aspx, Stand: 11.3.2014; Naceur, Sofian: *Nur nicht vorwärts*, in: *Junge Welt*, 29.6.2013.

¹⁷³ *Turkish PM backs Egypt protesters*, in: *Al Jazeera*, 1.2.2014, www.aljazeera.com/news/middleeast/2011/02/2011121115128839350.html, Stand: 11.3.2014.

¹⁷⁴ Yaron, Gil: *Vom Halbmond zum Dreieck: Wie sich Kräfte in Nahost verschieben*, in: *Internationale Politik* 6/2011, S. 85.

eine von Istanbul nach Kairo reichende „Achse der Demokratie“¹⁷⁵ sowie eine „neue Achse der Macht“¹⁷⁶ in einer Zeit abnehmenden US-Einflusses.

Bei den Gesprächen mit Vertretern der Muslimbruderschaft und der FGP erntete Erdoğan mit seiner Propagierung eines „säkularen Staates“ freilich Kritik von Vertretern der alten Garde der Muslimbrüder.¹⁷⁷ Nichtsdestoweniger intensivierte sich die Zusammenarbeit. Beim Aufbau der von der Muslimbruderschaft initiierten Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FGP) wirkten Vertreter der türkischen AKP als Berater mit, und sie führten in Ägypten Schulungen durch.¹⁷⁸ Die ägyptische Muslimbruderschaft suchte bei der türkischen Regierung Rat, wie man den Einfluss der Armee eindämmen könne.¹⁷⁹

Auch Katar hatte die ägyptische Protestbewegung durch seinen Satellitensender al-Jazeera unterstützt. Rund um die Uhr wurden Bilder von Demonstrationen gezeigt und ein baldiges Ende der Mubarak-Ära suggeriert. Sein ägyptischer Ableger entwickelte sich geradezu zum Sprachrohr der Muslimbruderschaft.

Mursi bemühte sich um gute Beziehungen zum Iran, obwohl er im Syrien-Konflikt einen entgegengesetzten Kurs steuerte und diese Politik in Teheran beim Gipfel der Blockfreien im September 2012 verteidigte. Bereits der Oberste Militärrat hatte die diplomatischen Beziehungen im Februar 2011 wiederbelebt und erstmals iranischen Kriegsschiffen gestattet, den Suezkanal zu durchfahren.¹⁸⁰ Die diplomatischen Beziehungen wurden unter Mursi intensiviert und die wirtschaftlichen Kontakte ausgebaut, so sollte der iranische Tourismus nach Ägypten angekurbelt werden. Angeblich wurde auch die geheimdienstliche Zusammenarbeit intensiviert.¹⁸¹ Mursi suchte den Iran in einem islamischen Quartett (Ägypten, Iran, Saudi-Arabien, Türkei) bei der Lösung des syrischen Bürgerkriegs einzubinden.¹⁸² Im Februar 2013 empfing er Präsident Ahmadinedjad persönlich auf dem Kairoer Flughafen mit Umarmung und Kuss. Es war der erste Staatsbesuch eines iranischen Staatspräsidenten seit 1979 in Ägypten.¹⁸³

¹⁷⁵ Monier / Ranko: *The Fall of the Muslim Brotherhood*, S. 118.

¹⁷⁶ Yaron: *Vom Halbmond zum Dreieck*, S. 85.

¹⁷⁷ Cole, Juan: *Muslim Brotherhood Rebukes Erdogan for Advocacy of Secularism*. Informed Comment, 15.9.2011, www.juancole.com/2011/09/muslim-brotherhood-rebuked-erdogan-for-advocacy-of-secularism.html, Stand: 11.3.2014.

¹⁷⁸ Persönliche Mitteilung Nina Prasch, Projektleiterin Hanns-Seidel-Stiftung Ägypten, 30.4.2014.

¹⁷⁹ Danahar: *The New Middle East*, S. 51.

¹⁸⁰ Heydarian, Richard Javad: *Egypt and Iran: An Elusive Axis*, in: *Huffington Post*, 19.2.2013, www.huffingtonpost.com/richard-javad-heydarian/egypt-iran-relations_b_2673496.html, Stand: 30.4.2014.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² Saleh, Yasmine: *Egypt's Mursi says Iran is vital to ending Syria's crisis*, *Reuters*, 22.9.2012, www.reuters.com/article/2012/09/23/us-egypt-president-iran-idUSBRE88M00L20120923, Stand: 30.4.2014.

¹⁸³ Salloum, Raniah: *Ahmadinedschad bei Mursi: Die Scheinehe*, in: *Der Spiegel*, 5.2.2013, www.spiegel.de/politik/ausland/ahmadinedschad-in-kairo-irans-praesident-kommt-zu-historischem-besuch-a-881613.html, Stand: 30.4.2014.

In der Mubarak-Ära hatten die Muslimbrüder neben der Türkei die Islamische Republik Iran zum politischen Vorbild erklärt. Durch ein – auf die ägyptischen Verhältnisse zugeschnittenes – islamisch-demokratisches System sollte eine starke Regierung etabliert werden, die es Ägypten erlauben würde, zu einer wirtschaftlichen und regionalpolitischen Macht nach dem Vorbild des Irans aufzusteigen.¹⁸⁴ In dem von Vertretern der Muslimbrüder dominierten und im Dezember 2012 per Referendum angenommenen Verfassungsentwurf findet sich die Bestimmung, dass die Islamgelehrten der traditionsreichen al-Azhar-Universität in allen Fragen, die die Umsetzung der Scharia betreffen, zu konsultieren sind (Art. 4 Satz 2). Eine solche Einschränkung der Volkssouveränität durch Einbindung einer religiösen Autorität hat Parallelen zum iranischen System der Velayat-e Faqih (Statthalterschaft des obersten Rechtsgelehrten). Freilich ist nur von einer Beratung die Rede, nicht von einer Aufsichtsfunktion wie im Iran.¹⁸⁵

Saudi-Arabien verfolgte die Entwicklungen mit großem Misstrauen. König Abdullah war Mubarak persönlich verbunden, weil er 2003 einen Attentatsplan Gaddafis gegen ihn verhindert hatte.¹⁸⁶ Beide Herrscher waren sich einig in der kompromisslosen Ablehnung von Muslimbruderschaft und Hamas einerseits sowie von Iran und Hisbollah andererseits, die sie als gefährlichste Feinde der arabischen Welt bezeichneten.¹⁸⁷ Saudi-Arabien war entsetzt, dass Washington seinen langjährigen Partner Mubarak widerstandslos fallen ließ.

Eine Machtübernahme durch demokratisch legitimierte Islamisten im Schlüsselland Ägypten war für Riad ein bedrohlicheres Exempel als die Bildung einer ägyptischen Regierung aus liberalen oder linken Kräften, was auf die saudische Gesellschaft kaum ausgestrahlt hätte. Die zahlenmäßig expandierende, marktwirtschaftlich orientierte, religiös-konservative, aber gegenüber politischen Reformen aufgeschlossene saudische Mittelschicht hätte möglicherweise eine Rekrutierungsbasis für die Muslimbruderschaft abgegeben. Hinzu kommen 2 Mio. in Saudi-Arabien lebende ägyptische Fremdarbeiter.¹⁸⁸

Der in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Bernhard Hykel schreibt in diesem Zusammenhang: „The Saudis and the Muslim Brotherhood compete ideologically on more or less the same terrain, which is Islam and its representation. So the Muslim Brotherhood represents a threat if

¹⁸⁴ Monier / Ranko: The Fall of the Muslimbrotherhood, S. 114.

¹⁸⁵ Schoeller-Schletter, Anja: Die ägyptische Verfassung von Dezember 2012. Betrachtungen aus verfassungstheoretischer Perspektive. Hanns-Seidel-Stiftung, Politischer Sonderbericht, 15.1.2013, S. 20, www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/130121_Aegypten_SB.pdf, Stand: 30.4.2014.

¹⁸⁶ Baer, Robert: Why Saudi Arabia is Helping Crush the Muslim Brotherhood, in: New Republic, 26.8.2013, www.newrepublic.com/article/114468/why-saudi-arabia-helping-crush-muslim-brotherhood, Stand: 11.3.2014.

¹⁸⁷ Monier / Ranko: The Fall of the Muslimbrotherhood, S. 112.

¹⁸⁸ Baer: Why Saudi Arabia is Helping Crush the Muslim Brotherhood.

they get their house in order. I think Egypt in particular is a very important country. If the Egyptians manage to create an order that is transparent, accountable, economically successful, if they reproduce Turkey in Egypt or something even approximating Turkey, then I think that could have a tremendous effect on the whole region. Because people will want that.“¹⁸⁹

Saudi-Arabien war fest entschlossen, es nicht so weit kommen zu lassen. Zunächst setzte Riad auf eine Kontrolle des Transformationsprozesses durch die ägyptische Armee. Zusätzlich unterstützte es als Gegengewicht zur Muslimbruderschaft salafistische Gruppen und förderte Parteigründungen aus diesem Spektrum. Die Salafisten waren bereits zur Mubarak-Zeit unter der Voraussetzung zugelassen, dass sie sich auf Mission und Wohlfahrt beschränkten. Nicht zuletzt aufgrund großzügiger saudischer Finanzmittel konnte die neu gegründete salafistische al-Nour-Partei bei den zur Jahreswende 2011/12 abgehaltenen Parlamentswahlen die religiös konservative Landbevölkerung für sich einnehmen und mit 27,8 % der Stimmen zur zweitstärksten Partei hinter der FGP werden, die 37,5 % erreichte.

Als der Muslimbruder Mohammed Mursi im Juni 2012 zum ägyptischen Staatspräsidenten gewählt wurde, setzte Saudi-Arabien ausstehende Finanzzusagen in Höhe von 1,2 Mrd. USD aus.¹⁹⁰ Sein Wunsch, Ägypten wieder zu einer führenden Regionalmacht zu machen, alarmierte Riad. Ende 2011 hatte der Oberste Führer der Muslimbruderschaft Mohamed Badie gar über die Wiederherstellung des Kalifats spekuliert.¹⁹¹ Dies bedrohte die von Saudi-Arabien beanspruchte Führungsrolle in der islamischen Welt als Hüter der Heiligen Stätten.

Saudi-Arabien fürchtete, dass die erstarkten ägyptischen Muslimbrüder die Bevölkerung in den Golfstaaten politisieren würden. Bereits die Aufwertung der zur Muslimbruderschaft zählenden palästinensischen Hamas zum ägyptischen Partner und die Unterstützung der syrischen Muslimbrüder stießen auf massive Kritik Saudi-Arabiens und anderer Golfstaaten.

Noch mehr fürchtete Riad eine Achse Kairo-Teheran. Bereits im April 2011 erklärten Saudi-Arabien und andere Golfstaaten, dass eine politische Allianz zwischen Ägypten und Iran ihre nationale Sicherheit gefährden würde, und sprachen damit eine unverhohlene Drohung aus.¹⁹²

Auch in den VAE war eine Verhärtung des Klimas spürbar. Ende 2012 erklärte der Polizeichef von Dubai der Muslimbruderschaft den Krieg.

¹⁸⁹ Zit. nach Danahar: *The New Middle East*, S. 51.

¹⁹⁰ Egypt receives \$ 500 million from Katar, 500 more from Turkey soon, in: Al Ahram online, 29.12.2012, english.ahram.org.eg/NewsContent/3/12/61485/Business/Economy/Egypt-receives--million-from-Katar,--more-from-Tur.aspx, Stand: 11.3.2014.

¹⁹¹ Monier / Ranko: *The Fall of the Muslimbrotherhood*, S. 118.

¹⁹² Ebd., S. 114.

Binnen zwei Jahren würde sie komplett aus der Golfregion vertrieben sein.¹⁹³ Im Folgejahr lud die führende Denkfabrik der Föderation Michèle Alliot-Marie als Key Note Speaker einer Konferenz ein.¹⁹⁴ Als französische Außenministerin hatte sie im turbulenten Januar 2011 dem tunesischen Präsidenten Ben Ali Polizeiuunterstützung angeboten. Im Juli 2013 wurden 69 Regierungskritiker wegen angeblicher Umsturzpläne zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Sie stehen der Organisation Al-Islah nahe, die von den Ideen der Muslimbrüder beeinflusst ist. Die Muslimbruderschaft als solche ist in den VAE verboten.¹⁹⁵

Mursis Präsidentschaft stieß auch in der ägyptischen Armee auf wachsendes Misstrauen. Ihr traditioneller palästinensischer Partner war die Fatah, während Mursi auf die Hamas setzte, die die ägyptische Armee bislang in Kooperation mit Israel isoliert hatte. Das Militär fürchtete, dass Mursi der Hamas wie auch jihadistischen Gruppen den Sinai als Operationsgebiet zur Verfügung stellen könnte, möglicherweise auch mit dem Ziel, dort ein Gegengewicht zur ägyptischen Armee aufzubauen.¹⁹⁶

In der Tat kam es seit 2011 auf dem Sinai zu einer wachsenden Zahl von Anschlägen bewaffneter bzw. terroristischer Gruppen, die auch nach dem Amtsantritt Mursis nicht abrisen. Verantwortlich für die Gewalt ist freilich in erster Linie die jahrzehntelange Vernachlässigung des (von 1967 bis 1982 israelisch besetzten) Sinai durch die Regierung Mubarak. Auch müssen die ägyptischen Sicherheitskräfte aufgrund des Camp-David-Abkommens mit Israel auf dem Sinai Einsatzbeschränkungen hinnehmen und können ihn daher nicht konsequent kontrollieren. Unzufriedene Beduinen nehmen ihre Geschicke selbst in die Hand und greifen zu Schmuggel und Entführungen. Zunehmend kommt es auch zu Allianzen mit kriminellen Syndikaten und vom Ausland eingesickerten Jihadisten. Radikalisierte Beduinen wurden freilich eher durch von außen kommende salafistische Prediger beeinflusst als durch das Gedankengut der Muslimbruderschaft. Beim Sturz von Mubarak flohen die unbeliebten Polizisten, und die Gesetzlosigkeit schnellte hoch. Das Ansteigen von Gewalttaten in der Folgezeit wurde auch durch das drakonische Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen echte und vermeintliche Jihadisten provoziert.¹⁹⁷ Nicht nur der Oberste Militärarat, sondern auch Mursi suchte Stärke zu zeigen. Er befahl im August bzw. September 2012 zwei großangelegte militärische Operationen gegen

¹⁹³ Krieg den Muslimbrüdern, in: taz, 6.12.2012, www.taz.de/!106957, Stand: 30.4.2014.

¹⁹⁴ Emirates Center For Strategic Studies and Research: 18th Annual Conference. The Future of Warfare in the 21th Century, 9.-10.4.2013.

¹⁹⁵ Murphy, Brian: UAE sentences 69 in mass coup plot trial, bigstory.ap.org/article/uae-sentences-suspects-coup-plot-trial, Stand: 30.4.2014.

¹⁹⁶ Zum Sturz Mursis durch die Armee und zu seinen Hintergründen: Marching in Circles: Egypt's Dangerous Second Transition. International Crisis Group, Policy Briefing, Brüssel / Kairo 7.8.2013.

¹⁹⁷ Yaari, Ehud: Deterioration in the Sinai. The Washington Institute, 1.7.2013, www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/deterioration-in-the-sinai, Stand: 30.4.2014.

Terroristen auf dem Sinai. Gleichzeitig versuchte er, den Beduinen durch Verhandlungen und staatliche Dienstleistungen entgegenzukommen.¹⁹⁸

Die Armee verübelte dem Präsidenten auch einen populistischen Auftritt zusammen mit islamischen Geistlichen am 15. Juni 2013 in einem Sportstadion in Kairo. Vor 20.000 frenetisch jubelnden Anhängern gab Mursi den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Syrien bekannt. Als radikale Geistliche dazu aufriefen, den bewaffneten jihad der Glaubensbrüder gegen die „Schiiten“ in Syrien zu unterstützen, äußerte er sich nicht. Seine Präsenz auf dem Podium konnte aber als Zustimmung gewertet werden.¹⁹⁹ Zwei Tage vor der Großveranstaltung hatte ein Präsidentenmitarbeiter verkündet, dass ägyptische Syrien-Freiwillige von der Regierung nicht unterstützt, aber auch nicht bestraft würden.²⁰⁰ Mursi stand unter Druck der türkischen Regierung, die Rekrutierung für Syrien zu forcieren.²⁰¹ Funktionäre der ägyptischen Muslimbruderschaft machten freilich aus ihren Sympathien für die Rebellen keinen Hehl. Der der Bruderschaft nahestehende, in Katar lebende Geistliche Youssef Al-Qaradawi appellierte gar an alle kampffähigen Muslime, nach Syrien in den Krieg zu ziehen.²⁰² Für das Militär bedeutete der 15. Juni die Überschreitung einer „Roten Linie“: Zum einen kreierte es Mursi an, dass er eine zentrale außenpolitische Entscheidung nicht mit ihm abgesprochen hatte, zum anderen fürchtete es die Folgen einer Radikalisierung von Ägyptern.

Obwohl Mursi grundsätzlich bemüht war, die rechtlichen und ökonomischen Privilegien des Militärs nicht anzutasten, kam es in bestimmten Fällen zu Interessenkonkurrenz. Ein zusammen mit Katar verfolgtes Großprojekt zur Entwicklung der Suezkanalzone bedrohte die Wirtschaftsinteressen des Militärs. Katar sagte die Finanzierung zu, und auch Firmen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft sollten angeblich beteiligt werden. Nach dem Staatsstreich von 2013 wurde das Projekt gestoppt. Nun springen die VAE als Finanziere ein, und ägyptische Militärfirmen sollen hier wie bei anderen Großvorhaben (Tunnel-, Straßen-, Wohnungsbau) profitieren.²⁰³

¹⁹⁸ El-Rashidi, Sarah: Morsi's Failures in Sinai: A Cautionary Tale. Atlantic Council, 4.9.2013, <http://www.atlanticcouncil.org/en/blogs/egyptsource/morsi-s-failures-in-sinai-a-cautionary-tale>, Stand: 30.4.2014.

¹⁹⁹ Hendawi, Hamza: Egypt seen to give nod toward jihadis on Syria. AP, 16.6.2013, news.yahoo.com/egypt-seen-nod-toward-jihadis-syria-202608813.html, Stand: 30.4.2014.

²⁰⁰ Mohsen, Manar: Brotherhood supports calls for jihad in Syria, in: Daily News Egypt, 15.6.2013, www.dailynewsegypt.com/2013/06/15/brotherhood-supports-calls-for-jihad-in-syria, Stand: 30.4.2014.

²⁰¹ So Emir Shaikh Tamim bin-Hamad. Katar Emir support for Muslim Brotherhood is a „duty“, in: Middle East Monitor, 31.12.2014, www.middleeastmonitor.com/news/middle-east/9000-Katar-emir-support-for-muslim-brotherhood-is-a-qdutyq, Stand: 30.4.2014.

²⁰² Mohsen: Brotherhood supports calls for jihad in Syria.

²⁰³ Hauslohner, Abigail: Egypt's military expands its control of the country's economy, in: The Washington Post, 16.3.2014, www.washingtonpost.com/world/middle_east/egyptian-military-

Anders als Mursi und die Muslimbrüder dachten, war die Armee keineswegs zum zahnlosen Tiger geworden. Jüngere Generalstabsoffiziere konnten mit dem Abgang langgedienter Mubarak-Günstlinge leben, doch waren sie nicht bereit, den Primat der Armee in Frage zu stellen. Im Hintergrund hielt der neue Armeechef und Verteidigungsminister General al-Sisi die Fäden in der Hand. Geschickt spielte die Armee beide Parteilager gegeneinander aus. In der Phase direkter Militärherrschaft (Januar 2011-Juni 2012) war man hart gegen liberale, linke und nationalistische Demonstranten vorgegangen, während man die Muslimbrüder geschont und deren Wunsch nach baldigen Wahlen vor Verabschiedung einer Verfassung entsprochen hatte. Nach dem Regierungsantritt Mursis drehte das Militär den Spieß herum und paktierte nun mit Liberalen, Linken und Nationalisten gegen die Muslimbrüder.

Mit fadenscheinigen Argumenten war der fähigste und bekannteste Präsidentschaftskandidat der Muslimbrüder, der Großunternehmer Khairat El-Shater, von der Präsidentschaftswahl im Juni 2012 ausgeschlossen worden. Ehemalige Häftlinge durften nicht kandidieren – El-Shater war in der Mubarak-Ära aus politischen Gründen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Ersatzweise musste die FGP den für ein Führungsamt weniger geeigneten Mursi nominieren. In enger Kooperation mit den noch in der Mubarak-Ära eingesetzten Richtern unterminierten die Sicherheitskräfte von Anfang seine Amtsführung. Das Unterhaus war kurz vor seinem Amtsantritt mit der Begründung formalistischer Mängel bei der Wahl aufgelöst worden, und die Befugnisse des Oberhauses wie auch des Präsidenten waren ohne Verfassung unklar. Damit stand auch die Wahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung durch das Parlament in der Schwebe. Damit nicht genug: Kurz nach der Präsidentenwahl beanspruchte der Oberste Militärrat Sondervollmachten zur Überwachung des Verfassungsprozesses. Gemäß David M. Faris war Präsident Mursi zum Scheitern verurteilt, bevor er überhaupt eine Chance zu regieren hatte.²⁰⁴

Während der Phase direkter Armeeherrschaft (2011/12) hatte der Oberste Militärrat exzessive staatliche Gewalt gegen Demonstranten salonfähig gemacht. Die politische Auseinandersetzung wurde damit den staatlichen Institutionen entzogen und auf die Straße verlagert.

Als der zunehmend blockierte Mursi am 22. November 2012 ebenfalls Sondervollmachten für sich reklamierte, um den umstrittenen Verfassungsprozess fahrplanmäßig zum Abschluss zu bringen, und nach dem Ausbleiben von Polizeischutz am 3./4. Dezember eine neu

expands-its-economic-control/2014/03/16/39508b52-a554-11e3-b865-38b254d92063_story.html, Stand: 14.3.2014.

²⁰⁴ Faris, David M.: Deep State, Deep Crisis: Egypt and American Policy, in: Middle East Policy 4/2013, S. 101 f.

aufgestellte Parteiliga gegen nicht nur friedliche Demonstranten vorgehen ließ, lieferte er den Vorwand für eine breite Gegenbewegung gegen seine „diktatorische“ Herrschaft. Dass er unter dem Eindruck der massiven Kritik schließlich darauf verzichtete, die beanspruchten Sondervollmachten in Anspruch zu nehmen, fiel unter den Tisch und wird im öffentlichen Diskurs von seinen Gegnern bis heute unterschlagen.

Mursi hatte freilich dazu beigetragen, die eigene Popularität zu untergraben. Der Präsident agierte – vielleicht gerade aufgrund persönlicher Schwäche – unnachgiebig und war nicht um Konsens bemüht. Anders als in Tunesien erfolgte keine Einbeziehung weiterer Parteien in die Regierung. Im Einklang mit den Zielen der ägyptischen Protestbewegung hatten die Muslimbrüder Demokratisierung versprochen, doch wirkte ihre Regierung autokratisch. Vor allem stieß auf Misstrauen, dass sie systematisch Gefolgsleute in Führungspositionen brachte, z. B. bei der Besetzung der Gouverneursposten. Problematisch war auch der „doppelte Diskurs“: Die eigenen Anhänger mobilisierte man mit scharfer islamistischer Rhetorik, gegenüber der Öffentlichkeit und dem Ausland gab man sich moderat. Dieses Vorgehen wurde von vielen Ägyptern als Doppelzüngigkeit ausgelegt, sie unterstellten den Muslimbrüdern eine heimliche Agenda.²⁰⁵

Ein strategischer Fehler der Muslimbrüder war es gewesen, entgegen früherer Beschlüsse die Macht auf allen Ebenen (Parlament, Präsidentschaft, Verfassungsgebende Versammlung) anzustreben. Damit machten sie sich auch für alle – allenfalls mittelfristig zu lösenden – Probleme des Landes verantwortlich. Die erwarteten raschen wirtschaftlichen Verbesserungen konnten sie nicht herbeiführen, weil sie den Fokus auf andere Politikfelder lenkten. Das vollmundige Wahlversprechen einer „Renaissance“ in Bildung, Gesundheit, Wissenschaft und Technologie griff ins Leere.²⁰⁶

Fatal für Mursi und die Muslimbruderschaft war auch, dass sie die nationalistischen Hoffnungen vieler Ägypter nicht befriedigen konnten. Denn die Protestbewegung hatte nicht nur für Freiheit und wirtschaftliche Besserstellung gestritten, sondern auch für den nationalen Wiederaufstieg Ägyptens. Auch in dieser Beziehung enttäuschte Mursi, obwohl er prinzipiell dasselbe Ziel verfolgte. Die ausbalancierte Außenpolitik Mursi wirkte auf viele Ägypter konzept- und richtungslos. Anlass zu Misstrauen gaben zudem Äußerungen führender Muslimbrüder hinsichtlich einer Wiederbelebung des Kalifats. Dabei blieb offen, ob dies im Rahmen einer Föderation souveräner Staaten oder eines sich vereinigenden islamischen Großstaates erfolgen sollte. Nationalistische Ägypter witterten in solchen Äußerungen Verrat.²⁰⁷ Antiamerikanische Ressentiments sind laut Umfragen verbreitet – viele Ägypter verziehen Mursi sein Zugehen auf

²⁰⁵ Monier / Ranko: *The Fall of the Muslim Brotherhood*, S. 117.

²⁰⁶ Pargeter: *The Muslim Brotherhood*, S. 255.

²⁰⁷ Monier / Ranko: *The Fall of the Muslim Brotherhood*, S. 117 f.

Washington nicht. Schließlich wurden die engen politisch-ökonomischen Beziehungen zur Türkei und dem Iran von Kritikern als Ausverkauf ägyptischer Interessen an Nichtaraber interpretiert.²⁰⁸

Der Widerstand der Opposition gegen den von einer Mehrheit der Muslimbrüder beschlossenen und im Dezember 2012 bei einer Wahlbeteiligung von nur 33 % angenommenen Verfassungsentwurf radikalisierte sich zu einer breiten Anti-Mursi-Bewegung. Sie mobilisierte weite Teile der ägyptischen Bevölkerung, legte das öffentliche Leben in den großen Städten immer wieder lahm und verübte zunehmend Gewalt gegen Veranstaltungen und Einrichtungen der Muslimbrüder. Im Gegenzug wurden auch Anhänger der Muslimbrüder gegen ihre Herausforderer handgreiflich. Da sich die Polizei im Hintergrund hielt, verschlechterte sich die Sicherheitslage dramatisch. Zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung stellte die Armee dem Präsidenten am 1. Juli ein 48-stündiges Ultimatum, den Forderungen des Volkes nachzukommen. Als er nur unzureichende Konzessionen anbot, wurde er am 3. Juli für abgesetzt erklärt.

Der Sturz Mursis war freilich von langer Hand geplant. Seit Ende 2012 kamen Vertreter der Revolutionsjugend, Oppositionspolitiker, Militärs und Vertreter der alten Eliten in Staat und Privatwirtschaft zu Beratungen zusammen. Einer der wichtigsten Finanziere und Mentoren der neugegründeten Anti-Mursi-Bewegung mit Namen Tamarod („Revolve“) war der koptische Multimilliardär Nagib Sawiris. Die aus Jugendaktivisten der Anti-Mubarak-Protestbewegung rekrutierte Bewegung konnte sein Telekomnetz zur Mobilisierung nutzen, ebenso die Strukturen der 2011 aufgelösten, aber de facto weiterbestehenden und nach dem Staatsstreich wieder errichteten „Staatssicherheit“. Die unter Mubarak eingesetzte Verfassungsrichterin Tahani el-Gebali beriet bei der Aufstellung der politischen Forderungen.²⁰⁹ Diskrete Unterstützung soll aus Saudi-Arabien, den VAE und Bahrain gekommen sein. Zu General as-Sisi hat Saudi-Arabien gute Beziehungen, war er doch früher in Riad als Militärattaché stationiert. Polizei und Militär machten sich rar und ließen Kriminellen freien Lauf, Anordnungen des Präsidenten, wie z. B. Ausgangssperren, wurden von den Sicherheitskräften ostentativ nicht durchgesetzt. In den letzten Wochen vor dem Sturz des Präsidenten verknappten Militär und staatliche Firmen anscheinend gezielt die Treibstoffversorgung – nach der Machtübernahme der Armee waren die Tankstellen umgehend wieder versorgt.²¹⁰

²⁰⁸ Ebd., S. 115 f.

²⁰⁹ Hubbard, Ben / Kirckpatrick, David D.: Sudden Improvements in Egypt Suggest a Campaign to Undermine Morsi, in: The New York Times, 10.7.2013, www.nytimes.com/2013/07/11/world/middleeast/improvements-in-egypt-suggest-a-campaign-that-undermined-morsi.html?pagewanted=all, Stand: 30.4.2014.

²¹⁰ Ebd.

Geschickt bediente das Militär die nationalistische Kritik an Mursi. Dies führte dazu, dass Mursi als „Lakai“ der USA und Ausverkäufer nationaler Interessen gebrandmarkt wurde. Im Gegenzug behaupteten die Anhänger des gestürzten Präsidenten, dass die USA hinter dem Staatsstreich stehen würden.

Das Anti-Mursi-Lager ließ sich bereitwillig von den Streitkräften gleichschalten. Gemäß dem Motto der „permanenten Revolution“ blieb die Politik auf der Straße, anstatt dass sie in die Hände demokratisch legitimierter, handlungsfähiger Institutionen gelegt wurde.

Die im Januar 2014 mit großer Mehrheit angenommene neue Verfassung unterscheidet sich nicht grundständig von dem im Dezember 2013 angenommenen und als „islamistisch“ diffamierten Entwurf. Die (vergleichsweise moderaten) islamischen Bezüge des Vorgängerdokuments waren weitgehend entfernt worden; im Gegenzug wurde die Macht des Militärs weiter gestärkt.²¹¹

Das Eingreifen des Militärs war problematisch. Denn an der Wahlurne hätten die liberalen, linken und nationalistischen Kräfte eine gute Chance gehabt, die Muslimbruderschaft bei der 2014 anstehenden Parlamentswahl zu schlagen. Auch eine vorgezogene Präsidentschaftswahl wäre denkbar gewesen. So paktierten die Streitkräfte mit den alten Eliten und verliehen repressiven Maßnahmen Legitimität, während die Muslimbrüder die Opferrolle für sich beanspruchen können.

Saudi-Arabien, die VAE, Bahrain und Kuwait waren treibende Kräfte hinter dem Staatsstreich. Im Hintergrund sekundierten Israel und Russland. Als erster gratulierte der saudische König Abdullah am 4. Juli 2013 dem Übergangspräsidenten Adli el-Mansour: „We strongly shake hands with the men of all the armed forces, represented by General Abdel Fattah al-Sisi, who managed to save Egypt at this critical moment from a dark tunnel.“²¹² Ähnlich äußerten sich die VAE, Bahrain und Kuwait. Die Telegramme hatten den Charakter eines Bekennerschreibens mit Blankoscheck. Am 16. August verkündete König Abdullah in einer viel beachteten, US-kritischen Rede: „Let the entire world know that the people and government of the Kingdom of Saudi Arabia stood and still stand today with our brothers in Egypt against terrorism, extremism and sedition, and against whomever is trying to interfere in Egypt’s internal affairs.“²¹³ Den USA und Katar warf er vor: „Let it be known to those

²¹¹ Rizk, Mariam / El Sharnoubi, Osman: Egypt’s constitution 2013 vs. 2012: A comparison, in: Al Ahram Online, 12.12.2013, english.ahram.org.eg/NewsContent/1/0/88644/Egypt/0/Egypt-constitution--vs--A-comparison.aspx, Stand: 30.4.2014.

²¹² Saudi king congratulates Egypt’s new interim president, in: Al-Arabiya News, 4.7.2013, english.alarabiya.net/en/News/middle-east/2013/07/04/Saudi-king-congratulates-Egypt-new-interim-president.html, Stand: 11.3.2014.

²¹³ Zit. nach Hearst, David: Why Saudi Arabia is taking a risk by backing the Egyptian coup, in: The Guardian, 20.8.2013, www.theguardian.com/commentisfree/2013/aug/20/saudi-arabia-coup-egypt, Stand: 11.3.2014.

who interfere in Egypt's internal affairs that they themselves are fanning the fire of sedition and are promoting terrorism, which they claim to be fighting."²¹⁴ Im Gegenzug dankte General as-Sisi dem Königreich für die wichtigste Intervention seit dem Yom-Kippur-Krieg von 1973.²¹⁵ Beide Staaten erklärten die Muslimbruderschaft zur terroristischen Organisation. Bezeichnenderweise stand die von Saudi-Arabien unterstützte salafistische al-Nour-Partei hinter dem Sturz Mursis. Ihr Führer saß bei der Fernsehproklamation des Staatsstreichs durch General al-Sisi zusammen mit anderen Vertretern der ägyptischen Gesellschaft wie dem Großscheich von al-Azhar und dem koptischen Papst auf dem Podium.

Katar gratulierte knapp zu dem Machtwechsel und äußerte, dass es den Willen des ägyptischen Volkes respektiere. Als einziger Golfstaat kritisierte das Emirat jedoch den Verlust unschuldiger Leben und forderte die ägyptische Regierung auf, friedliche Demonstranten zu schützen und die Meinungsfreiheit zu garantieren. Doha ging jedoch nicht soweit, die Wiedereinsetzung Mursis als Präsident zu fordern, was das erklärte Ziel von FGP und Muslimbruderschaft ist.²¹⁶ Bis zur Suspendierung der bilateralen diplomatischen Beziehungen sollte es nicht lange dauern.

Es gibt Indizien dafür, dass Saudi-Arabien Ägypten zu einem vollwertigen oder zumindest assoziierten Mitglied des GKR machen will.²¹⁷ Der schon starke Einfluss des GKR auf die in Kairo ansässige Arabische Liga würde damit noch zunehmen. Im März 2014 äußerte Ägyptens Interimspräsident Adly el-Mansour, dass die Sicherheit der Golfstaaten „Ägyptens nationale Verantwortung“ sei.²¹⁸ Die 440.000 Mann starke ägyptische Armee würde den Streitkräften der arabischen Golfstaaten bei einer eventuellen Auseinandersetzung mit dem Iran erhebliche Manpower zuführen.

Israel hatte zwar die Vermittlung Mursis im Gaza-Konflikt begrüßt, doch war man über seine diplomatische Unterstützung der Hamas alarmiert, der er anscheinend eine gewisse Bewegungsfreiheit auf dem Sinai einräumte. Auch war man der Ansicht, dass er gegen radikale antiisraelische Gruppierungen im Nordsinai nicht energisch genug vorging bzw. diese gar unterstützen könnte. Langfristig fürchtete Israel eine Aufkündigung des Friedensvertrages von 1979 unter dem Druck der Wähler, wiewohl Mursi das Gegenteil signalisiert hatte und allenfalls eine Neuverhandlung

²¹⁴ Zit. nach ebd.

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ Wagner, Dabiel / Cafiero, Giorgio: Can Katar Regain Influence in Egypt?, in: International Policy Digest, 29.12.2013, www.internationalpolicydigest.org/2013/12/29/can-Katar-regain-influence-egypt, Stand: 30.4.2014.

²¹⁷ Abdullah, Dr. Daud: This new axis to defeat the Brotherhood will go the way of the old, in: Middle East Monitor, 7.3.2014, www.middleeastmonitor.com/resources/commentary-and-analysis/10171-this-new-axis-to-defeat-the-brotherhood-will-go-the-way-of-the-old, Stand: 30.4.2014.

²¹⁸ Gulf security is Egypt's national responsibility: Mansour. U.S. Kopts Association, 21.3.2014, www.copts.com/english/?p=5926, Stand: 30.4.2014.

bestimmter Bedingungen angehen wollte. Israelische und ägyptische Militärs hatten in der Mubarak-Zeit gut kooperiert, insbesondere die Geheimdienste beider Länder pflegten einen engen Informationsaustausch. Damit bestanden gute Kontakte zu General al-Sisi, der einst Chef des ägyptischen Militärgeheimdienstes gewesen war. In den Tagen vor dem Staatsstreich soll die Militärführung gemäß westlichen Diplomaten in dauernder Kommunikation mit israelischen Gesprächspartnern gewesen sein.²¹⁹ Israel sagte Unterstützung dahingehend zu, dass Washington den Machtwechsel nicht als Staatsstreich bewerten würde.²²⁰

Nach dem Staatsstreich wirkte die israelische Regierung über das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) auf die US-Regierung ein, weiterhin die volle Militärhilfe an Ägypten auszubezahlen.²²¹ Die ägyptisch-israelischen Beziehungen sollen seit dem 3. Juli 2013 noch enger als in der Mubarak-Ära sein. Kairo revanchierte sich mit der kompletten Schließung aller nach Gaza führenden Schmuggeltunnel, womit man freilich auch einen profitablen Wirtschaftszweig der Sinai-Beduinen schädigte und damit neue Gewaltakte provozierte.²²² Die ägyptische Armee gestattete den Israelis Drohnenangriffe gegen Jihadisten auf dem Sinai,²²³ im Gegenzug erlaubte Israel der ägyptischen Armee, entgegen den Camp-David-Bestimmungen vorübergehend auf dem gesamten Sinai zu operieren.²²⁴

Auch Russland ist ein erklärter Gegner der Muslimbruderschaft und sieht in ihr einen Förderer des islamistischen Extremismus. 2003 war sie vom Obersten Gerichtshof in Moskau als terroristische Organisation verboten worden. Erst im November 2012 lud Außenminister Sergej Lavrow den ägyptischen Präsidenten Mursi ein, Russland zu besuchen, doch fand der Besuch nicht statt. Weder die politischen noch die ökonomischen Kontakte nahmen signifikant zu.²²⁵ Moskau kritisierte Katars Unterstützung für die Muslimbrüder in Ägypten und Syrien, umgekehrt

²¹⁹ Kirkpatrick, David D. / Baker, Peter / Gordon, Michael R.: How American Hopes for a Deal in Egypt Were Undercut, in: New York Times, 17.8.2013, www.nytimes.com/2013/08/18/world/middleeast/pressure-by-us-failed-to-sway-egypts-leaders.html?pagewanted=all, Stand: 11.3.2014.

²²⁰ Harel, Amos: Ties between Israel and Egypt only getting stronger, despite regional tension. The two nations enjoy not only tactical cooperation, but a convergence of strategic interests as well, in: Ha'aretz, 8.9.2013, www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/.premium-1.545682, Stand: 30.4.2014.

²²¹ Kane, Alex: Israel and AIPAC keep up efforts to save aid for Egyptian military, in: Mondoweiß, 20.8.2013, mondoweiss.net/2013/08/israel-and-aipac-keep-up-efforts-to-save-aid-for-egyptian-military.html, Stand: 11.3.2014.

²²² Harel: Ties between Israel and Egypt only getting stronger, despite regional tension.

²²³ Schenker, David: How the Israeli Drone Strike in the Sinai Might Backfire, in: The Atlantic, 13.8.2013, www.theatlantic.com/international/archive/2013/08/how-the-israeli-drone-strike-in-the-sinai-might-backfire/278628, Stand: 30.4.2014.

²²⁴ Miller, Elhanan: Israel allowing Egypt army to operate in north Sinai, in: The Times of Israel, 20.1.2014, www.timesofisrael.com/israel-allowing-egypt-army-presence-in-north-sinai/#ixzz30rQ67yBb, Stand: 30.4.2014.

²²⁵ Malashenko: Russia and the Arab Spring, S. 9.

prangert Katar die russische Unterstützung der Assad-Regierung an. Als Katars Premierminister Hamad bin Jassim bin Jaber al-Thani gegenüber dem russischen Botschafter bei den VN, Vitaly Churkin, entsprechende Vorwürfe erhob, antwortete dieser: „If you speak to me in that kind of tone again, the place we call Katar won't be on the map any longer tomorrow.“²²⁶ Moskau hatte es Katar nicht verziehen, dass das Emirat in den 1990er-Jahren zusammen mit Saudi-Arabien islamistische Separatisten in Tschetschenien unterstützt und dem tschetschenischen „Staatspräsidenten“ Zelimkhan Yandarbiyev in Doha Exil gewährt hatte.²²⁷

Russland machte auch den USA Vorwürfe wegen der unterstellten Allianz mit den Muslimbrüdern: „Are you mad to support the guys with beards over the guys with ties?“, soll ein Vertreter des russischen Außenministeriums seinem US-amerikanischen Kollegen gesagt haben.²²⁸

Die USA hatten sich in der eskalierenden Konfrontation zwischen Mursi und seinen Gegnern für einen Kompromiss zwischen Regierung und Opposition eingesetzt. Im Frühjahr 2013 besuchte Außenminister Kerry Ägypten und drohte mit einer Kürzung der US-Militärhilfe. Letztlich verärgerte Washington damit beide Seiten und heizte die antiamerikanische Haltung beider Lager an. Angesichts der engen militärischen Kooperation zwischen USA und Ägypten ist davon auszugehen, dass Washington vom Staatsstreich zumindest vorab informiert war. Doch dürfte es nicht die treibende Kraft gewesen sein und allein aus prinzipiellen Erwägungen (Vermeidung des Sturzes einer gewählten Regierung) eine andere Lösung, wie z. B. eine vorgezogene Präsidentenwahl, bevorzugt haben. Sehr spät rang sich US-Außenminister Kerry am 1. August zu einer Erklärung durch, dass das Vorgehen der Armee dazu gedient habe, die Demokratie in Ägypten wiederherzustellen.²²⁹ Dieses späte Bekenntnis wurde von Vertretern und Anhängern der neuen Regierung als weiterer Beleg dafür herangezogen, dass Washington ein Komplize der Muslimbruderschaft sei.²³⁰

Nach der gewaltsamen Räumung der beiden Protestlager der Muslimbrüder in Kairo am 14. August mit an die 600 Toten sagten die USA die gemeinsame Übung „Bright Star“ ab, suspendierten die Lieferung gewisser militärischer Hilfsgüter und stoppten Zahlungen. Das Militär und die Übergangsregierung steigerten daraufhin die antiamerikanische Rhetorik. Tamarod legte sich gar eine brennende US-Flagge als Facebook-

²²⁶ Zit. nach ebd., S. 13.

²²⁷ Yandarbiyev wurde 2004 in Doha von russischen Agenten getötet (Blast kills exiled Chechen leader), CNN News, 13.2.2004, edition.cnn.com/2004/WORLD/meast/02/13/Katar.chechen, Stand: 30.4.2014.

²²⁸ Hearst: Why Saudi Arabia is taking a risk by backing the Egyptian coup.

²²⁹ Gordon, Michael R. / Fahim, Kareem: Kerry Says Egypt's Military Was „Restoring Democracy“ in Ousting Morsi, in: The New York Times, 1.8.2013, www.nytimes.com/2013/08/02/world/middleeast/egypt-warns-morsi-supporters-to-end-protests.html?_r=0, Stand: 30.4.2014.

²³⁰ Persönliche Mitteilung Nina Prasch, Projektleiterin Hanns-Seidel-Stiftung Ägypten, 30.4.2014.

Logo zu.²³¹ Die USA beendeten die militärische Zusammenarbeit aber nicht grundsätzlich. Im April 2014 genehmigte Washington die Lieferung von zehn Apache-Kampfhubschraubern zur Bekämpfung von Terroristen auf dem Sinai.²³²

Gemäß dem katarischen Emir Shaikh Tamim bin-Hamad haben die US-Amerikaner ihre frühere Ansicht geändert und sehen nun das Projekt einer Regierung durch die Muslimbrüder in Ägypten als gescheitert an.²³³

Die EU hatte zum Jahresbeginn 2013 eine Vermittlungsmission nach Kairo entsandt. Beide Lager waren freilich wenig daran interessiert, wobei sich die Opposition noch intransigent als die Regierung gab. Die EU und einzelne Mitgliedsstaaten wie Deutschland und Großbritannien kritisierten mit deutlichen Worten das harsche Vorgehen der Sicherheitskräfte und handelten sich damit ebenfalls Kritik von ägyptischer Seite ein.²³⁴ Doch ist die EU der wichtigste wirtschaftliche Partner des Landes, weshalb fortdauernde politische und ökonomische Beziehungen wahrscheinlich sind. Die Haltung der neuen ägyptischen Regierung ist gegenüber der EU denn auch deutlich freundlicher als gegenüber den USA. So hatte die EU-Außenbeauftragte Caroline Ashton das Privileg, als erster ausländischer Vertreter den inhaftierten Mursi zu sehen und mit ihm zu sprechen.²³⁵

Angesichts der antiamerikanischen Rhetorik der neuen Regierung machten Spekulationen über einen möglichen Kurswechsel die Runde. Die Sowjetunion war ja bis Anfang der 1970er-Jahre ein strategischer Verbündeter Ägyptens gewesen. Wegen seiner Weizenlieferungen ist Russland für Ägypten ein strategischer Partner. Die Annäherung wird durch die Tatsache erleichtert, dass die neue Regierung den Rebellen in Syrien weniger nahesteht als die Muslimbruderschaft. Prinz Bandar Bin Sultan, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates und Leiter des saudischen Geheimdiensts, besuchte im August 2013 Moskau und fädelte ein Waffengeschäft mit Ägypten ein.²³⁶ Im November 2013 reisten Außenminister Sergei Lavrow und Verteidigungsminister Sergei Shoigu nach Kairo. Beim Gegenbesuch von Verteidigungsminister und Armeechef

²³¹ Facebook: Tamarod, www.facebook.com/photo.php?fbid=622899941083494&set=a.566483390058483.1073741826.566479266725562, Stand: 30.4.2014.

²³² Stewart, Phil / Mohammed, Arshad: U.S. to deliver Apache helicopters to Egypt, relaxing hold on aid, in: Reuters, 23.4.2014, www.reuters.com/article/2014/04/23/us-usa-egypt-apaches-idUSBREA3M03L20140423, Stand: 30.4.2014.

²³³ Katar Emir support for Muslim Brotherhood is a „duty“, in: Middle East Monitor, 31.12.2014, www.middleeastmonitor.com/news/middle-east/9000-Katar-emir-support-for-muslim-brotherhood-is-a-qdutyq, Stand: 30.4.2014.

²³⁴ Siddique, Haroon: Egypt: EU on mediation mission amid bloodshed, in: The Guardian, 29.7.2013, www.theguardian.com/world/2013/jul/29/egypt-eu-mediation-mission-amid-bloodshed, Stand: 30.4.2014.

²³⁵ El Ahl, Amira / Schiltz, Christoph B.: Als Ashton in Ägypten nicht wusste, wo sie landet, in: Die Welt, 30.7.2013, www.welt.de/politik/ausland/article118539909/Als-Ashton-in-Aegypten-nicht-wusste-wo-sie-landet.html, Stand: 30.4.2014.

²³⁶ Hearst: Why Saudi Arabia is taking a risk by backing the Egyptian coup.

al-Sisi sowie Außenminister Nabil Fahmy im Februar 2014 in Moskau wurden Abkommen über Waffenlieferungen in Höhe von 2 Mrd. USD abgeschlossen. Finanziert werden sie von Saudi-Arabien und den VAE.²³⁷ Auch wenn die populäre Amerikafeindlichkeit bis in Regierungs- und Militärkreise vorgedrungen ist, ist ein Kurswechsel nicht wahrscheinlich. Denn die hinter der neuen Regierung stehenden Großunternehmer sind eng mit dem Westen verflochten und haben kein Interesse an einem Bruch. Auch ist die in die 1970er-Jahre zurückreichende militärische Verflechtung eng, und eine Umstellung aller Waffensysteme würde an die 15 Jahre Zeit in Anspruch nehmen. Eher ist davon auszugehen, dass die neue Führung versucht, USA und Russland zum eigenen Vorteil gegeneinander auszuspielen.²³⁸

Saudi-Arabien und die Golfstaaten gewährten sofort nach dem Staatsstreich ein Hilfspaket in Höhe von 12 Mrd. USD, womit sie den Einflussspielraum der USA und der EU stark begrenzten.²³⁹ Der saudische Außenminister Saudi al-Faisal gelobte, alle Rückgänge westlicher Unterstützungsgelder zu kompensieren.²⁴⁰

Das saudische Vorgehen in Ägypten verband sich mit politischem Druck auf Katar. Das Emirat war nicht nur Hauptförderer der Muslimbrüder in Ägypten und anderen arabischen Staaten, sondern hatte sich auch zusammen mit dem Oman saudischen Plänen widersetzt, den GKR in eine politische Golfunion mit vereinigt militärischem Oberkommando umzuwandeln. Ebenso wenig war Doha bereit, Muslimbrüder oder den Muslimbrüdern nahestehende Personen wie Sheikh Qaradawi auszuweisen und US-amerikanische politische Institute, wie die Brookings Institution und die RAND Corporation, zu schließen.²⁴¹

Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Katar sind seit den 1990er-Jahren erschüttert. Damals hatte Riad Verwandte von Emir Sheikh Hamad ibn Khalifa al-Thani bei einem erfolglosen Putschversuch unterstützt.²⁴² Saudi-Arabien sieht in Katar einen Rivalen, der ihm die Führungsrolle in der arabischen Welt streitig machen will.

Saudi-Arabien drohte Katar, die Zufuhr von Wasser und Lebensmitteln auf die Halbinsel über Land abzuschneiden.²⁴³ Nur acht Tage vor dem Staatsstreich in Ägypten war es in Katar zu einem überraschenden

²³⁷ Moscow, Cairo sign \$ 2 billion weapons deal, financed by the Saudis, UAE, in: World Tribune, 11.2.2014, www.worldtribune.com/2014/02/11/moscow-cairo-sign-2-billion-weapons-deal-financed-by-the-saudis-uae, Stand: 30.4.2014.

²³⁸ Persönliche Mitteilung Nina Prasch, Projektleiterin Hanns-Seidel-Stiftung Ägypten, 30.4.2014.

²³⁹ Sharp, Jeremy M.: Egypt: Background and U.S. Relations. Congressional Research Service, 10.1.2014, www.fas.org/sfp/crs/mideast/RL33003.pdf, Stand: 11.3.2014.

²⁴⁰ Zit. nach Hearst: Why Saudi Arabia is taking a risk by backing the Egyptian coup.

²⁴¹ Cole: Muslim Brotherhood Rebukes Erdogan for Advocacy of Secularism.

²⁴² Saudi-Katar tensions divide GCC, in: Al-Monitor, 6.3.2014, www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/03/saudi-katar-gcc-tensions-islamist.html, Stand: 11.3.2014.

²⁴³ Cole: Muslim Brotherhood Rebukes Erdogan for Advocacy of Secularism.

Machtwechsel gekommen: Der 62-jährige Emir Sheikh Hamad bin Khalifa al-Thani trat angeblich aus gesundheitlichen Gründen zugunsten seines 33-jährigen Sohnes Kronprinz Sheikh Tamim bin Hamad al-Thani zurück. Gleichzeitig machte auch der langjährige Premierminister und Außenminister Sheikh Hamad bin Jassim al-Thani einem jüngeren Nachfolger Platz. Er hatte die katarische Außenpolitik über viele Jahre dominiert und Saudi-Arabien besonders verärgert.²⁴⁴ Wahrscheinlich hatten hinter den Kulissen die USA den Wechsel vermittelt. Die Hauptakteure der katarischen Außenpolitik wurden so aus der Schusslinie genommen. Der in Großbritannien ausgebildete neue Emir gilt als US-freundlich und steht, wie sein Vater, in regelmäßigem Kontakt mit US-Diplomaten und US-Militärs.²⁴⁵

Mit der personellen Veränderung war aber noch keine grundsätzliche Änderung der katarischen Außenpolitik verbunden. Der neue Emir Sheikh Tamim bin-Hamad hat an der katarischen Außenpolitik der letzten Jahre aktiv mitgewirkt. Er pflegt gute Beziehungen zur Muslimbruderschaft und ist sowohl mit dem in Katar lebenden Geistlichen Yusuf al-Qaradawi wie mit dem tunesischen Ennahda-Führer Rachid Ghannouchi befreundet.²⁴⁶

Im November stimmte Katar dem von Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten betriebenen Abschluss einer GKR-Sicherheitsvereinbarung zu. Sie verpflichtete dazu, Individuen oder Gruppen, die die Sicherheit des GKR bedrohen, sowie „feindseligen“ Medien keine Unterstützung mehr zu leisten.²⁴⁷ Katar blieb freilich unbeeindruckt. Der gewünschte Feldzug gegen die Muslimbrüder unterblieb, und zum Jahreswechsel 2013/14 sprach der neue Emir Tamim bin-Hamad von der „Pflicht“ zur Unterstützung der syrischen Muslimbrüder.²⁴⁸

Doch ist Katar nun bestrebt, seine Rolle neu zu definieren. Ein Mediennetzwerk befindet sich in Gründung, das ein neues Image des Emirats aufbauen soll. Katar nähert sich vorsichtig dem Iran und der „Achse des Widerstands“ an und stellt seine propalästinensische Ausrichtung heraus. Das Engagement im syrischen Bürgerkrieg wird hingegen zurückgefahren.²⁴⁹

²⁴⁴ Cole, Juan: A New Arab Cold War: Saudi Arabia Pressures Katar on Muslim Brotherhood, American Think Tanks. Informed Comment, 10.3.2014. www.juancole.com/2014/03/pressures-brotherhood-american.html, Stand: 11.3.2014.

²⁴⁵ al-Muhannadi, Mayasa: The New Monarch of the „Arab Spring“, al-akhbar English, 25.6.2013, english.al-akhbar.com/node/16238, Stand: 30.4.2014.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ Saudi-Katar tensions divide GCC, in: Al-Monitor, 6.3.2014, www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/03/saudi-katar-gcc-tensions-islamist.html, Stand: 11.3.2014.

²⁴⁸ Katar Emir support for Muslim Brotherhood is a „duty“, in: Middle East Monitor, 31.12.2013, www.middleeastmonitor.com/news/middle-east/9000-Katar-emir-support-for-muslim-brotherhood-is-a-qdutyq, Stand: 19.3.2014.

²⁴⁹ Hashem, Ali: Iran, Katar recast regional „resistance“ alliance, in: Al-Monitor, 17.3.2014, www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/03/palestinian-iran-resistance-katar-alliance-influence.html, Stand: 30.4.2014.

Im März 2014 kam es zu einem Zusammentreffen von Sheikh Tamim bin Hamad al-Thani und Irans Außenminister Mohammad Javad Zarif in Doha. Dabei lobte der Emir die Nuklearvereinbarung zwischen dem Iran und der Sechsergruppe und erklärte, Katar wünsche einen starken Iran in der Region.²⁵⁰ Außerdem fädelte Katar nach dem Sturz Mursis die Wiederaussöhnung der Hamas mit dem Iran ein. Teheran sagte ihr im März 2014 wieder Finanzhilfe zu.²⁵¹ Denn 2012 hatte die palästinensische Widerstandsorganisation mit der syrischen Regierung gebrochen. Der Leiter des Politbüros Khaled Mashal war von Damaskus nach Doha gezogen; das Hauptquartier der Hamas war nach Kairo verlegt worden.

Diese Entwicklungen stellten für Saudi-Arabien und seine Partner eine Provokation dar. Am 5. März 2014 erklärten Saudi-Arabien, Bahrain und die VAE, dass sie aus Protest gegen die Nichteinhaltung der GKR-Sicherheitsvereinbarung vom November 2013 ihre Botschafter aus Katar abziehen. Als mögliche weitere Maßnahme soll Riad gar mit der Schließung der Grenzen und des Luftraums Katars gedroht haben.²⁵² Bemerkenswerterweise hatten sich Kuwait und der Oman an dem Botschafterabzug nicht beteiligt. Der Oman ist ebenfalls im Visier saudischer Kritik, war er doch Gastgeber US-amerikanischer Geheimverhandlungen mit iranischen Vertretern vor der Wiederaufnahme der Atomverhandlungen gewesen. Zudem widersetzt sich der Oman dezidiert dem saudischen Plan der Umwandlung der losen GKR in eine enge Union.²⁵³

Im Einklang mit der saudischen Linie betreiben das ägyptische Militär und die Übergangsregierung die Zerschlagung der Muslimbruderschaft. Ihre Mitglieder und Anhänger werden als „Volksfeinde“ und „Verräter“ diffamiert. Ihnen wird abgesprochen, Ägypter oder Mensch zu sein. Damit knüpft man an das Freund-Feind-Denken der Mubarak-Ära an und bedient nationalistische Emotionen. Im Unterschied zu vielen arabischen Staaten sind Nationalismus und Chauvinismus in Ägypten probate Mobilisierungsinstrumente, da das Land auf eine jahrtausendealte Geschichte zurückblickt und seine Bürger entsprechend selbstbewusst sind.

Heute befinden sich zwischen 15.000 und 20.000 wirkliche oder vermeintliche Funktionäre und Anhänger der Muslimbruderschaft im Gefängnis, viele von ihnen ohne Anklage. Sie sitzen in Massenzellen ohne Waschegelegenheit, ausreichendes Essen oder Besuch durch Familienangehörige.²⁵⁴ 55.000 Moscheen wurden geschlossen und ihre

²⁵⁰ „Katar wants powerful Iran in Middle East“, Iran Press TV, 11.3.2014, www.presstv.ir/detail/2013/12/02/337852/Katar-wants-powerful-iran-in-mideast, Stand: 11.3.2014.

²⁵¹ Iran resumes monetary aid to Hamas, in: Al Monitor, 24.3.2014, www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/03/iran-hamas-finance-economy-resistance-axis-gaza.html, Stand: 30.4.2014.

²⁵² Khalaf, Roula: A kingdom on guard, in: Financial Times, 27.3.2014.

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Persönliche Mitteilung Nina Prasch, Projektleiterin Hanns-Seidel-Stiftung Ägypten, 30.4.2014.

Imame entlassen.²⁵⁵ Die Zeitungen und Sender der Muslimbruderschaft wurden verboten, und auch gegen den muslimbruderfreundlichen katarischen Sender al-Jazeera wird massiv vorgegangen. Er kann nicht mehr offiziell in Ägypten arbeiten, und ausgerechnet Journalisten des objektivsten Kanals al-Jazeera English wurden wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten verhaftet und angeklagt, darunter Ausländer. Im September 2013 wurde die Muslimbruderschaft verboten, ihre Konten wurden beschlagnahmt und ihre Schulen und Krankenhäuser geschlossen, was erhebliche Auswirkungen auf das Los der Unterschichten hat. Am 25. Dezember wurde die Muslimbruderschaft gar zur „terroristischen Organisation“ erklärt, womit bereits Demonstrationen oder journalistische Kontakte zu Akten des Hochverrats erklärt werden können. Als Begründung wurde der einen Tag zuvor erfolgte Bombenanschlag auf ein Polizeihauptquartier in Mansūra mit 16 Todesopfern genannt. Die Regierung ignorierte, dass hierfür die auf dem Sinai ansässige, jihadistische Ansar Beit al-Maqdis die Verantwortung übernommen hatte. Sie distanziert sich von der Muslimbruderschaft und verachtet diese wegen ihrer Strategie der Gewaltlosigkeit.²⁵⁶

Im März bzw. April 2014 erfolgten im Schnellverfahren Todesurteile gegen 529 bzw. 683 Mitglieder bzw. Anhänger der Muslimbruderschaft wegen Hochverrat, Mord, Brandstiftung und Waffendiebstahl nach dem Sturz Mursis. Auch wenn es noch offen ist, wie viele Todesurteile vollstreckt werden, zeigen solche Prozesse, dass es nicht um Gerechtigkeit, sondern um die Demonstration von Macht und Rache geht. Zwar ist unstrittig, dass nach dem Sturz Mursis Anhänger der Bruderschaft Gewalttaten verübten. So wurden Polizisten gelyncht und über 100 koptische Kirchen und Einrichtungen verwüstet, wobei die Polizei bezeichnenderweise nicht einschritt.²⁵⁷ Die summarischen, ins Unermessliche gesteigerten Vorwürfe sind freilich nicht nachvollziehbar. So sind sich ausländische Journalisten einig, dass bei der Räumung von Protestlagern der Muslimbrüder die Gewalt überwiegend von den Sicherheitskräften ausging. Nur wenige Muslimbrüder seien bewaffnet gewesen. Auch wenn sich nun Anhänger radikalisierten, mitunter sogar mit al-Qaida-Fahnen auftreten, setzt die Muslimbruderschaft weiterhin auf gewaltlosen Widerstand. Die „Rabia-Bewegung“, die ihren Namen von der blutigen Räumung des Protestlagers der Muslimbrüder vor der Kairoer Rabia-al-Adawija-Moschee ableitet und

²⁵⁵ Egyptian authorities close 55,000 mosques, in: Middle East Monitor, 11.9.2013, www.middleeastmonitor.com/news/africa/7328-egyptian-authorities-close-55000-mosques, Stand: 30.4.2014.

²⁵⁶ Fahim, Kareem: Egypt, Dealing a Blow to the Muslim Brotherhood, Deems It a Terrorist Group, in: The New York Times, 26.12.2013, www.nytimes.com/2013/12/26/world/middleeast/egypt-calls-muslim-brotherhood-a-terrorist-group.html?_r=0, Stand: 30.4.2014. Auch die palästinensische Hamas wurde zur terroristischen Organisation erklärt.

²⁵⁷ Foad, Ibrahim: Ägypten aktuell vor großen Herausforderungen, November 2013, www.weltgebuetstag.de, Stand: 30.4.2014.

gegen Staatsstreich und Militärherrschaft protestiert, ist bislang eine strikt gewaltlose Bewegung. Sie wird auch von manchen Nichtanhängern der Muslimbrüder aus grundsätzlichen Erwägungen unterstützt.²⁵⁸

Mursi und andere führende Muslimbrüder sind wegen Hoch- und Landesverrat, Beanspruchung extralegalen Vollmachten, Förderung von Terrorismus, Mord und Gefangenenbefreiung angeklagt. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass manche Tatbestände wie die Inanspruchnahme von Sondervollmachten oder Gewalteininsatz gegen Demonstranten auch vom Obersten Militärtribunal (2011/12) zu verantworten waren.

Bei näherer Betrachtung sind die Anklagepunkte nicht stichhaltig.²⁵⁹ So wird Mursi vorgeworfen, er habe terroristische Gruppen im Sinai aufgebaut. Doch sind Verbindungen zur Anfang 2011 gegründeten, bedeutendsten Terrorgruppe auf dem Sinai, Ansar Bait al-Maqdis, nicht belegt. Sie soll sich aus jihadistischen Palästinensern und Sinai-Beduinen rekrutieren. Nach dem Sturz Mursis intensivierten sich Anschläge auf dem Sinai und im restlichen Ägypten. Vom Staat werden sie den Muslimbrüdern angelastet, während Ansar Bait al-Maqdis die Verantwortung übernimmt. Doch ist eher davon auszugehen, dass das erneut drakonische Vorgehen der Armee inklusive Kollektivstrafen gegen die Zivilbevölkerung den Nährboden für eine Gewalteskalation bereitet.²⁶⁰ Zudem verleiht der Staatsstreich dem Widerstand nun eine Legitimationsmöglichkeit.

Ein weiterer zentraler Vorwurf gegen Mursi ist, dass bei seiner angeblich mit Hilfe von Hamas und Hisbollah erfolgten Befreiung am 30. Januar 2011 aus einem Kairoer Gefängnis zahlreiche Wächter getötet worden seien. Ein von der Militärregierung in Auftrag gegebener Untersuchungsbericht war jedoch 2011 zu dem Ergebnis gekommen, dass der Hauptverantwortliche für die Gefangenenbefreiungen Mubaraks Innenminister Habib el-Adly war. Die Türen der Zellen seien geöffnet worden, um die Protestbewegung durch das entstehende Chaos zu unterminieren.²⁶¹

²⁵⁸ Persönliche Mitteilung Nina Prasch, Projektleiterin Hanns-Seidel-Stiftung Ägypten, 30.4.2014.

²⁵⁹ Die nationalistische, antiislamistische Nachrichtenseite Al-Bawabh News erregte im Herbst 2013 mit der Veröffentlichung angeblicher Mitschnitte von Gesprächen zwischen Mursi und Al-Qaida-Chef Ayman al-Zawahiri Aufsehen. Die Verbindung sei über dessen in Kairo lebenden Bruder Mohammed al-Zawahiri angeknüpft worden, der im März 2012 aus dem Gefängnis entlassen worden war. Mursi und al-Zawahiri hätten über die Einrichtung von Stützpunkten für Jihadisten auf dem Sinai verhandelt (vgl. www.albawabhnews.com/180109, Stand: 30.4.2014). Von internationalen Medien wurde das Material bisher nicht ernst genommen. Der Prozess wird zeigen, ob wirklich stichhaltiges Beweismaterial gegen Mursi vorgelegt wird.

²⁶⁰ Die offene Wunde Ägyptens: Wie weiter mit dem Sinai?, in: Heinrich-Böll-Stiftung, 4.6.2014, <http://www.boell.de/de/2014/06/04/die-offene-wunde-aegyptens-wie-weiter-mit-dem-sinai>, Stand: 4.6.2014.

²⁶¹ Abunimah, Ali: Did Hamas really help the Muslim Brotherhood break open Egypt's prisons?, in: Electronic Intifada, 29.7.2013, electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/did-hamas-really-help-muslim-brotherhood-break-open-egypts-prisons, Stand: 30.4.2014.

Offenkundig trifft auch der Vorwurf nicht zu, dass Mursi während seiner Amtszeit radikale Islamisten und Jihadisten in großer Zahl aus der Haft entlassen habe. Untersuchungen eines Journalisten kommen zum Ergebnis, dass weit mehr in der Zeit des Obersten Militärrates auf freien Fuß gesetzt wurden.²⁶²

Im Wesentlichen gründet die Verfolgung der Muslimbruderschaft in der Unterstellung vermeintlicher Ziele. Ex post ist die Beweisführung problematisch. Stichhaltige Belege für radikale Absichten liefern weder die Entscheidungen Mursis noch die während seiner Amtszeit verabschiedete neue Verfassung. Es bleibt abzuwarten, ob solche Beweise noch auf den Tisch gelegt werden.

Als viele Millionen Menschen im Juli 2013 gegen Präsident Mursi auf die Straße gingen, hofften sie auf mehr Demokratie. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Harsche Gesetze wie das neue Demonstrationsgesetz und das Anti-Terror-Gesetz schränken bürgerliche Freiheiten massiv ein. Auch linke und liberale Aktivisten sitzen inzwischen in Haft, das April 6 Movement wurde verboten. Der liberale Politiker Mohamed el-Baradei, der zunächst für eine gewaltfreie Lösung plädiert, dann den Staatsstreich unterstützt, aber die angewandten Methoden zur Bekämpfung der Muslimbrüder verurteilt hatte, zog es vor, wieder ins Ausland zu gehen. Selbst von Mitgliedern seiner eigenen Partei wurde er als „Verräter“ beschimpft. Breiter Widerstand von Seiten nichtislamistischer Ägypter ist freilich nicht zu erwarten. Entweder sind sie dem staatlich propagierten Nationalismus verfallen oder sie haben sich enttäuscht vom politischen Leben abgewandt.

Nach dem Staatsstreich gab es Ansätze zur Versöhnung. Davon ist nichts geblieben. Die FGP wurde zwar nicht offiziell verboten, doch besagte eine Kabinettsentscheidung vom 25. Dezember 2013, dass alle von der Muslimbruderschaft ausgehenden Aktivitäten terroristisch seien. Dies wurde gerichtlich bestätigt. Die FGP ist damit als verboten zu betrachten, und auch Funktionäre anderer islamistischer Parteien wie Al-Wasat wurden verhaftet.²⁶³

In Ägypten wird bestenfalls eine gelenkte Demokratie zu erwarten sein. Der zum Feldmarschall beförderte al-Sisi wurde im Mai 2014 bei nur einem Gegenkandidaten mit 96,9 % der Stimmen zum neuen Staatspräsidenten gewählt, gestützt auf eine vom Militär und den wirtschaftlichen Eliten professionell inszenierte Werbekampagne. Die Wahlbeteiligung betrug allerdings nur 47,5 %. Bei der Parlamentswahl im selben Jahr sollen ausschließlich oder mehrheitlich Einzelkandidaten kandidieren dürfen. Die Parteien sind schwach und zerstritten.

²⁶² Bahgat, Hossam: Who let the jihadis out?, in: Mada Masr, 16.2.2014, <http://www.madamasr.com/content/who-let-jihadis-out>, Stand: 30.4.2014.

²⁶³ Persönliche Mitteilung Nina Prasch, Projektleiterin Hanns-Seidel-Stiftung Ägypten, 30.4.2014.

Der neue Staatspräsident al-Sisi ist freilich auf dem besten Weg, den Fehler der Muslimbrüder zu wiederholen: nämlich die gesamte Macht und damit die gesamte Verantwortung für alle Probleme des Landes für sich zu beanspruchen. Gerade die sozioökonomischen Probleme werden weiter zunehmen und können nicht kurzfristig gelöst werden. Aufgrund ausbleibender Investitionen und eines zusammengebrochenen Tourismus haben sich die Lebensverhältnisse vieler Ägypter seit 2011 verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit wird auf bis zu 40 % geschätzt. Die 12-Milliarden-USD-Finanzspritze der Golfstaaten hat das Budgetdefizit nur kurzfristig überdeckt, und es deuten sich neue Engpässe bei der Benzin- und Stromversorgung an.²⁶⁴

Saudi-Arabien und seine Verbündeten setzen auf die kompromisslose Ausrottung der Muslimbrüder und verwandter Bewegungen. Dies erinnert an die Strategie der „Éradicateurs“, wie sie die Armeeführung in den 1990er-Jahren in Algerien gegen die verbotene Islamische Heilsfront mit verheerenden Folgen praktizierte. Die „schwarzen Jahre“ forderten in Algerien ca. 150.000 Tote. Es bleibt abzuwarten, ob die USA und die EU entsprechenden Einfluss bei der ägyptischen Regierung geltend machen können, die Weichen doch in Richtung einer Versöhnung zu stellen.

2.6.3 Libyen

Weit stärker als in Tunesien oder Ägypten erfolgte 2011 in Libyen aktive externe Einflussnahme. Die Hauptakteure waren Frankreich, Großbritannien, Italien, die USA, Katar und Saudi-Arabien.²⁶⁵

Der Sturz Ben Alis in Tunesien und Mubaraks in Ägypten führte auch in Libyen zu Unruhe und gab der Opposition Auftrieb. Verantwortlich waren die massive Repression in diesem Land, die Benachteiligung der östlichen Cyrenaika sowie nicht zuletzt Verwerfungen im Zuge der 2003 eingeleiteten Privatisierungspolitik (soziale Ungleichheit, Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot).²⁶⁶ Angestoßen durch einen Facebook-Aufruf, kam es am 17. Februar erstmals zu organisierten Demonstrationen in mehreren Städten. Als Sicherheitskräfte in Bengasi, den Grünen Bergen und Misrata in die Menge schossen, solidarisierten sich landesweit Menschen zu Großdemonstrationen. Marginalisierte Stämme schlossen sich der Opposition an, und zunehmend liefen auch Funktionäre des Regimes über.²⁶⁷

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ Die Darstellung der Entwicklung in Libyen ab Januar 2011 stützt sich auf Pelda, Kurt: Gaddafis Vermächtnis. Waffen, Öl und die Gier des Westens, Zürich 2012; Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: Arabellion, S. 158-215; Lacher, Wolfgang: Der libysche Sonderweg, in: Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika, hrsg. von Annette Jünemann und Anja Zorob, Wiesbaden 2013, S. 67-84.

²⁶⁶ Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: Arabellion, S. 160.

²⁶⁷ Ramsauer, Petra: Mit Allah an die Macht, Wien 2012, S. 107.

Am 26. Februar 2011 beschloss der VN-Sicherheitsrat mit Resolution 1970 Reise- und Finanzsanktionen gegen Gaddafi und führende Mitglieder seiner Regierung. Darüber hinaus verhängte er ein Waffenembargo gegen die libysche Regierung und forderte den Internationalen Strafgerichtshof zu einer Untersuchung auf. Die beiden bestimmenden Akteure waren Frankreich und Großbritannien. Ein wichtiger Verbündeter war das nicht-ständige Sicherheitsratsmitglied Libanon, auf dessen Regierung Paris traditionell Einfluss hat. Der Libanon warb erfolgreich in der Arabischen Liga um Unterstützung, flankiert von Katar und den VAE.²⁶⁸ Paris und London hatten zudem den stellvertretenden libyschen VN-Vertreter Ibrahim Dabbaschi am 21. Februar dazu gebracht, die Seiten zu wechseln und seine Unterstützung für das Vorgehen gegen Gaddafi im Sicherheitsrat zu erklären. Bevor ein Nachfolger von Libyen nach New York entsandt werden konnte, war auch die weitergehende Resolution 1973 (siehe unten) unter Dach und Fach.²⁶⁹ Mit einer flankierenden Medienkampagne wurde das libysche Regime unterminiert.

Schon drei Wochen nach den ersten Demonstrationen erkannte Frankreich am 10. März den Übergangsrat an, obwohl noch nicht einmal alle Mitglieder bekannt waren, und Präsident Nicholas Sarkozy warb für seinen Plan einer humanitären militärischen Intervention.²⁷⁰ Entsprechende Pläne hatten Sarkozy und Cameron bereits im Februar ausarbeiten lassen. Gegenüber dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Übergangsrats, Mahmoud Jibril, äußerte Sarkozy, dass man die humanitäre Intervention notfalls auch ohne VN-Mandat mit einer Koalition befreundeter Mächte durchführen wolle.²⁷¹ Großbritannien und Frankreich zielten von Anfang an auf einen Regimewechsel, was auch vom Übergangsrat angestrebt wurde.

Beide Staaten nahmen wieder den Libanon in die Pflicht, der den entsprechenden Resolutionsentwurf einbrachte.²⁷² Katar hatte zu dieser Zeit gerade den (rotierenden) Vorsitz in der Arabischen Liga inne und konnte dort eine Befürwortung des Vorschlags durchsetzen. Auf Aufforderung der Arabischen Liga wurde am 17. März die Sicherheitsratsresolution 1973 beschlossen, die die Einrichtung einer Flugverbotszone und den Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der Zivilbevölkerung vorsah.

Der Friedensplan der Afrikanischen Union (Waffenstillstand und Entsendung eines Ad-hoc High Level Committee nach Libyen zur

²⁶⁸ Adler-Nissen, Rebecca / Pouliot, Vincent: Power in Practice: Negotiating the International Intervention in Libya, in: *European Journal of International Relations*, 29.1.2014, S. 10-12, ejt.sagepub.com/content/early/2014/01/29/1354066113512702.full.pdf+html?ijkey=wpNYF/tSqg8U&keytype=ref&siteid=spejt, Stand: 11.3.2014.

²⁶⁹ Ebd., S. 11.

²⁷⁰ Ruf: *Revolution und Konterrevolution in Nahost*, S. 161.

²⁷¹ Pelda: *Gaddafis Vermächtnis*, S. 101.

²⁷² Adler-Nissen / Pouliot: *Power in Practice*, S. 12-14.

Vermittlung eines Reformdialogs) wurde vom westlichen Lager übergangen. Entgegen der reservierten Haltung der AU stimmten die nicht-ständigen Sicherheitsratsmitglieder Gabun, Nigeria und Südafrika für die Resolution. Alle drei Länder sind enge Verbündete des Westens. Als das Ad-hoc High Level Committee am 20. März nach Tripolis fliegen wollte, trat an jenem Tag die Flugverbotszone in Kraft, und die USA und die VN teilten der AU mit, dass die Sicherheit der Vermittler nicht mehr gewährleistet werden könne. Bei einem späteren Besuch des Komitees nahm Gaddafi den AU-Friedensplan an, doch lehnte ihn der Übergangsrat kategorisch ab, da Letzterer als Vorbedingung den sofortigen Rücktritt Gaddafis stellte.²⁷³

Russland hatte zunächst Libyen-Resolutionen durch Vetos blockiert, doch schließlich unterstützte Moskau unter großem internationalem Druck die Resolution 1970 und enthielt sich bei der Beschlussfassung über Resolution 1973 der Stimme, ebenso wie Brasilien, China, Deutschland und Indien.²⁷⁴ Das deutsche Verhalten zeigte die Zerstrittenheit der EU in der Libyen-Frage auf.

Die USA waren zunächst skeptisch. Insbesondere US-Verteidigungsminister Robert Gates fürchtete die Folgen eines militärischen Eingreifens. Zwei Tage vor der Sicherheitsratsentscheidung schwenkten die USA jedoch um. Washington entsandte Truppen, hielt sich aber militärisch im Hintergrund und beschränkte sich im Wesentlichen auf logistische Unterstützung. Frankreich und die Türkei widersetzten sich zunächst einer Führung der Operation durch die NATO. Flankierend beschloss die EU auf französisches Betreiben am 1. April die Operation EUFOR Libya, die aber nie abgerufen wurde. Mangels europäischer Kapazitäten führte an der Führung durch die NATO kein Weg vorbei, und auch Frankreich und die Türkei stimmten diesem Vorgehen schließlich zu.²⁷⁵

Die offizielle Begründung für das internationale Eingreifen waren drohende Massaker der bereits vor der Rebellenhochburg Bengasi aufmarschierten Gaddafi-Kräfte. Libyen wurde damit zu einem Anwendungsfall der 2005 auf dem VN-Weltgipfel proklamierten internationalen Schutzverantwortung.

Zweifellos hatten „Revolutionsführer“ Muammar al-Gaddafi und sein Sohn Saïf al-Islam blutige Drohungen gegen „Verräter“ ausgestoßen. Racheaktionen in Bengasi waren in der Tat zu befürchten. Großangelegte Massaker unter der Zivilbevölkerung hatten bei der Rückeroberung libyscher Orte auf dem Weg nach Bengasi freilich nicht stattgefunden. Problematisch war die humanitäre Begründung der Resolution 1973 auch aus einem anderen Grund: Nur drei Tage vor Annahme der Resolution

²⁷³ de Waal, Alex: The African Union and the Libya Conflict of 2011. World Peace Foundation, Reinventing Peace, 19.12.2012, sites.tufts.edu/reinventingpeace/2012/12/19/the-african-union-and-the-libya-conflict-of-2011, Stand: 28.4.2014.

²⁷⁴ Malashenko: Russia and the Arab Spring, S. 11.

²⁷⁵ Adler-Nissen / Pouliot: Power in Practice, S. 16-19.

waren am 14. März saudische Soldaten in Bahrain eingerückt und hatten die dortige Protestbewegung zusammen mit den örtlichen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen. Dieses Vorgehen hatten die ständigen Sicherheitsratsmächte USA, Frankreich Großbritannien weitgehend kritiklos hingenommen. Seit 2011 hat sich keine einzige Sicherheitsratsresolution mit Bahrain befasst. Möglicherweise gab es eine Absprache zwischen dem Westen und Saudi-Arabien: Beide Seiten tolerierten die jeweiligen Militärinterventionen.

In Libyen mussten realpolitische Interessen hinzukommen, die das Eingreifen motivierten. Dies räumte der Leiter der französischen Handelskammer für den Nahen Osten gegenüber dem SPIEGEL offen ein: „Schließlich gebe es in diesem Konflikt nicht nur Gute und Böse [...] es gehe um Macht und Geld, und Gut und Böse seien am Ende Kategorien für Kinder.“²⁷⁶ Die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien sahen eine Chance, den internationalen „Störenfried“ Gaddafi loszuwerden. Obwohl gerade europäische Staaten wie Frankreich und Italien von Libyen Öl bezogen und das Land zur drakonischen Kontrolle irregulärer Migration instrumentalisierten, waren sie von Gaddafi immer wieder mit erpresserisch erhöhten politischen und finanziellen Forderungen verstimmt worden. Auch lief der große Einfluss Gaddafis in der Afrikanischen Union den Interessen Frankreichs zuwider – gerade den Sahelraum betrachtet Frankreich traditionell als seinen „Hinterhof“, und hier standen für Paris erhebliche wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel.²⁷⁷ Es war daher kein Zufall, dass der französische Staatspräsident Nicholas Sarkozy beim Vorgehen gegen Gaddafi die Führung übernahm.

In Paris, London und Rom fürchtete man, dass ein länger andauernder Bürgerkrieg in Libyen sowohl die Energieversorgung als auch die Migrationskontrolle gefährden könne. Drohungen hinsichtlich ausbleibender Ölexporte und anwachsender Flüchtlingsströme hatte Gaddafis Sohn Saïf al-Islam denn auch am 20. Februar in seiner im Fernsehen übertragenen Brandrede ausgesprochen. In den Jahren zuvor war er als vermeintlicher Reformakteur ein westlicher Hoffnungsträger gewesen. Seine Rede desillusionierte westliche Hörer und Oppositionelle, die auf eine Verhandlungslösung gesetzt hatten.²⁷⁸ Von einem schnellen Sturz des Regimes versprach man sich eine umgehende Wiederaufnahme der Ölförderung, einen privilegierten Zugang zu Kontrakten und eine fortdauernde Kontrolle irregulärer Migration. Das Kalkül zahlte sich aus: Bereits am 3. April sagte der Übergangsrat Frankreich libysches Öl zum Vorzugspreis zu,²⁷⁹ und mit der Post-Gaddafi-Regierung vereinbarte die EU umfangreiche Programme im Bereich Migration und Asyl, darunter

²⁷⁶ Zit. nach Höges, Clemens: Die Stadt der Spieler, in: Der Spiegel, 6.6.2011, S. 98.

²⁷⁷ Ruf: Revolution und Konterrevolution in Nahost, S. 162.

²⁷⁸ Danahar: The New Middle East, S. 356.

²⁷⁹ Ruf: Revolution und Konterrevolution in Nahost, S. 160.

auch eine EU Border Assistance Mission an der Saharagrenze.²⁸⁰

Frankreich wollte zudem durch eine dezidiert „progressive“ Haltung in Libyen frühere Fehler in Tunesien und Ägypten wiedergutmachen. Paris stellte denn auch dem Übergangsrat eifertig in Frankreich eingefrorene libysche Guthaben in Höhe von 290 Mio. Euro zur Verfügung.²⁸¹ Hinzu kamen persönliche Motive von Präsident Nicholas Sarkozy und dem britischen Premierminister David Cameron: Die innenpolitisch umstrittenen Politiker waren bestrebt, sich in Libyen außenpolitisch zu profilieren.

Hinzu kam, dass die Gelegenheit für einen Regimewechsel günstig schien. Die sich formierende libysche Opposition erhielt beträchtlichen Zulauf, und die Rebellen konnten schon früh mit Bengasi die zweitgrößte Stadt des Landes unter ihre Kontrolle bringen, wo sie eine Gegenregierung etablierten. Da Libyen keine globale geostrategische Bedeutung hat, war ein Eingreifen weiterer Mächte nicht zu befürchten. Das Land ist bevölkerungsarm, weswegen „Kollateralschäden“ unter Zivilisten bei einer internationalen Militärintervention minimiert werden konnten. Schließlich standen verlässliche prowestliche Oppositionsführer als Partner zur Verfügung. Im Unterschied zu Ägypten und Syrien mussten sich die westlichen Mächte in Libyen nicht um die Muslimbrüder bemühen, da sie hier deutlich schwächer verankert waren. Auch benötigten sie islamistische Kräfte nicht als Gegengewicht gegen eine politische Linke, die in Libyen völlig fehlt.

Zum bevorzugten Partner des Westens wurde Mahmud Jibril, der in den USA promoviert und bis 1984 an der Universität Pittsburgh Wirtschaftswissenschaften gelehrt hatte. Von März bis Oktober 2011 amtierte er als Vorsitzender des Exekutivrats des Übergangsrates. Weitere Schlüsselfiguren waren die übergelaufenen Minister Mustafa Abdul Jalil (Justiz; von März bis August 2011 Vorsitzender des Nationalen Übergangsrates) und Abd al-Fattah Yunis (Inneres, von Mai bis zu seiner Ermordung im Juli 2011 Oberbefehlshaber der Libyschen Befreiungsarmee). Überhaupt wurde der Übergangsrat von übergelaufenen Funktionsträgern aus dem wirtschaftsliberalen Umfeld von Saïf al-Islam dominiert, die bereits mit dem Westen zusammengearbeitet hatten.²⁸² Von Washington aus zog der zur Rebellenseite gewechselte und später reakkreditierte libysche Botschafter in den USA, Ali Suleiman Audjali, die Fäden. Er bemühte sich auch um die Sicherung der notwendigen Finanzmittel für den Übergangsrat.²⁸³ Beraten wurde der Übergangsrat ab Mitte 2011 von den US-Lobbyfirmen Patton Boggs und Harbour Group.²⁸⁴

²⁸⁰ European Commission, Development and Cooperation – Europeaid: Libya, ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/libya/libya_en.htm, Stand: 12.3.2014.

²⁸¹ Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: Arabellion, S. 193.

²⁸² Ebd., S. 201 f.

²⁸³ Libya envoy to U.S. backs interim government, in: Reuters, 26.2.2011.

²⁸⁴ Frates, Chris: Representing a New Libya on K Street, in: The Atlantic, 23.8.2011, www.theatlantic.com

Bereits seit 2003 pflegten CIA und MI6 enge Kontakte zum Chef des libyschen Auslandsgeheimdienstes und späteren Außenminister Moussa Koussa, was von den Rebellen aufgefundene Dokumente in seinem Büro bestätigten. Am 30. März floh er über Tunesien nach London und erklärte seinen Rücktritt. Dort gab Koussa Insiderinformationen weiter, manche Beobachter behaupten gar, dass er bei der NATO-Intervention als militärischer Berater fungierte. Schließlich nahm er seinen Wohnsitz in Katar.²⁸⁵

Frankreich, Großbritannien und die USA kooperierten bei ihrem Vorgehen in Libyen eng mit Katar und den VAE. Mit den Golfmonarchien lag Gaddafi seit vielen Jahren im Streit, ihre Führer beschimpfte er regelmäßig auf Gipfeln der Arabischen Liga. 2003 hatte er gar ein Attentat gegen den saudischen König Abdullah geplant.²⁸⁶ Auch dürften ihm die Golfstaaten seine 1998 vollzogene Abwendung vom Arabertum und seine Hinwendung zum Panafrikanismus nicht verzeihen haben („I now talk about Pan-Africanism and African Unity [...] the Arab world is finished“).²⁸⁷ Katar sah in Libyen eine weitere Gelegenheit zur außenpolitischen Profilierung. Außerdem hoffte das Emirat auf lukrative Aufträge in Libyen für seine Firmen im Petrochemie- und Bausektor.²⁸⁸

Gemäß der VN-Resolution 1973 sollte politischer Dialog zu Reformen in Libyen führen und eine friedliche und nachhaltige Konfliktlösung erleichtern. Doch hatten die bestimmenden Akteure daran kein ernsthaftes Interesse. Regimewechsel stand auf der Agenda, nicht die offiziell deklarierte Schutzverantwortung. Auch nutzte die EU nicht das Vermittlungsangebot der AU, die als einziger Akteur Einfluss auf Gaddafi hatte. Diese Positionierung stand in eklatantem Widerspruch zur grundsätzlichen Haltung der EU bei afrikanischen Konflikten, wo sie dezidiert das Subsidiaritätsprinzip vertritt und Konfliktmanagement durch ihren strategischen Partner Afrikanische Union propagiert.

Wolfgang Lacher argumentiert, dass der Zerfall der Armee und der von beiden Seiten mit Maximalforderungen betriebene Bürgerkrieg von vorneherein geringe Chancen auf eine Vermittlungslösung eröffnet hätten.²⁸⁹ Doch wurde die im Resolutionstext vorgesehene Vermittlung auch gar nicht versucht. Gaddafis einseitig erklärter Waffenstillstand vom 19. März und seine Annahme der Resolution 1973 blieben unbeachtet.²⁹⁰

atlantic.com/politics/archive/2011/08/representing-a-new-libya-on-k-street/244026, Stand: 25.4.2014.

²⁸⁵ Anderson, Jon Lee: „Dear Moussa“: Libya and the C.I.A, in: The New Yorker, 3.9.2012, www.newyorker.com/online/blogs/newsdesk/2011/09/dear-moussa-libya-and-the-cia.html, Stand: 24.4.2014.

²⁸⁶ Baer: Why Saudi Arabia is Helping Crush the Muslim Brotherhood.

²⁸⁷ Zit. nach Danahar: The New Middle East, S. 347.

²⁸⁸ Roberts: Behind Katar's Intervention In Libya, Stand: 28.4.2014.

²⁸⁹ Lacher: Der libysche Sonderweg, S. 70.

²⁹⁰ Gaddafi-Regime erklärt sofortigen Waffenstillstand, in: Die Welt, 18.3.2011.

Die VN schalteten sich selbst gleich: VN-Generalsekretär Ban Ki-mun erklärte drei Tage nach Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution 1973 am 20. März, dass Gaddafi seine Legitimität verloren habe, und lehnte die von Libyen angebotene Entsendung von VN-Beobachtern zur Überwachung der Resolution ab.²⁹¹ Er verwendete damit fast die gleichen Worte wie US-Präsident Barack Obama am 3. März.²⁹²

Zweifellos ging Gaddafi mit großer Brutalität gegen seine Gegner vor. Entsprechende Propaganda der auf Regimewechsel zielenden Koalition suchte sie jedoch ins Maßlose zu steigern. Ein Höhepunkt der Desinformation war die Behauptung von Susan Rice, VN-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Gaddafi würde seine Soldaten mit Viagra-Pillen ausrüsten, um Massenvergewaltigungen zu erleichtern.²⁹³

Die internationale Interventionsstreitmacht zur Durchsetzung der Resolution 1973 bestand aus 14 NATO-Staaten, Schweden sowie drei arabischen Staaten (Jordanien, Katar, VAE). Katar hatte fast seine gesamte Luftwaffe entsandt.

Das Emirat Katar erkannte als einer der ersten Staaten den Nationalen Übergangsrat an, gewährte 400 Mio. USD Unterstützungsgelder – womit der Übergangsrat Beamtengehälter in den von ihm gehaltenen Regionen zahlen konnte – und half der Gegenregierung, aus den von ihnen kontrollierten Häfen Öl zu exportieren. Flankierend betrieb der Fernsehsender Al-Jazeera eine professionelle Anti-Gaddafi-Kampagne.²⁹⁴ Katar sorgte für die militärische Ausbildung von Rebellen und lieferte ihnen die meisten Waffen. Täglich landeten Flugzeuge im tunesischen Djerba, von wo die Waffen weiter nach Libyen transportiert wurden. In Doha eröffnete das Emirat eine Kommandozentrale, und hochrangige Überläufer und Rebellenführer nahmen dort ihren Sitz.²⁹⁵ Katar unterstützte unterschiedliche Rebellengruppen, so lokale Brigaden in Misrata und den Nafusa-Bergen, die Miliz von Ismail al-Sallabi (Bruder des in Katar lebenden islamischen Gelehrten Ali al-Sallabi, eines Vertrauten von Yusuf al-Qaradawi) und die Miliz von Abdelhakim Belhadj, der früher die radikalislamistische Widerstandsorganisation Libysche Kämpfende Gruppe geleitet hatte.²⁹⁶

²⁹¹ Gaddafi has lost all legitimacy. He cannot stay in power in Libya, in: Hindustan Times, 19.3.2011, www.hindustantimes.com/world-news/gaddafi-has-lost-all-legitimacy-un-chief/article1-675453.aspx, Stand: 11.3.2014.

²⁹² Landler, Mark: Obama Tells Gaddafi to Quit and Authorizes Refugee Airlifts, in: The New York Times, 3.3.2011, www.nytimes.com/2011/03/04/world/africa/04president.html?_r=0, Stand: 11.3.2014.

²⁹³ Gaddafi soll Viagra ausgegeben haben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29.4.2011, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naeher-osten/libyen-gaddafi-soll-viagra-ausgegeben-haben-1624570.html, Stand: 12.3.2014.

²⁹⁴ Smith: The Little Emirate that Could.

²⁹⁵ Chulov, Martin: Katar crosses the Syrian Rubicon: £ 63m to buy weapons for the rebels, in: The Guardian, 1.3.2012, www.theguardian.com/world/2012/mar/01/syria-conflict-rebels-Katar-weapons, Stand: 13.3.2014.

²⁹⁶ Lacher: Der libysche Sonderweg, S. 73 f.

Im Oktober 2011 räumte Katar auch ein, dass es Hunderte Soldaten auf Seiten der Rebellen entsandt habe. Katarische Spezialkräfte nahmen an der Erstürmung von Gaddafis Hauptquartier Bab al-Aziziya in Tripoli teil.²⁹⁷ Kurzfristig wehte dort sogar die Flagge Katars.²⁹⁸ Es war denn auch kein Zufall, dass das erste Treffen der internationalen Libyen-Kontaktgruppe im April 2011 in Doha (Katar) stattfand, wo die gemeinsame Linie eines bedingungslosen Abtritts Gaddafis bekräftigt wurde.²⁹⁹

Im Jahr 2012 wurde in einem Aufsatz der New York Times geäußert, dass US-Präsident Obama schon bald nach Ausbruch des libyschen Aufstands die Lieferung von Waffen an Rebellen auf dem Luft- und Seeweg durch Katar und die VAE gut geheißen hatte. Die Emirate seien darauf hingewiesen worden, nur neu beschaffte Waffen zu liefern, keine US-amerikanischen aus ihren Arsenalen. Die NATO-geführten Kräfte seien unterrichtet worden, die Zufuhr dieser Waffen nicht zu stoppen. Bereits im April 2011 habe sich Präsident Obama allerdings bei Emir Hamad bin Chalifa Al Thani beschwert, dass Waffen in die Hände extremistischer islamistischer Gruppen gelangen würden, darunter z. B. Belhadjs Miliz. Nur wenige CIA-Angehörige seien vor Ort gewesen, so dass die USA die Verteilung nicht hinreichend hätten kontrollieren können. Auch Mahmoud Jibril beschwerte sich über das unkoordinierte Vorgehen Katars.³⁰⁰

Präsident Obama soll auch Saudi-Arabien ermuntert haben, die Rebellen militärisch zu unterstützen. Doch zeigte sich Riad trotz aller Vorbehalte gegen Gaddafi daran nicht interessiert. Zum Zeitpunkt der Anfrage hatte es sich mit Demonstrationen unzufriedener Schiiten im eigenen Land und in Bahrain auseinanderzusetzen. Saudi-Arabien stand der Demokratisierung des arabischen Raums von Anfang an ablehnend gegenüber und bevorzugte den Status quo. Vier Wochen lang verhinderte Saudi-Arabien sogar Besuche libyscher Rebellenführer in Katar, indem es den Luftraum sperrte.³⁰¹

Waffen für die libyschen Rebellen kamen auch aus Ägypten. Der Oberste Militärrat, der in Kairo die Regierung übernommen hatte, rechnete offenbar damit, dass Gaddafi zumindest den Osten Libyens verloren

²⁹⁷ Black, Ian: Katar admits sending hundreds of troops to support Libya rebels, in: The Guardian, 26.10.2011, www.theguardian.com/world/2011/oct/26/Katar-troops-libya-rebels-support, Stand: 11.3.2014.

²⁹⁸ Ramsauer: Mit Allah an die Macht, S. 104.

²⁹⁹ Black, Ian: Libyan rebels receive boost of support from international community, in: The Guardian, 13.4.2011, www.theguardian.com/world/2011/apr/13/libya-receives-boost-international-community, Stand: 11.3.2014.

³⁰⁰ Risen, James / Mazzetti, Mark / Schmidt, Michael S.: U.S.-Approved Arms for Libya Rebels Fell Into Jihadis' Hands, in: The New York Times, 5.12.2012, www.nytimes.com/2012/12/06/world/africa/weapons-sent-to-libyan-rebels-with-us-approval-fell-into-islamist-hands.html?pagewanted=all&r=0, Stand: 11.3.2014.

³⁰¹ Are Libyan rebels backed by Saudi Arabia or Iran?, in: International Business Times, 11.6.2011, www.ibtimes.co.uk/are-libyan-rebels-backed-by-saudi-arabia-or-iran-157943, Stand: 15.3.2014.

hatte, und wollte die dortige Entwicklung beeinflussen.³⁰² Auch von Seiten der ägyptischen Muslimbruderschaft wurden wahrscheinlich Waffen nach Ägypten geliefert, wo mit der „Märtyrerbrigade des 17. Februar“ eine Schwesterorganisation kämpfte.³⁰³

Auch die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien entschlossen sich schließlich zur direkten militärischen Unterstützung von Rebellengruppen. Mitte April 2011 verkündeten die USA, dass sie „nichtletale“ Rüstungsgüter wie Uniformen, Schutzbekleidung, Zelte und Fahrzeuge liefern würden. Frankreich und Italien kündigten an, nach britischem Vorbild Militärberater zu entsenden. Diese trainierten Rebellen oder sie waren als Air Controller im Einsatz und gaben Aufklärungsergebnisse an die Rebellen weiter.³⁰⁴ Im Juni 2011 enthüllte die französische Zeitung *Le Figaro*, dass Frankreich bedrängten Berber-Rebellen in den Nafusa-Bergen sogar Waffen durch Luftabwurf geliefert habe. Darunter seien Sturmgewehre, Maschinengewehre, raketentriebene Granatwerfer und Anti-Tank-Raketen vom Typ MILAN gewesen.³⁰⁵ Die französische Regierung räumte die – für Lieferungen an beide Konfliktparteien geltende – Verletzung des EU-Waffenembargos schließlich ein.

Problematisch war die Zersplitterung der Rebellengruppen. Gegen Gaddafi kämpften rund 400 bis 500 lokal oder tribal rekrutierte Milizen mit jeweils 100 bis 1.000 Kämpfern.³⁰⁶ Diverse Milizen unterstellten sich nicht dem Übergangsrat, und die Kämpfer aus dem Osten machten monatelang keine ernsthaften Anstrengungen, um das belagerte Ras Lanuf zu erobern und weiter in Richtung Tripoli vorzudringen.³⁰⁷

Mitte April behauptete der stellvertretende Außenminister des Übergangsrates, Khaled Kaim, dass von See angelandete Hisbollah-Kämpfer in der belagerten Stadt Misrata Rebellen gegen die Gaddafi-Kräfte unterstützen würden. Die Hisbollah stellte dies in Abrede, wiewohl sie die libysche Rebellion begrüßte.³⁰⁸ Sollte die Behauptung doch den Tatsachen entsprochen haben, könnte dies auf eine Einflussnahme des

³⁰² Levinson, Charles / Rosenberg, Matthew: Egypt Said to Arm Libya Rebels, in: *The Wall Street Journal*, 17.3.2011, online.wsj.com/news/articles/SB10001424052748704360404576206992835270906, Stand: 12.3.2014.

³⁰³ Ramsauer: *Mit Allah an die Macht*, S. 114.

³⁰⁴ DeYoung, Karen: U.S., Europeans step up efforts to aid Libyan rebels, in: *The Washington Post*, 19.4.2011, www.washingtonpost.com/world/libya-vows-to-fight-any-foreign-troops-on-its-soil-rebuffs-eu-proposal/2011/04/19/AF7GP34D_story.html, Stand: 11.3.2014.

³⁰⁵ Gelie, Philippe: La France a parachuté des armes aux rebelles libyens, in: *Le Figaro*, 28.6.2011, www.lefigaro.fr/international/2011/06/28/01003-20110628ARTFIG00704-la-france-a-parachute-des-armes-aux-rebelles-libyens.php, Stand: 11.3.2014.

³⁰⁶ Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: *Arabellion*, S. 214. Die Gegenkräfte waren freilich ebenso zersplittert, da Gaddafi schon Jahre zuvor die Armee verkleinert und im Westen unabhängige Brigaden gebildet hatte.

³⁰⁷ Danahar: *The New Middle East*, S. 332 f.

³⁰⁸ Khraiche, Dana: Hezbollah denies involvement in Libya, in: *The Daily Star*, Beirut 14.4.2011, www.dailystar.com.lb/News/Lebanon-News/2011/Apr-14/136487-hezbollah-denies-involvement-in-libya.ashx#ixzz2vkVuMGdU, Stand: 11.3.2014.

Irans hindeuten. Mögliche Kontakte könnten über die vom Iran unterstützte Hamas geknüpft worden sein, die Teil der Muslimbruderschaft ist.

Ab Mai 2011 verstärkten die internationalen Truppen das Vorgehen gegen die Gaddafi-Kräfte. Nun wurden gezielt Orte bombardiert, in denen sich Gaddafi oder Mitglieder seiner Familie aufhielten, sowie strategische Ziele angegriffen, bei denen ein gesteigertes Risiko ziviler Opfer bestand.³⁰⁹ De facto agierten die Interventionskräfte, wie 1999 im Kosovo-Krieg, als „Luftwaffe der Rebellen“. So wurde der Einmarsch der Rebellen in Tripolis am 21. August durch ein strategisches Bombardement eingeleitet. Der Operationsplan der Rebellen war mit Hilfe britischer und französischer Militärberater ausgearbeitet worden.³¹⁰ Die von USA, Frankreich, Großbritannien, Katar und den VAE dominierte „Libyen-Kontaktgruppe“ intensivierte ihre Unterstützung für den Übergangsrat und sagte 1,3 Mrd. USD zu.³¹¹

Am 20. Oktober bombardierten NATO-Flugzeuge den Konvoi von Muammar Gaddafi, als er aus seinem Rückzugsort Sirte ausbrechen wollte. Danach griffen Rebellen die Reste des Konvois am Boden an und nahmen den verletzten Gaddafi gefangen. Kurz darauf wurde er wahrscheinlich zu Tode gelyncht.³¹²

Bei den Wahlen zum Allgemeinen Nationalkongress im Juli 2012 wurde die liberale Allianz der Nationalen Kräfte unter Führung von Mahmoud Jibril mit 48,1 % der Stimmen stärkste Kraft. Katars Kalkül ging nicht auf. Die den Muslimbrüdern nahestehende Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei unter Führung von Mohamed Sowan erreichte als zweitstärkste Kraft nur 10,3 %. Die von Ali al-Sallabi geführte und von Abdelhakim Belhadj unterstützte islamistische Libysche Nationale Partei (al-Wattan) blieb mit 3,5 % und keinem einzigen Parlamentssitz abgeschlagen. Doch hat Katar auch nach dem Tod Gaddafis bestimmte islamistische Milizen mit hochentwickelten Waffen unterstützt und setzt möglicherweise auf eine außerparlamentarische Agenda in Libyen und in der Region.³¹³ In der Regierung nahm der Einfluss von Politikern der Muslimbruderschaft nach der Wahl stetig zu.

Ökonomischer Gewinner des Regierungswechsels in Libyen waren die westlichen Interventionsstaaten. US-amerikanische und europäische Energieunternehmen erhielten neue Kontrakte, besonders stark profitierte

³⁰⁹ Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: Arabellion, S. 193.

³¹⁰ Jones, Susan: U.S. Has Big Dreams for Libya, but China Has the Big Contracts, in: CNS News, 9.8.2013, cnsnews.com/news/article/us-has-big-dreams-libya-china-has-big-contracts, Stand: 29.4.2014.

³¹¹ Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: Arabellion, S. 193.

³¹² Williams, David: How a NATO air strike finished off Gaddafi, in: Daily Mail, 21.10.2011, www.dailymail.co.uk/news/article-2051782/Gaddafi-dead-picture-How-NATO-air-strike-finished-Libyas-dictator.html#ixzz2vqOYRFnS, Stand: 13.3.2014.

³¹³ Danahar: The New Middle East, S. 353.

die italienische Gesellschaft ENI. Hingegen kündigte die neue libysche Regierung Verträge mit russischen Partnern in Höhe von 10 Mrd. USD (darunter mit Tatneft und Gazprom).³¹⁴ China hatte wie Russland nicht die Rebellen unterstützt, und chinesische Firmen hatten noch im Juli 2011 mit Vertretern der Gaddafi-Regierung über Waffenlieferungen verhandelt.³¹⁵ Dennoch gelang es Peking, die neue Regierung zu umwerben, suspendierte Kontrakte zu reaktivieren und neue lukrative Verträge abzuschließen.³¹⁶

Wenig einleuchtend ist, warum die westlichen Interventionsmächte ihr Engagement nach dem Sturz Gaddafis stark reduzierten. Zu Recht hatten Bruce D. Jones, Richard Gowan und Jake Sherman im April 2011 in der Zeitschrift *Foreign Policy* gewarnt: „We don't know when Gaddafi will finally fall or accept a ceasefire that could pave the way for his exit. But we can be confident that, whatever the Colonel's fate, he'll leave Libya in an unholy mess.“³¹⁷ Angesichts vorhersehbarer Zurückhaltung der EU und der NATO empfahlen sie eine robuste Stabilisierungsmission unter dem Dach der VN. Im August 2011 wurde die Entsendung einer solchen Mission diskutiert, bei der auch Deutschland eine Beteiligung mit Bundeswehrsoldaten signalisierte.³¹⁸ Doch kam sie aufgrund der Weigerung des Übergangsrates nicht zustande – eine Entsendung bewaffneter Truppen wertete er als „Besetzung Libyens“. Stattdessen wurde im September 2011 die zivile VN-Unterstützungsmission *United Nations Support Mission for Libya (UNSMIL)* entsandt. 205 Mitarbeiter sollen Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Sicherheitssektorreform und die Koordination internationaler Hilfen unterstützen.³¹⁹

Angesichts des erwartbaren Chaos in Libyen war dieser Ansatz freilich unzureichend. Es bleibt unverständlich, warum die westlichen Interventionsmächte unter immensem Aufwand Gaddafi stürzten und danach der Restabilisierung Libyens nur wenig Aufmerksamkeit schenkten. Zweifellos wäre der Einfluss der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf den Übergangsrat groß genug gewesen, um ihn zur Zustimmung für eine robuste Militärmission zu veranlassen.

Das neue Libyen ist ein Land mit extrem schwacher Zentralregierung. Die östliche Cyrenaika fordert weitgehende Autonomie ein. Kampfkräfte

³¹⁴ Malashenko: *Russia and the Arab Spring*, S. 12.

³¹⁵ Sotloff, Steven: *China's Libya Problem*, in: *The Diplomat*, 14.3.2012, thediplomat.com/2012/03/chinas-libya-problem, Stand: 28.4.2014.

³¹⁶ Kandil: *China and the „Arab Spring“*.

³¹⁷ Jones, Bruce D. / Gowan, Richard / Sherman, Jake: *Can the UN clean up Libya?*, in: *Foreign Policy*, 11.4.2011, mideastafrica.foreignpolicy.com/posts/2011/04/11/can_the_un_clean_up_libya, Stand: 30.4.2014.

³¹⁸ *Merkel will Teilnahme an UN-Mission in Libyen prüfen*, in: *Der Stern*, 27.8.2011, www.stern.de/news2/aktuell/merkel-will-teilnahme-an-un-mission-in-libyen-pruefen-1721148.html, Stand: 30.4.2014.

³¹⁹ Strohmeyer, Hansjörg: *Libyen nach Gaddafi: Die Vereinten Nationen unterstützen den Aufbauprozess*, in: *Vereinte Nationen* 3/2012, S. 99 f.

Milizen verweigern sich der Eingliederung in die Armee, beherrschen einzelne Orte und Stadtteile und bedrohen immer wieder physisch Parlamentarier, Minister und sogar Premierminister. Angesichts der Zerschlagung des öffentlichen Sektors und des weitgehenden Fehlens einer Privatwirtschaft ist die Arbeitslosigkeit stark angestiegen. Die Sicherheitslage ist prekär. Schleuserbanden beherrschen die Küstengebiete. Im Jahr 2013 schnellte die Zahl illegaler Grenzübertritte von Libyen nach Italien und Malta auf 43.000 empor, in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 waren es bereits 15.000. Insgesamt sollen 600.000 Menschen auf die Überfahrt nach Europa warten.³²⁰ Jihadistische Gruppierungen wie Ansar al-Sharia haben sich in entlegenen Regionen eingenistet und Netzwerke mit Gesinnungsgenossen in Nachbarstaaten geknüpft. Am 11. September 2012 stürmten 120 bis 150 Bewaffnete das US-Konsulat in Bengasi und töteten den US-Botschafter und einen weiteren Diplomaten.

Gemäß dem gut informierten US-Journalisten Seymour Hersh, der 1969 das US-Massaker von My Lai und 2004 den Folterskandal von Abu Ghraib im Irak aufdeckte, schlossen die USA Anfang 2012 mit der Türkei ein Abkommen, wonach Waffen aus libyschen Arsenalen über die Türkei nach Syrien geliefert werden. Die finanziellen Mittel seien von der Türkei, Katar und Saudi-Arabien gekommen. Verantwortlich für die „rat line“ sei der CIA mit Unterstützung des britischen MI6 gewesen. Dies sei in einem der Öffentlichkeit nicht preisgegebenen Anhang des Untersuchungsberichtes zum Konsulatsangriff enthüllt worden. Das Konsulat in Bengasi habe keine politischen Aufgaben wahrgenommen, sondern lediglich als Camouflage für die CIA-Präsenz gedient. Nach dem Angriff habe sich die CIA zurückgezogen, und die Türkei habe die Lieferungen organisiert. Bald darauf seien erstmals MANPADs in den Händen syrischer Rebellen dokumentiert worden.³²¹ Auch kampferprobte Freiwillige reisten aus Libyen nach Syrien. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass ausgerechnet der libysche Übergangsrat als weltweit erste Regierung den Syrischen Nationalrat (SNR) als „legitimen Repräsentanten“ des syrischen Volkes anerkannte (19. Oktober 2011).³²² Auch wenn es auf Seiten des Übergangsrates zweifellos Sympathien für die syrischen Rebellen gab, ist doch zu vermuten, dass seine Partner ihn zu diesem Schritt drängten, um sich eine politische Rückendeckung für die Waffenlieferungen zu verschaffen.

Die Weitergabe libyscher Waffen an syrische Rebellen hatte sicherlich auch den Zweck, eine unkontrollierte Proliferation zu verhindern. Zu Beginn

³²⁰ Bachste, Andrea: Exodus auf Ansage, in: Süddeutsche Zeitung, 11.4.2014.

³²¹ Hersh, Seymour: The Red Line and the Rat Line, in: London Review of Books 8/2014, S. 21-24, www.lrb.co.uk/v36/n08/seymour-m-hersh/the-red-line-and-the-rat-line, Stand: 30.4.2014.

³²² Libya's National Transitional Council First To Recognize Syrian Equivalent, in: Global Research, 20.10.2011, www.globalresearch.ca/libya-s-national-transitional-council-first-to-recognize-syrian-equivalent/27190, Stand: 30.4.2014.

der Libyen-Krise hatte der tschadische Staatspräsident Idris Déby vor der Destabilisierung der Nachbarländer nach einem Sturz Gaddafis gewarnt.³²³ In der Tat wurden Gaddafis prall gefüllte Waffenlager teilweise geplündert. Besonders fatal war die Proliferation in Richtung der Sahelzone. Mitte 2011 setzten sich Tuareg-Soldaten Gaddafis unter Mitnahme von Waffen und Ausrüstung nach Mali ab, woher viele von ihnen stammten. Am 6. April 2012 erklärte die separatistische Tuareg-Organisation *Mouvement National pour la Libération de l'Azawad* (MNLA) die Unabhängigkeit von Nordmali unter dem Namen Azawad. Die wenig motivierten tschadischen Soldaten flohen nach Süden oder liefen, soweit es sich um Tuareg handelte, über. Im Juni wurde die MNLA jedoch von ihren ebenfalls mit libyschen Waffen aufgerüsteten Verbündeten, den salafistischen bzw. jihadistischen Organisationen *Ansar al-Din*, *Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest* (MUJAO) und *Al-Qaida des Islamischen Maghreb* (AQIM), entmachtet. Als eine große Fahrzeugkolonne aus Kämpfern aller drei Gruppierungen Anfang Januar 2013 in Richtung der malischen Hauptstadt Bamako vorrückte, konnte sie erst in letzter Minute von der kurzfristig entsandten französischen Operation *Serval* gestoppt werden.

Französische Zeitungen berichteten damals mit Verweis auf Geheimdienstinformationen, dass Katar alle drei Organisationen mit Geld und Nahrungsmitteln unterstützte. Ähnlich äußerte sich auch Sadou Diallo, der vertriebene Bürgermeister von Gao.³²⁴ Ein Motiv für das Engagement Katars im Sahelraum könnten die dort vermuteten Bodenschätze sein: In Nordniger ist die weltweit zweitgrößte Uranproduktion angesiedelt (französische Firma AREVA), in Nordmali sind Gold-, Öl- und Uranvorkommen nachgewiesen bzw. werden vermutet.³²⁵ Mauretanien verfügt über bestätigte Öl- und Erdgasfelder; Abkommen über Förderrechte werden derzeit abgeschlossen.³²⁶ Hinzu kommt das große Potenzial erneuerbarer Energien.

Algerien ist als einer der letzten Vertreter des säkularen arabischen Nationalismus ein traditioneller Widersacher der Golfmonarchien. Algier stimmte gegen das Ersuchen der Arabischen Liga um eine VN-mandatierte Flugverbotszone in Libyen vom März 2011 wie auch gegen den Ausschluss Syriens aus dieser Organisation im November desselben Jahres. Einflussreiche Stimmen wie der frühere algerische UNESCO-

³²³ de Waal: *The African Union and the Libya Conflict of 2011*.

³²⁴ Is Katar fuelling the crisis in north Mali?, in: *France 24*, 23.1.2013, www.france24.com/en/20130121-Katar-mali-france-ansar-dine-mnla-al-qaeda-sunni-islam-doha, Stand: 13.3.2014.

³²⁵ König, Claus-Dieter: Chaos in Mali. Das Militär putscht, die Rebellen jubeln, in: *WeltTrends*, Zeitschrift für internationale Politik 84/2012, S. 17-21.

³²⁶ MAURITANIDES 2012: *The second Mauritanian Mining & Oil and Gas Conference & Exhibition* 8.-11.10.2012, www.mauritanides2012.com/html/anoverview.html, Stand: 28.9.2012.

Botschafter Mezri Haddad sehen in dem Emirat den Staatsfeind Nr. 1, der dem Land eine Revolution nach dem Vorbild Ägyptens, Libyens und Syriens aufzwingen wolle und es von Osten (Libyen, Tunesien) und Süden (Mali) aus zu destabilisieren suche.³²⁷ Offen bleibt dabei, ob Katar im Sahelraum gegen Frankreich agiert oder ob es eine stillschweigende Übereinkunft gibt. Manche Stimmen in Algerien vermuten ein Zusammenspiel mit Frankreich, so der Professor für Politikwissenschaft Ahmed Adimi: Paris habe die Separatisten der MNLA unterstützt und die Proliferation von Kämpfern und Waffen aus Libyen nach Mali einkalkuliert. Die Krise in Nordmali habe Frankreich dann den Vorwand für ein militärisches Eingreifen ermöglicht. Das Ziel sei die Kontrolle der Sahelländer und die Destabilisierung Algeriens. Adimi kritisierte denn auch massiv die Öffnung des algerischen Luftraums für französische Militärflugzeuge der Operation Serval durch Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika.³²⁸

Besorgnis in Algerien löste aus, dass Tunesier die größte Gruppe unter den jihadistischen Geiselnern von über 800 Menschen in der algerischen Ölanlage von Ain Amenas (16.-19.1.2013) stellten.³²⁹ In den Medien wird über eine Urhebererschaft Katars spekuliert, ja es werden sogar Verbindungen zum Attentat auf den linken tunesischen Politiker Chokri Belaïd (6.2.2013) gezogen: Der unerschrockene Katar-Kritiker habe über belastende Dokumente verfügt.³³⁰

Abdelkader Abderrahmane vom südafrikanischen Institute for Strategic Studies (ISS) vermutet ein französisch-katarisch-marokkanisches Zusammenspiel: Durch den Machtwechsel in Libyen habe Frankreich in Nordafrika und im Sahelraum an Einfluss gewonnen, da es enge Beziehungen zur neuen Regierung in Tripolis pflege. Politisch und wirtschaftlich unterhalte Frankreich enge Verbindungen mit Katar, das an Lagardère, Total und anderen französischen Firmen beteiligt sei. Dritter im Bunde sei der traditionelle französische Alliierte Marokko, das Libyen in der Führung der SinSad-Gemeinschaft der Sahel- und Saharastaaten ablösen wolle. Alle drei Mächte seien bemüht, ihre Position im Sahelraum auf Kosten Algeriens zu festigen. In diesem Zusammenhang sei auffällig, dass die im Oktober 2011 von der AQIM abgespaltene jihadistische Organisation

³²⁷ Haddad, Mezri: „Le Katar complote contre l'Algérie“, in: *Algerie 360*, 18.3.2012, www.algerie360.com/algerie/mezri-haddad-%C2%ABle-Katar-complote-contre-l%E2%80%99algerie%C2%BB, Stand: 11.3.2013.

³²⁸ Adimi, Ahmed: „L'intervention française a pour objectif de fragiliser l'Algérie“, in: *Le Soir d'Algérie*, 14.11.2013, www.lesoidalgerie.com/articles/2013/01/14/article.php?sid=143969&cid=2, Stand: 13.3.2014.

³²⁹ 11 Tunisiens parmi les 32 djihadistes d'In Amenas en Algérie, in: *Kapitalis*, 20.1.2013, www.kapitalis.com/politique/13995-11-tunisiens-parmi-les-32-preneurs-d-otages-d-in-amenas-en-algerie.html, Stand: 30.4.2014.

³³⁰ Amine, Larbi: Presse: Le Katar tremperait dans la mort de Chokri Belaïd et dans l'attaque d'In Amenas en Algérie, in: *Le Mag*, 8.3.2013, www.lemag.ma/Presse-Le-Katar-tremperait-dans-la-mort-de-Chokri-Belaïd-et-dans-l-attaque-d-In-Amenas-en-Algerie_a68133.html, Stand: 30.4.2014.

MUJAO bislang schwerpunktmäßig algerische Ziele bzw. Interessen angegriffen habe. Diskrete Unterstützung käme von den USA, die seit 2011 den marokkanischen Stützpunkt Guelmim nützen könnten.³³¹

Jüngste Entwicklungen deuten darauf hin, dass nach ägyptischem Vorbild nun auch in Libyen allen Islamisten der Kampf angesagt wird. Am 16. Mai 2014 startete General Khalifa Hifter mit ihm ergebenen Truppenteilen und Milizen in Bengasi die „Operation Würde“ gegen die radikalislamistische Ansar al-Sharia und ihre Verbündeten. Er griff auch das Parlament in Tripoli an und fordert dessen Auflösung sowie die Bildung von Übergangsinstitutionen, die nicht mehr dem Einfluss der Muslimbruderschaft unterliegen würden. Danach sollten, wie vorgesehen, Wahlen durchgeführt werden. Die von personellen Rivalitäten erschütterte Interimsregierung bezeichnete Hifters Vorgehen als Meuterei, doch haben ihm einzelne Minister und hohe Militärs ihre Unterstützung versichert.

Der Offizier war Ende der 1980er-Jahre bei Gaddafi in Ungnade gefallen und hatte zusammen mit weiteren ehemaligen libyschen Soldaten in den USA Exil gefunden. Er lebte in Langley, Virginia, wo auch der CIA sitzt. Mit US-amerikanischer Unterstützung soll er dort eine „Libyan National Army“ zum Sturz des Gaddafi-Regimes aufgebaut haben.³³² Im März 2011 kehrte Hifter nach Libyen zurück und wurde von der Übergangsregierung zum dritthöchsten Befehlshaber der Streitkräfte ernannt.

Aufgrund seiner Biographie ist anzunehmen, dass Hifters Vorgehen mit den USA koordiniert ist. Auch zur algerischen Regierung pflegt er enge Kontakte. General Hifter erklärte außerdem seine Sympathie für Ägyptens neuen Staatspräsidenten al-Sisi, forderte das ägyptische Militär zu unnachsichtigem Vorgehen gegen Terroristen an der gemeinsamen Grenze auf und erklärte sich bereit, Anti-Terror-Operationen der ägyptischen Armee auf libyschem Territorium hinzunehmen.³³³ Mit seiner Kampfansage an die Muslimbruderschaft, die in Libyen deutlich schwächer als in Ägypten ist, wirbt er offenkundig um saudische Unterstützung. Manche Bürger sehen in General Hifter bereits den „libyschen al-Sisi“, und er selbst stellt sich auch so dar.

2.6.4 Syrien

Auch die 2011 ausgebrochene Rebellion in Syrien wird von massiver externer politischer und militärischer Einflussnahme bestimmt. Schnell

³³¹ Abderrahmane, Abdelkader: Deep Read: Malian tinderbox – A dangerous puzzle, in: Mail & Guardian, Johannesburg 9.7.2012, mg.co.za/article/2012-07-09-malian-tinderbox-a-regional-jigsaw-puzzle, Stand: 26.9.2012.

³³² Baroud, Ramzy: Haftar leads a coup: a general's odd war on the Brotherhood, in: Al-Arabiya, 29.5.2014, english.alarabiya.net/en/views/news/africa/2014/05/29/Haftar-leads-a-coup-a-general-s-odd-war-on-the-Brotherhood.html, Stand: 10.6.2014.

³³³ Hifter supports role for Egyptian army in Libyan conflict, in: Al-Monitor, 4.6.2014, www.al-monitor.com/pulse/security/2014/06/libya-hifter-interview-egypt-parliament.html#ixzz34KwYVXSV, Stand: 10.6.2014.

entwickelte sich der Bürgerkrieg zum Stellvertreterkrieg zwischen zwei Lagern (Russland, Iran, Irak auf Regierungsseite, USA, Türkei, Katar, Saudi-Arabien auf Rebellenseite). Darüber hinaus erhalten die Konfliktparteien jeweils Unterstützung von nichtstaatlichen Akteuren aus anderen Ländern.

Am 31. Januar 2011 äußerte der syrische Staatspräsident Bashar al-Assad in einem Interview mit dem Wall Street Journal, dass Syrien ruhig bleiben werde, weil die Regierung im Unterschied zu Ägypten und Tunesien auf der Seite des Volkes stehe und seit Jahren einen Reformkurs verfolge.³³⁴ Doch führte eine Kombination wirtschaftlicher Probleme in Verbindung mit politischer Unzufriedenheit bereits im Februar 2011 zu ersten Protesten. In Daraa forderten Angehörige am 18. Februar die Freilassung ihrer verhafteten Kinder, die regierungsfeindliche Parolen an Wände gemalt hatten. Sicherheitskräfte schossen an diesem Tag wie bei Folgedemonstrationen auf Demonstranten, auch mit scharfer Munition. Daraufhin gingen am 25. März in Daraa bereits 100.000 Menschen auf die Straße, und auch in Latakia, Homs, Damaskus, Hama, Deir ez-Zor and Raqqa wurde aus Solidarität demonstriert.³³⁵

Die Regierung lavierte zwischen Nachgeben und Repression. So wurden Gespräche mit Regierungskritikern bzw. Angehörigen von Verwundeten oder Getöteten geführt. Amtsträger bis hin zu Gouverneuren wurden abgesetzt, Kommissionen gebildet und Amnestien verkündet. Der seit 1963 geltende Ausnahmezustand wurde aufgehoben, ein Mehrparteiensystem wurde eingerichtet, und am 7. Mai 2012 erfolgten Parlamentswahlen. Bereits zuvor, im Juni 2011, durfte die lange Zeit unterdrückte innersyrische Opposition erstmals in Damaskus eine Konferenz abhalten. Dabei gründeten 16 nichtislamistische Parteien und 300 Intellektuelle das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (NKK).³³⁶

Angehörige des Sicherheitsapparats wandten jedoch von Anfang an exzessive Gewalt gegen Demonstranten an. Anscheinend fand die Regierung zu keiner einheitlichen Linie – Syrien ist freilich auch keine Ein-Mann-Herrschaft, sondern wird von einem erweiterten Familienclan dominiert. Teile des Sicherheitsapparats dürften von Anfang an auf

³³⁴ Interview With Syrian President Bashar al-Assad, in: Wall Street Journal, 31.1.2011, online.wsj.com/news/articles/SB10001424052748703833204576114712441122894, Stand: 25.3.2014.

³³⁵ Die Darstellung der Entwicklung in Syrien ab März 2011 stützt sich auf Gehrcke, Wolfgang / Reymann, Christine (Hrsg.): Syrien. Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert, Köln 2013; Edlinger, Fritz / Kraitt, Týmá (Hrsg.): Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte, Wien 2013; Bank, André / Mohns, Erik: Die syrische Revolte, in: Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika, hrsg. von Annette Jünemann und Anja Zorob, Wiesbaden 2013, S. 85-106; Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: Arabellion, S. 115-157.

³³⁶ Leukefeld, Karin: Aufstand statt Dialog, in: Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte, hrsg. von Fritz Edlinger und Týmá Kraitt, Wien 2013, S. 61-64.

Repression gesetzt und ggf. Vorgaben der Regierung gezielt unterlaufen haben. Zur Jahresmitte 2011 verschärfte die Regierung ihren Kampf gegen die sich nun ebenfalls bewaffnende Protestbewegung und beschloss eine „Sicherheitslösung“: Erst müssten die „Terroristen“ besiegt werden, dann könnten Verhandlungen mit Oppositionellen erfolgen.³³⁷ Die Regierung setzt zur Verteidigung ihrer Macht seither auf folgende Strategie:

- Niederschlagung des Aufstands unter Einsatz massiver Gewalt,
- Allianz mit externen Akteuren (insb. Iran, Russland),
- Diskreditierung der Opposition,
- begrenzte Reformen bzw. Reformversprechen,
- ein Arrangement mit der ethnischen Minderheit der Kurden,
- Instrumentalisierung der – insb. bei der alawitischen Bevölkerungsgruppe sicherlich berechtigten – Ängste religiöser Minderheiten vor einem Machtwechsel,
- Nutzung und Förderung von Differenzen innerhalb der Aufständischen.

Die Protestbewegung entstand im ländlichen Raum. Hier wohnen überwiegend fromme, konservative sunnitische Muslime. Die Protestbewegung hatte daher eine sunnitische Tendenz, ihre Forderungen zielten aber auf Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Laut dem linken Oppositionspolitiker und Menschenrechtsaktivisten Michel Kilo war auch der traditionelle Teil der Protestbewegung nicht islamistisch ausgerichtet.³³⁸ Nichtsunniten sind unter der Protestbewegung zu finden, sogar Alawiten, sie befinden sich aber klar in der Minderheit.

Die Sunniten sahen sich seit der Machtübernahme von General Hafiz al-Assad im Jahr 1970 benachteiligt, da der Alawit Angehörige seiner Religionsgruppe privilegierte und in hohe Positionen brachte. Die für die Sicherheit von Damaskus verantwortliche Republikanische Garde und die 4. Mechanisierte Division (die Eliteeinheit der Armee) bestehen heute ausschließlich aus Alawiten. Darüber hinaus erhielten sonstige religiöse Minderheiten (Christen, Schiiten, Drusen) bevorzugt Posten in der Staatsverwaltung und den Sicherheitskräften. Vater und Sohn Assad waren klug genug, darüber hinaus auch Sunniten einzubinden, so die einflussreiche Händler- und Unternehmerschicht in Damaskus und Aleppo. Doch beklagten viele Sunniten den Verlust ihrer traditionellen Führungsrolle in Syrien. Der ländliche Raum ist überproportional sunnitisch besiedelt. Hier kam in den letzten Jahren auch deshalb massive Unzufriedenheit auf, da die nach 2000 eingeleitete Wirtschaftsliberalisierung vor allem den Städten zugutekam. In ländliche Gebiete wurde kaum mehr investiert, und

³³⁷ Marshing, Stephanie: Elitenwandel in Syrien. Wie Bashar al-Assad sein Image als Reformers verspielte, Hamburg 2012, S. 60 f.

³³⁸ Interview: Michel Kilo über die zivile Bewegung und die Perspektiven nach Assad. Adopt a Revolution, 8.10.2012, www.adoptrevolution.org/interview-kilo, Stand: 30.4.2014.

bei der verheerenden Dürre der Jahre 2006 bis 2010 zeigte sich, dass die staatlichen Auffang- und Ausgleichsmaßnahmen der Vergangenheit nicht mehr funktionierten. Das Einkommen in den betroffenen Gebieten nahm um 90 % ab, 85 % des Viehbestands ging zugrunde.³³⁹ Auf dem Land und in den von verarmten ländlichen Zuwanderern besiedelten Vorstädten der Metropolen stießen regierungsfeindliche Parolen auf breite Zustimmung.

Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte führte dazu, dass sich im Gegenzug Demonstranten bewaffneten, indem sie Arsenale plünderten oder Waffen auf dem Schwarzmarkt kauften.³⁴⁰ Auch fanden sich im Juli 2011 Armeedeserteure unter Mitnahme ihrer Waffen sowie Freiwillige unter dem Dach einer „Freien Syrischen Armee“ (FSA) zusammen. Zunächst gingen sie defensiv zum Schutz von Demonstranten vor, schon bald aber offensiv und betrieben den bewaffneten Sturz des Regimes.

Externe Einmischung zugunsten der Rebellion fand erst mit Verzögerung statt. Zunächst setzte der Westen anscheinend auf einen ausgehandelten Kompromiss. Die Türkei hatte mit Unterstützung der USA gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Assad aufgebaut und 2008 Geheimgespräche mit Israel über eine Rückgabe der Golanhöhen vermittelt. Staatspräsident Erdoğan versuchte seinen Amtskollegen Assad nach Beginn der Proteste zu Reformen zu bewegen. Diese Linie verfolgte auch US-Außenministerin Hillary Clinton. Im März 2011 vertrat sie noch die Meinung: „Bashar Assad is a reformer“, die USA hätten daher auch kein Interesse an einer militärischen Intervention.³⁴¹ In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Google den syrischen Demonstranten im Gegensatz zu ihren ägyptischen Kollegen keine Satellitenzugangscodes gewährte.³⁴²

Doch änderte sich die Haltung der USA und der Türkei. Hierfür dürften mehrere Gründe verantwortlich sein: die eskalierende Rebellion und die damit verbundene Erwartung eines schnellen Sturzes der Regierung, die zögerliche Reformbereitschaft der syrischen Regierung, zunehmende Flüchtlingsströme in die Türkei und das Drängen der Golfstaaten auf eine militärische Lösung mit dem Ziel einer Schwächung des Irans.

Als Plan B hatten die USA und ihre Verbündeten schon seit einem Jahrzehnt eine militärische Lösung in Syrien geplant. In einem Interview mit der Journalistin Amy Goodman berichtete der frühere NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark am 2. März 2007, dass er zum Jahresende 2001 ein als geheim eingestuftes militärisches Memo der Regierung Bush

³³⁹ Shank, Michael / Wirzba, Emily: How Climate Change Sparked the Crisis in Syria, in: News Opinion, 13.9.2013, www.usnews.com/opinion/blogs/world-report/2013/09/13/syrias-crisis-was-sparked-by-global-warming-and-drought, Stand: 15.3.2014.

³⁴⁰ Wezeman, Pieter D.: Arms transfers to Syria, in: SIPRI Yearbook 2013, Stockholm 2013, S. 271.

³⁴¹ Malashenko: Russia and the Arab Spring, S. 13.

³⁴² Ramadan: The Arab Awakening. Islam and the new Middle East, S. 8.

gesehen habe, wonach nach einem Eingreifen im Irak weitere militärische Interventionen in Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und schließlich Iran binnen fünf Jahren vorgesehen und bereits militärisch geplant gewesen seien.³⁴³ Im Mai 2007 wurde bekannt, dass der CIA verdeckte Operationen im Iran und in Syrien durchführte und hierfür über eine präsidentielle Ermächtigung verfügte.³⁴⁴

Im Juni 2013 äußerte der frühere französische Außenminister Roland Dumas im Fernsehen, dass der Aufstand in Syrien bereits seit Jahren vorbereitet worden sei. Zwei Jahre vor Beginn der Proteste sei er in London von hochrangigen britischen Beamten darauf angesprochen worden, dass eine militärische Intervention in Syrien geplant sei, und aufgefordert worden, sich an den Vorbereitungen zu beteiligen. Dies habe er freilich abgelehnt. „Dieser Vorgang geht weit zurück. Alles war vorbereitet, vorausberechnet und geplant, [...] in dieser Region ist es wichtig zu wissen, dass das syrische Regime eine sehr anti-israelische Haltung hat“, so Dumas.³⁴⁵

Für solche Pläne waren wahrscheinlich mehrere Gründe verantwortlich. Erstens sollte mit Syrien die letzte Bastion des arabischen Nationalismus geschleift werden. Zweitens sollte das Land aus Teherans antiisraelischer „Achse des Widerstands“ herausgebrochen werden. Drittens spielten energiepolitische Fragen eine Rolle: 2009 hatte Bashar al-Assad das von Katar vorgeschlagene Projekt einer Gaspipeline über Saudi-Arabien, Syrien und die Türkei abgelehnt, da er auf russische Interessen (Southstream-Pipeline) Rücksicht nahm und zudem mit dem Iran ein alternatives Pipelineprojekt durch sein Territorium verfolgte.³⁴⁶

Die Türkei stellte den syrischen Rebellen ihr Territorium und ihre Logistik zur Verfügung. Die FSA erhielt unter dem desertierten Oberst Riad al-Asaad in der Nähe des Flüchtlingslagers Reyhanli (Südtürkei) eine Militärbasis unter türkischer Aufsicht.³⁴⁷ „FSA“ ist allerdings mehr Etikett als Realität. Viele Milizen vor Ort, die sich zu diesem Dach bekennen, nehmen keine Befehle des Oberkommandos aus der Türkei entgegen.

Am 23. August 2011 konstituierte sich in Istanbul mit Unterstützung der Türkei, der USA, Frankreichs, Saudi-Arabiens und Katars der „Syrische Nationalrat“ (SNR), dem sich die FSA im Dezember anschloss. Der SNR lehnte Gespräche ab und forderte den bedingungslosen Rücktritt von

³⁴³ „We’re going to take out 7 countries in 5 years: Iraq, Syria, Lebanon, Libya, Somalia, Sudan & Iran.“ Video Interview with Wesley Clark, in: GlobalResearch, 23.3.2007, www.globalresearch.ca/we-re-going-to-take-out-7-countries-in-5-years-iraq-syria-lebanon-libya-somalia-sudan-iran/5166, Stand: 13.3.2014.

³⁴⁴ Ahmed: Syria intervention plan fueled by oil interests, not chemical weapon concern.

³⁴⁵ Springstein: Lang vorbereiteter Krieg gegen Syrien.

³⁴⁶ 2012/13 wurden die Verträge unterzeichnet. Ahmed: Syria intervention plan fueled by oil interests, not chemical weapon concern.

³⁴⁷ taz_akt_41398382364 Guerillakampf in Syrien, in: taz, 22.11.2011, www.taz.de/!82364, Stand: 30.4.2014.

Präsident und Regierung. Von Anfang an setzte er auf den bewaffneten Kampf und fordert von den westlichen Staaten Waffenlieferungen und eine begrenzte militärische Intervention.

Die Rezeptur erinnert an Libyen: Bestreiten der Legitimität der Regierung, Bildung einer Gegenregierung, Rückgriff auf eine historische Flagge, Aufruf zum bewaffneten Kampf, Unterstützungsgesuche an externe Mächte. Javaher-Haghighi, Azad und Noshadi sprechen von „opposition building“: Externe Mächte wählen bestimmte Oppositionskräfte aus, strukturieren sie, binden sie in ein Unterstützungsnetzwerk ein, bauen ein positives Image auf und machen die Gruppierung international bekannt. Im Gegenzug werden unerwünschte Kräfte politisch und medial isoliert.³⁴⁸

Die Türkei, die USA, Frankreich, Großbritannien und die Golfstaaten setzten ausschließlich auf den SNR, der jegliche Verhandlungen mit der Assad-Regierung kategorisch ablehnte und den gewaltsamen Sturz der Regierung propagierte. Die im NKK sowie in dem Mitte 2012 von Michel Kilo gegründeten Demokratischen Forum zusammengesessene, gewaltlose und auf Verhandlungen setzende interne Opposition wird bis heute ignoriert, sie ist auch weniger kontrollierbar als der SNR.³⁴⁹ Gemäß Hytham Manna, dem Sprecher des NKK, wurde der Damaszener Opposition im Frühling 2011 westliche Unterstützung angetragen, jedoch unter der Bedingung, den bewaffneten Kampf zu unterstützen und den bedingungslosen Sturz Assads zu fordern. Als man sich dazu nicht entschlossen habe, seien die Kontakte abgebrochen worden.³⁵⁰ Im SNR dominierten eng mit der Türkei verbundene Exilpolitiker der syrischen Muslimbruderschaft. Geschickt hat sie mit Vorfelddorganisationen und „Unabhängigen“ ihr Gewicht im SNR maximiert und es jeweils erreicht, den Vorsitz mit leicht beeinflussbaren bzw. schwachen Persönlichkeiten zu besetzen.³⁵¹ Der einflussreiche Stellvertreterposten wird seit November 2012 von Mohammed Farouk Tayfour, dem stellvertretenden Führer der syrischen Muslimbruderschaft, bekleidet.³⁵²

Weitgehend unabhängig vom SNR agieren die „Lokalen Koordinierungskomitees“ der oppositionellen Aktivisten vor Ort. Über das Netzwerk Lokale Koordinationskomitees (NLK) und die Generalkommission der

³⁴⁸ Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: *Arabellion*, S. 155, 231.

³⁴⁹ Manna, Haytham: *Es kann gelingen – demokratischer Wandel in Syrien*, in: *Syrien. Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert*, hrsg. von Wolfgang Gehrcke und Christine Reymann, Köln 2013, S. 132-144.

³⁵⁰ Dr. Hytham Manna auf der Internationalen Konferenz „Christen in Syrien und die Neuordnung des Nahen Ostens“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland, Wildbad Kreuth, 28.3.2014.

³⁵¹ Hassan, Hassan: *How the Muslim Brotherhood Hijacked Syria's Revolution*, in: *Foreign Policy*, 13.3.2013, www.foreignpolicy.com/articles/2013/03/13/how_the_muslim_brotherhood_hijacked_syria_s_revolution, Stand: 30.4.2014.

³⁵² Carnegie Middle East Center: *Mohammed Farouk Tayfour*, carnegie-mec.org/publications/?fa=48371, Stand: 30.4.2014.

Syrischen Revolution (GKSR) wird versucht, den Aufstand zu koordinieren und das Ausland über die Geschehnisse zu informieren. Im Unterschied zum SNR sind die Bürgerkomitees basisdemokratisch legitimiert. Eigentlich befürworten sie gewaltlosen Widerstand. Angesichts der brutalen Repression des Regimes arbeiten sie jedoch mit bewaffneten Kräften wie der FSA zusammen. Externe militärische Intervention wird abgelehnt, jedoch rang man sich zur Forderung nach Errichtung einer VN-legitimierten Flugverbotszone durch. Es gibt Verbindungen zum NKK, und auch mit dem SNR kooperierten sie anfangs, doch zunehmend kritisierten ihn die Bürgerkomitees wegen Nichtrepräsentativität und Inkompetenz.³⁵³

Die Muslimbruderschaft ist bemüht, ihr in den 1980er-Jahren zerschlagenes Netzwerk in den Rebellengebieten wieder aufzubauen und zur bestimmenden militärischen und politischen Kraft zu werden. Sie präsentiert sich als gemäßigte islamische Kraft und umwirbt auch die religiösen Minderheiten.³⁵⁴ Laut dem linken Oppositionspolitiker Michel Kilo haben die Türkei, al-Jazeera und al-Arabya dafür gesorgt, dass die syrische Opposition im Ausland als islamistisch interpretiert wurde. „Die Türkei hat einige Kongresse organisiert und dazu Islamisten aus der ganzen Welt zusammengetrommelt, die in Syrien völlig unbekannt waren und es bis heute sind“, so Kilo im Oktober 2012.³⁵⁵

Je länger der Bürgerkrieg anhielt, desto mehr kam es zu einer islamistischen Radikalisierung von Syrern. Insbesondere die generös von Saudi-Arabien unterstützten salafistischen Gruppen (wie die einflussreiche Miliz Ahrar al-Sham) profitierten davon. Aber auch jihadistische Milizen (wie die zum al-Qaida-Netzwerk gehörende al-Nusra-Front) schoben sich in den Vordergrund.

Die Türkei sucht über den SNR politischen und ökonomischen Einfluss in einem Post-Assad-Syrien zu erhalten. Deziert fördert sie die syrischen Muslimbrüder als Gegengewicht zu den Kurden, deren wichtigste Organisation die mit der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) der Türkei verbundene Demokratische Unionspartei (DUP) ist. Die DUP hält Distanz zu den Rebellen und hat mit stillschweigender Duldung der Assad-Regierung weite Teile des Kurdengebiets im Nordosten unter ihre Kontrolle gebracht, was die Türkei beunruhigt. Neuerdings kommt es zunehmend zu Kämpfen zwischen Rebellen und Kurdenmilizen.³⁵⁶ Gemäß DUP-Anhängern hetzt

³⁵³ Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: *Arabellion*, S. 24-29; Danahar: *The New Middle East*, S. 150.

³⁵⁴ Lefèvre, Raphaël: *The Muslim Brotherhood Prepares for a Comeback in Syria*. Carnegie Middle East Center, 15.5.2013, carnegie-mec.org/2013/05/15/muslim-brotherhood-prepares-for-comeback-in-syria/gv23, Stand: 15.3.2014.

³⁵⁵ Interview: Michel Kilo über die zivile Bewegung und die Perspektiven nach Assad. *Adopt a Revolution*, 8.10.2012, www.adoptrevolution.org/interview-kilo, Stand: 30.4.2014.

³⁵⁶ Crome, Erhard: *Die Türkei. Ein neuer globaler Akteur*, in: *Syrien. Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert*, hrsg. von Wolfgang Gehrcke und Christine Reymann, Köln 2013, S. 72-76.

die Türkei die Rebellen auf die Kurden.³⁵⁷

Weitere regionale Förderer des SNR und der FSA sind Katar und Saudi-Arabien. Ziel der beiden Golfstaaten ist es, durch eine Änderung der Machtverhältnisse in Syrien die Macht des Irans zu schwächen, wobei Katar weniger antiiranisch agiert als Saudi-Arabien. Die politische und militärische Unterstützung der Rebellen wird von Kampagnen des katarischen Fernsehsenders „Al Jazeera“ und des saudischen Fernsehsenders „Al Arabya“ flankiert. Mit emotionaler Dauerberichterstattung über tatsächliche und angebliche Regimeverbrechen machen sie Stimmung gegen Assad, während die Rebellen als idealistische Freiheitskämpfer präsentiert werden. Selektive Berichterstattung ist offenkundig. So sollen Zivilisten mit Handykameras ausgestattet und aufgefordert werden, Bilder und Filme über Zerstörungen und Gewalttaten anzufertigen. Die zeitliche und inhaltliche Einordnung erfolgt dann von Redakteuren der Fernsehsender.³⁵⁸

Hinter den Kulissen dürfte inzwischen auch Israel die Rebellen unterstützen, das zunächst zwischen den beiden Konfliktparteien schwankte. Ein Indiz hierfür ist, dass Israel nicht nur verwundete Zivilisten, sondern auch verwundete syrische Rebellenkämpfer in Krankenhäusern behandelt.³⁵⁹ Im Jahr 2013 führte Israel vier Mal Raketenangriffe auf syrischem Territorium durch. Wahrscheinlich sollten sie eine Weitergabe hochentwickelter syrischer Waffensysteme (wie z. B. SA-17-Flugabwehrraketen) an die Hisbollah verhindern, was in Israel als „Rote Linie“ gesehen wird.³⁶⁰ Darüber hinaus dürfte Israel interessiert sein, Staatspräsident Assad zumindest zu schwächen und gemäßigte Rebellen zu Lasten jihadistischer Kämpfer zu stärken. Mit Besorgnis betrachtet Israel den Kampfkraftgewinn der Hisbollah in Syrien. Es könnte versucht sein, den sunnitisch-schiitischen Gegensatz im Libanon anzuheizen, um die Hisbollah von einer Refokussierung auf Israel abzuhalten.

Neben der Türkei engagiert sich insbesondere Frankreich bei der Unterstützung des SNR. Als zweites Land weltweit erkannte ihn Paris „als legitimen Vertreter des syrischen Volkes“ an.³⁶¹ Die im Februar 2012 auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Nicholas Sarkozy gegründete „Gruppe der Freunde des Syrischen Volkes“ erklärte den

³⁵⁷ Armbruster, Jörg: Brennpunkt Nahost. Die Zerstörung Syriens und das Versagen des Westens, Bonn 2013, S. 144.

³⁵⁸ Ruf: Revolution und Konterrevolution in Nahost, S. 167.

³⁵⁹ Sands, Phil / Maayeh, Suha: Revealed: how Syrian rebels seek medical help from an unlikely source in Israel, in: The National, Abu Dhabi 12.2.2014, www.thenational.ae/world/revealed-how-syrian-rebels-seek-medical-help-from-an-unlikely-source-in-israel#page1#ixzz30lpC30dJ, Stand: 30.4.2014.

³⁶⁰ Marcus, Jonathan: Israeli air strikes: A warning to Syria's Assad, in: BBC News, 1.11.2013, www.bbc.com/news/world-middle-east-22419221, Stand: 30.4.2014.

³⁶¹ Syria: France backs anti-Assad coalition, in: BBC News, 13.11.2014, www.bbc.com/news/world-middle-east-20319787, Stand: 14.3.2014.

Syrischen Nationalrat und die in ihn integrierte FSA zu ihrem Partner und forderte ebenfalls den Rücktritt Assads.

Wegen der zunehmenden Dominanz der Muslimbrüder im SNR wie auch wegen dessen zunehmender Entfremdung von den Aktivisten vor Ort setzte ihn die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton unter Druck, sich einem repräsentativeren Organ unterzuordnen. Am 31. Oktober 2012 äußerte sie ihre Unzufriedenheit über den SNR, bereits elf Tage später wurde in Doha (Katar) die erweiterte Nationale Koalition der Syrischen Revolutionäre und der oppositionellen Kräfte (NK) gegründet. Nur 22 von 60 Sitzen wurden für den SNR reserviert. Als Vorsitzender wurde der keinem Lager zuzuordnende, moderate sunnitische Geistliche Moaz al-Khatib bestimmt, als Stellvertreter Riad Saif (ein der internen Opposition entstammender Unternehmer) und Suhair al-Attasi von der Syrischen Revolutionären Generalkommission. Zum Premierminister der erstmals eingesetzten Gegenregierung wurde Professor Gassan Hitto gewählt, ein aus Syrien stammender US-Staatsbürger, der 2012 in die Türkei zurückgekehrt war.³⁶²

Ende 2011 intensivierten sich die externen Bemühungen um eine Koordination der militärischen Rebellion. Von Wikileaks öffentlich gemachte E-Mails der Sicherheitsberatungsfirma Stratfor enthüllen, dass im Dezember Spezialkräfte der USA und anderer westlicher Staaten in Syrien operierten, um aufzuklären und FSA-Einheiten zu trainieren.³⁶³

Als erster Staat weltweit kündigte Katar im Februar 2012 an, Waffen an die syrischen Rebellen im Wert von 63 Mio. GBP zu liefern. Etwa zeitgleich bezeichnete auch Saudi-Arabien Waffenlieferungen an die Rebellen als „exzellente Idee“.³⁶⁴ Katar lieferte gemäß dem Stockholm International Peace Research Institute zwischen April 2012 und März 2013 Waffen mit über 70 Flügen via Türkei an die FSA. Ihr Wert wird auf 1 bis 3 Mrd. USD geschätzt. Damit steht Katar an 1. Stelle der Waffenlieferanten.³⁶⁵ Saudi-Arabien lieferte Waffen über die Türkei wie auch via Jordanien, was jedoch schwieriger war, da die syrische Regierung hier weiterhin die Grenze teilweise unter Kontrolle hatte.³⁶⁶

Die syrische Regierung behauptete schon früh externe militärische Einmischung und reklamierte ein Recht auf Selbstverteidigung. So wurde z. B. am 11. März 2011 bekannt gegeben, dass man einen aus dem Irak

³⁶² Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: Arabellion, S. 153-155.

³⁶³ Glaser, John: Stratfor Emails: Covert Special Ops Inside Syria Since December, in: AntiWar.com, 7.3.2012, news.antiwar.com/2012/03/07/stratfor-emails-covert-special-ops-inside-syria-since-december, Stand: 25.3.2014.

³⁶⁴ Chulov: Katar crosses the Syrian Rubicon.

³⁶⁵ Khalaf, Roula / Smith, Abigail Fielding: Katar bankrolls Syrian revolt with cash and arms, in: Financial Times, 16.5.2013, www.ft.com/intl/cms/s/0/86e3f28e-be3a-11e2-bb35-00144feab7de.html#axzz2wWcaN3DO, Stand: 20.3.2014.

³⁶⁶ Saudi Arabia arms Syrian rebels via Jordan – report, in: RT, 18.3.2012, rt.com/news/rebels-jordan-syria-arab-833, Stand: 13.11.2014.

kommenden Lastwagen mit einer großen Menge von Waffen, Sprengstoff und Nachtsichtgeräten konfisziert habe. Ziel sei es gewesen, bewaffnete Unruhen in Syrien anzufachen.³⁶⁷

Zur Jahresmitte 2012 waren die Auswirkungen externer Unterstützung auf dem Gefechtsfeld spürbar: Die Rebellen hatten deutlich an Schlagkraft gewonnen. Im Juni kündigte Saudi-Arabien zudem an, Soldzahlungen für Rebellenkämpfer übernehmen zu wollen. Damit sollten offenkundig weitere Desertionen angeregt werden.³⁶⁸ Ab Frühjahr 2013 intensivierte Saudi-Arabien seine Waffenlieferungen und drängte Katar zurück. Aufgrund besser ausgebauter globaler Netzwerke kann Saudi-Arabien auch leichter als Katar einen ununterbrochenen Waffennachschub gewährleisten.³⁶⁹

Trotz aller grundsätzlichen Bedenken entschloss sich Saudi-Arabien erstmals in Syrien zur militärischen Unterstützung von Widerstandsgruppen. Denn das Ziel der Schwächung des Gegenspielers Iran ist zu verlockend. Schnell kam es in Syrien zu einer Konkurrenz zwischen Saudi-Arabien und Katar. Das Emirat Katar sucht in Syrien, wie auch in Ägypten und Libyen, vorzugsweise die Muslimbrüder und ihnen nahestehende Milizen zu unterstützen, lieferte aber auch Waffen an jihadistische Gruppen. So unterhält Doha gute Beziehungen zur al-Qaida-treuen al-Nusra-Front.³⁷⁰

Saudi-Arabien misstraute den Muslimbrüdern und lieferte Waffen einerseits an säkulare Milizen, andererseits an Salafisten. Laut Michel Kilo sind Letztere genauso wie die Muslimbrüder nicht bzw. nicht mehr in Syrien verwurzelt.³⁷¹ Fallweise sollen auch jihadistische Gruppen saudische Waffen erhalten haben. Darüber hinaus nutzt Saudi-Arabien Verbindungen zu Stämmen, insbesondere zu den in Saudi-Arabien, dem Irak, Jordanien und Syrien lebenden Schammar. Damit kann die Rebellion rückwärtige Basen im Irak nutzen.³⁷² Mit seinem Bestreben, den Einfluss der Muslimbrüder zu schwächen, trug Saudi-Arabien erheblich zur Zersplitterung der Rebellion in Syrien bei und machte ein einheitliches Militärkommando unmöglich.

Die militärische Rebellenunterstützung führt zu weitverzweigten Dreiecksgeschäften. So finanzierte Saudi-Arabien den Kauf kroatischer Waffen durch syrische Rebellen. Das Balkanland war froh, die aus dem

³⁶⁷ Syria says seized weapons smuggled from Iraq, in: Reuters, 11.3.2011, www.reuters.com/article/2011/03/11/us-syria-iraq-idUSTRE72A3MI20110311, Stand: 14.3.2014.

³⁶⁸ Chulov, Martin: Saudi Arabia plans to fund Syria rebel army, in: The Guardian, 22.6.2012, www.theguardian.com/world/2012/jun/22/saudi-arabia-syria-rebel-army, Stand: 13.3.2014.

³⁶⁹ Khalaf / Smith: Katar bankrolls Syrian revolt with cash and arms.

³⁷⁰ Dies zeigte sich beispielsweise im März 2014, als Katar die Freilassung gefangener christlicher Nonnen aus den Händen der al-Nusra-Front vermittelte. Syria crisis: Nuns freed by rebels arrive in Damascus, in: BBC News, 10.3.2014, www.bbc.com/news/world-middle-east-26510202, Stand: 15.3.2014.

³⁷¹ Interview: Michel Kilo über die zivile Bewegung und die Perspektiven nach Assad, in: Adopt a Revolution, 8.10.2012, www.adoptrevolution.org/interview-kilo, Stand: 30.4.2014.

³⁷² Knights, Michael: Syria's Eastern Front: The Iraq Factor. in: The Washington Institute, Policy-watch 1963, 6.7.2012, www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/syrias-eastern-front-the-iraq-factor, Stand: 15.3.2014.

Unabhängigkeitskrieg stammenden, übervollen Bestände verringern zu können. Als der Handel bekannt wurde, fürchtete Kroatien um die Sicherheit seiner Blauhelme am Golan und zog sie ab.³⁷³ Die Grenzen zwischen offizieller Regierungsunterstützung und privater Unterstützung sind in den Golfstaaten freilich fließend und schwer zu durchschauen. Auch private Geschäftsleute liefern Waffen und rekrutieren Freiwillige. So ist das Emirat Kuwait eine Drehscheibe solcher Aktivitäten, doch die Regierung bleibt im Hintergrund.³⁷⁴

Eine Schlüsselrolle im Dreieck Türkei / Saudi Arabien / Katar spielt der frühere libanesische Premierminister Saad Hariri. Die milliardenschwere Hariri-Familie hat ihr Geld in Saudi-Arabien gemacht. Tonbandmitschnitte enthüllen den libanesischen Mouvement-Future-Politiker Okab Sakr als Beauftragten Hariris bei der Organisation von Waffenlieferungen für sunnitische Kämpfer im Libanon und in Syrien.³⁷⁵

Die Türkei verkündete im September 2011 ein Waffenembargo gegen Syrien und liefert offiziell nur humanitäre Unterstützung an Rebellen, jedoch keine Waffen.³⁷⁶ Doch dürfte die Unterstützung weit darüber hinausgehen. Gemäß dem US-Journalisten Seymour Hersh schlossen die USA Anfang 2012 mit der Türkei ein Abkommen, wonach Waffen aus libyschen Arsenalen über die Türkei nach Syrien geliefert werden. Die finanziellen Mittel seien von der Türkei, Katar und Saudi-Arabien gekommen. Die „rat line“ sei zunächst von der CIA, später von der Türkei organisiert worden (siehe auch S. 93).³⁷⁷

Die Türkei toleriert auch die Einreise von Freiwilligen nach Syrien. Im Juli 2012 berichtete Reuters über die Etablierung eines Koordinationszentrums in Adana. Dies sei nach einem Besuch des stellvertretenden saudischen Außenministers Prinz Abdulaziz bin Abdullah al-Saud eingerichtet worden. Hier würden die Lieferung und Verteilung der Waffen aus den Golfstaaten organisiert. US-Geheimdienstmitarbeiter seien im Hintergrund involviert – unweit von Adana befindet sich der NATO-Stützpunkt Incirlik. Außerdem befänden sich 20 desertierte syrische Generäle in der Türkei, die die Ausbildung von Rebellen leiteten.³⁷⁸ Bedingung für eine türkische Unterstützung sei die Unterstellung unter die Führung des Nachbarlandes. Als der desertierte syrische Oberstleutnant Hussein Harmoush vom

³⁷³ Wezeman: Arms transfers to Syria, S. 273.

³⁷⁴ Mart, Geoff: Treibstoff für die Kriegsmaschinerie, in: Zenith 5/2013, S. 38-40.

³⁷⁵ Mortada, Radwan: Exclusive: Inside Future Movement's Syria Arms Trade, in: Al-Akhbar English, 29.11.2012, english.al-akhbar.com/node/14183, Stand: 30.4.2014.

³⁷⁶ Daloglu, Tulin: Court Case Reveals Turkey Arms Flow to Syrian Rebels, in: Al-Monitor, Turkey Pulse, 13.9.2013, www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/09/turkey-arms-rebels-syria-court-case.html, Stand: 15.3.2014.

³⁷⁷ Hersh: The Red Line and the Rat Line, S. 21-24.

³⁷⁸ Doherty, Regan / Bakr, Amena: Exclusive: Secret Turkish nerve center leads aid to Syria rebels, in: Reuters, 27.7.2012, www.reuters.com/article/2012/07/27/us-syria-crisis-centre-idUSBRE86QJ20120727, Stand: 13.3.2014.

türkischen Exil aus eine unabhängige Widerstandsmiliz gründen wollte, soll er nach Syrien abgeschoben und dort von Assads Sicherheitskräften gefangen genommen worden sein.³⁷⁹

Wie stark der externe Einfluss auf die kämpfenden Gruppen ist, zeigt die Gründung des neuen Vereinigten Militärrats im Dezember 2012 in Antalya. Bei der Strategieentwicklung unter Leitung von Oberst Salam Idris (FSA) waren je ein Vertreter der türkischen Armee, Frankreichs, Katars, Saudi-Arabiens und der USA anwesend, nicht jedoch Repräsentanten des SNR.³⁸⁰

Scharfmacher im Syrienkonflikt sind nicht die Golfstaaten, sondern die Türkei. Dies sei an drei Beispielen aufgezeigt. So übte Ankara 2012/13 Druck auf den ägyptischen Staatspräsidenten Mursi aus, die Rekrutierung nordafrikanischer Freiwilliger für den „Jihad“ in Syrien zu intensivieren. Hingegen suchten die USA und Katar zu bremsen, da sie eine weitere Radikalisierung der Rebellion befürchteten.³⁸¹ Ende März 2014 wurden illegale Tonbandmitschnitte einer geheimen Besprechung zwischen Außenminister Davutoğlu, Geheimdienstchef Hakan Fidan, dem stellvertretenden Generalstabschef Yasar Güler und Außenstaatssekretär Feridun Sinirlioglu auf YouTube veröffentlicht. Dabei wurden Überlegungen angestellt, wie man eine militärische Intervention der Türkei in Nordsyrien durch fingierte Angriffe auf türkische Soldaten oder türkisches Territorium legitimieren könne.³⁸² Für den Wahrheitsgehalt der Mitschnitte spricht, dass die türkische Regierung sie nicht dementierte, sondern die unbekanntenen Urheber wegen Spionage verfolgt. Zur selben Zeit begann am 21. März eine unerwartete Offensive der jihadistischen al-Nusra-Front und anderer Gruppen im alawitischen Herzland der Küstenprovinz Latakia, einer Hochburg der Assad-Regierung. Vor dem Hintergrund zunehmender militärischer Erfolge der Regierungskräfte sollte hier ein Entlastungsangriff durchgeführt werden. Die Rebellenoffensive war für die Regierung Assad höchst riskant. Im Falle eines erfolgreichen Vorstoßes war eine Desintegration der Armee zu befürchten. Alawitische Eliteeinheiten und Offiziere würden dann möglicherweise nach Hause eilen, um ihre Familien zu schützen, denn summarische Racheakte an Zivilisten sind inzwischen auf beiden Seiten an der Tagesordnung. Die Regierungskräfte konnten die Rebellenoffensive in Latakia jedoch bis Anfang Mai zurückschlagen.

³⁷⁹ Manna: Es kann gelingen – demokratischer Wandel in Syrien, S. 140.

³⁸⁰ Ebd., S. 141.

³⁸¹ So Emir Shaikh Tamim bin-Hamad. Katar Emir support for Muslim Brotherhood is a „duty“, in: Middle East Monitor, 31.12.2014, www.middleeastmonitor.com/news/middle-east/9000-Katar-emir-support-for-muslim-brotherhood-is-a-qdutyq, Stand: 30.4.2014.

³⁸² Martens, Michael: Tonaufnahme legt türkische Angriffspläne auf Syrien nahe, in: FAZ, 28.3.2014, www.faz.net/aktuell/politik/youtube-mitschnitt-tonaufnahme-legt-tuerkische-angriffsplaene-auf-syrien-nahe-12868697.html, Stand: 30.4.2014. Eine solche false flag operation könnte die NATO in einen Krieg mit Syrien hineinziehen. Auf Bitten der syrischen Regierung ist in der Südtürkei die NATO-Abschreckungsmission „Active Endeavour“ stationiert.

Einige Indizien sprechen dafür, dass die türkische Armee den al-Nusra-Kämpfern behilflich war, nach Latakia vorzustoßen. Manche Berichte sprechen gar von einer gemeinsamen Operation. Außerdem schossen am 23. März türkische F16-Jets ein syrisches Kampfflugzeug ab, als es die vordringenden Rebellen bombardierte. Angeblich hatte es türkischen Luftraum verletzt.³⁸³ Gemäß Seymour Hersh kooperiert die Türkei bereits seit Anfang 2013 eng mit der al-Nusra-Front, um angesichts eines ausbleibenden Siegs der Rebellen den Druck auf Assad zu erhöhen.³⁸⁴

Jihadisten haben sich seit 2012 der Rebellion angeschlossen. Im Februar dieses Jahres erklärte al-Qaida-Chef Ayman al-Zawahiri in einer Videobotschaft seine Unterstützung für den Sturz von Präsident Assad.³⁸⁵ Insbesondere die zum al-Qaida-Netzwerk gehörende al-Nusra-Front machte mit blutigen Bombenanschlägen selbst im Zentrum der Regierungsmacht Schlagzeilen. Sie ist heute im ganzen Land präsent und gilt als eine der schlagkräftigsten Widerstandsgruppen. Federführend bei spektakulären Rebelleneroberungen zum Jahreswechsel 2012/13 (Armeestützpunktes 111 westlich von Aleppo, Euphrat-Staudamm al-Furat, Luftwaffenstützpunkt al-Jarrah bei Aleppo, Ölstadt al-Shaddadeh im Osten) waren al-Nusra-Kämpfer. Sie hissten nicht die grün-weiß-schwarze Rebellenfahne, sondern die schwarze al-Qaida-Fahne.³⁸⁶ Aufrufe westlicher Staaten an nichtjihadistische Rebellengruppen, die Kooperation mit der al-Nusra-Front einzustellen, fanden wenig Resonanz. Die FSA distanzierte sich zwar von deren Ideologie und erklärte, dass die al-Nusra-Front nicht ihrem Kommando unterstehe, doch hielt sie taktische Kooperationen vor Ort für unerlässlich.³⁸⁷

Der Vormarsch der Jihadisten wurde allerdings 2014 durch interne Zwistigkeiten gebremst. Die aus dem Irak nach Syrien gekommene und stark von ausländischen Freiwilligen dominierte Al-Qaida im Irak erklärte einseitig die Vereinigung mit der al-Nusra-Front unter dem neuen Namen Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIL) und reklamierte hierfür ein Mandat der al-Qaida. Dem widersprach die Mutterorganisation: In Syrien dürfe allein die al-Nusra-Front im Namen von al-Qaida agieren. Im Bruderkrieg der beiden jihadistischen Organisationen wurden Anfang

³⁸³ Johnson, Glen: Syria's conflict raises Turkey tension, in: Al-Jazeera, 15.4.2014, www.aljazeera.com/indepth/features/2014/04/syria-conflict-spikes-tensions-turkey-kassab-20144141473318973.html, Stand: 30.4.2014.

³⁸⁴ Hersh: The Red Line and the Rat Line, S. 21-24.

³⁸⁵ Al Qaeda declares war on „cancerous“ Syrian regime, in: ABC News, 13.2.2012, www.abc.net.au/news/2012-02-13/arab-neighbours-break-with-syria/3825926, Stand: 15.3.2014.

³⁸⁶ Roggio, Bill: „Islamist factions“ seize Syrian airbase, in: The Long War Journal, 12.2.2013, www.longwarjournal.org/archives/2013/02/islamist_rebels_seiz.php#ixzz2w2m6kLUA, Stand: 15.3.2014.

³⁸⁷ Free Syrian Army distances itself from Jabhat al-Nusra, in: Al-Shorfa, 9.4.2013, al-shorfa.com/en_GB/articles/meii/newsbriefs/2013/04/09/newsbrief-01, Stand: 15.3.2014.

2014 mehr als 3.000 Kämpfer auf beiden Seiten getötet.³⁸⁸

Immer wieder werden Anschuldigungen laut, dass jihadistische Gruppen instrumentalisiert würden bzw. gar Kreationen von Konfliktparteien seien. So wird der Regierung Assad vorgeworfen, dass er mit dem ISIL alliiert sei. Gefechte zwischen Regierungstruppen und ISIL-Kämpfern fänden kaum statt, doch würden Letztere umso erbitterter gegen gemäßigte Rebellen vorgehen.³⁸⁹ Im Gegenzug werden Anschuldigungen erhoben, dass die al-Nusra-Front von der syrischen Muslimbruderschaft manipuliert würde bzw. gar deren Tochter sei.³⁹⁰ In der Tat deuten manche Indizien auf eine Instrumentalisierung jihadistischer Gruppen hin. Dadurch kann beispielsweise die Gegenseite diskreditiert oder ein eigenes Vorrücken zum „Schutz“ bestimmter Bevölkerungsgruppen legitimiert werden. Präsident Assad kommt es zugute, dass jihadistische Organisationen wie der ISIL in erster Linie nicht seinen Sturz anstreben, sondern die Errichtung eines Scharia-Gemeinwesens in einem von ihnen kontrollierten Gebiet. So wird es von dem ISIL in der Region Deir ez-Zor (Ostsyrien) praktiziert. Die syrische Regierung soll von dort Erdöl beziehen.³⁹¹

Die westlichen Staaten und die Golfmonarchien begründen ihre militärische Hilfe an die Rebellen mit dem Recht auf Selbstverteidigung. Angesichts der massiven Überlegenheit der Regierung und fortdauernder Waffenlieferungen aus dem Iran und Russland müsse auf dem Schlachtfeld ein Gegengewicht hergestellt werden.

In der Tat unterstützen Russland und Iran die syrische Regierung diplomatisch, finanziell und militärisch. Im Gegensatz zu Waffenlieferungen an Rebellen ist dies völkerrechtskonform, da es eine international anerkannte Regierung in Damaskus gibt und die VN bisher kein Waffenembargo verhängt haben.³⁹²

Syrien ist ein strategischer Partner Russlands aus der Zeit des Kalten Kriegs. Es bestehen enge politische, wirtschaftliche und militärpolitische Beziehungen, und Syrien hat bei Russland noch Schulden in Milliardenhöhe, deren Rückzahlung Moskau bei einem Regierungswechsel in Gefahr

³⁸⁸ ISIL says it faces war with Nusra in Syria, in: Al Jazeera, 8.3.2014, www.aljazeera.com/news/middleeast/2014/03/isil-says-it-faces-war-with-nusra-syria-20143719484991740.html, Stand: 8.3.2014.

³⁸⁹ Dettmer, Jamie: Is Al Qaeda Aiding Bashar Al-Assad?, in: The Daily Beast, 2.8.2014, www.thedailybeast.com/articles/2014/02/18/is-al-qaeda-aiding-bashar-al-assad.html, Stand: 15.3.2014.

³⁹⁰ Who Are the Most Heavily Armed Opponents of Bashar Assad?, in: Iran Review, 23.12.2012, www.iranreview.org/content/Documents/Who-Are-the-Most-Heavily-Armed-Opponents-of-Bashar-Assad-.htm, Stand: 30.4.2014.

³⁹¹ Sherlock, Ruth / Spencer, Richard: Syria's Assad accused of boosting al-Qaeda with secret oil deals, in: Daily Telegraph, 20.1.2014, www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/10585391/Syrias-Assad-accused-of-boosting-al-Qaeda-with-secret-oil-deals.html, Stand: 15.3.2014.

³⁹² Simon, Sven / Thorn, Judith: Der Konflikt in Syrien. Eine völkerrechtliche Betrachtung, in: Vereinte Nationen 6/2012, S. 243-250.

sieht. Als Landbrücke zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Golf besitzt Syrien für Russland geopolitische Bedeutung. Zudem unterhält es mit der Marinebasis Tartus im Mittelmeer den einzigen Militärstützpunkt, der ihm außerhalb des Territoriums der ehemaligen Sowjetunion verblieben ist. Hinzu kommt, dass Syrien für Moskau ein Präzedenzfall des Prinzips der Staatensouveränität ist. Die Interpretation des VN-Mandats in Libyen durch die westlichen Staaten erachtet es als überzogen, weswegen es ein „zweites Libyen“ im Sicherheitsrat kategorisch ablehnt.³⁹³

Moskau behauptet, lediglich bestehende Kontrakte abzuarbeiten und keine neuen offensiven Waffen zu liefern.³⁹⁴ Doch werden immer wieder Informationen über umfangreiche Waffenlieferungen bekannt. So meldete Reuters, dass Dutzende russische Antonows zum Jahreswechsel 2013/14 gesteuerte Bomben, gepanzerte Fahrzeuge, Aufklärungsmittel, Radareinrichtungen, Systeme für elektronische Kriegsführung, Ersatzteile für Helikopter und unbemannte Aufklärungsdrohnen (UAV) eingeflogen hätten. Russische Experten würden die Daten der UAV auswerten.³⁹⁵ Russland hat bereits moderne Boden-See-Raketen geliefert, hochentwickelte Boden-Luft-Raketen sind zugesagt.³⁹⁶

Wichtigster syrischer Waffenlieferant ist Iran, das einen Fall Assads und damit den Verlust des Bindeglieds zur Hisbollah und Hamas unbedingt vermeiden möchte. Mit Bezug auf einen westlichen Geheimdienstbericht meldete Reuters im September 2012, dass der Iran regelmäßig mit zivilen Flugzeugen umfangreiche Lieferungen von Waffen und Ausrüstung nach Syrien fliege. Hinzu kämen Lastwagentransporte via Irak. Die Luftbrücke werde von den Revolutionsgarden organisiert, die auch Militärberater schickten. Die US-Regierung habe den Irak aufgefordert, diese Praxis zu unterbinden, doch habe der Irak die Existenz solcher Waffenlieferungen in Abrede gestellt. Wahrscheinlich gäbe es aber eine stillschweigende Vereinbarung über die Waffenlieferungen zwischen der iranischen und der (von Schiiten dominierten) irakischen Regierung.³⁹⁷ Iranische Revolutionsgardisten sollen auch Kampfaufgaben übernehmen. Dafür finden sich Belege in iranischen Quellen. So meldete die Agentur Mehrnews am 3. November 2013, dass Kommandeur Mohammad Jamalizadeh

³⁹³ Mankoff, Jeffrey: Why Moscow fears Arab unrest, in: *Current history. A journal of contemporary world affairs* 747/2012, S. 258-263; Kle, Margarete: *Russland und der arabische Frühling. Außen- und innenpolitische Herausforderungen*, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 4/2012.

³⁹⁴ Wezeman: *Arms transfers to Syria*, S. 269 f.

³⁹⁵ Saul, Jonathan: Exclusive: Russia steps up military lifeline to Syria's Assad – sources, in: *Reuters*, 17.1.2014, www.reuters.com/article/2014/01/17/us-syria-russia-arms-idUSBREA0G0MN20140117, Stand: 14.3.2014.

³⁹⁶ Armbruster: *Brennpunkt Nahost*, S. 135.

³⁹⁷ Charbonneau, Louis: Exclusive: Western report – Iran ships arms, personnel to Syria via Iraq, in: *Reuters*, 19.9.2012, www.reuters.com/article/2012/09/19/us-syria-crisis-iran-iraq-idUSBRE88117B20120919, Stand: 14.3.2014.

von „Wahabi-Terroristen“ bei der Verteidigung des schiitischen Sayyida-Zainab-Schreins in Damaskus getötet worden sei.³⁹⁸

Offen kämpft inzwischen eine große Zahl schiitischer Hisbollah-Kämpfer aus dem Libanon zusammen mit der syrischen Armee. Die französische Regierung schätzte ihre Zahl im Mai 2013 auf 3.000 bis 4.000.³⁹⁹ Sie hatten wesentlichen Anteil an der Rückeroberung strategisch wichtiger Orte in Zentralsyrien wie al-Qusayr (Juni 2013) und Yabroud (März 2014). Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah räumte erstmals am 25. Mai 2013 den Einsatz seiner Kämpfer ein. Er begründete dies einerseits mit dem Schutz schiitischer Pilger und Heiligtümer im Nachbarland, andererseits mit der massiven Unterstützung der Rebellen durch ausländische Jihadisten.⁴⁰⁰ Man darf wohl davon ausgehen, dass die Intervention der eng an den Iran und die Revolutionsgarden angebotenen Hisbollah auf Wunsch Teherans erfolgte. Auch schiitische Milizen aus dem Irak, wie z. B. die schlagkräftige Asa'ib Ahl al-Haq, kämpfen auf der Seite der Assad-Regierung, während sunnitische Milizen aus dem Nachbarland die Rebellen verstärken.⁴⁰¹

Militärisch waren die Rebellen zwar von Mitte 2012 bis ins erste Halbjahr 2013 in der Offensive, doch konnten sie keine zusammenhängende „befreite Zone“ erobern, geschweige denn die Regierungskräfte besiegen. Tendenziell hielten die religiösen Minderheiten zur Regierung, ebenso weite Teile der Bevölkerung in den Metropolen Damaskus und Aleppo. Sie misstrauten den Zielen der ländlichen Rebellen und fürchteten Chaos und wirtschaftlichen Niedergang für den Fall eines Sturzes der Regierung. Die Loyalität zum syrischen Staat und seinen Repräsentanten war erstaunlich groß. Der oberste politische und militärische Führungskreis blieb weitgehend intakt. Wahrscheinlich schlugen sich nur etwa 10.000 Soldaten auf die Seite der FSA.⁴⁰² Der französische Geheimdienst suchte nachzuhelfen, indem er 2012 die Desertion und Flucht des Brigadiers der Republikanischen Garde Manaf Tlas organisierte, einem Sunniten aus dem inneren Zirkel der Regierung.⁴⁰³ Dieser Vorfall blieb

³⁹⁸ Iran Revolutionary Guards commander killed in Syria, in: Reuters, 4.3.2013, www.reuters.com/article/2013/11/04/us-syria-crisis-iran-idUSBRE9A30H620131104, Stand: 24.3.2014.

³⁹⁹ France says 3,000-4,000 Hezbollah are fighting in Syria, in: Reuters, 29.5.2013, www.reuters.com/article/2013/05/29/us-syria-crisis-france-hezbollah-idUSBRE94S19U20130529, Stand: 30.4.2014.

⁴⁰⁰ Ahmed, Amir / Watkins, Tom: Hezbollah leader acknowledges fighters' presence in Syria town, in: CNN, 27.5.2013, edition.cnn.com/2013/05/25/world/meast/syria-violence, Stand: 14.3.2014.

⁴⁰¹ Chulov, Martin: Controlled by Iran, the deadly militia recruiting Iraq's men to die in Syria, in: The Guardian, 12.3.2014; bzw. Al-Taie, Khalid: Iraqi fighters, arms trickle into Syria as violence grows, in: Reuters, 14.2.2012, Internet-Dokumente: www.theguardian.com/world/2014/mar/12/iraq-battle-dead-valley-peace-syria bzw. www.reuters.com/article/2012/02/14/us-iraq-syria-idUSTRE81D0NX20120214, Stand: 30.4.2014.

⁴⁰² Javaher-Haghighi / Azad / Noshadi: Arabellion, S. 24-29; Danahar: The New Middle East, S. 132, Anm. 284.

⁴⁰³ Benari, Elad: Key Syrian Defector Hints that France Helped Him, in: Israel National News, 9.11.2012, www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/159847#.U2ppR7yKCcw, Stand: 30.4.2014.

aber eine Episode. Von entscheidender Bedeutung ist darüber hinaus das „dritte Lager“: Syrer, die weder Sympathien für die Regierung noch für die Rebellen haben und neutral bleiben.

Je länger sich der Krieg hinzog, desto mehr wurde über eine internationale militärische Intervention diskutiert. Der SNR forderte erstmals im August 2012 mit Unterstützung von US-Außenministerin Hillary Clinton eine humanitär begründete Flugverbotszone nach libyschem Vorbild. Die türkische Regierung liebäugelte mit einer „Sicherheitszone“ als Rückzugsraum für Flüchtlinge. Eine solche Einrichtung hätte die Türkei vom weiteren Zustrom von Flüchtlingen entlastet und gleichzeitig den Rebellen eine Aufmarschbasis verschafft, wie sie die libyschen Rebellen im Osten hatten.⁴⁰⁴ Alle Anläufe im VN-Sicherheitsrat für eine solche Intervention scheiterten jedoch am Widerstand der Vetomächte Russland und China, die ein „Zweites Libyen“ strikt ablehnten.

Die EU-Staaten wurden durch das im Mai 2011 verhängte EU-Waffenembargo daran gehindert, die Rebellen militärisch auszurüsten. Die USA hatten nur Reise- und Vermögenssanktionen gegen syrische Personen verhängt, aber kein Waffenembargo. Sie überließen Waffenlieferungen Katar und Saudi-Arabien, suchten jedoch zu verhindern, dass diese Staaten tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADs) an die Rebellen lieferten.⁴⁰⁵

Zunehmend gingen auch westliche Staaten dazu über, Rebellengruppen direkt militärisch zu unterstützen. Im März 2012 kündigten die USA an, „nichtletale“ Ausrüstung wie Kommunikationsausrüstungen und medizinische Güter an Rebellen via Türkei zu liefern. Seit dem Herbst 2012 drängten Frankreich und Großbritannien die EU, das Waffenembargo aufzuheben und den Rebellen militärische Hardware zukommen zu lassen. Angesichts der Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten erfolgte im Mai 2013 ein Kompromissbeschluss: Aufhebung des Waffenembargos, jedoch keine militärische Unterstützung von Seiten der EU. Daraufhin dürften Paris und London mit Waffenlieferungen begonnen haben. Am 23. Juli 2013 beschloss der US-Kongress Waffenlieferungen an „ausgewählte“ Rebellen.⁴⁰⁶ Darunter fallen leichte Waffen und Munition zusammen mit Kommunikationseinrichtungen, medizinischer Ausrüstung und Fahrzeugen via Türkei und Jordanien.⁴⁰⁷ In Jordanien sollen sich Mitte 2013 bereits 5.000 US-Spezialisten zur Rebellenausbildung aufgehalten haben.⁴⁰⁸ Nach dem Scheitern der Genfer Friedensgespräche beschloss der US-

⁴⁰⁴ Syrischer Oppositionschef verlangt eine Flugverbotszone, in: Tagesanzeiger, 12.8.2012, www.tagesanzeiger.ch/ausland/nahe-osten-und-afrika/Syrischer-Oppositionschef-verlangt-eine-Flugverbotszone-/story/25099136, Stand: 13.3.2013.

⁴⁰⁵ Wezeman: Arms transfers to Syria, S. 272.

⁴⁰⁶ Armbruster: Brennpunkt Nahost, S. 111.

⁴⁰⁷ U.S. weapons reaching Syrian rebels, in: Washington Post, 9.11.2013, www.washingtonpost.com/world/national-security/cia-begins-weapons-delivery-to-syrian-rebels/2013/09/11/9fcf2ed8-1b0c-11e3-a628-7e6dde8f889d_story.html, Stand: 25.3.2014.

⁴⁰⁸ Armbruster: Brennpunkt Nahost, S. 109.

Kongress Anfang 2014 eine Ausweitung: Auch stärkere Waffen wie Panzerabwehrraketen sollten an „moderate“ Rebellen geliefert werden, jedoch weiterhin keine MANPADs.⁴⁰⁹

Das Jahr 2013 brachte neue Dynamik in den syrischen Bürgerkrieg. Erstens gelang es der Regierung, strategisch wichtige Orte zurückzuerobern. Zweitens machte sich unter den Rebellen eine Schwerpunktverschiebung hin zu radikalislamistischen und jihadistischen Gruppen bemerkbar, was die westlichen Unterstützer alarmierte. Drittens wurden am 21. August mindestens fünf Mal chemische Waffen im Großraum Damaskus eingesetzt, was der VN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 2118 vom 27. September als „eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ bezeichnete. Viertens leitete die Wahl von Hassan Rohani zum iranischen Staatspräsidenten am 14. Juni eine Annäherung mit dem Westen im Atomstreit ein. Nur drei Monate später wurde am 24. November 2013 ein Übergangsabkommen mit der Iran-Kontaktgruppe abgeschlossen.

Die Giftgaseinsätze lösten bei Großbritannien und den USA Pläne für eine Militärintervention aus, die ggf. auch ohne Mandat der VN durchgeführt werden sollte. Präsident Obama hatte im August 2012 den Einsatz von Massenvernichtungswaffen als „rote Linie“ bezeichnet, die eine militärische Antwort zwingend zur Folge haben würde. Die USA und ihre Verbündeten äußerten ihre feste Überzeugung, dass die Assad-Regierung den Einsatz zu verantworten habe. Als Indizien wurden aufgefundene Geschosshülsen, die Schussrichtung sowie Gesprächsmitschnitte angeführt. Eindeutige Beweise wurden aber nicht vorgelegt. Hingegen legten Russland und der Iran nahe, dass die Chemiewaffen von Rebellen eingesetzt wurden. Im Dezember 2013 wurde bekannt, dass Präsident Obama nur ausgewählte Belege zur Begründung seines Vorgehens zitiert hatte. So wurden US-Informationen unterschlagen, dass die Al-Nusra-Front in der Lage war, Sarin zu produzieren.⁴¹⁰

Seymour Hersh stellte 2014 die umstrittene These auf, dass die Türkei für den Giftgaseinsatz verantwortlich war, um dadurch ein militärisches Eingreifen der USA zu provozieren. Als Belege brachte er Aussagen von Geheimdienstquellen über eine enge Kooperation zwischen der al-Nusra-Front und dem türkischen Geheimdienst, Indizien für einen Besitz chemischer Waffen durch diese Organisation sowie angebliche Untersuchungsberichte, die zum Ergebnis gekommen seien, dass die verwendeten Kampfstoffe nicht aus Regierungsbeständen stammen. Premierminister Erdoğan habe im Mai 2013 mit Verweis auf ein

⁴⁰⁹ Hosenball, Mark: Congress secretly approves U.S. weapons flow to „moderate“ Syrian rebels, in: Reuters, 27.1.2014, www.reuters.com/article/2014/01/27/us-usa-syria-rebels-idUSBREA0Q1S320140127, Stand: 25.3.2014.

⁴¹⁰ Obama admin „cherry-picked intelligence“ to justify Syria strike, in: Reuters, 9.12.2013, rt.com/news/us-syria-sarin-report-932, Stand: 14.3.2014.

„Überschreiten der roten Linie“ erfolglos versucht, Obama zum Eingreifen zu drängen. Denn die US-amerikanische Zurückhaltung habe die Türkei massiv verärgert und Befürchtungen ausgelöst, dass der militärisch wieder erfolgreiche Assad die Oberhand gewinnen könne.⁴¹¹

Die von Washington, London und Paris detailliert geplante Militärintervention wurde überraschend ausgesetzt, nachdem zunächst in Großbritannien, dann in den USA die politische Unterstützung für einen solchen Schritt weggebrochen war. Noch entscheidender waren wohl Bedenken des Chefs des Vereinigten Generalstabes, US-General Martin Dempsey, vor dem Ausgang einer solchen Operation. Sie war von Obama nicht nur als begrenzte Warnung an die Assad-Regierung, sondern als großangelegter Angriff auf alle bekannten Kommando- und Kontrolleinrichtungen, auf Militär- und Geheimdiensteinrichtungen, Waffendepots und logistische Basen sowie Elektrizitätswerke, Öl- und Erdgaslager geplant worden.⁴¹² Möglicherweise hatten im Weißen Haus auch die Zweifel zugenommen, ob wirklich Assad für den Giftgasangriff verantwortlich war.⁴¹³ Staatspräsident Obama ging daher kurzfristig auf einen Vorschlag Russlands in Übereinstimmung mit Präsident Assad ein: Syrien wird der Chemiewaffenkonvention beitreten und der Vernichtung des Chemiewaffenpotenzials unter internationaler Aufsicht zustimmen. Präsident Assad wurde damit diplomatisch aufgewertet, wurde er dadurch doch ein Partner der internationalen Gemeinschaft. Russland konnte erreichen, was ihm in Libyen misslungen war: die Verhinderung einer westlichen Militärintervention und die eigene Positionierung als erfolgreicher Vermittler.

Externe Akteure wie die USA, Frankreich und Großbritannien setzten nun auf Verhandlungen zwischen den syrischen Konfliktparteien. Sie drängten die widerstrebende NK, an der im Januar 2014 in Genf einberufenen Syrien-Konferenz teilzunehmen, und Russland machte entsprechenden Einfluss auf Präsident Assad geltend. Vom Westen wurde die Bildung einer Übergangsregierung zwischen „akzeptablen“ Vertretern der syrischen Regierung (vorzugsweise ohne Präsident Assad) und Oppositionspolitikern angestrebt. Nur widerstrebend ließ sich die NK darauf ein, an der Konferenz teilzunehmen. Der SNR verließ daraufhin die NK, da er Verhandlungen vor einem Rücktritt Assads prinzipiell ablehnt. Die FSA verweigerte den für Konferenzbeginn geforderten Waffenstillstand.⁴¹⁴

Saudi-Arabien und Israel waren durch die Entwicklungen alarmiert. Sowohl die Annäherung der USA an den Iran in der Nuklearfrage wie das

⁴¹¹ Hersh: The Red Line and the Rat Line, S. 21-24.

⁴¹² Ebd.

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ Solomon, Erika: Free Syrian Army says no ceasefire for Geneva talks, in: Reuters, 26.11.2014, www.reuters.com/article/2013/11/26/us-syria-crisis-talks-rebels-idUSBRE9AP0BB20131126, Stand: 15.3.2014.

Ausbleiben eines US-Militärschlags gegen Assad wurden als Provokationen empfunden. Riad griff zu einem Aufsehen erregenden Protest: Im Oktober 2014 verzichtete Saudi-Arabien auf die Annahme des nichtständigen Sicherheitsratssitzes nach erfolgreicher Wahl.⁴¹⁵

In den Medien wurde gar über eine geheime Allianz zwischen Saudi-Arabien und Israel spekuliert. Die britische Sunday Times berichtete im November 2013 über gemeinsame Pläne Israels und Saudi-Arabiens zur Zerstörung des iranischen Nuklearpotenzials im Falle einer endgültigen Einigung der P5+1-Staaten mit der Islamischen Republik im Nuklearstreit. Saudi-Arabien würde Israel seinen Luftraum öffnen und Drohnen, Rettungshubschrauber und Tankflugzeuge zur Verfügung stellen.⁴¹⁶

Saudi-Arabien nahm widerstrebend an der Genfer Syrien-Konferenz teil, konnte jedoch in letzter Minute eine Beteiligung des Irans verhindern. Konsequenterweise unterminierte Riad seit Jahresmitte 2013 die sich anbahnende Entspannungspolitik. In Ägypten wurde am 3. Juli die Regierung der Muslimbrüder mit Hilfe Saudi-Arabiens gestürzt. Drei Tage später setzte Saudi-Arabien in der syrischen NK seinen Kandidaten Ahmad Assi Jarba als neuen Präsidenten durch und verhinderte den von Katar unterstützten Bewerber Mustafa al-Sabbagh. Jarba ist ein Führer des Schammar-Stammes und hat enge Verbindungen nach Saudi-Arabien.⁴¹⁷ Auch die FSA wurde gesäubert: Der türkei- und katarfreundliche Armeechef General Salam Idris wurde im Februar 2014 durch den prosaudischen Brigadegeneral Abdelillah al-Bashir ersetzt.⁴¹⁸

Flankierend sponserte Saudi Arabien die Bildung einer von der NK und dem FSA-Generalkommando unabhängigen „Islamischen Front“ (22. November 2013) im Norden Syriens. Ihr gehören sieben salafistische bzw. konservativ-sunnitische Milizen an, darunter die einflussreiche salafistische Miliz Ahrar al-Sham und Aleppos größte Rebellenmiliz Liwa al-Tawhid. Die Islamische Front gilt inzwischen als größte Rebellengruppe mit 45.000 bis 60.000 Mann. Von der FSA sind in jüngster Zeit zahlreiche Kämpfer übergelaufen, wahrscheinlich auch angelockt durch großzügige saudische Soldzahlungen. Das politische Ziel der Islamischen Front ist ein „Scharia-Staat“, keine westliche Demokratie. Die Islamische Front griff an verschiedenen Stellen die FSA an, Schlagzeilen machte die Eroberung des wichtigen Grenzübergangs Bab al-Hawa am 7. Dezember 2013. Er liegt

⁴¹⁵ Worth, Robert F.: Saudi Arabia Rejects U.N. Security Council Seat in Protest Move, in: The New York Times, 18.10.2013, www.nytimes.com/2013/10/19/world/middleeast/saudi-arabia-rejects-security-council-seat.html?pagewanted=all, Stand: 30.4.2014.

⁴¹⁶ Mahnaimi, Uzi: Two old foes unite against Tehran, in: The Sunday Times, 17.11.2013, www.the-sundaytimes.co.uk/sto/news/world_news/Middle_East/article1341561.ece, Stand: 15.3.2014.

⁴¹⁷ Saudi-backed Jarba defeats Katar's point man in Syria opposition, in: Middle East Online, 6.7.2013, www.middle-east-online.com/english/?id=59926, Stand: 30.4.2014.

⁴¹⁸ Free Syrian Army sacks chief for battlefield failures, in: i24 News, 17.2.2014, www.i24news.tv/en/news/international/middle-east/140217-free-syrian-army-sacks-chief-for-battlefield-failures, Stand: 30.4.2014.

an der vom türkischen Reyhanli nach Aleppo verlaufenden Straße.⁴¹⁹ Die Genfer Friedenskonferenz wurde von der Islamischen Front boykottiert.

Saudi-Arabien plant darüber hinaus den Aufbau einer homogenen „Nationalarmee“. Aufbauend auf bereits vor Ort kämpfenden Rebellenkräften, sollen zusätzliche Freiwillige aus Deserteuren und Flüchtlingen rekrutiert werden. Sie sollen im Ausland ausgebildet werden. Hierfür wollen Saudi-Arabien und die VAE mehrere Milliarden USD bereitstellen. Versucht wird, westliche Staaten wie Frankreich für diese Lösung zu gewinnen: Am 13. September 2013 gab es ein entsprechendes Treffen der Außenminister Saudi-Arabiens, der VAE und Jordaniens mit dem französischen Staatspräsidenten François Hollande. Gleichzeitig sucht Saudi-Arabien weitere Partner einzubinden: So wandte man sich an Pakistan mit der Bitte, Spezialeinheiten zu trainieren. Jordanien spielt in den saudischen Plänen als Trainings- und Aufmarschland eine zentrale Rolle.⁴²⁰

Gemäß einem Bericht des Wall Street Journal liefert Saudi-Arabien inzwischen Rebellenkämpfern im Süden hochentwickelte tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADs) aus chinesischer Produktion. Damit soll die verbliebene Rebellenfront im Süden von Damaskus gestärkt und Druck auf Präsident Assad ausgeübt werden. Die USA haben die Lieferung von MANPADs an Rebellen stets kategorisch abgelehnt.⁴²¹

Saudi-Arabien hat auch ohne Erfolg versucht, Russland aus dem Assad-Lager herauszubrechen. Im August 2013 besuchte der Chef des saudischen Geheimdienstes, Prinz Bandar bin Sultan, Moskau und offerierte Wladimir Putin eine Allianz zwischen OPEC und Russland zur gemeinsamen Festlegung des Ölpreises. Darüber hinaus sicherte er saudische Unterstützung für die Beibehaltung des Flottenstützpunktes Tartus nach einer Regierungsübernahme durch die Rebellen zu. Für den Fall einer russischen Ablehnung der Offerte soll Prinz Bandar gar mit Terroranschlägen gegen die Olympischen Winterspiele in Sotschi gedroht haben: „I can give you a guarantee to protect the Winter Olympics next year. The Chechen groups that threaten the security of the games are controlled by us,“ soll er angeblich geäußert haben.⁴²² Putin ließ sich auf die Offerte nicht ein. „Our stance on Assad will never change. We believe

⁴¹⁹ Dziadosz, Alexander / Afanasieva, Dasha: Syrian Islamists seize Western-backed rebel bases, in: Reuters, 7.12.2013, www.reuters.com/article/2013/12/07/us-syria-crisis-fsa-idUSBRE9B607S20131207, Stand: 30.4.2014.

⁴²⁰ Sayigh, Yezid: Unifying Syria's Rebels: Saudi Arabia Joins the Fray, in: Carnegie Middle East Center, 28.10.2013, carnegie-mec.org/2013/10/28/unifying-syria-s-rebels-saudi-arabia-joins-fray/greh, Stand: 15.3.2014.

⁴²¹ Abi-Habib, Maria / Meichtry, Stracy: Saudis Agree to Provide Syrian Rebels With Mobile Anti-aircraft Missiles, in: The Wall Street Journal, 14.2.2014, online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702304703804579382974196840680, Stand: 30.4.2014.

⁴²² Evans-Pritchard, Ambrose: Saudis offer Russia secret oil deal if it drops Syria, in: Daily Telegraph, 27.8.2013, www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/energy/oilandgas/10266957/Saudis-offer-Russia-secret-oil-deal-if-it-drops-Syria.html, Stand: 14.3.2014.

that the Syrian regime is the best speaker on behalf of the Syrian people, and not those liver eaters," äußerte er mit Bezug auf ein Video, das einen syrischen Jihadisten zeigte, der die Leber und das Herz eines getöteten Gegners verspeiste.⁴²³

Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und den USA waren Mitte 2013 auf einem Tiefpunkt angelangt. Schonungslos übte der saudische König Abdullah in mehreren Reden Kritik an den USA (siehe S. 71 f.). Frankreich suchte aus dieser Verstimmung offenkundig ökonomischen Nutzen zu ziehen und entsandte eine Delegation nach Saudi-Arabien. Gleichzeitig umwarb es auch den Iran.⁴²⁴ Frankreich ist in den letzten Jahren wieder um stärkeres Profil im NMO bemüht und hat 2009 einen Marinestützpunkt in Abu Dhabi eröffnet, die erste neue Militärbasis seit Jahrzehnten. Die Baukosten wurden von den VAE getragen. Auch Großbritannien liebäugelt gemäß der Denkfabrik Royal United Services Institute drei Jahrzehnte nach dem Rückzug „East of Suez“ wieder mit der Errichtung eines Militärstützpunktes am Golf. In den VAE sollen Heeres-, Luftwaffen- und Marinekräfte stationiert werden.⁴²⁵ Für die VAE dürften die Sonderbeziehungen mit Frankreich und Großbritannien auch dazu dienen, die Abhängigkeit von den USA und Saudi-Arabien zu reduzieren.

Im März 2014 setzte Riad die al-Nusra-Front, den ISIL, die Muslimbruderschaft sowie weitere Gruppen auf die Liste verbotener Terrororganisationen. Zu enge Kontakte zu Jihadisten waren anscheinend auch der Grund, warum einen Monat später der saudische Geheimdienstchef Bandar bin Sultan „auf eigenen Wunsch“ von seinen Aufgaben entbunden und durch seinen Stellvertreter Youssef bin Ali al-Idrissi ersetzt wurde.⁴²⁶ Diese Schritte erfolgten nach zwei Besuchen von US-Außenminister John Kerry im November 2013 und Januar 2014 in Riad. Beide Seiten waren dabei bestrebt, die gestörten Beziehungen wieder zu normalisieren. Kerry äußerte, dass die Meinungsverschiedenheiten nur taktischer Natur seien, und bekräftigte, dass Saudi-Arabien der „senior player“ im Mittleren Osten sei. Die innigen, 75 Jahre alten Beziehungen zwischen beiden Ländern würden auch in Zukunft fortgesetzt.⁴²⁷

Während Saudi-Arabien weiterhin auf den Sturz von Präsident Assad setzt, sucht Katar nun einen Ausgleich mit dem Iran und ist anscheinend

⁴²³ Ebd.

⁴²⁴ Persönliche Mitteilung Thomas Gebhard, Projektleiter Hanns-Seidel-Stiftung Jordanien, 6.2.2014.

⁴²⁵ Blair, David: Britain may reverse East of Suez policy with return to military bases in Gulf, in: The Telegraph, 29.4.2013, www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/unitedarabemirates/10024002/Britain-may-reverse-East-of-Suez-policy-with-return-to-military-bases-in-Gulf.html, Stand: 30.4.2014.

⁴²⁶ Saudi royal decree terminates Prince Bandar's political career, in: Al-Akhbar, 16.4.2014, english.al-akhbar.com/node/19443ar.com/node/19443, Stand: 30.4.2014.

⁴²⁷ Lee, Matthew: Kerry, Saudi FM show united front in Riyadh, in: The Times of Israel, 5.11.2013, www.timesofisrael.com/kerry-saudi-fm-show-united-front-in-riyadh, Stand: 30.4.2014.

dabei, sich von der Unterstützung von Rebellen in Syrien zurückzuziehen.⁴²⁸ Auch die türkische Regierung ändert möglicherweise ihre Linie, nachdem ihre Syrienpolitik nicht die gewünschten Ergebnisse erreicht und erhebliche Risiken für die nationale Sicherheit eröffnet hat. Im Juni 2014 deklarierte die Türkei nach langem Widerstreben und viel Druck aus Washington endlich die al-Nusra-Front als „terroristische Organisation“.⁴²⁹ Der Waffenstillstand zwischen syrischen Regierungstruppen und Rebellen in Homs (7. Mai 2014) soll durch gemeinsame türkisch-iranische Bemühungen ermöglicht worden sein. Angeblich verfolgen beide Staaten auch ein ähnliches Arrangement für Aleppo, das der syrischen Regierung die Übernahme der Kontrolle über die ganze Stadt und den Rebellen den Abzug ermöglichen würde.⁴³⁰

Im Dezember 2013 setzten die USA die Lieferung „nichtletaler“ militärischer Güter an die FSA aus, da sie fürchteten, dass sie den erstarkenden Jihadisten in die Hände fallen könnten. Außerdem wollten sie wohl auch Druck auf die NK ausüben, in Genf einer Kompromisslösung zuzustimmen. Nach dem Scheitern der Genfer Syrien-Konferenz II im Februar 2014 nahmen die USA einen neuen Anlauf zur Unterstützung der Rebellen. Im März musste die syrische Botschaft in Washington ihre Tätigkeit einstellen; im Gegenzug wurde der NK im Mai zugestanden, eine Repräsentation (ohne diplomatischen Status) zu eröffnen. Außerdem kündigte die US-Regierung an, weitere „nichtletale“ Ausrüstungsgüter in Höhe von 27 Mio. USD an die FSA zu liefern. Insgesamt hat Washington damit Ausrüstungshilfe in Höhe von 287 Mio. USD geleistet.⁴³¹

Wahrscheinlich bezweckt Washington damit, die militärischen Gewinne der syrischen Regierung auszugleichen. Ein Ende der Herrschaft von Präsident Assad ist freilich in weite Ferne gerückt. Denn mit Ausbruch der Ukraine-Krise ist nicht mehr zu erwarten, dass der russische Präsident Putin mit dem US-Präsidenten kooperiert und entsprechenden Druck auf seinen Schützling ausübt. Der syrische Präsident sieht sich jedenfalls durch die Ukraine-Krise gestärkt und ließ sich im Juni 2014 mit 88,7 % der Stimmen für weitere sieben Jahre zum Staatspräsidenten wählen. In den von den Rebellen beherrschten Regionen und in weiten Teilen des Kurdengebiets konnte die Wahl freilich nicht stattfinden.⁴³²

⁴²⁸ Die gut vernetzte Washingtoner Internetseite Al-Monitor zitiert eine ungenannte Quelle: „Doha is working on getting things [back] on the old track, and they're ending all their commitments to groups in Syria. The differences on President [Bashar al-] Assad's future will be left for the Syrian people to decide.“ Hashem: Iran, Katar recast regional „resistance“ alliance.

⁴²⁹ Idiz, Semih: Why Turkey finally labeled Jabhat al-Nusra a terrorist group, in: Al-Monitor, 10.6.2014, www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/06/idiz-turkey-syria-opposition-nusra-terrorist-uncsc-erdogan.html#ixzz34L4D6XpA, Stand: 10.6.2014.

⁴³⁰ Aziz, Jean: Will Homs truce be repeated in Aleppo?, in: Al-Monitor, 10.6.2014, www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/06/syria-aleppo-truce-homs-negotiations.html, Stand: 10.6.2014.

⁴³¹ Syrian opposition will have foreign mission in US, in: BBC News, 5.5.2014, www.bbc.com/news/world-us-canada-27287650, Stand: 5.5.2014.

⁴³² Sly, Liz: Assad taking advantage of U.S.-Russia split over Ukraine, observers say, in: The Wash-

Der Krieg in Syrien hat bis Juni 2014 mindestens 160.000 Tote, 2,9 Mio. Flüchtlinge in der Region und 6,5 Mio. Binnenvertriebene gefordert.⁴³³ Es zeichnet sich eine informelle Aufteilung des Landes ab: Im Norden und Osten kontrollieren jeweils Rebellen Gruppen und kurdische Milizen bestimmte Gebiete, während die erstarkte Regierung die Mitte und den Süden des Landes hält und dort nach und nach Widerstandinseln der Rebellen niederkämpft. Doch auch hier führen mit der Regierung verbundene Milizen, wie z. B. die semikriminelle Schabiha in der Küstenprovinz Latakia, ein Eigenleben und kontrollieren Territorium.⁴³⁴ Zunehmend verschmilzt der Krieg in Syrien mit demjenigen im Irak, wo im Westen und Norden des Landes ebenfalls bewaffnete Konflikte entlang ähnlicher Konfliktlinien ausgetragen werden. Schockwellen löste am 9./10. Juni 2014 die Eroberung der drittgrößten irakischen Stadt Mossul durch die jihadistische ISIL aus.

Eine Einigung der externen Mächte auf eine umfassende Kompromisslösung in Syrien ist unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht zu erwarten. Der blutige Krieg und die Destabilisierung der Region dürften bis auf Weiteres andauern.

2.6.5 Bahrain (Said AlDailami)

Der Aufstand in Bahrain begann bereits im Februar 2011 – genau genommen mit dem Aufruf zu Demonstrationen am 14. Februar 2011, dem zehnten Jahrestag der bahrainischen Verfassung. König Hamad ibn Isa Al-Khalifa hatte zwar noch versucht, den Ausbruch der Revolten in seinem Land durch übereilte wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zu verhindern, jedoch ohne Erfolg. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften mit Todesfolge für einen Demonstranten, und so nahmen die Entwicklungen ab dem 14. Februar ihren Lauf.⁴³⁵

An diesem frühen Datum gemessen, fiel die westliche Berichterstattung über dieses Land vergleichsweise gering aus. Gleiches gilt für die Protestmärsche im Nachbarland Saudi-Arabien, wo Menschen, vom arabischen Revolutionsfunken erfasst, zu Hunderten auf die Straße gingen, um gegen

ington Post, 7.3.2014, www.washingtonpost.com/world/assad-taking-advantage-of-us-russia-split-over-ukraine-observers-say/2014/03/07/37d0f885-3900-466c-b278-5237087ceffe_story.html, Stand: 30.4.2014; Salloum, Raniah: Wahlsieg für Syriens Diktator: Assads blutiger Triumph, in: Spiegel online, 4.6.2014, www.spiegel.de/politik/ausland/wahl-in-syrien-assad-ge-winnt-a-973145.html, Stand: 10.6.2014.

⁴³³ Surke, Barbara: Death Toll In Syria's War Tops 160,000: Activists, in: Huffington Post, 19.5.2014, www.huffingtonpost.com/2014/05/19/syria-war-death-toll_n_5353021.html, Stand: 10.6.2014.

⁴³⁴ Syria unrest: Who are the shabiha?, in: BBC News, 29.5.2012, www.bbc.com/news/world-mid-dle-east-14482968, Stand: 30.4.2014.

⁴³⁵ Die Darstellungen und Bewertungen der Ereignisse in Bahrain basieren in diesem Abschnitt wesentlich auf dem lesenswerten Artikel von Ulrichsen. Vgl. Ulrichsen, Kristian Coates: Bahrain's Uprising: Regional Dimensions and International Consequences, in: Stability: International Journal of Security and Development, 1/2013, S. 1-12.

die Despotie der Familie Saud zu demonstrieren. Die grundsätzliche Zurückhaltung bei der Darstellung der Geschehnisse des Arabischen Erwachens in den Golfstaaten reiht sich ein in eine seit Jahrzehnten praktizierte Informationsverschleierung in Bezug auf die strategischen Partner des Westens auf der arabischen Halbinsel.

Besonders evident wurde diese reservierte Haltung westlicher Medien, als die Proteste in Bahrain eskalierten. Der König reagierte resolut, indem er die friedlichen Protestmärsche gewaltsam beenden ließ. Dabei basierten die Proteste zunächst auf moderaten Forderungen. Die Menschen verlangten nach einer gewählten legislativen Vertretung (Parlament) und einer neuen Verfassung, in der die Grundrechte aller Bahrainis verankert werden sollten. Als die Staatsgewalt jedoch mit äußerster Härte auf diese Forderungen reagierte und es zu den ersten Toten kam, beschlossen die Demonstranten, zu Zehntausenden zum zentralen Platz von Manama (Pearl Square) zu marschieren und diesen, ähnlich der Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo, einzunehmen. Am Abend des 16. Februar 2011 versammelten sich mehrere Zehntausend Protestierende dort, um friedlich gegen das Regime zu demonstrieren. Ihre Unzufriedenheit äußerten sie ganz besonders gegenüber dem Ministerpräsidenten, Khalifa bin Salman Al-Khalifa. Sie stimmten die Parole der anderen arabischen Länder des Umbruchs an, nämlich: „Das Volk fordert den Sturz des Regimes“. Das offizielle Staatsfernsehen diffamierte die Demonstranten und bezeichnete sie als Vaterlandsverräter und Agenten des Iran. Bereits in der Nacht zum 17. Februar wurde der Versammlungsort Pearl Square unter Einsatz von Schusswaffen gewaltsam erstürmt.

In den Folgewochen organisierte die Regierung Gegendemonstrationen, an denen ebenfalls Tausende von Bahrainis teilnahmen, um ihre Unterstützung für die Al-Khalifas zu bekunden. Demgegenüber standen weitere Protestmärsche von Seiten der Demonstranten sowie laufende „Beruhigungsversuche“ von Seiten der Regierung in Form von Ministerauswechslungen und großzügig veranschlagte Projekte zur Förderung des Wohnungsbaus. Insgesamt blieb die Lage angespannt, so dass beispielsweise der für den 13. März 2011 vorgesehene Grand Prix von Bahrain der Formel 1 abgesagt werden musste.

Nur einen Monat nach Beginn der beschriebenen Revolten, am 14. März 2011, autorisierte Bahraains König rund 1.500 Soldaten und Polizisten aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, das Land zu betreten. Die bahrainische Opposition wertete dieses Vorgehen als Kriegserklärung sowie als Besetzung durch ausländische Truppen. Jene Truppen lösten die Demonstrationen gewaltsam auf, während Hubschrauber über den Versammlungsplätzen kreisten, um das Vorgehen der Armee gegen die Demonstranten aus der Luft zu koordinieren. Einen Tag später, am 15. März 2011, rief der König den nationalen Ausnahmezustand

aus. Nach der Räumung von Pearl Square und der Entfernung des Perlen-Denkmals wurde der Platz zur versammlungsfreien Zone erklärt.

Die Niederschlagung der Demonstrationen war gefolgt von einer Welle der Verhaftungen, der nach Schätzungen der Washington Post rund 1.200 Menschen zum Opfer fielen. Der Ausnahmezustand wurde erst im Juni 2011 aufgehoben. Am 24. September fanden die ersten Wahlen zur Nachbesetzung der im Frühjahr von einigen schiitischen Abgeordneten niedergelegten Mandate in der Volksvertretung statt.

Anfang 2012 sprach sich der König für die Empfehlungen des „Forums für nationalen Dialog“ aus, die eine Verfassungsreform mit mehr Mitspracherechten des Parlaments bei Gesetzen vorsehen. Im April 2012 wurde schließlich das ein Jahr zuvor abgesagte Formel-1-Rennen nachgeholt.

Mitte 2013 erklärte die Opposition die Reformentwürfe des Königs für gescheitert und kündigte weitere Proteste an. Das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten war und ist weiterhin von absoluter Härte gezeichnet und stets unter Einsatz von Tränengas erfolgt. Der Verkauf größerer Mengen Tränengas an die bahrainischen Offiziellen wurde von Menschenrechtsorganisationen in einer Kampagne heftig kritisiert und daraufhin von einigen Ländern eingeschränkt.

Zum dritten Jahrestag des Beginns der Revolten wurden im Februar 2014 mehrtägige Demonstrationen organisiert, bei denen es erneut zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Nach Angaben der International Federation for Human Rights sind den Revolten in Bahrain bisher mindestens 89 Menschen zum Opfer gefallen. Zudem wird von einer Zahl von rund 3.000 politischen Häftlingen ausgegangen.⁴³⁶

Der kleine Inselstaat Bahrain ist das ärmste Land innerhalb des Golfkooperationsrates (GKR). Mit der Al-Khalifa-Dynastie herrscht dort seit Ende des 18. Jahrhunderts ein sunnitische Herrscherhaus über eine überwiegend schiitische Bevölkerungsmehrheit. Nur eine elitäre Schicht der bahrainischen Bevölkerung profitiert vom monarchischen System. Die Mehrheit der Bahrainis fühlte sich benachteiligt, zum Teil sogar entrechtet und von der Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Geschehen im Land ausgeschlossen. Es verwundert daher nicht, dass in den ersten Wochen der Revolten in Bahrain Schiiten und Sunniten Seite an Seite protestierten. Sie alle betonten in Sprechchören und auf Plakaten ihre Zugehörigkeit zum Königreich und ihren Widerstandswillen gegen jeglichen Versuch der Konfessionalisierung und Ethnisierung ihrer Protestmärsche.

Phänomene des zivilen Aufstands für mehr politische und wirtschaftliche Teilhaberechte bilden in Bahrain kein Novum. Seit 1921 erlebt das Land periodisch wiederkehrende überkonfessionelle Protestbewegungen, die in den Jahren 1994-1999 für erhebliche Unruhen in der Monarchie sorgten.

⁴³⁶ Vgl. al-Akhbar English, 26.9.2013, english.al-akhbar.com/node/17150, Stand: 6.5.2014.

Die Wirkung dieser zahlreichen Protestaktivitäten blieb zunächst aus, bis in Folge des unerwarteten Ablebens des Emirs Isa bin Salman Al-Khalifa sein Sohn im März 1999 den Thron bestieg. Die Bahrainis knüpften große Hoffnungen an den Thronfolger, Hamad bin Isa Al-Khalifa, weil er einen Reformkurs ansteuerte und das Land zu einer konstitutionellen Monarchie entwickeln wollte, was ihm formal auch gelang. In einem Referendum am 14. Februar 2001 stimmte die Mehrheit der bahrainischen Bevölkerung für die Annahme der nationalen Reform-Charta, die auch wesentliche Verfassungsparagrafen zugunsten der Bevölkerung und zur Stärkung ihrer Teilhabe beinhaltete. Diese Reform von oben ging mit einer weitgehenden Öffnung des Landes auf wirtschaftlichem Gebiet einher, wodurch ein günstiges Investitionsklima für das ressourcenarme Bahrain geschaffen werden sollte.

Bahrain bietet ein anschauliches Beispiel dafür, wie regionale und internationale Mächte zur Verschärfung der innenpolitischen Konfliktlinien in den Ländern des Arabischen Erwachens führen können. Der von allen gesellschaftlichen Schichten getragene Aufstand trieb die Menschen zu friedlichen Kundgebungen auf die Straße. Er wurde durch den Einmarsch saudischer und emiratischer Truppen niedergeschlagen. Seit dieser militärischen Intervention ging die Berichterstattung über das Land sukzessive zurück, bis der Inselstaat gänzlich aus dem Medieninteresse verschwand, als ob die Menschen in Bahrain ihren Kampf für soziale Gerechtigkeit und politisch-wirtschaftliche Teilhabe über Nacht aufgegeben hätten. Wenn in den letzten drei Jahren in kurzen Sequenzen über Bahrain berichtet wurde, dann dominierten in den Analysen konfessionelle und geopolitische Analysemuster, die mit den eigentlichen Forderungen der Bahrainis wenig zu tun hatten. Das überstürzte Eingreifen ausländischer Truppen unter erkennbarer Zurückhaltung der USA und stillschweigender Hinnahme durch die Europäer lässt sich an der besonderen Situation in Bahrain erklären: a) die Befürchtung eines Dominoeffekts, der auf alle Golfstaaten übergreifen könnte; b) die besondere strategische Lage des Inselstaates zwischen den Rivalen Iran und Saudi-Arabien und c) die Stationierung der 5. Flotte der US-Marine auf bahrainischem Territorium.⁴³⁷ Als besonders bedrohend betrachteten die USA und ihr Verbündeter Saudi-Arabien den potenziellen Machtzuwachs und die Erweiterung des Einflussbereiches des Iran bis an die unmittelbaren Grenzen zu Saudi-Arabien. Dabei spielt der angeblich vom Iran koordinierte Staatsstreich im Jahr 1981 zum Sturz der Al-Khalifa-Dynastie eine große Rolle.⁴³⁸ Denn der Sturz der Monarchie hätte eine Stärkung der schiitischen Be-

⁴³⁷ Mit dem Abzug der Truppen aus dem Irak gewann die US-Militärbasis in Bahrain als Rückzugsort für die US-Truppen an Bedeutung. Geostrategisch betrachtet ist die Präsenz der US-Flotte am Persischen Golf in der „Pufferzone“ zwischen Saudi-Arabien und Iran von vitalem Interesse.

⁴³⁸ Alhasan, Hasan T.: The role of Iran in the failed coup of 1981: the IFLB in Bahrain, in: Middle East Journal 4/2011, S. 603-617.

völkerungsmehrheit in Bahrain bedeutet und konsequenterweise auch ein schiitisch dominiertes Regierungskabinett hervorgebracht. Mit dem Einmarsch der saudischen Truppen wurde die Halbwertszeit der despotischen Herrschaft künstlich auf unbestimmbare Zeit verlängert. Inwieweit die Situation in Bahrain für die USA und für Saudi-Arabien nach wenigen Monaten des Protests als bedrohlich eingestuft werden konnte, ist insofern nicht genau bestimmbar, als die Berichterstattung aus dem Land insbesondere in den westlichen Medien als dürftig zu bezeichnen ist. Tatsächlich kann aber davon ausgegangen werden, dass das Regime auf dem Höhepunkt der Proteste mangels eigener staatlicher Schutzinstitutionen kurz vor dem Kollabieren stand.

Die Lage in Bahrain ist angesichts der täglichen Menschenrechtsverletzungen im Land, der Unterdrückung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und der resoluten Verfolgung von Regimegegnern sehr angespannt. Es stellt sich die Frage, wie lange die Al-Khailfa-Dynastie noch künstlich am Leben gehalten werden kann. Auch in diesem Fall, wie in allen übrigen Ländern des Arabischen Erwachens, leidet die gebildete Mittelschicht am meisten unter den repressiven Unterdrückungsmechanismen heimischer und fremder Militär- und Polizeikräfte. Ärzte, Journalisten, Lehrer und Anwälte – diejenige Gesellschaftsschicht also, die im Falle eines eingeleiteten Demokratisierungsprozesses den Motor des Wandels im Land repräsentieren würde – erleiden Folter, Inhaftierungen und Misshandlungen bis hin zu Tod und Verschleppung. Einschüchterung und Schikane der Bevölkerung gehören inzwischen zum Alltag der Bahrainis. Das harte Vorgehen von Militär und Polizei radikalisierte die am Aufstand teilnehmenden Gruppierungen zunehmend. Während Gemäßigte noch mit Vertretern der Monarchie zu Verhandlungen bereit waren, bildeten sich gewaltbereite Bewegungen, Bürgerwehren und lokale Milizen, die sich einerseits zum Selbstschutz formierten, andererseits gezielt Attacken gegen das Regime verübten. Zu diesen Bewegungen gehört die Bewegung des 14. Februar. Ihre Organisations- und Rekrutierungsstrukturen sind relativ unbekannt. Jones und Shehabi beschreiben sie als lose Konföderation verschiedener Netzwerke, die gesichtslos, geheimnisvoll und anonym operieren.⁴³⁹ Es kann davon ausgegangen werden, dass ihre Anführer aus den Organisatoren der anfänglichen Demonstrationen im Februar 2011 stammen. Die innenpolitische Lage in Bahrain bleibt angesichts der Polarisierungen in den letzten drei Jahren im Allgemeinen sehr angespannt. Aus den ehemals verhandlungsbereiten Oppositionellen sind teilweise kompromisslose und gewaltbereite Hardliner geworden, was u. a. auf

⁴³⁹ Jones, Toby C. / Shehabi, Ala'a: Bahrain's revolutionaries, in: Foreign Policy 2/2012, mideast.foreignpolicy.com/posts/2012/01/02/bahrain's_revolutionaries, Stand: 14.4.2014. Zu den Gewaltaktionen, die der Bewegung des 14. Februar zugerechnet werden, gehört der Autobomben-Anschlag vom 9.4.2012, der in der Ortschaft Al-Eker sieben Polizisten das Leben kostete.

die Gewaltexzesse des Militärs und der Polizei zurückzuführen ist. Die Entwicklungen in Bahrain gelten als Richtungsindikatoren für die gesamte Entwicklung der Golfstaaten. Die Einmischung externer Mächte – sei sie nun vom gegenseitigen Schutzabkommen innerhalb des GKR gedeckt oder nicht – illustriert anschaulich, wie in den Golfstaaten und im gesamten Nahen Osten die Souveränitätsrechte eines Staates untergraben werden können, sobald regionale und internationale Mächte ihre Interessen vor Ort gefährdet sehen.

Die regionale Dimension des Konflikts in Bahrain ist angesichts des schnellen militärischen Eingreifens von saudischen und emiratischen Truppen kaum zu überschätzen. Der darauf folgende Versuch Saudi-Arabiens, die kleine Nachbarinsel in Form einer enger gefassten Golf-Union „politisch zu annektieren“, schlug fehl, als mehrere Tausend Bahrainis ihren Widerstand gegen diese Pläne öffentlich in Form von Großdemonstrationen zum Ausdruck brachten.⁴⁴⁰ Dabei hängt das finanzielle Überleben Bahrains auch von den Subventionen aus Saudi-Arabien ab. Die Einnahmen aus dem saudischen Ölfeld in Abu Safah werden generös mit dem bahrainischen Königreich geteilt. Durch die Ko-Finanzierung des bahrainischen Staats-etats wird das Abhängigkeitsverhältnis Bahrains von Saudi-Arabien verstärkt. Die östliche Flanke Saudi-Arabiens ist angesichts der scharfen Konfrontationslinien zwischen Saudi-Arabien und Iran von entscheidender Bedeutung, weshalb das Regime in Riad bereits in der Vergangenheit (1994-1997) militärisch und geheimdienstlich auf bahrainischem Boden agierte. Saudi-Arabien kämpft nämlich selbst seit Jahrzehnten gegen aufflammende Unruhen aus den vielfach schiitisch besiedelten Gebieten in der ölreichen Region im Osten des saudischen Territoriums. Annäherungen und Zusammenschlüsse zwischen bahrainischen Schiiten und denen im Ostteil Saudi-Arabiens werden systematisch verfolgt und bisher erfolgreich unterbunden. Mit Ausbruch der Revolten in Bahrain gingen mehrere saudische Schiiten auf die Straßen, um sich einerseits mit ihren Glaubensbrüdern auf der Insel zu solidarisieren, andererseits auf ihre desolante Menschenrechtslage aufmerksam zu machen. Es sind diese Verbrüderungsaktionen, die über Staatsgrenzen hinweg plötzlich und unorganisiert auftreten und beide sunnitischen Regime in Bahrain und Saudi-Arabien vor große innenpolitische Herausforderungen stellen können. Bezeichnenderweise wiesen bahrainische Offizielle bereits Mitte 2011 auf eine mögliche Verschwörung zwischen Iran und den USA hin und beschuldigten Letztere, in der Golfregion gegen den diskreditierten sunnitischen Islam vorzugehen und sich dem schiitischen Islam zuzuwenden. Diese Deutung des Arabischen Erwachens wird auch teilweise in Saudi-Arabien und in den VAE geteilt, was zu einer zunehmend

⁴⁴⁰ Vgl. Der Spiegel, 18.5.2012, www.spiegel.de/politik/ausland/bahrain-demonstration-gegen-plaene-einer-union-mit-saudi-arabien-a-833903.html, Stand: 4.4.2014.

sektiererischen Rhetorik in den Golfstaaten und im ganzen arabischen Raum in den letzten drei Jahren geführt hat. Die späteren Enthüllungen über den auf omanischem Boden seit langem geheim geführten USA-Iran-Dialog bestätigten diese Theorie bei vielen Intellektuellen in den Golfstaaten und trugen dazu bei, den Verlauf des Konflikts entlang konfessioneller Grenzen in der Region stärker zu akzentuieren. Das geheimdienstliche und vor allem finanzielle Engagement, insbesondere von Saudi-Arabien und den VAE, zur Entstehung einer starken sunnitisch-salafistischen Achse in den Ländern des Arabischen Erwachens, um die vermeintliche Allianz schiitischer Gruppen und Staaten einzudämmen, erreichte in den Jahren 2011-2014 seinen Höhepunkt und trug ebenfalls dazu bei, den Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten zu verschärfen.

Das Arabische Erwachen hat in seiner turbulenten und ereignisreichen Anfangszeit auch vor den Monarchien am Golf nicht Halt gemacht. Neben den erwähnten Demonstrationen, die in Saudi-Arabien größtenteils blutig beendet worden sind, traten viele prominente Oppositionelle, Intellektuelle und Menschenrechtsaktivisten in den Golfstaaten öffentlich für mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerrechte ein. Im Oman, in Kuwait und in Katar unterzeichneten sie zahlreiche Petitionen, in denen sie die Monarchen zu mutigen Reformen in Richtung Pluralität und Freiheit aufriefen. Die Herrschaftshäuser am Golf waren bemüht, zumindest pro forma auf die Forderungen der Oppositionellen einzugehen, überall dominierte jedoch das bisher bewährte Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“. In den genannten Golfstaaten wurden einerseits die Gehälter der Staatsbediensteten erheblich angehoben, andererseits verstärkte die Exekutive (Polizei, Militär und Geheimdienste) ihre Präsenz in der Öffentlichkeit und sorgte damit für eine frühzeitige Unterdrückung jeglicher Versammlungs- und Demonstrationsvorhaben. Darüber hinaus griffen die Monarchen zu einem Narrativ, das sich in der Vergangenheit bereits mehrfach in innenpolitischen Krisensituationen bewährt hat: Der Iran trage die Schuld für den Aufruhr im eigenen Land. Die Absichten hinter diesem Vorwurf gegenüber dem „Erzfeind“ Iran sind evident: Einerseits kann dadurch von den innenpolitischen Missständen abgelenkt werden, andererseits sorgt eine segregierende Propaganda für eine Spaltung der oppositionellen Kräfte, da suggeriert wird, dass nicht alle am Protest beteiligten Gruppierungen die Idee der nationalen Einheit wahren wollen. In zunehmend aggressivem Ton stimmten die Golfstaaten im Chor der Anti-Iran-Koalition eine immer schärfere Rhetorik ein. Der Keil zwischen Sunniten und Schiiten wurde dadurch in der Öffentlichkeit noch größer, was sich wiederum in massiven Übergriffen und Diskriminierungen gegenüber schiitischen Minderheiten in allen Golfstaaten zeigt.

2.6.6 Jemen (Said AIDailami)

Drei Jahre nach dem Beginn der Revolten befindet sich der Jemen mitten im Transformationsprozess. Die Jemeniten sind die erste Nation der arabischen Halbinsel gewesen, die sich vom Arabischen Aufbruch in den nordafrikanischen Ländern Tunesien und Ägypten inspirieren ließ. Als Auslöser der Revolten im Jemen gilt ein Entwurf zur Verfassungsänderung, der dem Präsidenten eine Fortführung seines Amtes auf Lebenszeit garantieren sollte. Bereits Ende Januar 2011 gingen die Menschen daraufhin zu Tausenden auf die Straßen, um gegen den seit 33 Jahren regierenden Diktator Ali Abdullah Saleh und sein korruptes Militärregime zu demonstrieren – einen konkreten Startschuss für die Revolten stellte die Demonstration von rund 16.000 Jemeniten am 27. Januar 2011 in der Hauptstadt Sanaa dar.⁴⁴¹

Der Zeitpunkt schien gekommen zu sein, die zerrütteten Staatsverhältnisse, die verbreitete Armut,⁴⁴² die auf allen Verwaltungsebenen grassierende Korruption und den öffentlich zur Schau getragenen Machtmissbrauch anzuklagen. Darüber hinaus beklagt der Jemen eine hohe tribale Gewalt, Banditentum, organisierte Kriminalität und ein komplettes Versagen der Staatsorgane bezüglich der Gewährleistung von Sicherheit und Schutz für die eigenen Bürger. Nicht einmal staatliche Beamte sind vor Übergriffen aus Stammeskreisen geschützt. Das fehlende Machtmonopol des Staates ist eines der größten Defizite des Landes. Hinzu kommen die hohe Arbeitslosenquote und die fehlenden Zukunftsperspektiven innerhalb der mehrheitlich jungen Bevölkerung, welche die Menschen in Sanaa, Aden, Hodeida, Taiz und allen Großstädten des Jemen auf die Straßen trieben. Ihre Forderungen beschränkten sich nicht auf den Sturz des Diktators, sondern beinhalteten auch einen sofortigen Stopp des Missbrauchs öffentlicher Gelder und das Ende der Korruption. Unter dem Oberbegriff „karama“ (Würde) subsumierten die Protestierenden eine grundsätzliche Befreiung von despotischer Herrschaft, die Etablierung eines funktionierenden Staates und damit die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.

Bereits im Februar 2011 erreichten die Proteste ihren vorläufigen Höhepunkt und forderten die ersten Todesopfer. Wie zuvor in Tunesien und Ägypten skandierten auch die Demonstranten im Jemen Parolen wie „Verlasse das Land“ oder „Das Volk will den Sturz des Regimes“. Eine

⁴⁴¹ Wesentliche Aussagen in diesem Abschnitt basieren auf der umfangreichen Datenbasis der Internetplattform zur Dokumentation und Analyse des Transformationsprozesses im Jemen. Vgl. www.yemenrevolution.org sowie www.yemenpolling.org, Stand: 7.5.2014. Zur Rolle des Militärs vgl. Knights, Michael: The Military Role in Yemen's Protests: Civil-Military Relations in the Tribal Republic 2013, in: *Journal of Strategic Studies* 2/2013, S. 261-288, [dx.doi.org/10.1080/01402390.2012.740660](https://doi.org/10.1080/01402390.2012.740660), Stand: 7.5.2014.

⁴⁴² Obwohl knapp 50 % der jemenitischen Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor tätig sind, importiert das Land 85 % aller Lebensmittel aus dem benachbarten Ausland.

Erklärung Salehs, er werde nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren, führte zu keiner wesentlichen Entspannung – Ziel der Protestierenden war sein sofortiger Rücktritt. Da regimetreue Demonstranten auf Anweisung Salehs den Tahrir-Platz in Sanaa bereits sehr früh mit vielen Tausend Pro-Saleh-Demonstranten besetzt hielten, konnten die teils gewaltsam unterdrückten und aufgelösten Proteste hier nicht wie in anderen Ländern auf die wichtigsten Plätze der Hauptstadt expandieren. Die Anhänger der Revolution versammelten sich auf den sogenannten sahaat al-Taghijer (Plätze des Wandels), wodurch die zentralen Straßen rund um die Universität in Sanaa für mehrere Monate belagert waren. In den Folgewochen kam es durch Demonstrationen beider Lager immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen und Todesopfern. Ein Reformversprechen von Präsident Saleh Anfang März wurde von der Opposition abgelehnt. Nach einer Eskalation der Konflikte am 18. Mai 2011 mit über 50 Opfern und über 200 Verletzten rief Saleh den Ausnahmezustand sowie ein Waffenverbot aus. Die darauffolgenden Tage waren von Rücktritten diverser Minister geprägt, woraufhin eine Nachrichtenagentur mitteilte, Saleh hätte die Regierung aufgelöst.

Anfang April schaltete sich der Golfkooperationsrat (GKR) ein und versuchte, auf eine Machtübergabe Salehs hinzuwirken. Dieser signalisierte Bereitschaft, setzte seine Unterschrift dann aber doch nicht unter das vorbereitete Papier. Im Laufe des April und Mai besetzten Stammesmilizen einige Regierungsgebäude, jihadistische Gruppierungen verschafften sich Zugang zu Militärdepots. Nach und nach schlossen immer mehr Länder ihre Botschaften im Land.

Nach einem Anschlag auf die Moschee des Präsidenten im Juni 2011, bei dem der Präsident schwer verletzt und einige Mitglieder seiner Regierungsmannschaft getötet wurden, verließ Saleh vorerst das Land zur medizinischen Behandlung nach Saudi-Arabien. Zu diesem Zeitpunkt stand der Jemen am Rande eines Bürgerkriegs, da der Sohn des Präsidenten den schlagkräftigsten Armeeverband befehligte – die Republikanische Garde. Nach der ärztlichen Behandlung des Präsidenten kehrte dieser in das Land zurück und machte sich für eine politische Lösung des Konflikts stark. Die vor allem vom GKR initiierte und vom Sicherheitsrat und den Vereinten Nationen unterstützte und forcierte Lösungsinitiative, auf die sich alle Beteiligten einigen konnten, sah vor, dass der Präsident zurücktreten und die Macht an den bisherigen Vizepräsidenten, Hadi, übergeben soll. Die Golf-Initiative wurde am 23. November 2011 in der saudischen Hauptstadt Riad unterschrieben. Im Gegenzug räumte die Initiative Saleh und seinem erweiterten Familienkreis rechtliche Immunität ein. Mit dem Rückzug Salehs begann ein im Vergleich zu allen anderen Staaten des sogenannten Arabischen Frühlings unübersichtlicher, langsamer, aber für jemenitische Verhältnisse über längere Zeit hinweg

verhältnismäßig friedlicher Transformationsprozess, der sich erst in den Wintermonaten 2013 und im Frühjahr 2014 zunehmend radikalisierte. Angriffe von jihadistisch-salafistischen Gruppierungen, die bisweilen auch zentrale staatliche Institutionen und gesellschaftliche Würdenträger im Fokus haben, erschüttern die Sicherheitslage im Jemen erheblich. Der Anschlag vom 5. Dezember 2013 in der Hauptstadt Sanaa, bei dem 52 Menschen – darunter zwei deutsche Entwicklungshelfer – ums Leben kamen, belegt, dass die Rede von einem funktionierenden Staat im Jemen eher unzutreffend ist. Zu einem Stillstand auf der politischen Verhandlungsebene kommt es trotz bürgerkriegsähnlicher Zustände in manchen Regionen des Jemen dennoch nicht. Dieses paradox erscheinende Verhalten der am politischen Schauspiel im Jemen beteiligten Gruppierungen, das einerseits Verhandlungsbereitschaft signalisiert, andererseits die (para-)militärischen Operationen im Ringen um die Schaffung „vollendeter Tatsachen“ unbeirrt weiterführt, ist für die Verhältnisse in diesem Land charakteristisch.

Mit dem Machtwechsel an der Staatsspitze Anfang 2012 traten weitere Protagonisten im Kampf um die zukünftige Machtverteilung auf die politische Agenda im Jemen. Das einstige arabia felix ist jedoch nach der Schein-Entmachtung Salehs tiefer gespalten denn je. Die 1962 ausgerufene Republik steht vor den größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Die Einheit zwischen dem Nord- und dem Südjemen wird insbesondere nach dem Bürgerkrieg zwischen beiden Teilen des Landes im Jahr 1994 von vielen Südjemeniten in Frage gestellt. Letztere plädieren für einen unabhängigen „Arabischen Süden“, der als eigenständiger Staat in den Grenzen des ehemaligen Südjemen autonom wirkt. Die Bewegung des Südens, al-Hirak al-Janubi, solidarisierte sich für einen kurzen Moment mit den Anhängern der Revolution gegen Saleh, um nach dessen Rücktritt ihre Forderungen nach Autonomie selbstbewusster und engagierter zu artikulieren. Die restlichen Konfliktparteien bildeten ein Parteienbündnis aus der jemenitischen sozialistischen Partei (JSP), der islamistischen Partei für Reformen (Islah-Partei) und anderen kleinen Parteien, die unter dem Namen „Partei des gemeinsamen Treffens“ als Gegengewicht zur Partei des zurückgetretenen Präsidenten Saleh (Allgemeiner Volkskongress) an der Übergangsregierung beteiligt werden wollten. Nach der Bildung der Übergangsregierung einigten sich die Akteure auf die Umsetzung der zweiten wichtigen Säule in der Golf-Initiative, die Einrichtung eines nationalen Dialogs zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und zur Erarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs, auf dessen Grundlage der neue jemenitische Staat konstituiert werden sollte.

Die anfänglich positiv stimmenden politischen Fortschritte lenken jedoch von dem eigentlichen Problem im Jemen ab: eine marode Volkswirtschaft, die zu kollabieren droht. Hinzu kommen konfessionell motivierte

Auseinandersetzungen, die das Land seit den 1980er-Jahren verstärkt heimsuchen. Ihren Ursprung haben sie in Saudi-Arabien, das bestrebt ist, seine radikale salafistisch-wahabistische Lehre weltweit zu exportieren. Die ideologischen Grabenkämpfe zwischen den Salafisten und den Schiiten erreichten in den letzten drei Jahren des Umbruchs ihren Höhepunkt. Die verbalen Entgleisungen der Vorbeter (Imame) auf den Kanzeln gegenüber ihren Rivalen aus dem anderen konfessionellen Lager werden durch ihre Anhänger – in einem Staat ohne flächendeckende Staatsgewalt – nahezu alltäglich in gewaltsame Auseinandersetzungen ausgetragen. In diesen temporären kriegerischen Auseinandersetzungen geht es insbesondere um politische oder wirtschaftliche Interessenkonflikte, sie werden jedoch ideologisch aufgeladen. Gekämpft wird vordergründig für die wahre religiös-politische Ideologie, die im Jemen zukünftig den „Staatsislam“ prägen soll. Im Hintergrund jedoch spielen Fragen nach der Machtverteilung im Land die entscheidende Rolle. Welche Partei, welcher Stamm, welche Konfession, welche Region darf im sich neu konstituierenden Jemen die Führung übernehmen? Diese Fragen werden derzeit auf unterschiedlichen „Kriegsschauplätzen“ mit unterschiedlicher Intensität im jemenitischen Stil, d. h. auch unter Einsatz von Waffengewalt,⁴⁴³ diskutiert. Die schrecklichen Folgen dieser gewaltsamen Konfrontationen sind tiefsitzende Wunden, die in einer tribal geordneten Gesellschaft Generationen überdauern und den sozialen Frieden nachhaltig gefährden werden.⁴⁴⁴

Für den einfachen Jemeniten, so die Stimmungslage derzeit in Sanaa, Taiz, Hodeida und Aden, den größten Städten des Jemen, haben die Revolten lediglich das Leiden der Bevölkerung intensiviert: mehr Hunger, mehr Elend und eine noch stärker gewachsene Kluft zwischen Arm und Reich. Der sozio-ökonomische Abstieg der unteren Mittelschicht ist nach zwei Jahren (2012-2014) der „Anarchie“ im Jemen besiegelt.

Der Nationale Dialog gehört zu den hervorstechendsten Errungenschaften der Transformationsphase im Jemen. Trotz teilweise bürgerkriegsähnlichen Zuständen in verschiedenen Regionen der Republik verständigten sich alle Parteien und neuen politischen Gruppierungen auf den Beginn eines Nationalen Dialogs, der über eine neue Legitimität des Staates und dessen nationale Integrität zu einvernehmlichen Lösungen gelangen sollte. Der Nationale Dialog, der am 18. März 2013 seine Arbeit aufnahm und u. a. auch das Dossier des Südens (malaf al-Janub) und das Houthi-Problem (qathiat al-Houthi) als größte Hürden auf dem Weg zu einem Konsens zu überwinden hatte, beendete am 25. Januar 2014 mit

⁴⁴³ Im Jemen sind Schätzungen zufolge ungefähr 60 Mio. Waffenstücke, speziell Handfeuerwaffen, im Umlauf. Vgl. Europäische Gemeinschaft: Jemen – Strategiepapier 2007-2013, S. 16, eeas.europa.eu/yemen/csp/07_13_de.pdf, Stand: 6.5.2014.

⁴⁴⁴ Vgl. Lewis, Alexandra: Violence in Yemen: Thinking About Violence in Fragile States Beyond the Confines of Conflict and Terrorism, in: *Stability: International Journal of Security and Development* 1/2013, S. 1-22.

einem großen Festakt die zehnmonatigen Verhandlungen und stellte dabei seine Ergebnisse vor, die mehr als 1.800 Empfehlungen beinhalteten, deren wichtigste die Einführung eines föderalen Systems im Jemen war. Die Kernprobleme des Landes wurden jedoch dadurch nicht gelöst. Vor allem mangelt es an der Durchsetzungsfähigkeit des Staates, die vereinbarten Ergebnisse gegen den Willen von Eliten des alten Systems, lokalen Stammesführern und terroristischen Zellen in die Praxis umzusetzen.

Fazit: Die „Abdankung“ Salehs und der Abschluss des Nationalen Dialogs können die gigantischen Herausforderungen, vor denen das Land momentan steht, nicht lösen. Denn an den prinzipiellen Problemen des Landes ändert der Sturz des Diktators und die vagen Ergebnisse des Nationalen Dialogs relativ wenig. Für viele Jemeniten bleibt Saleh weiterhin der stärkste Mann auf der politischen Bühne, wenn auch seine Töne immer leiser werden und seine Tage als inoffizieller Machthaber gezählt zu sein scheinen. Das mit dem Arabischen Erwachen entstandene Machtvakuum wurde von vielen Gruppierungen effektiv genutzt, um ihre Macht- und Einflussphäre zu erweitern. Die zayditischen Rebellen aus dem Norden des Landes, die Houthis, sicherten sich in heftigen Kämpfen eine Teilautonomie ihrer Region, die weit mehr Gebiete einschließt als den Herkunftsort dieser Bewegung (Sa'ada). Brandt spricht diesbezüglich von einem Houthis-Schattenstaat, der nur noch nominell zum Jemen gehört.⁴⁴⁵

Die jemenitische Gesellschaft bleibt nach Stammeszugehörigkeit, konfessioneller Prägung und regionalem Verbundenheitsgefühl fragmentiert. Der struktur- und institutionenschwache Staat auf der einen Seite und die wieder erstarkten Stammesführer auf der anderen Seite bilden die beiden Pole, die das zukünftige Geschehen im Jemen beherrschen werden. Nachdem Saleh es geschafft hat, im letzten Jahrzehnt die Stammesführer durch die enge Anbindung und Beteiligung an der Macht von ihrer Basis zu lösen und den Stamm als Institution weitestgehend vom politischen Entscheidungsprozess zu exkludieren, haben die Scheichs im Zuge der Revolten die Nähe zu ihren Stämmen wiederentdeckt. Ihre direkte oder indirekte Beteiligung an der Staatsführung der zukünftigen jemenitischen Republik muss zu den Selbstverständlichkeiten gezählt werden, um das Land nicht in einen Bürgerkrieg bzw. in eine soziale Katastrophe zu stürzen.

Neben den Stammeszugehörigkeiten und der damit verbundenen absoluten Loyalität der Stammesmitglieder zu ihrem jeweiligen Clan tritt im Jemen der angesprochene ideologische Kampf zwischen Sunniten und Schiiten immer augenscheinlicher zutage. Die Machtkämpfe innerhalb des sich entwickelnden jemenitischen Staates werden neben der Stammes- nun auch die Ideologie-Komponente tragen. Die Islah-Partei, der

⁴⁴⁵ Vgl. Brandt, Marieke: Iqlim Sa'ada wal Jawf. Das problematische Erbe einer möglichen föderalen Provinz, in: Jemen-Report 1-2/2013, S. 32-38.

jemenitische Ableger der Muslimbrüder, konnte sich bis Ende 2013 der Unterstützung des saudischen Königshauses gewiss sein, weil sie in einer Allianz mit den Salafisten die Schiiten im Jemen gemeinsam bekämpft haben. Inzwischen wurde die Muslimbruderschaft in Folge der politischen Umwälzungen in Ägypten, in Saudi-Arabien und den VAE verboten. Für die Islah-Partei bedeutet dieses Verbot den Verlust einer wichtigen finanziellen Einnahmequelle, da davon ausgegangen werden kann, dass Saudi-Arabien seine Unterstützung ausschließlich für salafistische Gruppen reserviert halten wird. Die Gründung der salafistischen Raschad-Partei im Jemen war das erste Anzeichen, in Anlehnung an das Beispiel der salafistischen Nour-Partei in Ägypten, eine weitere konkurrierende islamistische Partei neben den Muslimbrüdern zu positionieren. Sie wird versuchen, vor allem die sozial Schwachen mit großen finanziellen Zuwendungen und auf Wohlfahrt ausgerichteten Dienstleistungen auf ihre Seite zu ziehen. Die gelegentlichen Zuwendungen des alten Saleh-Regimes aus machtpolitischem Kalkül zugunsten einiger schiitisch geprägter Stämme und Organisationen dürften weiterhin Bestand haben, sodass die ursprünglich auf den nördlichen Teil des Nordjemen beschränkte Machtbasis der Schiiten deutlich expandieren wird. Alltäglich gewinnt die Houthi-Bewegung als „Gegenideologie zum Salafismus und zur Muslimbrüder-Ideologie“ und als faktische, gut organisierte, realpolitische Macht für viele Stämme im Nordjemen an Bedeutung. Ihre ideologische Annäherung an die Zwölfer-Schia des Iran scheint einem Zweckrationalismus zu folgen, der sich darin ausdrückt, die regional seit Jahrzehnten anhaltende geopolitische Rivalität zwischen Saudi-Arabien (Sunniten) und Iran (Schiiten) für die eigenen nationalen Interessen fruchtbar zu machen. Langfristig kann diese strategische Annäherung den zaiditischen Islam theologisch und ideologisch in Richtung des Zwölfer-Schiismus lenken.

Durch seine strategisch wichtige Lage als „Pufferzone“ zwischen der arabischen Halbinsel und dem Horn von Afrika, der bedeutenden Meeresstraße Bab al-Mandab, die das Rote Meer mit dem Indischen Ozean verbindet und der bergigen und unzugänglichen Landschaft, die als Rückzugsort für al-Qaida-Kämpfer genutzt wird, erlangt der Jemen regional und international eine besondere Bedeutung.⁴⁴⁶ Die „neue Einsatzzentrale“ der sogenannten „Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ (AQAP) ist im Süden des Jemen beheimatet. Sie verfügt inzwischen über viele Untergruppierungen, deren wichtigste die sogenannten Ansar al-Sharia ist, die in der Lage ist, über den Jemen hinaus militärische Operationen an den Küsten (Piraterie), im Landesinnern und an der Grenze zu den

⁴⁴⁶ Zur Bedeutsamkeit und strategischen Relevanz des Jemen vgl. Abu Zaid; Ahmad M.: Jemen und die Golfstaaten – ein Sicherheitsdilemma (in arabischer Sprache), in: al-Mustaqbal al-arabi 414/2013.

Nachbarstaaten Saudi-Arabien oder Oman durchführen zu können. Daher unterstützen insbesondere die USA seit Jahrzehnten das jemenitische Militär, um den Kampf gegen die fanatischen Al-Qaida-Kämpfer erfolgreicher zu führen. Amerikanische Drohnen haben seit 2002 immer wieder Raketen eingesetzt, um Al-Qaida-Kämpfer gezielt zu liquidieren. Obwohl die meisten Jemeniten gegen die Präsenz der Al-Qaida in ihrem Land sind, verurteilen sie die amerikanischen Angriffe auf jemenitischem Boden, da sie die Souveränitätsrechte des Jemen verletzen und sogenannte Kollateralschäden verursachen, die bisher vielen unschuldigen Menschen das Leben kosteten. Die Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA und dem Jemen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus dominierte auch die US-amerikanische Politik zu Beginn des Volksaufstandes im Jemen. Die USA setzten zu Beginn der Revolten weiterhin auf die alten Akteure, da sie die Schlüsselpositionen im Sicherheitsapparat des Staates besetzten. Diese Strategie wurde erst mit der endgültigen Unterzeichnung der sogenannten Golf-Initiative und der Absetzung von Ali Abdullah Saleh verworfen.

Zweifelsfrei ist Saudi-Arabien der wichtigste externe Akteur im Jemen. Als Regionalmacht verfügt das Land über immense finanzielle Möglichkeiten, die politische Lage im Jemen jederzeit zu manipulieren. Die seit Jahrzehnten anhaltende Unterstützung salafistischer Gruppierungen im Jemen, die Überweisung von festen Gehältern an exponierte jemenitische Stammesführer, um ihre Loyalität zu sichern sowie die direkte Einmischung in die Politik des Jemen über die Islah-Partei – zukünftig über die salafistische Raschad-Partei – zeigen, wie groß der Einfluss von Saudi-Arabien auf die jemenitische Politik tatsächlich ist. Mit Blick auf die Al-Qaida im Jemen kann ihre Politik als ambivalent bezeichnet werden. Einerseits unterstützen die Saudis Al-Qaida mit finanziellen Mitteln, um den instabilen Status quo im Jemen zu halten, andererseits befürchten sie, dass eine erstarkte terroristische Organisation zukünftig das saudische Herrscherhaus zur Zielscheibe ihres Terrors macht.

Katar hingegen wird ihre Unterstützung für die Muslimbrüder (Islah-Partei) intensivieren, um das von ihr favorisierte islamistische Lager in eine optimale Ausgangsposition für die anstehende dezentrale Organisation des Landes zu bringen. Im Jemen herrschen also ein innersunnitischer Konflikt zwischen den Muslimbrüdern (Katar) und den Salafisten (Saudi-Arabien) und ein weiterer Konflikt zwischen Schiiten (Iran) und Sunniten, die ständig in kriegerischen Auseinandersetzungen enden und das Land nachhaltig destabilisieren werden. Es ist nicht unüblich, dass die Stämme im Jemen, die die Mehrheit der Kämpfer in ihren Reihen vereinen, ihre Loyalität für eine dieser drei Gruppierungen von finanziellen Zuwendungen abhängig machen. Insofern sind diese Loyalitäten eher temporärer Natur und können relativ einfach aufgekündigt werden. Da-

durch wird eine Analyse der Machtstrukturen und -zentren im Jemen nahezu unmöglich. Zu schnell ändern sich taktische Allianzen und überregionale Koalitionen, zu undurchsichtig sind die direkten Einflussmöglichkeiten von Persönlichkeiten des alten Regimes auf die Entwicklungen und zu stark sind die Einmischungen von regionalen und globalen Mächten.

3. Das Arabische Erwachen: Binnenperspektivische Ansichten

Said AlDailami

3.1 Die Symbiose von politik- und kulturwissenschaftlichen Forschungsansätzen

3.1.1 Die Relevanz einer arabischen Lesart

Die Zielsetzung dieser Veröffentlichung zwingt die Autoren dazu, das Diktat der Wissenschaftlichkeit teilweise aufzuweichen. Die arabische Sichtweise auf ihre eigene Geschichte und vor allem die Interpretation derselben ist ja gerade deshalb eine „arabische Lesart“, weil sie die strenge Methodenlehre der westlichen Geschichtsschreibung nur bedingt berücksichtigt bzw. nur selektiv anwendet. Der Mehrwert des folgenden, erklärenden und analysierenden Streifzugs durch die Arabischen Umbrüche liegt in der Offenlegung einer alternativen Interpretation des sogenannten „Arabischen Frühlings“, nämlich ausschließlich aus der arabischen Binnenperspektive. Diese Darstellung fördert inhaltliche und methodische Zugriffe zutage, die in der klassischen, politikwissenschaftlichen Transitionsforschung weitgehend unberücksichtigt bleiben. Der Fokus des ersten Teils dieser Studie auf die Rolle der außenpolitischen Akteure bei den Umbrüchen in der arabischen Welt rückt nämlich die umstrittene Frage externer Demokratieförderung, unter Einsatz militärischer Mittel (siehe Irak 2003 und Libyen 2011), in den Mittelpunkt politikwissenschaftlicher Transitionsforschung. Der Fall Syrien zeigt aber, wie herkömmliche Analysekonzepte linearer Systemtransformationen, wie sie die westliche Außenpolitik auf den arabischen Raum anzuwenden versucht, zum Scheitern verurteilt sind. Komplexe Realitäten erfordern daher eine Erweiterung traditioneller Transitionsforschung um kulturwissenschaftliche Analyseformen, durch die verständlich wird, weshalb beispielsweise im Fall Syrien eine (quasi-)demokratisch konstituierte Opposition noch kein Garant für eine Transformation autoritärer Regime in funktionierende Demokratien sein kann. Löst hier nicht vielmehr eine autoritäre Struktur die andere ab? Unter welchen Legitimitätsdefiziten leidet eine „demokratische“ Opposition, die im westlichen Exil formiert wurde? Welche Folgen hat eine enge Kooperation bzw. eine offensichtliche Abhängigkeit „neuer demokratischer Akteure“ von den sie materiell und ideell unterstützenden internationalen Staaten, den sogenannten „Freunden Syriens“?

Der transdisziplinäre Charakter dieser Studie und die wenig ausgeprägte methodologische Stringenz dienen dazu, weitere Möglichkeiten zu eröffnen, wie herkömmliche Analysekonzepte in den unterschiedlichen

Wissenschaftsbereichen sinnvoll miteinander verknüpft werden können. Der Austausch zwischen den Geschichts-, Politik-, Kultur- und Regionalwissenschaften bietet gerade auf dem Feld der Transitionsforschung interessante, komplementäre Austausch- und Kombiniermöglichkeiten, die für das Gesamtverständnis transformatorischer Prozesse fruchtbar gemacht werden können. Vor allem aber sollen mit diesem zweiten Teil der Studie, der, es sei noch einmal ausdrücklich darauf verwiesen, sich ausschließlich auf die Darstellung der arabischen Binnenperspektive konzentriert, Forscher ermutigt werden, zukünftig in der Analyse und Beurteilung komplexer Untersuchungsgegenstände verstärkt auf multi-zentrische und vernetzte Perspektiven zu setzen.⁴⁴⁷

Diese spannende Gegenüberstellung einer europäischen und einer arabischen Lesart des Arabischen Erwachens wird schließlich von der leisen Hoffnung getragen, zukünftig nicht nur auf interdisziplinäre, sondern auch auf interkulturelle Forschungsansätze zu setzen, da sie für die Politikgestaltung und -analyse im 21. Jahrhundert von enormer Bedeutung sind. Denn statt des prophezeiten Zusammenpralls der Kulturen erlebt die Menschheit im Zuge der Globalisierung auf allen Ebenen eine Blüte wechselseitiger Verflechtungen und kultureller Berührungspunkte, die nur dann bereichernd und weniger bedrohend empfunden werden kann, wenn die Bereitschaft und die Fähigkeit in den Menschen gestärkt werden, das Denken und Handeln des Anderen im Lichte der weltanschaulichen Prägung dieses Anderen zu verstehen.⁴⁴⁸

3.1.2 Die Relevanz von Authentizität und Sprache

Nur eine Innenperspektive kann für sich beanspruchen, einen bestimmten Grad an Authentizität zu vermitteln. Innenperspektiven zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht aus dem Mund eines aus der Ferne beobachtenden Erzählers (Beobachter-Perspektive) oder der Feder eines kürzlich zum Ort des Geschehens angereisten Berichterstatters (Fallschirm-Journalismus), Kommentators oder sogenannten Experten stammen, sondern durch ihre faktische Verwurzelung in der Geschichte und Gegenwart der zu beschreibenden Ereignisse entstanden sind. Jede vermeintlich „neutrale“ Beschreibung von geschichtlichen Ereignissen ist reine Illusion. Jede Beobachtung und Erzählung aus der Sicht eines vermeintlich Unparteiischen ist reine Fiktion. Vor diesem Hintergrund erfüllt die beobachtende, erzählende und analysierende Binnenperspektive eine wichtige Funktion, wenn die Authentizität der Ereignisse möglichst gewahrt

⁴⁴⁷ Vgl. Beck, Martin: Der „Arabische Frühling“ als Herausforderung für die Politikwissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 4/2013, S. 641-661. Vgl. weiterführend auch Ziai, Aram: Postkoloniale Studien und Politikwissenschaft: Komplementäre Defizite, Stand der Forschung und Perspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift, S. 291-322.

⁴⁴⁸ Vgl. dazu ausführlicher Gottowik, Volker: Konstruktionen des Anderen. Clifford Geertz und die Krise der ethnografischen Repräsentation, Berlin 1997.

bleiben soll. Denn jedes Ereignis verfügt über einen historischen Kontext, der vielschichtige Ausdifferenzierungen und Interpretationsmodi zulässt, monokausale Erklärungsmuster hingegen absurd erscheinen lässt. Viele Intellektuelle in der arabischen Welt heben mahnend den Finger, um auf diese – ihre – Binnenansicht hinzuweisen, weil sie der festen Überzeugung sind, dass die Weltöffentlichkeit nur ein Bruchteil dessen gesehen und gelesen hat, was sich zwischen 2011 und 2014 auf den einzelnen „Revolutionsschauplätzen“ abgespielt hat. Der Außenbetrachter schneidet sich natürlicherweise aus den Unmengen von Ereignisdaten jene Film- und Berichtsequenzen zusammen, die für die „Saturierung des heimischen Marktes“ ausreichend sind bzw. der Erwartungshaltung des aktuell gültigen „politischen Mainstreams“ größtenteils entsprechen. „Dass sich ein europäischer (deutscher) Autor an europäische (deutsche) Leser wendet, wird den Charakter des Textes nicht unberührt lassen: Erwartungen, Vorwissen und kulturelle Selbstverständlichkeiten sind nicht standortneutral.“⁴⁴⁹

Allein durch die sprachliche Übersetzungsleistung gehen sehr viele Informationen verloren, da jede Übersetzung auch eine Interpretation bedeutet. Die Parole, die im Dezember 2010 in Tunesien angestimmt wurde, im Januar 2011 in Ägypten und im Februar 2011 im Jemen, kurze Zeit später in Libyen und in vielen anderen Ländern im identischen Wortlaut von Menschenmassen wiederhallte, lautete: al-sha'b yurid isqaat al-nizam (Das Volk will den Sturz des Regimes / Systems). Dieser Slogan ist eines von vielen Zeichen- und Symbolsystemen, die im Arabischen Erwachen gehört, gefühlt und gelesen werden konnten. Sie alle erfordern eine genaue, eine authentische Übersetzung, um die mit ihnen zum Ausdruck gebrachten Inhalte dem Außenbetrachter verständlich zu machen. Was bedeutet es eigentlich, wenn alle arabischen Bevölkerungen, jede in ihrem eigenen Dialekt, dieselbe Parole über Wochen hinweg skandieren? Welche Affinitäten verbergen sich hinter dem Anschluss an die im Geburtsland der Revolten angestimmte Parole? Welche Signifikanz trägt die Selbstbezeichnung „Volk“, die sich die protestierenden Menschenmassen gegeben haben, obgleich der Begriff „Volk“ in der jüngsten Geschichte dieser Bevölkerungen seines Inhalts beraubt worden ist? Warum war es wichtig für die Menschen, ihren Willen (yurid) in den Mittelpunkt zu stellen, wo doch der Volkswille in den vergangenen Dekaden aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgemerzt schien? Und schließlich ist zu fragen, welche Assoziationen der Begriff „nizam“ (System, Regime) im Bewusstsein der Menschen vor Ort hervorruft. Meinen die Protestierenden damit das diktatorische Regime, unter dem sie jahrzehntelang zu leiden hatten? Meinen sie das System als Ganzes, das erst diese Situationen

⁴⁴⁹ Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, Bonn 2010, S. 20.

hervorgebracht hat? Oder klagen sie mit dem Begriff „nizam“ die (Welt-) Ordnung an, in der sie spätestens seit dem Kolonialzeitalter zu den „ewigen“ Verlierern, Ausgebeuteten und Entrechteten gehören? Hatten die Menschen auf den Tahrir-Plätzen ausschließlich eine regionale oder vielmehr eine globale Botschaft auszusenden, die jede Form von Repression, Ungerechtigkeit und Hegemonialstreben ablehnt? Welche Aussagekraft haben die spontan veranstalteten, folkloristischen Musik- und Tanzveranstaltungen auf den Demonstrationsplätzen, insbesondere in Syrien? Welche Rolle spielten die unzähligen Gedichte und Reime, die über alle Altersklassen hinweg auswendig gelernt und besungen wurden? Und schließlich, welche Botschaften vermittelt die „witzige Revolution“, die alltäglich sich selbst und vor allem den Anhängern des alten Systems mit teils anspruchsvollem, teils einfachem, aber stets amüsantem Humor die Nächte auf den Plätzen der Befreiung (Mayadin al-Tahrir) verkürzte? Witze, die sich freilich nur schwer in eine fremde Sprache übersetzen lassen, weil sie ohne kulturellen Hintergrund ihre Pointe verlieren würden. Sie dürften aber sehr viel darüber aussagen, wie es eine arabische Gesellschaft auf ihre Art und Weise versteht, sich selbst „auf den Arm zu nehmen“. Eine Eigenschaft, über welche arabische Gesellschaften nach verbreiteter Ansicht nicht verfügten, da Selbstkritik und Selbstreflexion in diesem Kulturraum unüblich seien.⁴⁵⁰

Mit dem Fortschritt der Revolution auf den einzelnen Tahrir- und Taghijer-Plätzen änderte sich dieser Slogan schließlich und passte sich der jeweiligen Lage an. Die Dynamik der Entwicklungen forcierte das Hervorbringen neuer Parolen und Schlachtrufe, die die Demonstrierenden einigten und in ihren Implikationen viele Bedeutungen trugen. Die Sprache ist also eine Variable unter vielen weiteren – z. B. räumliches Zusammengehörigkeitsgefühl auf den Demonstrationsplätzen, Identitätsbestimmung aufgrund eines veränderten (Selbst-)Bewusstseins, Kollektivgefühl von Würde und gegenseitiger Akzeptanz –, die weitaus mehr Erkenntnisse über die Hintergründe des Arabischen Erwachens zulassen, als die bloße deskriptive Auseinandersetzung mit politischen Ereignissen, die sich in einem beschreibenden Aktions- und Reaktionsschema zwischen Straße und System ergeben haben.⁴⁵¹

⁴⁵⁰ Vgl. Nagel, Tilman: Islam oder Islamismus? Probleme einer Grenzziehung, in: Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, hrsg. von Hans Zehetmair, Wiesbaden 2005, S. 34. Gegenpositionen in Dhouib, Sarhan: Zur Kritik der Kultur in der arabisch-islamischen Philosophie der Gegenwart, in: Zeitschrift für Kulturphilosophie 1/2008, S. 59-72.

⁴⁵¹ Eine aufschlussreiche und äußerst informative Studie zu den Symboliken der Revolution und ihrer politischen, gesellschaftlichen und sozio-kulturellen Bedeutungen, die bisher kaum in Europa rezipiert worden sind, bietet der Band von Mehrez, Samia: Translating Egypt's Revolution. The Language of Tahrir, Cairo / New York 2012.

3.1.3 Die Relevanz von kultureller Sensibilisierung

Ein strukturelles Dilemma, das schwer aufzulösen ist, liegt darin, dass sämtliche angewandte Begriffe, Wissenschaftstheorien und -methoden der europäischen Tradition entstammen und von Wissenschaftlern unverändert auf die arabische Welt übertragen werden. Der Analyse- und Bewertungsmaßstab ist europäischer, die zu analysierenden und zu bewertenden Ereignisse arabischer Herkunft. Die Bewertungsnorm und das Analyseraster entspringen also einem europäischen Kontext, erheben jedoch den Anspruch auf universelle Geltung und Gültigkeit. Ein Entkommen aus diesem Dilemma der kulturellen Selbstbezogenheit ist auch mit dem Konzept der Eurozentrismus-Kritik nicht realisierbar, da auch diese Kritik ebenfalls europäischen Ursprungs ist und somit dieselben Erkenntniskriterien anwendet wie der Eurozentrismus. Eine Überwindung der eurozentrischen Weltsicht kann sicherlich nicht durch eine vermeintlich neutrale Haltung egalisiert werden, da Neutralität illusorisch ist. Jürgen Osterhammel sieht in der Verleugnung der Prämissen der eigenen Forschung nicht den Ausweg aus diesem Dilemma. Er plädiert vielmehr für einen bewussteren Umgang mit denselben. Nur so erkennt die forschende Person die Relativität ihrer Sichtweisen. Die bewusste Konfrontation der eigenen euro-normierten Prämissen mit den Narrativen anderer Kulturen und Weltanschauungen führt unvermeidlich zur Erkenntnis der Nicht-Universalisierbarkeit der eigenen Perspektive. Es kann also bereits als Fortschritt gedeutet werden, wenn Abweichungen von der „Euro-Norm“ nicht mehr von allen Wissenschaftsdisziplinen automatisch als Beleg für die Minderwertigkeit und Rückständigkeit anderer Kulturen gewertet werden.⁴⁵²

Interessengeleitete, westliche Realpolitik im arabischen Raum scheint sich fernab dieser wissenschaftlichen Diskurse über den „Umgang mit anderen Kulturräumen“ zu bewegen. Für arabische Gesellschaften, die von dieser vor allem amerikanisch dominierten Interessenpolitik betroffen sind, mag es Trost spenden, dass insbesondere die Kultur- und Regionalwissenschaften in Europa eine ideologische Wende zu vollziehen scheinen; an ihrem Leid ändert dieser Trost jedoch relativ wenig. Ganz im Gegenteil stellt sich für sie vielmehr ernsthaft die Frage, ob sich westliche Politik jemals an den von ihr propagierten handlungsleitenden Maximen orientiert hat. Von Humanismus und vor allem von der am Schutz der Menschenwürde als oberster Leitidee orientierten westlichen Politik haben arabische Bevölkerungen in den letzten zwei Jahrhunderten eher wenig zu spüren bekommen. Westliche Hegemonialpolitik wird im arabischen Raum als schonungslose Interessenpolitik gelesen. Vielleicht wäre es tatsächlich sinnvoll, zu überprüfen, ob die Menschenrechte bislang nur in

⁴⁵² Vgl. Yousefi, Hamid R.: Interkulturalität und Geschichte. Perspektiven für eine globale Philosophie, Reinbek 2010, S. 13.

der westlichen Hemisphäre „institutionell und zivilgesellschaftlich gestützt, argumentativ verteidigt und in den Praktiken des Alltagslebens inkarniert“⁴⁵³ worden sind. Hans Joas hat die Grundlagen für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit eben dieser Frage in seinem Werk „Die Sakralität der Person“ gelegt. Damit auch in Europa und im Westen allgemein ein Bewusstsein für das arabische Trauma entsteht, lohnt eine intensivere Auseinandersetzung mit dieser Thematik, insbesondere mit der offensichtlichen Diskrepanz zwischen interessengeleiteter und werteorientierter Politik und ihrer Perzeption durch die von ihr betroffenen Kulturen und Gesellschaften. Mantraartig die Universalität der Menschenrechte zu postulieren ist ehrenwert. Noch viel ehrenwerter ist es aber, dieses Lippenbekenntnis in den internationalen Beziehungen Wirklichkeit werden zu lassen. Vielleicht entsteht durch die intensive Auseinandersetzung mit dieser Problematik langfristig – auch jenseits elitärer Wissenschaftskreise – ein gesamteuropäisches Bewusstsein von dem, was fehlt,⁴⁵⁴ in der Begegnung und im Umgang mit anderen Kulturen speziell auf politischem und ökonomischem Terrain.

3.2 Kollektiverinnerungen und kulturelles Gedächtnis von Gesellschaften

Erinnerungen an die eigene Geschichte sind ein fester Bestandteil gesellschaftlicher Bewusstseinsfindung und Bewusstseinswandlung. Die erinnernde Aufarbeitung des Holocaust im kollektiven Bewusstsein Deutschlands erreichte nach langen Jahrzehnten des Schweigens in den 1980er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen ersten Höhepunkt und beschäftigte fortan viele verschiedene Wissenschaftsdisziplinen. Der Gedächtnisbegriff markiert seit dieser Epoche im deutschsprachigen Raum ein „neues“ Paradigma in den Wissenschaften. Er avancierte sogar zum „Leitbegriff der Kulturwissenschaften“.⁴⁵⁵ In Anlehnung an den von Maurice Halbwachs entwickelten Begriff des „kollektiven Gedächtnisses“, der durch Jan und Aleida Assmann in eine systematisch und begrifflich differenzierte Theorie des kulturellen Gedächtnisses weiterentwickelt wurde, soll in dieser theoretischen Betrachtung gezeigt werden, dass auch für den arabischen Raum bestimmte Erinnerungen bzw. Erinner-

⁴⁵³ Vgl. Joas, Hans: Die Sakralität der Person. Eine neue Genealogie der Menschenrechte, Berlin 2011, S. 284.

⁴⁵⁴ „Ein Bewusstsein von dem, was fehlt“ ist eine Anlehnung an den gleichnamigen Titel einer veröffentlichten wissenschaftlichen Diskussion mit Jürgen Habermas über Glaube und Vernunft. Vgl. Reder, Michael / Schmidt, Josef: Ein Bewusstsein von dem, was fehlt. Eine Diskussion mit Jürgen Habermas, Frankfurt a. M. 2008.

⁴⁵⁵ Vgl. Assmann, Aleida: Gedächtnis als Leitbegriff der Kulturwissenschaften, in: Kulturwissenschaften. Forschung – Praxis – Positionen, hrsg. von Lutz Musner und Gotthart Wunberg, Wien 2002, S. 27-45; Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 11.

ungsmechanismen prägend sind, die großen Einfluss auf Mentalität und Denkstruktur in dieser Region haben.

Der Assmann'sche Ansatz der Verbindung von Kultur und Gedächtnis ist insofern für diese Studie von zentralem Interesse, als gezeigt werden soll, wie die jüngere und jüngste arabische Geschichte und ihre Erinnerung in den zeitgenössischen Diskursen arabischer Gesellschaften einen zentralen Platz einnehmen und somit für das Verständnis des Arabischen Erwachens unverzichtbar sind. Ohne die Formierung und Perpetuierung eines kulturellen Gedächtnisses wären beispielsweise die heutigen Diskussionen über kulturelle Authentizität (*assaala*) und Anschluss an die Moderne (*hadatha*) nicht erklärbar.⁴⁵⁶ Auch die Tatsache, dass innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Probleme im zeitgenössischen politisch-gesellschaftlichen Diskurs des „revolutionären Arabiens“ deutlich hinter Fragen nach der Identität und nach der Würde rangieren, lässt sich nur vor diesem Hintergrund erklären. Die zentrale These in der Theorie des kollektiven Gedächtnisses basiert auf der Überlegung, dass jedes individuelle Erinnern die Manifestation eines kollektiven Gedächtnisses ist.⁴⁵⁷ Damit kommt der sozialen Gruppe, in der jedes Individuum interagiert und kommuniziert, eine bedeutsame Rolle in der Entwicklung von persönlichen Erinnerungen zu. Erst wenn diese Kommunikation abbricht, wenn sich der Bezugsrahmen ändert, verschwinden bestimmte Elemente aus dem kollektiven Gedächtnis; sie werden vergessen. Persönliches Erinnern ist nach dieser Theorie von Halbwachs nur ein „Ausblickspunkt“ auf das kollektive Gedächtnis,⁴⁵⁸ was implizit bedeutet, dass ein individuelles Gedächtnis ohne das Kollektiv nicht existieren kann. Les cadres sociaux, die sozialen Rahmen sind es also – im arabischen Kontext sind es die Familie, die Sippe, der Stamm, die Ethnie oder die Religionsgruppe, in Ausnahmefällen die gesamte Nation –, die das Gedächtnis ihrer Mitglieder bestimmen. In diesen identitätsstiftenden Gruppen wird „Wissen über Daten und Fakten, kollektive Zeit- und Raumvorstellungen sowie Denk- und Erfahrungsströmungen vermittelt“.⁴⁵⁹

Zu den zentralen Merkmalen des Kollektivgedächtnisses gehört die Rekonstruktion bestimmter Erinnerungen. Diese wird insbesondere erleichtert, wenn in der gegenwärtig gelebten Situation Kontinuitäten sichtbar werden, die eine Integration vergangener Topoi erlauben. Zum wichtigsten Kontinuum aus arabischer Perspektive gehört die Übermacht Europas. „Europa übte in der Welt dreierlei aus: Macht, die es oft gewaltsam zum Einsatz brachte; Einfluss, den es sich über die zahl-

⁴⁵⁶ Zu den zeitgenössischen Diskursen im arabischen Raum und den zentralen Begriffen, die darin eine Rolle spielen, vgl. AlDailami, Said: Erneuerungsdenken in der islamischen Welt, Würzburg 2011, S. 328-384.

⁴⁵⁷ Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1985.

⁴⁵⁸ Ebd., S. 31.

⁴⁵⁹ Ebd., S. 15.

losen Kanäle kapitalistischer Expansion zu sichern verstand; und eine Vorbildwirkung, gegen die sich sogar viele von Europas Opfern nicht sperrten.⁴⁶⁰ So sehr die Übermacht Europas im Verlaufe des 20. und 21. Jahrhunderts an Stärke eingebüßt haben mag, so wenig scheint dieser Machtverlust die ambivalente Rezeption europäischer und später amerikanischer Präsenz im arabischen Raum zu verändern. Faszination und Angst vor einem materiell übermächtigen Westen wurden mit dem Ende des Kolonialismus durch eine Faszination und Angst vor der *Kultur* Europas bzw. des Westens abgelöst. Die aufeinanderfolgenden Traumata-Erfahrungen in dieser verstetigten asymmetrischen Wechselbeziehung beider Welten scheinen das arabische Gedächtnis nachhaltig geprägt zu haben. Wie im Folgekapitel näher dargestellt wird, gehören Schlagworte wie Kolonialismus, Fremdherrschaft, Sykes-Picot-Abkommen und Neuordnung des Nahen Ostens zu diesen Topoi, die aus der Vergangenheit in die Gegenwart transferiert werden, weil zumindest für die betroffenen arabischen Völker das Gestern dem Heute in so vielen Punkten ähnelt.

Dieses kollektive Erinnern wird insbesondere durch die Intelligenz in der arabischen Welt seit Jahrzehnten wach gehalten. Durch selektive Zugriffe auf die eigene nationale Vergangenheit erinnert sie ihre Mitbürger daran, wie fremdbestimmt ihre Gegenwart ist, so wie einst vor fast genau einem Jahrhundert, als ihre von osmanischer Herrschaft befreite Region in europäische Mandats Herrschaft übergeben wurde.⁴⁶¹ Eine kleine Überprüfung, inwiefern die genannten Begriffe für die Araber bis heute lebendig sind, lässt sich durch eine einfache Suche bei Google bewerkstelligen. Die Suchmaschine liefert für die arabische Kombination des Suchbegriffs „neues Sykes-Picot“ in Sekundenschnelle 52.600 Ergebnisse.

Volker Perthes ist zuzustimmen, dass dieser „Google-Befund“ nichts darüber aussagt, wie realistisch die Chancen heute liegen, dass die Grenzen im Nahen Osten erneut durch die internationalen Großmächte gezogen werden könnten. Perthes begründet den aus seiner Sicht unrealistischen Eintritt dieser arabischen Befürchtungen damit, dass die

⁴⁶⁰ Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 20.

⁴⁶¹ Wie die Kolonialgeschichte das Feld der Politik, der Literatur und der Kultur in der arabischen Welt beeinflusst, kann am Beispiel von Algerien gezeigt werden. Bis heute kämpfen Intellektuelle aus Algerien für die Präsenz eines historischen Gedächtnisses in ihrer Gegenwart und für eine offizielle Entschuldigung der französischen Republik. Vgl. Khelifi, Ghania: Ein Pakt wider das historische Gedächtnis, 28.3.2012, <http://de.qantara.de/content/algerisch-franzosische-beziehungen-ein-pakt-wider-das-historische-gedachtnis-0>, Stand: 1.4.2014. Auf der Gegenseite untersucht Christoph Kalter wie die Dekolonisierung lange Zeit für die Linke in Frankreich als zentrales Element ihres Selbstverständnisses und ihrer politischen Agitation diente. Vgl. Kalter, Christoph: Die Entdeckung der dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt a. M. 2011. Aus dem Blickwinkel des Menschenrechtsdiskurses untersucht Bogner den Fall Algerien in seiner Habilitationsschrift, die im arabischen Raum sicherlich eine größere Rezeption erfahren dürfte. Vgl. Bogner, Daniel: Das Recht des Politischen. Ein neuer Begriff der Menschenrechte, Bielefeld 2014.

Europäer und Amerikaner gelernt hätten – China, Russland und andere hätten aus der westlichen Erfahrung ebenfalls ihre Lehren gezogen –, dass politische Strukturen oder regionale Ordnungen im Nahen Osten nicht durch externe Mächte hergestellt werden können.⁴⁶² Was Perthes zu übersehen scheint, ist die symbolische Bedeutung des Sykes-Picot-Abkommens für das arabische Gedächtnis. Nicht das Abkommen an sich beschäftigt die arabische Seele – sie hat schon sehr früh gelernt, mit der Macht des Faktischen umzugehen –, sondern vielmehr haben die Umstände, unter denen dieses geheime Abkommen zustande kam, ihr Vertrauen in Europa grundlegend erschüttert. Sykes-Picot ist demnach kein vergangenes Ereignis, sondern ein Erfahrungsraum,⁴⁶³ der über seine geschichtliche Kontingenz hinaus bis in die Gegenwart hineinstrahlt. Es ist das Sinnbild für den ungebrochenen und sich fortwährend perpetuierenden „Überwältigungswillen und die Arroganz“⁴⁶⁴ Europas gegenüber der arabischen Welt. Einerseits prägt es die faktische Geographie und Topographie Arabiens bis heute, andererseits determiniert es die arabische (politische) Intelligenz in entscheidendem Maße. Freilich verfügt die Bildungselite in der arabischen Welt über die geistige Kompetenz, um in Einklang mit Perthes beurteilen zu können, dass der Westen im postkolonialen Zeitalter des 21. Jahrhunderts nicht mehr mit der Arroganz des Gutsherrn die außereuropäische Welt in der gleichen Art und Weise verteilen kann wie vor 100 Jahren. Aber bedeutet dieser dem „Zeitgeist“ geschuldete Umstand, dass der Westen keinerlei geostrategische, wirtschaftliche oder militärische Interessen im Nahen Osten verfolgt? Dass er zur Sicherung und Durchsetzung derselben nicht bereit und in der Lage ist, Strategien zu entwickeln, die eine Neuordnung der Region zu seinen Gunsten zur Folge haben?

An der Beantwortung dieser Fragen scheinen sich arabische und europäische Geister zu scheiden, weil sie aus unterschiedlichen Blickwinkeln argumentieren. Während die gesamte arabische Intelligenz dazu tendieren würde, diese Fragen zu bejahen, neigen westliche Analysten dazu, die Dominanz westlicher Politikgestaltung herunterzuspielen. Das arabische Misstrauen und die arabischen Ängste sind ein Produkt des arabischen kulturellen Gedächtnisses. Es beruft sich auf eine nicht lange zurückliegende Vergangenheit, aus der es seine Lehren ziehen möchte. Diese arabische „Paranoia“, so unrealistisch sie aus westlicher Sicht auch sein mag, sollte ernst genommen werden, da sie für bestimmte Denk- und Verhaltensmuster politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure im

⁴⁶² Vgl. Perthes, Volker: Kein neues „Sykes-Picot“-System, 21.10.2013, <http://de.qantara.de/inhalt/syrienkonflikt-und-regionale-ordnung-kein-neues-sykes-picot-system>, Stand: 1.4.2014.

⁴⁶³ Zum Begriff des Erfahrungsraumes vgl. Kauppert, Michael: Erfahrung und Erzählung. Zur Topologie des Wissens, Wiesbaden 2010, S. 213-243.

⁴⁶⁴ Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 20.

arabischen Raum von grundlegender Bedeutung ist. Es ist folglich für das arabische Gedächtnis uninteressant, ob die Befürchtungen eines „neuen Sykes-Picot“ begründet sind oder nicht, da die einmalige Enttäuschung einer Erwartungshaltung die Wahrscheinlichkeit ihres Wiedereintritts in neuem Gewand nicht schmälert. Vor diesem Hintergrund gewinnen die skizzenhafte Darstellung des kulturellen Gedächtnisses in arabischen Gesellschaften und die damit verbundenen Erfahrungsräume eine besondere Beachtung.

3.2.1 Das kulturelle Gedächtnis im Spannungsfeld politischer Machtverhältnisse

Aleida Assmann versucht, in „Der lange Schatten der Vergangenheit“ zu beschreiben, wer erinnert und wie erinnert wird. Sie bedient sich dabei der Begriffspaare Sieger- und Verlierergedächtnis sowie Opfer- und Tätergedächtnis. Im Blickpunkt stehen die verschiedenen Perspektiven, die eingenommen werden können, um unter dem Einfluss von Stolz und Scham beziehungsweise Schuld und Leid, Erinnerungen zu konstruieren. Das Siegedächtnis erinnert an heroische Bilder, um das Selbstbild zu stärken und im optimalen Fall mit konkreten Zielen in der Gegenwart zu verknüpfen, die eine Fortsetzung dieses Sieges bedeuten würden. Alle negativen Erinnerungen, die im Zusammenhang mit den erinnerten Ereignissen stehen, werden ausgeblendet und geraten so in Vergessenheit. Dem Verlierergedächtnis gesteht A. Assmann eine vermeintlich größere mobilisierende Wirkung zu, weil sie mit einer Zukunftsorientierung für das Kollektiv verbunden ist, nämlich eine Wiederholung dieser Niederlage zu verhindern. „Die Sieger haben die Geschichte vergessen. Sie können sich's leisten, während es den Verlierern unmöglich ist, das Geschehene hinzunehmen; diese sind dazu verdammt, über das Geschehene nachzutrübeln, es wiederzubeleben und Alternativen zu reflektieren.“⁴⁶⁵

Ogleich sich für die arabische Erinnerungskultur aus den bis hierhin skizzenhaften Darstellungen der unterschiedlichen Erinnerungsformen fragmentarisch praktische Anwendungen dieses Theoriegerüsts finden ließen, scheint das Opfer- und Tätergedächtnis den dominierenden Erinnerungsmodi arabischer Bevölkerungen am nächsten zu sein. Diese Gedächtnisform ist maßgeblich von der Asymmetrie zwischen Opfer und Täter gekennzeichnet, die durch Erstere nicht überwunden werden kann. Aleida Assmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „schrecklichen Asymmetrie von überrumpelnder Macht und ausgelieferter Ohnmacht“,⁴⁶⁶ die nur noch durch eine tatsächliche oder fiktive Flucht – Auswanderung oder Ideologisierung – abgemildert werden kann. Die Asymmetrie in der

⁴⁶⁵ Burke, Peter: Geschichte als soziales Gedächtnis, in: Mnemosyne, hrsg. von Aleida Assman und Dietrich Harth, Frankfurt a. M. 1993, S. 297.

⁴⁶⁶ Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit, S. 74.

Begegnung von westlicher und arabischer Welt kann in ökonomischer, militärischer, technischer und technologischer Sicht kaum übersehen werden. Das Gefühl der Unterlegenheit gegenüber einem übermächtigen Westen, von dem arabische Staaten einerseits existenziell abhängig sind – Stichwort Rentierstaaten –, andererseits unfähig zu sein scheinen, dieses Abhängigkeitsverhältnis aufzukündigen, bringt die Ohnmachtserfahrung in der arabischen Welt deutlich zum Ausdruck.

Eine Möglichkeit, sich vom empfundenen Würgegriff des Westens zu befreien, sind Fundamentalismus und Extremismus, was gemäß der Theorie von Aleida Assmann kein typisch arabisch-islamisches Phänomen ist. Sie unterscheidet zwischen einem heroischen Opfergedächtnis einerseits, das z. B. an einen Gott glaubt und Märtyrer hervorbringt, die sich für den Gott und für das Kollektiv aufopfern, und einem traumatischen Opfergedächtnis andererseits, das weder erinnert werden will noch in irgendeinen positiven Sinnzusammenhang integriert werden kann. Der Maßstab zur Prüfung der Frage, ob Opfererfahrungen als Teil des kulturellen Gedächtnisses betrachtet werden können oder nicht, richtet sich nach Aleida Assmann danach, ob die Opfer in der Lage sind, sich als Gruppe zu organisieren und langfristige Erinnerungsformen zu entwickeln. Dabei geht sie davon aus, dass Leid grundsätzlich das Selbstbild stärkt, während Schuld es zu zerstören droht.⁴⁶⁷ Vor dem Hintergrund dieses Erklärungsmusters gewinnt die Emanation und Blüte der Ideologie des politisierten Islam im arabischen Raum eine äußerst interessante Existenz- und Legitimierungsgrundlage. Die islamistischen Gruppierungen halten besonders das traumatische Opfergedächtnis wach, indem sie, mit Verweis auf das koloniale und imperiale Zeitalter, die besondere Opferrolle der islamischen und ganz besonders der arabischen Gesellschaften zum festen Bestandteil ihres Ideologieggerüsts erheben. Hingegen kann die Beschreibung des Tätergedächtnisses, wie sie von den Assmanns am konkreten Beispiel des Holocaust entworfen wurde, in keinem Fall auf das Täterverhalten Europas und der USA in der jüngsten arabischen Geschichte übertragen werden. Das Tätergedächtnis der Nach-Holocaust-Generation ist nach Assmann um Unsichtbarkeit bemüht, es betreibt Schuldabwehr als Strategie der Gesichtswahrung, es schweigt über die Schuld. In der Wahrnehmung der arabischen Bevölkerungen kann von einem Tätergedächtnis Europas und der USA nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil scheint sich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten durch externe regionale und vor allem internationale Akteure, die sich keiner Schuld bewusst sind, zum einzigen Kontinuum in der Geschichte dieser Völker zu verstetigen. Während das Tätergedächtnis im Anschluss an den Holocaust nach A. Assmann die Tabuisierung der Tat

⁴⁶⁷ Ebd., S. 81.

als vorrangiges Ziel verfolgt,⁴⁶⁸ scheint ein Tätergedächtnis der westlichen Kolonialmächte bezogen auf die arabische Welt noch nicht einmal zu existieren.⁴⁶⁹

3.2.2 Das arabische kulturelle Gedächtnis

Jede historische Phase der letzten zwei Jahrhunderte hat im arabischen Raum ein dem politischen und gesellschaftlichen Kontext entsprechendes Geschichtsbild hervorgebracht, das mittelbar oder unmittelbar mit dem Begriffspaar Kolonialismus-Imperialismus verknüpft ist. Dabei verstehen Araber unter beiden Termini vorrangig eine Fremdherrschaft, die sie ihrer Kultur beraubt und zu entwurzeln versucht. Es kann deshalb pauschal von einem homogenen panarabischen Volksgedächtnis gesprochen werden, da die Erfahrungen – zumindest in ihrer erinnernden und bewältigenden Aufarbeitung durch die einzelnen arabischen Nationen – sehr viele Gemeinsamkeiten aufweisen: Kolonialismus, Imperialismus, eine bis heute andauernde Fremdherrschaft, da die Diktatoren der arabischen Welt in der Volksmeinung als „Marionetten des Westens“ betrachtet werden, und schließlich ein verbreitetes Ohnmachts- und Unterlegenheitsgefühl gegenüber dem Westen bilden die Eckpfeiler dieses arabischen (Unter-) Bewusstseins. Die genaue Analyse der vielschichtigen Auswirkungen dieser Erfahrungsräume auf das arabische Selbstbewusstsein, auf sein Selbst- und Fremdbild erlaubt nicht nur auf dem Gebiet der Rekonstruktion des kulturellen Gedächtnisses, sondern weit darüber hinaus auch Rückschlüsse über die aktuellen Verhältnisse in Staat und Gesellschaft der arabischen Region. Ohne Kolonialismus und ohne das Expandieren imperialer Mächte im arabischen Raum kann die Geburtsstunde der Muslimbrüder im Jahr 1928 nicht erklärt werden. Ohne die „mission civilisatrice“, mit der Napoleon die arabischen Völker aus der Barbarei in die Zivilisation führen wollte, kann die arabische Aversion gegenüber Begriffen wie Säkularismus (*'ilmanyia*) und Laizismus (*la'ikyia*) nicht verstanden werden.⁴⁷⁰ Ohne die hegemoniale Dominanz westlicher Vorstellungen von Herrschafts- und Gesellschaftsordnung, die in der sogenannten kulturellen Moderne global manifest werden, kann der Fundamentalismus als „moderner Anti-Modernismus“ nicht verstanden werden. Und ohne den Hegemonialdiskurs über Demokratie und Menschenrechte kann der innerarabische Diskurs über Anschluss an die Moderne (*hadatha*) bei gleichzeitiger kultureller Authentizität (*turath*

⁴⁶⁸ Ebd., S. 82.

⁴⁶⁹ Hollande verweigert Entschuldigung für Kolonial-Gräuelt, in: Süddeutsche Zeitung, 20.12.2012, <http://sz.de/1.1555496>, Stand: 6.5.2014.

⁴⁷⁰ Die geistige Invasion (al-Ghazw al-fikri) ist ein fest stehender Begriff in der arabischen Öffentlichkeit. Er bezeichnet alle Phänomene der kulturellen Moderne als aufoktroiertes, westliches Denken.

bzw. *asaala*) in seinen zahlreichen Dimensionen nicht nachvollzogen werden.⁴⁷¹

Die Erinnerungen an vergangene Zeiten, in denen die arabische Welt sowohl de facto als auch de jure nicht über ihr Selbstbestimmungsrecht verfügte, schienen mit der Unabhängigkeit dieser Staaten und ihrer Transformation in Quasi-Nationalstaaten formal überwunden worden zu sein. De facto werden sie durch die politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit sowie die globale Hegemonie westlicher Kulturvorstellungen alltäglich in das arabische Gedächtnis zurückgerufen. Das Resultat dieser unfreiwilligen Konfrontation arabischer Gesellschaften mit ihrer eigenen jüngsten Geschichte führt ihnen deutlich vor Augen, dass sie bis heute noch nicht im Geringsten über ihr Selbstbestimmungsrecht verfügen: Selbst das Erinnern wird von externen Faktoren gesteuert.

3.2.3 Das kulturelle Gedächtnis als aktueller Analyse- und Deutungsraum

In der heißen Phase unmittelbar nach den – bis heute nicht hinreichend aufgeklärten – Giftgas-Einsätzen im syrischen Krieg, als die Weltöffentlichkeit gebannt auf die Entscheidung der internationalen Staatengemeinschaft bzw. der USA zur Intervention in den syrischen Bürgerkrieg wartete, berichteten die Medien täglich über die Entwicklungen vor Ort. Für die Anti-Assad-Kräfte, die seit Monaten in heftigen Gefechten mit der nationalen Armee standen, waren die Stunden und Tage unmittelbar nach der Bildberichterstattung von entscheidender Bedeutung. Für die gesamte arabische Welt, die unabhängig davon, ob sie für oder gegen Assad ist, nur noch ein Ende des blutigen Bürgerkriegs herbeisehnte, wuchs die Hoffnung auf ein Eingreifen nach libyschem Vorbild, um die menschliche Misere in Syrien und in den von den Flüchtlingsströmen überforderten benachbarten Ländern zu beenden. Es kam jedoch nicht zu einer militärischen Intervention, sondern zu einem Abkommen mit der Assad-Regierung, das syrische Chemiewaffenarsenal innerhalb von wenigen Jahren unter internationaler Mitwirkung zu vernichten. Für die Angehörigen der Giftgasopfer war die Enttäuschung ebenso groß wie für die gesamte arabische Welt, die sich längst mit den Opfern des Krieges solidarisierte. Die Berichterstattung über den weiterhin heftig tobenden Bürgerkrieg wurde in den Folgemonaten in westlichen Medien peu à peu zurückgefahren. Aktuell, im Jahr 2014, wird nur noch phlegmatisch über den bis heute andauernden, alle Gebote des Völkerrechts neglierenden Krieg gesprochen und berichtet.

⁴⁷¹ Grundlegend zu dieser bedeutsamen Debatte im innerarabischen Diskurs sind die Schriften des ägyptischen Philosophen Hassan Hanafi. Vgl. Hanafi, Hassan: *al-Turath wa-l Tajdeed* (= Tradition und Erneuerung), Beirut 2002.

Für die kämpfenden Anti-Regime-Einheiten starb mit dieser Einigung die Hoffnung auf ein rasches Ende der Kampfhandlungen; der Traum von einem zweiten Eingreifen der NATO-Truppen analog der Vorgehensweise in Libyen war damit begraben. Sie fühlten sich im Stich gelassen, war es doch gerade der Westen, der sie zum Kampf ermunterte, ihnen mit großer logistischer Unterstützung den Weg durch die Türkei in das syrische Territorium ebnete und sie mit Waffen belieferte.

Mit dieser militärischen Zurückhaltung des Westens wurde ein weiteres Kapitel aufgeschlagen, das den Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust des Westens in den arabischen Augen verstärkte. Der berühmte arabische Intellektuelle und Schriftsteller Elias Khoury kommentiert diese entscheidende Phase des syrischen Bürgerkriegs aus binnenperspektivischer Sicht wie folgt: „Die USA standen vor einem echten Dilemma, denn die von ihnen gezogene rote Linie wurde mit dem bestialischen Giftgasmassaker von al-Ghuta überschritten. Barack Obama sah sich zu einem kleinen, symbolischen Militärschlag gezwungen, widerwillig und vor dem Hintergrund einer öffentlichen Meinung (in den USA wie im gesamten Westen), die infolge des irakischen Debakels jeglichen militärischen Abenteuern ablehnend gegenübersteht. Hier die zaudernde Friedenstaube Obama, unwillig Assad zu stürzen (und das ist der Kern des ganzen Problems), dort der Falke Putin, der aber nicht einfach so in den Krieg zu ziehen vermag, um seinen ‚syrischen Protegé‘ zu retten.“

Für Khoury kommt dieses Verhalten der internationalen Akteure einem Possenspiel gleich, das auf Kosten der syrischen Bevölkerung ausgetragen wird. Repräsentativ für viele arabische Intellektuelle analysiert er die Situation mit folgenden Worten: „Auf diese Weise haben sich Wankelmütigkeit und Unvermögen die Hand gereicht und einen der größten diplomatischen Schwindel unserer Zeit inszeniert. US-Außenminister Kerry zauberte mit einem Versprecher das Projekt Chemiewaffenvernichtung aus dem Hut, das von seinem russischen Amtskollegen Lawrow dankbar aufgegriffen und zu einem Resolutionsentwurf umformuliert wurde. Walid al-Muallim kam dann nur noch die Aufgabe zu, mit zittriger Stimme, so als würde er seinen Text zum ersten Mal vor sich sehen, die Zustimmung Syriens zu verlesen.“⁴⁷² Khoury benutzt in diesem Artikel mehrere Schlagbegriffe, die für den Analyserahmen, in dem sich die Betroffenen in der arabischen Welt bewegen, von zentraler Bedeutung sind. Alleine der Titel seines Artikels „Ein blutiges Schachspiel“ spricht Bände. Denn er gewährt einen Einblick in Khourys Selbstverständnis und Eigenwahrnehmung, die repräsentativ für die gesamte arabische Welt steht: Im Angesicht eines übermächtigen Westens erstarrt die arabische Welt in Ohnmacht und

⁴⁷² Khoury, Elias: Ein blutiges Schachspiel, <http://de.qantara.de/inhalt/buergerkrieg-in-syrien-ein-blutiges-schachspiel>, Stand: 19.3.2014.

Passivität. Arabische Machthaber – seien sie formal pro- oder antiwestlich eingestellt – seien nichts anderes als Schachfiguren in den Händen der Weltmacht USA und ihren Verbündeten. Sie werden nach Belieben hin- und hergeschoben. Von Selbstbestimmung oder Freiheit arabischer Bevölkerungen kann in dieser Lesart nicht die Rede sein.

3.3 Alternative Zugänge zur Analyse und zum Verständnis des Arabischen Erwachens

3.3.1 Profane oder religiöse Lesart?

Die Neigung des menschlichen Geistes, in binären Schemata zu denken, eignet sich äußerst schlecht, um die Komplexität historischer Ereignisse zu analysieren. Historische Wendepunkte wie die Umbrüche in der arabischen Welt verdienen eine differenziertere Betrachtung als jene, die versucht, alle Phänomene und Ereignisse des Umbruchs in das dichotome Denkmuster hineinzupressen. Komplexe Vorgänge werden auf diese Art und Weise auf einfache Ursachen zurückgeführt. Derart lassen sich künstlich bestimmte Kontinuitäten aufrechterhalten. Alte Narrative leben auf, deren Wahrheitswert höchst umstritten ist. Die Reduzierung von komplexen Problemlagen auf banale anthropologische oder kulturelle Argumentmuster scheint nach Huntingtons „Zusammenprall der Zivilisationen“ (*clash of civilizations*) zu einer modischen Erscheinung geworden zu sein, die auch in wissenschaftlichen Publikationen breit rezipiert wird. Diese essentialistische Argumentationsweise vernachlässigt historische, geopolitische, demographische, wirtschaftliche, geographische, soziale und politische Konfliktursachen, die ein Verständnis der Zusammenhänge erst ermöglichen. Die unterschiedlichen Konfliktmotive und -ebenen werden bei diesen meist eindimensionalen und monokausalen Analysen willkürlich vermischt oder geflissentlich nicht erwähnt und sorgen daher für eine verzerrte Wahrnehmung der Ereignisse vor Ort.

Reduktionistische und essenzialistische Erklärungsmuster, die in ihrer letzten Instanz auf die Religion oder die Werte einer Nation rekurrieren, sind maßgeblich durch das Denken Max Webers beeinflusst. Sein Verständnis von Kultur und kultureller Prägung wird offensichtlich auf alle außereuropäischen Kulturen angewendet. Bisweilen bewerten Kulturhistoriker und Politikwissenschaftler den Aufstieg der südostasiatischen „Tigerstaaten“ beispielsweise als ein Triumph asiatischer Werte: Weltentsagung, Selbstverleugnung und Selbstbeherrschung seien angeblich der Schlüssel für diese Nationen gewesen, Moderne und Tradition miteinander in Einklang zu bringen.⁴⁷³

Essentialistische Sichtweisen heben sich dadurch hervor, dass sie das Freund-Feind- bzw. das Schwarz-Weiß-Denken betonen. So gibt

⁴⁷³ Corm, Georges: *Missverständnis Orient. Die islamische Kultur und Europa*, Zürich, 2004, S. 58.

es bei jeder Darstellung immer die „Guten“ und die „Bösen“. Diese Darstellungen laufen Gefahr, die Protagonisten auf beiden Seiten auf ein vermeintliches Wesensmerkmal (Ethnie, Religion, regionale Herkunft) zu reduzieren und eine illusorische Homogenität der Meinungen und Verhaltensweisen innerhalb dieser Entitäten zu suggerieren. Wenn beispielsweise das Tragen eines Kopftuchs und das Tragen eines Kreuzes um den Hals durch junge Schülerinnen und Studentinnen muslimischen und christlichen Glaubens in Syrien nicht als modisches Accessoire, sondern als bewusste Entscheidung für eine religiöse Weltanschauung und -haltung bewertet wird, dann kann zu Recht gefolgert werden, die jungen Menschen in Syrien seien religiöse Menschen. Was aber geschieht mit ihrer religiösen Identität, wenn sie bei Demonstrationen gegen das diktatorische und repressive Regime Assads Seite an Seite stehen und lauthals skandieren: „Das Volk fordert den Sturz des Systems!“ bzw. „Das Volk will Freiheit, Gleichheit und Würde!“? Sind aus diesen Menschen nun per Handauflegen säkulare Menschen geworden, weil sie für freiheitliche Werte eintreten? Oder trat das religiöse Identitätsmerkmal hinter einem in dieser Situation viel bedeutenderen Identitätsfaktor zurück, der sich gemeinsame Nation, gemeinsame Interessen und gemeinsame Freiheitsträume nennt? Wenn Demonstranten in der arabischen Welt auf religiöse Parolen verzichten,⁴⁷⁴ dann vor allem deshalb, weil sie die Werte Freiheit, Gleichheit und Würde nicht ideologisch unterfüttern wollen. Für sie gelten Werte über konfessionelle und ethnische Grenzen hinweg für die gesamte Bevölkerung. Dieser pragmatische Zugriff auf Werte und auf Werthaltungen zeigt aber auch, dass weder arabische Christen noch arabische Muslime einen Widerspruch darin sehen, gläubig (fromm) zu sein und zugleich demokratische Prinzipien einzufordern.⁴⁷⁵

Multikonfessionalität und die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Ethnien gehören seit Jahrhunderten zu den Grundzügen arabischer Länder. In Syrien wurde lange ein unproblematisches Miteinander von Juden, Christen, Muslimen, Drusen und sonstigen Konfessionen praktiziert. Das

⁴⁷⁴ Besonders irritierend für europäische Betrachter dürfte die Nutzung der religiös konnotierten Losung „Allahu akbar“ (Gott ist der immer Größere) sein, weil jihadistische Kämpfer sie als Schlachtruf benutzen, friedliche Muslime sie beim täglichen Gebet mehrfach wiederholen und wenig praktizierende Muslime sie in Situationen der Verzweiflung und der Konfrontation mit unerwarteten Dingen ebenfalls ausstoßen. Im Kern sagt der Ausruf dieser Parole nichts über die Religiosität des Sprechers aus. Neben dieser Parole existieren weitere religiös konnotierte Sinnsprüche in der arabischen Welt, die durch den inflationären Gebrauch im Volksmund ihre sakrale Ummantelung verloren haben. Auch im Deutschen finden sich viele Beispiele für die „Entsakralisierung“ religiöser Begriffe, etwa der vulgäre Gebrauch des Begriffs „Kruzifix“, der mit seiner ursprünglichen Bedeutung wenig gemein hat.

⁴⁷⁵ Die asynchrone Implementierung westlicher Gesellschafts- und Herrschaftsmodelle in den arabischen Raum ist bisher nur wenig in wissenschaftlichen Publikationen erforscht worden. Dabei kann diese Untersuchung interessante Erkenntnisse hervorbringen, wie asymmetrischer, kultureller Austausch praktisch funktioniert und welche Folgen aus dieser zeitversetzten Umsetzung für den gesellschafts-politischen Wandel von Transformationsstaaten prognostiziert werden können.

einigende Band zwischen den einzelnen Gruppierungen ist vor allem der arabische Nationalismus, basierend auf einer gemeinsamen Sprache und einem gemeinsamen Kampf gegen Fremdherrschaft und Bevormundung. Der Nationalismus ist allerdings keine arabische Erfindung. Er ist wie die meisten Ideologien, die im zeitgenössischen arabischen Diskurs debattiert werden, eine aus dem Westen importierte Idee, die schleichend in der arabischen Welt Fuß gefasst hat und ihren Höhepunkt in den 1950er- und 1960er-Jahren des 20. Jahrhunderts erlebte, also zu der Zeit, als der Nationalismus in Europa bereits in Frage gestellt und dekonstruiert wurde.⁴⁷⁶

Die prägenden Merkmale dieses Nationalismus sind eine gemeinsame arabische Sprache und eine gemeinsame arabische Geschichte bzw. Kultur. Die gesamte Kultur wird als islamische Kultur bezeichnet, doch wird hier das Prädikat islamisch nicht in seiner religiösen, sondern in seiner kulturellen Bedeutung verwendet. In diese arabisch-islamische Kultur fallen also auch christliche, jüdische und zoroastrische Elemente hinein. Die Idee des gesamtarabischen Nationalismus (Panarabismus) fand unter Islamisten keine Anhänger, weil sie befürchteten, dass das umma-Konzept, wonach die weltweite Gemeinschaft der Muslime unabhängig von ihrer nationalen und ethnischen Zugehörigkeit als eine Gemeinschaft angesehen wird, durch ein engeres Korsett ersetzt würde, das entlang rassischer bzw. ethnischer Grenzen verläuft.⁴⁷⁷ Der Vorteil des Panarabismus im Vergleich zum panislamischen umma-Konzept liegt in seiner Vernachlässigung konfessioneller Zugehörigkeiten, da er alle Araber als eine Gemeinschaft betrachtet. Damit sind automatisch auch Christen, Drusen und andere religiöse Minderheiten inkludiert. Der Religionsfrieden ist also auch ein Ergebnis dieser supranational-arabischen Gesinnung. Nichtaraber, d. h. Kurden und andere ethnische Minderheiten, wurden hingegen durch diese Ideologie diskriminiert.

Beide Gesellschafts- und Herrschaftsentwürfe – der Panislamismus und der Panarabismus – scheinen angesichts der Umbrüche in der arabischen Welt an Validität für die Gegenwart verloren zu haben. Die historisch gewachsenen Spannungen, die Grenzstreitigkeiten, die Bevormundungsstrategien und das wirtschaftliche Gefälle zwischen den einzelnen arabischen Staaten sowie die Macht des Faktischen führten in den letzten 50 Jahren zu einer Akzentuierung des Nationalgefühls innerhalb bestehender Grenzen. D. h. der Ägypter ist in aller erster Linie ein stolzer

⁴⁷⁶ Für die Begriffe „Demokratie und Menschenrechte“ gilt im aktuellen arabischen Diskurs dieselbe Feststellung. Während Europa in den Diskursen der Politischen Philosophie und der Politischen Theologie kritischer und differenzierter auf das Demokratie- und Menschenrechts-Narrativ blickt, stürzt sich die gesamte islamische Welt in einen weiteren Versuch der blinden Imitation westlicher Gesellschafts- und Herrschaftsentwürfe.

⁴⁷⁷ Vgl. Gershoni, Israel / Nordbruch, Götz: Sympathie und Schrecken. Begegnungen mit Faschismus und Nationalsozialismus in Ägypten, 1922-1937, Berlin 2011.

Ägypter, der Syrer ein stolzer Syrer usw. und erst im zweiten Schritt ein Araber, der sich der panarabischen Idee verpflichtet fühlt. Auf die islamische Identität besinnen sich ohnehin nur noch praktizierende Muslime, deren Anteil an der Gesamtgesellschaft mit der fortschreitenden Modernisierung großer Teile der arabischen Welt stetig zurückgeht. Ausschlaggebend für diese abnehmende Tendenz islamischer Identitätszuschreibungen sind der Missbrauch der Religion durch fanatisierte Extremisten (Religionsverdrossenheit), die Urbanisierung, die Individualisierung, die Pluralisierung und die zunehmende Konsumorientierung arabischer Gesellschaften bei gleichzeitigem, bewusstem Verzicht auf Traditionen, Sitten und Bräuche.

3.3.2 Eine profane Lesart der Ereignisse in Syrien

Prima facie kann tatsächlich der Eindruck entstehen, es handle sich im Syrienkonflikt um religiöse Anfeindungen. Die alawitische Minderheit versucht mit allen Mitteln, ihre Macht zu konsolidieren und tötet vorwiegend Sunniten, die die Mehrheit in Syrien bilden. Kirchenvertreter stellen sich hinter Assad, weil sie befürchten, ihren bisherigen autarken Status innerhalb Syriens zu verlieren. So sehr diese Interpretation der Ereignisse zu einem religiösen Intermezzo einlädt, so wenig überzeugend und realitätsnah ist sie. Der Verlauf der Konfrontationslinien an den Grenzen der Konfessionen hängt eher mit der tatsächlichen Verteilung von Macht und wirtschaftlichem Kapital in Syrien zusammen – wie in allen anderen Ländern auch – und muss deshalb nichts mit dem Glauben an sich zu tun haben.⁴⁷⁸

Die Reduktion der Syrer auf ihre Konfessionen ist ein Hohn angesichts der Geschichte dieses Landes und seiner beispiellosen Integration von unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und Ethnien. „Kein Mensch ist in Syrien bislang wegen seiner Religion getötet worden“, zitiert Kristin Helberg den christlichen, regimekritischen Intellektuellen Michel Kilo im Januar 2012.⁴⁷⁹ Bei allen Revolutionen in der arabischen Welt, so auch in Syrien, werden die Demonstranten eingesperrt, gefoltert oder getötet, weil sie gegen einen diktatorischen Polizeistaat aufbegehren, nicht weil sie Sunniten, Schiiten, Kurden oder Drusen sind. Ein regimetreuer Soldat wird gefangen genommen, misshandelt und schließlich hingerichtet, weil er am Leid vieler Demonstranten schuldig gesprochen und in den Augen

⁴⁷⁸ Der Europäer scheint so sehr von seiner blutigen Religionsgeschichte traumatisiert zu sein, dass sein Hang zur Konfessionalisierung von Konflikten unerreichbare Maße annimmt. Wie Corm eindrucksvoll schildert, ist das europäische Denken maßgeblich von den historisch-soziologisch-philosophischen Analysen der europäischen Geschichte durch Max Weber bestimmt, durch welche die Tendenz zur stereotypen Forschung verstärkt wurde. Vgl. Corm, Georges: *Pour une lecture profane des conflits. Sur le „retour du religieux“ dans les conflits contemporains du Moyen-Orient*, Paris 2012.

⁴⁷⁹ Helberg, Kristin: *Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land*, Freiburg 2012, S. 39.

der „Revolutionäre“ als Verräter des Vaterlandes betrachtet wird, aber gewiss nicht aufgrund seines Glaubens.

„Die Tatsache, dass aus einzelnen Orten vor allem in der Provinz Homs Tausende Christen geflohen sind, hat mit der Realität des Krieges zu tun und weniger mit gezielter religiöser Verfolgung. Keine Einheit der Freien Syrischen Armee, nicht einmal unabhängig agierende jihadistische Gruppen, haben bislang gezielt eine Kirche angegriffen, die Zerstörung christlicher [und muslimischer, S. A.] Gotteshäuser geht ausschließlich auf den Granatenbeschuss durch das Regime zurück.“⁴⁸⁰ Erst die Vermischung politischer, ökonomischer und geostrategischer Ziele mit religiöser Symbolik – deren ideologische Unterfütterung also – führt dazu, dass fanatisierte Kämpfer den schmalen Grat zwischen mobilisierenden Parolen und geglaubter Wahrheit nicht mehr erkennen können. Die Dynamik des Krieges komplementiert diese verblendete Haltung und beglaubigt sie durch alltägliche Gewaltexzesse, die in ihrer Bestialität jenseits menschlicher Vorstellungen liegen und inzwischen von allen am Krieg beteiligten Parteien hemmungslos ausgeübt werden. Kirchenoberhäupter beispielsweise, die sich immer noch regimetreu zeigen und vor dem islamistischen Terror warnen, bringen sich selbst und alle christlichen Minderheiten in Syrien in Gefahr, weil sie pro-Assad-Positionen vertreten – aber gewiss nicht, weil sie an Jesus glauben.⁴⁸¹ Die Christen kalkulieren und entscheiden sich für das kleinere Übel. Denn was sie mit der Machtübernahme der heterogenen Anti-Assad-Allianz erwarten könnte, sehen sie bereits an den verübten Gräueltaten in Regionen, die Anti-Assad-Kämpfer im Bürgerkriegsverlauf eroberten. Öffentliche „Feldprozesse“ mit anschließenden Hinrichtungen von vermeintlichen Assad-Anhängern wie in Idlib, Hama und Homs zählen zu den bewährten Schauprozessen der „Syrien-Befreier“, um die Bevölkerung einzuschüchtern und ihre Macht zu demonstrieren. Religiöse Minderheiten machten vorwiegend positive Erfahrungen mit dem bestehenden System in Syrien. Für sie ist die Rache des Siegers die weitaus lebensgefährlichere Zukunftsaussicht als der Erhalt des Assad-Regimes.

Ursprung und *anfänglicher* Verlauf der friedlichen Proteste in Syrien hatten folglich nichts mit der Religion der handelnden Personen zu tun, weder im positiven noch im negativen Sinne.⁴⁸² Erst die kriegेरische

⁴⁸⁰ Ebd., S. 55-56.

⁴⁸¹ Der ranghöchste katholische Geistliche im Nahen Osten, Patriarch Gregorius III., spricht sich seit Beginn der militärischen Auseinandersetzungen in Syrien gegen eine mögliche Teilung seines Geburtslandes aus und für eine rasche Entwaffnung der Rebellen. Nur durch die vom Westen forcierte Bewaffnung und logistische Unterstützung ausländischer jihadistischer Rebellen auf syrischem Boden sei der Konflikt entlang konfessioneller und ethnischer Grenzen entbrannt. Vgl. Patriarch Gregorius III. im Interview mit dem Morgenmagazin, 30.8.2013, <http://www.youtube.com/watch?v=etKMG00tkeg>, Stand: 7.4.2014.

⁴⁸² Das Scharia-Problem, das in europäischen Medien in den Mittelpunkt der Diskussionen um die zukünftige Verfassung der „neuen arabischen Welt“ gerückt wird, spielt für die handelnden Ak-

Artikulation politischer Forderungen und ihre gewaltsame Unterdrückung durch das Regime brachten in Syrien den entscheidenden Wendepunkt. Im vierten Jahr des syrischen Bürgerkriegs ist es freilich schwierig geworden, die Kriegsmotive vollumfassend zu erschließen und den beteiligten Kampfgruppen sauber zuzuweisen. Je länger die Kämpfe andauern, je brutaler die einzelnen Kriegsparteien vorgehen, je verhärteter die Fronten verlaufen, um so stärker suchen die sich feindlich gegenüberstehenden Parteien nach Rückhalt und Schutz in ihren Herkunfts- und Zugehörigkeits-Entitäten. Die Dynamik des Krieges beschleunigt diesen Hass- und Rachegefühle evozierenden Prozess.⁴⁸³ Ein Massenmord an einem mehrheitlich von Sunniten bewohnten Dorf zieht eine Vergeltungsaktion seitens der Opfer nach sich, die an Brutalität und Grausamkeit dem zu vergeltenden Massaker in nichts nachsteht. Bisher gänzlich unbeteiligte Gruppierungen beginnen, aus Eigenschutzmotiven aggressive und radikale Haltungen anzunehmen. Sie treffen eine Entscheidung für oder wider das System und tragen die daraus resultierenden Konsequenzen.

Doch nicht nur Jihadisten setzen auf die „religiöse Karte“, sondern auch die Propagandamaschinerie des Assad-Regimes. Pauschal werden alle Aufständischen und Rebellen als islamistische Jihadisten bezeichnet, um die vorhandenen Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung zu steigern. Die Rebellen werden als Terrorzellen bezeichnet, die nur die Absicht verfolgten, an die Macht zu gelangen, um anschließend ein Genozid an allen Nichtmuslimen und vor allem an allen Regime-Kollaborateuren zu verüben. Mit Verweis auf die Lage im Nachbarstaat Irak erhält diese verbreitete Schreckensvorstellung eine reale Dimension. Unabhängig von der Instrumentalisierung der Religion zu politischen Zwecken lässt sich die Rückbesinnung vieler bürgerkriegsgeschädigter Menschen in Syrien auf die Religion auch durch ein tiefenpsychologisches Momentum erklären, das nicht unterschätzt werden darf: In Zeiten der Krise, des Krieges und der Niedergeschlagenheit stellt sich bei vielen Menschen das Gefühl ein, nur durch eine Rückbesinnung auf Gott und auf den Glauben könne die tragische Lage überwunden werden. Zuversicht und Hoffnung beziehen die Menschen nur noch aus ihrer religiösen Überzeugung, ebenso wie Widerstandskraft, Durchhaltevermögen und Standfestigkeit.

teure vor Ort eine nachrangige Rolle. Christen aus den arabischen Staaten, wie beispielsweise Patriarch Laham, sehen das Problem weniger im Islam, sondern in den anarchischen Zuständen des Krieges, der schnell beendet werden müsse. Vgl. <http://www.dw.de/patriarch-gregorios-warnet-vor-spaltung-syriens/a-16978786>, 26.7.2013, Stand: 7.5.2014.

⁴⁸³ Hildebrandt, Mathias: Unfriedliche Religionen? Das politische Gewalt- und Konfliktpotenzial von Religionen, in: Unfriedliche Religionen? Das politische Gewalt- und Konfliktpotenzial von Religionen, hrsg. von Mathias Hildebrandt und Manfred Brocker, Wiesbaden 2005, S. 9-35.

3.4 Arabisches Erwachen und die Rolle der Religion

3.4.1 Islamische und islamistische Akteure

In der Erforschung des religiösen Fundamentalismus hat sich in den letzten Jahren die These erhärtet, dass die weltweit aufkeimende Renaissance des Religiösen vor allem eines darstellt: den (hilflosen) Versuch, der kulturellen Moderne mit ihren prägenden Merkmalen wie Globalisierung, Individualisierung, Rationalisierung, Kapitalisierung und Relativierung ein überzeugendes Gegenmodell zu bieten. Der islamistische Fundamentalismus ist also die spezifische Antwort kulturbewusster, traditionalistisch verankerter, konservativer Menschen in der islamischen Welt auf die erdrückende Moderne, die ihre Gesellschaften entwurzelt, ihre habituierten Sitten und Bräuche in Frage gestellt und weltweit ökonomische Ungerechtigkeiten hervorgebracht hat. Insbesondere weil arabische Gesellschaften mehrheitlich zu den Verlierern dieser Moderne gehören, sind sie besonders bemüht, einen Alternativentwurf zur global sich ausbreitenden Moderne zu präsentieren. Ihr besonderes Engagement ist auch ein Ergebnis der in den vorigen Abschnitten skizzierten Unrechtserfahrungen, die im kulturellen Gedächtnis gespeichert geblieben sind. Alle Parteien im arabischen Raum, die mit Hilfe des Islams versuchen, einen autochthonen Gegenentwurf zum Projekt der westlichen kulturellen Moderne zu vertreten und friedliche Mittel zur Artikulation ihrer Ansichten nutzen, sind aus arabischer Perspektive legitime, konservativ-islamische Parteien. Ihr Gesellschaftsentwurf mag in westlichen Augen rückschrittlich und anti-modern erscheinen. Für den Kulturraum, für den er entworfen wurde, scheint er seinen Zweck insgesamt zu erfüllen.

Die Unterscheidung zwischen islamischen und islamistischen Parteien existiert offensichtlich nur in der Innenperspektive. In westlichen Medien wird dieser kulturfremde Gesellschaftsentwurf als Bedrohung empfunden und daher postwendend und ohne weitere Differenzierung in die Kategorie fundamentalistisch bzw. radikal eingeordnet. Aus islamischen Parteien werden in europäischer Lesart islamistische Parteien. Für die arabischen Gesellschaften sind Islamisten jene, die ihre Parteiideologie mit allen Mitteln der Gewalt auf Staat und Gesellschaft ausdehnen wollen. Dabei unterscheiden sie auch im islamistischen Lager zwischen verschiedenen Blöcken, Bewegungen und Parteien. Denn „islamistisch ist nicht gleich islamistisch“. Mit dieser knappen Formel ließe sich eine differenzierende Perspektive auf das islamistische Lager eröffnen. Zu oft werden Islamisten als monolithischer Block wahrgenommen, obwohl ihre Ideologien sehr stark divergieren. Die gesamte fundamentalistische Bewegung hat zwar deklaratorisch zum Ziel, die ursprüngliche islamische Ordnung wie zu Frühzeiten des Islam wiederherzustellen. In ihrem Kern jedoch ist sie eine Reaktion auf die sozio-ökonomischen Transformationsprozesse

des 19. und 20. Jahrhunderts im arabischen Raum. Der Islamismus zielte von Anfang an darauf ab, ein politisches und gesellschaftliches Kontrastprogramm zum westlichen Projekt der Moderne zu entwerfen. Die Idee hierbei bestand darin, eine Wiedergeburt der authentischen islamischen Politik der ersten Gründerjahre unter Muhammad und seinen Anhängern zu etablieren. Im Bestreben, die eigene Kultur als die überlegenere darzustellen, wurden idealisierende Bilder der Epoche des siebten Jahrhunderts gezeichnet. Der Utopiestaat ist also eine aus der Vergangenheit abgeleitete Version, die mit allen Mitteln im Hier und Jetzt wiedererrichtet werden soll. Ursprungsidee und Ziel sind identisch. Der Staat, den die Islamisten propagieren, existiert nur in Fiktion, de facto gab es ihn in der ganzen islamischen Geschichte noch nicht. Es ist auch diesem Umstand geschuldet, dass die islamistischen Gruppierungen unterschiedliche Konzepte und Staatsentwürfe theoretisch konzipieren, weil die historische Erfahrung nur vage Bestimmungsmerkmale des Staates liefert.

Den wohl markantesten Unterschied zwischen konkurrierenden islamistischen Parteien bildet die Bereitschaft zur aktiven politischen Beteiligung. Während Salafisten den Status quo nicht anerkennen, sondern als eine Situation des Unglaubens (*kufr*) und der Versuchung (*fitna*) bezeichnen und sich deshalb weigern, das aus dem Westen stammende Herrschaftsmodell der Republik zu akzeptieren, zeigen sich die Muslimbrüder viel konzilianter in dieser Frage. Für sie ist der Status quo der Ausgangspunkt ihrer Überlegungen und Handlungen. Ihre leitende Handlungsmaxime lässt sich auf folgende Formel reduzieren: „die gegebenen Rahmenbedingungen akzeptieren, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln arbeiten, Politik und Gesellschaft in einem langfristigen Prozess im Sinne der eigenen Weltanschauung transformieren“. Bezeichnenderweise haben die Salafisten, die bis dato jegliche Beteiligung an dem vom Westen vorgesetzten Staats- und Parteienmodell ablehnten, ihre Positionen im Zuge des Arabischen Erwachens revidiert. Sie gründeten Parteien und nahmen an Wahlen teil. Dieser Richtungswechsel erklärt sich mit dem Druck der Geldgeber aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf diese Gruppierungen, im Kampf um konservativ-traditionalistische Sichtweisen das Feld nicht gänzlich den Muslimbrüdern zu überlassen.

3.4.2 Die Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit islamistischer Parteien

Mit der Wahl der Muslimbrüder in Regierungsverantwortung erreichten die Islamisten in Ägypten und Tunesien ihr historisches Ziel, die Richtlinien in Politik, Staat und Gesellschaft vorgeben zu können. Doch ist es gerade dieser enorme Erfolg, der die größte Verwandlung dieser Gruppierungen

hervorbringen wird. Wie der französische Politikwissenschaftler Olivier Roy in seinen Studien festgestellt hat, trägt der bloße Wahlerfolg der Muslimbrüder bereits zu einer Veränderung ihrer Politik bei. Roy bemerkt eine grundsätzliche Mäßigung ihrer radikalen und polemisierenden Losungen. Für ihn ist es vor allem der Kontext, der die Muslimbrüder dazu zwingen wird, ihre bisherigen Hardliner-Positionen aufzugeben, was sie bereits in großen Teilen vollzogen haben.⁴⁸⁴ Die drei wichtigsten Kontextfaktoren, die eine solche Veränderung begünstigen, sind: 1. der Nationalstaat, 2. die Wahlen, 3. die gesellschaftliche Dynamik in Richtung Pluralisierung, Individualisierung und Säkularisierung. Alle drei Parameter bildeten und bilden auf absehbare Zeit in allen arabischen Ländern, die in Richtung Demokratie streben, den Rahmen, der die Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Gegenwart und Zukunft setzen wird.

Der Nationalstaat ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil die meisten islamistischen Bewegungen ihn bis in die heutige Zeit als Irrlehre und Teufelswerk bezeichnen. In ihrer Lesart ist die Idee des Nationalstaats mit der Botschaft Muhammads nicht vereinbar, da er eine politische Ordnung vorgibt, die eine Zersplitterung der muslimischen Welt zur Folge hat. Das politische Gemeinwesen im Islam bestimmt die umma, also die Gesamtheit der Muslime, und nicht einzelne Nationen.⁴⁸⁵ In den Augen vieler islamischer Gelehrter ist die Idee des Nationalismus eigens zur Spaltung der muslimischen umma konzipiert worden. Mit dem Export der nationalen Idee in den islamischen Raum solle, dem Prinzip des „divide et impera“ folgend, die Einheit der Muslime verhindert und ihre Macht geschwächt werden.

Inzwischen jedoch haben sich fast alle islamistischen Bewegungen mit der Nationalidee abgefunden, weil zum modernen Staatsverständnis neben dem Staatsgebiet und der Staatsgewalt auch ein Staatsvolk erforderlich ist. Ein ausgeprägter Nationalstolz bildete sich in den letzten Jahren heraus. Dieser schließt inzwischen alle gesellschaftlichen Gruppierungen ein und macht auch vor den Islamisten nicht Halt. Die meisten Araber des Mittleren und Nahen Ostens weisen sich zunächst eine geographische Identität zu, um erst im zweiten Schritt das Attribut arabisch und in einem weiteren Schritt die Eigenschaft muslimisch oder christlich oder jüdisch auf die eigene Identität zu beziehen. Demokratische Wahlen beschleunigen den Wandlungsprozess von islamistischen Parteien, weil sie dem Parteiengesetz unterworfen werden. Sobald islamistische Bewegungen beschließen, am politischen Teilhabe- und Mitwirkungsprozess teilzu-

⁴⁸⁴ Vgl. Roy, Oliver: The Transformation of the Arab World, in: Journal of Democracy 3/2012, S. 5-18.

⁴⁸⁵ Der imperiale Charakter dieser umma-Idee ist nicht von der Hand zu weisen, orientiert er sich an einst ruhmreichen Zeiten, in denen ein islamisches Reich große Teile des Erdballs beherrschte.

nehmen, müssen sie die nationalen Vorgaben des Parteien- und Wahlgesetzes beachten. Den Maßstab für ihre Anerkennung als moderne Parteien setzen interessanterweise die bereits etablierten Parteien im Land, die in ihrer Mehrheit säkular verfasst und seit Jahrzehnten integraler Bestandteil der politischen Landschaft dieser Staaten sind. Diese Anpassungsleistung auf formaler und struktureller Ebene führt bereits kurzfristig zu teils tiefgreifenden Veränderungen in der Organisation und Führung islamistischer Parteien, mittel- und langfristig auch zu inhaltlichen Verschiebungen, die sich aus dem jeweiligen Wahlkampfkontext ergeben werden.⁴⁸⁶ Die Salafisten beginnen allmählich, ihre rigorose Ablehnung demokratischer Parteien- und Wahlgesetze abzulegen und passen sich – wie die Muslimbrüder vor ihnen – immer häufiger dem politischen Kontext an. Im Jemen wurde die salafistische Raschad-Partei und zuvor in Ägypten die Nour-Partei gegründet. Das Prinzip der Gottesherrschaft (*hakimyya*), wie es die Salafisten bis zum Arabischen Erwachen in ihren Manifesten verteidigt hatten, wurde mit ihrer parteipolitischen Beteiligung de facto aufgegeben.

Der letzte Faktor, der maßgeblich zur Veränderung islamistischer Parteien und Parteieninhalte geführt hat und weiterhin führen wird, wird durch das Projekt der kulturellen Moderne gekennzeichnet, welches alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst. Seit Jahrzehnten kämpfen konservative Parteien, zu denen in der arabischen Welt die islamischen, die islamistischen Parteien und einige Parteien der Mitte gehören, gegen den Bedeutungsverlust von traditionellen Werten und Normen in ihren Gesellschaften. Für die arabische Welt gilt inzwischen, was auch für westliche Gesellschaften längst Gültigkeit erlangt hat: sie sind plural, heterogen und angesichts der Fülle von Sinnangeboten und Weltanschauungsmodellen auf dem „Markt der Ideologien“ orientierungs- und hilflos geworden. Die Funktionäre von islamistischen Parteien müssen erheblich größere Anstrengungen unternehmen als noch vor einigen Jahrzehnten, um weite Teile der jungen Bevölkerung für ihre Idee von Gottesherrschaft und Tugendgesellschaft zu begeistern. Während die Muslimbrüder aufgrund ihrer teilweisen Versöhnung mit der kulturellen Moderne noch in der Lage sind, in Großstädten und Ballungszentren der arabischen Welt eine bestimmte Wählerschicht anzusprechen, setzen sich die Wählerstimmen für salafistische Gruppierungen mehrheitlich aus ländlichen und weitgehend von der „Zivilisation“ abgeschotteten Regionen im Land zusammen. Die Individualisierung ist in vielen arabischen Ländern inzwischen so weit fortgeschritten, dass die Mehrheit der jungen

⁴⁸⁶ Zur Wandlung islamistischer Bewegungen im Kontext demokratischer oder quasi-demokratischer Staaten, vgl. ElOuazghari, Karima: An-Nahdha im Wandel. Eine islamistische Bewegung im Kontext sich verändernder Opportunitätsstrukturen in Tunesien, in: HSFK Arbeitspapier 14/2012.

Generation einen individuellen, auf die eigenen Lebensverhältnisse und Präferenzen zugeschnittenen Islam lebt. Von den traditionellen Werten wie Familie, Ehre usw. wollen viele dieser jungen Menschen nicht mehr viel wissen.⁴⁸⁷

Als Fazit kann festgehalten werden, was Zapf anhand von praktischen Beispielen zu zeigen versuchte: „Nicht die Religion bestimmt die Vorstellung von Politik und Staat, sondern die politische Wirklichkeit beeinflusst, wie Individuen die Religion in ihre Weltsicht einbeziehen.“⁴⁸⁸ Dieses Fazit kann auch auf religiös begründete Parteien, politische Bewegungen und Institutionen ausgedehnt werden.

3.4.3 Die Wandlungsfähigkeit am Beispiel der Muslimbruderschaft

Die Feierzeremonien über den von Gott geschenkten, lange herbeigesehnten Sieg über die Feinde des Islams haben nicht nur auf offiziellen Wahlveranstaltungen stattgefunden, sondern beflügelten die Anhänger der Muslimbrüder weltweit. Sogar in deutschen Moscheen war von der Ermächtigung durch Gott die Rede (*tamkin*), mit der Gott die Muslimbrüder nach über 80-jährigem Kampf gesegnet hat. Die Muslimbrüder sind – mit Ausnahme von Libyen – in der Tat als stärkste Kraft aus den ersten freien Wahlen nach den Umbrüchen in der arabischen Welt hervorgegangen. In der Retrospektive dürften sie ihren Umgang mit ihrer Positionierung als stärkste politische Partei kritisch hinterfragen. Denn der göttliche Segen scheint nicht von langer Dauer gewesen zu sein. Zumindest die Entwicklungen in Ägypten sprechen eher für den englischen Begriff des „mixed blessing“ als für die *tamkin*-Theorie der Muslimbrüder. Denn das knappe Jahr in Regierungsverantwortung beinhaltete Segen und Fluch zugleich.

In Regierungsverantwortung stehen, heißt, mit konkreten Problemen konfrontiert zu werden, die weder durch dogmatische Setzungen noch durch doktrinäre Ideologien gelöst werden können. Die Herausforderung besteht darin, sich von der polemisierenden und polarisierenden politischen Propaganda einer Oppositionspartei zu verabschieden und im Stil einer verantwortlichen Regierungspartei den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und nationale Interessen überzeugend nach außen zu vertreten. Dieser Wandel in der Selbstwahrnehmung und im öffentlichen Auftreten scheint nur bedingt auf die Vertreter der Muslimbruderschaft in Ägypten zuzutreffen. Während die Islamisten zu Oppositionszeiten eine gesellschaftskritische Haltung einnahmen,

⁴⁸⁷ Vgl. AlDailami, Said: Gelebte Paradoxie. Muslimische Identität und moderner Verfassungsstaat, in: Religion im säkularen Verfassungsstaat, hrsg. von Thomas Bohrmann und Gottfried Kühnlen, Berlin 2012, S. 57-77.

⁴⁸⁸ Zapf, Holger / Klevesath, Lino (Hrsg.): Staatsverständnisse in der islamischen Welt, Baden-Baden 2012, S. 33.

die Fragen der Sexualmoral und die Rolle der Frau in der Gesellschaft zum Mittelpunkt ihrer Propaganda machten sowie das Konsum- und Freizeitverhalten der jungen Generation anprangerten, lassen sich diese Themen nur noch schwer aus offiziellen Regierungskreisen vermelden. Der moralische Verfall, mit dem Islamisten hauptsächlich die Verdrängung islamischer Normen aus dem öffentlichen Leben und deren Substitution durch den „american way of life“ meinen, kann angesichts der immensen politischen und dramatischen wirtschaftlichen Lage des Landes nicht mehr ernsthaft prioritär behandelt werden. Zwar beherrscht die Frage nach der zukünftigen Identität dieser Staaten die Debatten im öffentlichen Raum, von den wirtschaftlich desolaten Verhältnissen in diesen Ländern können sie mittelfristig jedoch nicht ablenken.

Auch der bevorzugte Vorwurf an säkulare Kräfte, sie würden nationale Interessen verraten und nur als „Agent ausländischer Staaten“ (*‘amil li-dwal ajnabyyia*) fungieren, kann durch die Muslimbruderschaft nicht mehr überzeugend vermittelt werden. Heute könnte eine solche Rhetorik einen Boomerang-Effekt zur Folge haben, da Mursi und die Muslimbrüder die diplomatischen Beziehungen zum Westen zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt haben und den Friedensvertrag mit Israel nicht zur Disposition stellen wollten. Und schließlich bleibt das Thema des Verlusts der religiös-kulturellen Identität, das die Muslimbrüder dazu veranlasste, alle als anti-islamische Repression wahrgenommenen Gesetze aus den Zeiten der säkularen Diktaturen rückgängig zu machen: die Verbannung der Religion aus dem öffentlichen Raum, das Kopftuchtrageverbot in öffentlichen Einrichtungen (Tunesien), die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, etc. Massenarmut und die Verschwendung öffentlicher Gelder sind weitere Themengebiete, derer sich die Muslimbrüder in der außerparlamentarischen Opposition oft bedienen. Der Kontrast zwischen dem Leben der Reichen und dem der Armen diene oft als Projektionsfläche zur Kritik am bestehenden sozialen Gefüge im Land. Als regierende Partei müssen sie vor allem auf diesem letztgenannten Feld – auf dem Gebiet der Ökonomie – Erfolge vorweisen, um das Volk von ihrer Politik zu überzeugen.⁴⁸⁹

Zusammengefasst heißt das, dass der politische Erfolg des Islamismus paradoxerweise seinen ideologischen Niedergang einleitet. Die Utopie vom islamischen Staat muss den realpolitischen Konzessionen weichen, die sich aus dem nationalen und internationalen politischen und wirtschaftlichen Kontext ergeben. Der erträumte islamische Staat bleibt

⁴⁸⁹ Genuine islamische Wirtschaftstheorien als Gegenentwürfe zu modernen Wirtschaftssystemen existieren nur in Ansätzen. Über ihre Anwendbarkeit in der Praxis gibt es keinerlei Erfahrungswerte, da nahezu alle arabischen Länder volkswirtschaftlich dem westlichen Modell folgen. Zu den bekanntesten und meistdiskutiertesten Theorieentwürfen islamischer Provenienz gehört das Werk von Großayatollah Sadr, das inzwischen auch in deutscher Sprache erhältlich ist. Vgl. Sadr, Sayid Muhammad Baqir: *Unsere Wirtschaft – Iqtisaduna*, Bremen 2011.

also eine Fiktion, die es weder in Vergangenheit gab, noch in der Zukunft geben wird, weil dessen praktische Übersetzung in die Realität bisher nicht funktioniert hat.

Freilich sind nicht alle Mitglieder der Muslimbruderschaft „Realos“. Unter ihnen befinden sich auch einige Idealisten, die sich der Realität nicht beugen wollen. Zu ihnen gehört beispielsweise der stellvertretende Vorsitzende der ägyptischen Muslimbruderschaft – al-Shatir –, der in einer langen Rede im April 2011 in Alexandria verlauten ließ, dass er nicht von seinem ursprünglichen Kurs abweichen werde.⁴⁹⁰ Ob sich letzten Endes die „Idealisten“ oder die „Realisten“ durchsetzen werden, hängt alleine davon ab, welches Lager in der konkreten politischen Situation die partei-interne Mehrheit auf sich vereinigen kann. Wichtig für die Gesamtbeurteilung einer Partei oder einer Bewegung, wie die der Muslimbruderschaft, sind also nicht die Parolen, die ausgestoßen werden, nicht die abstrakten Lehren, die an Parteianhänger vermittelt werden, sondern vielmehr wie diese durch die handelnden Akteure in praktische politische Maßnahmen umgesetzt werden. Die Konzentration der Analyse auf die Inhalte der islamistischen Ideologie läuft Gefahr, falsche Schlussfolgerungen über den Charakter und die Ausrichtung der Beteiligten zu ziehen. Weder die Ideologie noch das Programm einer Partei bestimmen maßgeblich die Entscheidungen und Handlungen der Parteimitglieder, sondern vielmehr ihre persönliche Einstellung und ihr rationales Kalkül im gegebenen Kontext. An dieser Stelle kann ein Blick auf europäische Parteien als Vergleichsmoment hilfreich sein. Parteien in Regierungsverantwortung werden in Europa vorrangig an ihrem realpolitischen Erfolg gemessen und nicht daran, ob sie „ihrer ideologischen Linie“ treu geblieben sind. Um innen- und außenpolitischen Erfolg bzw. um die Schaffung günstiger Ausgangsvoraussetzungen für die nächste Wahl geht es auch bei allen Akteuren in der arabischen Welt, vorausgesetzt, die kommenden Wahlen finden in einem demokratisch fairen Klima statt, was seit dem Militärputsch in Ägypten eher unwahrscheinlich zu sein scheint.

Als Fazit kann konstatiert werden, dass davon Abschied genommen werden muss, die islamistische Propaganda als zeitloses und unveränderbares Normen- und Weltanschauungssystem zu verstehen oder sie zum „heuristischen Zentrum der Ursachenanalyse“⁴⁹¹ zu stilisieren. Vielmehr gilt für den politischen Islam, was auch für den unpolitischen Islam und für alle anderen Religionen und Weltanschauungen auf dieser Welt gilt. Sie sind alle ein Produkt gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zwischen den wesentlichen Akteuren im Staat: dem Staat selbst, so-

⁴⁹⁰ Vgl. Fradkin, Hillel: Die lange Suche nach dem Islamischen Staat. Religion und Politik im Islam und die Dynamik der Gegenwart, in: Politik und Religion. Zur Diagnose der Gegenwart, von Heinrich Meier und Friedrich W. Graf, München 2013, S. 148.

⁴⁹¹ Zapf / Klevesath: Staatsverständnisse in der islamischen Welt, S. 255.

zialen Akteuren, gesellschaftlichen Institutionen sowie Ereignissen von nationalem Charakter.⁴⁹² Der politisch pervertierte Islam unterliegt sogar einem doppelten, beschleunigten Wandel. Einerseits dem Wandel der Religion selbst, den sie ständig in ihre Ideologie integrieren müssen, um für ihre Wählerklientel weiterhin attraktiv zu bleiben. Andererseits ihren eigenen Wandel als politisch-gesellschaftlicher Akteur, der sie in verschiedene Rollen schlüpfen lässt, denen sie versuchen, bestmöglich gerecht zu werden.

Ägypten wäre das erste Land gewesen, in dem die Muslimbrüder ihren Entwurf des islamischen Prototyp-Staates in die Realität hätten umsetzen können; das knappe Jahr in Regierungsverantwortung reicht für Forscher jedoch nicht aus, um überprüfen zu können, ob die Islamisten tatsächlich an der Verwirklichung dieser Utopie gearbeitet haben. Muslime und Nichtmuslime werden also noch lange darauf warten müssen, das vage theoretische Staatsmodell, das islamistische Bewegungen in ihren Manifesten propagieren, in praktischer Umsetzung zu erleben. Wie schnell Vertreter des politischen Islam in Verlegenheit geraten, wenn sie einmal detaillierte praktische Konturen ihres Staatsmodells zeichnen sollen, lässt sich daran erkennen, dass sie hastig auf das türkische und in seltenen Fällen auf das iranische Modell verweisen. Diese Unsicherheit erklärt sich aus ihrer Unfähigkeit, eine tatsächliche Alternative zu heutigen Staatskonzepten zu konstruieren. Nominell kann es durchaus sein, dass sich arabische Staaten in Zukunft den Beinamen „islamisch“ geben, wie beispielsweise die Islamische Republik Iran. Damit ist aber noch nichts über die Gesellschaftsordnung, über Verfassung, innere Struktur, Herrschaftsverhältnisse und über die Art und Weise der Regierungsführung in diesen Ländern gesagt. Die Determinanten des islamischen Staates bleiben also auch zukünftig unscharf. Ihr Bezugspunkt wird häufig das aktuell existierende, weltumspannende Modell der Demokratie, des Kapitalismus und der liberalen Ordnungsvorstellung sein. Die „Realos“ – d. h. die Reformer in den Reihen der Islamisten – wissen um die begrenzten Möglichkeiten, dem Diktat der kulturellen Moderne zu entkommen. Sie versuchen daher, die positiven Elemente aus den gegebenen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen mit ihren eigenen, sogenannten „originär-islamischen Entwürfen“ zu kombinieren, um sie dann als Ganzes im Gewand des neuen-alten islamischen Staates zu präsentieren.

Alle Reformakteure im arabischen Raum betreiben dieselbe Methode: Die Anverwandlung ausgewählter alter Deutungsmuster und ihre Hineinprojektion in zeitgenössische Kontexte, um sie als schöpferische, genuin islamische Neu-Entwürfe zu „verkaufen“.

⁴⁹² Vgl. AlDailami, Said: Die Macht des Faktischen zwingt die Theologie zum Umdenken, in: Auftrag 285/2012.

3.5 Arabisches Erwachen und das Verständnis von Demokratie

3.5.1 Demokratie als Etikettenschwindel

Keine an religiösen Werten ausgerichtete Partei im europäischen wie im arabischen Kontext ist allein aufgrund dieses Merkmals als demokratiefern zu bezeichnen. Im Umkehrschluss gilt aber auch: Keine an säkular begründete Werte gebundene Partei ist ihrem Wesen nach demokratienah. Demokratieferne und Demokratienähe lassen sich bestenfalls an demokratischen Verhaltensformen ablesen, die durch politische Akteure alltäglich vorgelebt werden. Zu diesen demokratischen Verhaltenskodizes gehört beispielsweise die Bereitschaft,

- politische Konkurrenten in ihrem Existenz- und Mitwirkungsrecht zu akzeptieren,
- Kompromisse zu schließen,
- das eigene Weltbild reflexiv zu überdenken und
- zwischen persönlicher politischer Überzeugung und gesamtgesellschaftlich akzeptierten Verfassungsnormen zu unterscheiden.

An diesen Verhaltensformen lässt sich der Grad der „Demokratisierung des Bewusstseins“ ablesen. Interessanterweise scheinen die Muslimbrüder in Ägypten und Tunesien – an diesen Bewertungsmaßstäben gemessen – einiges Mehr von demokratischen Verhaltensformen verstanden zu haben, als ihre säkularen Gegner.⁴⁹³ Befördert wird dieser schnelle Demokratisierungsprozess im Denken islamistischer Parteien dadurch, dass sie ständig gegen das omnipräsente Vorurteil ankämpfen müssen, sie seien per se undemokratisch. In voreuseilendem Gehorsam versuchen sie, durch konkrete politische Maßnahmen, die Zweifler vom Gegenteil zu überzeugen. Hingegen wirkt der „Demokratievorschuss“, den Europäer grundsätzlich säkularen Kräften zuschreiben, für die interne Weiterentwicklung dieser Parteien und für den Ausprägungsgrad demokratischer Verhaltensnormen in ihren Reihen äußerst hinderlich. Es wird bewusst darüber hinweggeschaut, dass viele nationalistische und linke Kräfte in der arabischen Welt auf eine lange und in Regierungsverantwortung eingeübte Tradition von Autoritarismus zurückblicken. Tatsächlich mangelt es jedoch allen politischen Akteuren in der arabischen Welt an demokratischem Bewusstsein, da sie in ihrer von der Diktatur gezeichneten Vergangenheit nicht über die Möglichkeit verfügten, demokratische Verhaltens- und Umgangsformen zu erlernen. Sowohl konservative (islamistische) als auch links ausgerichtete Parteien (säkulare)

⁴⁹³ Vgl. hierzu das politisch-gesellschaftliche Klima in Ägypten während der Mursi-Ära und die aktuellen (2014) Entwicklungen in der Sisi-Ära. Die Einschränkungen der Meinungs-, Versammlungs-, und Pressefreiheit nehmen seit dem Militärputsch 2013 ständig zu.

werden noch einen konfliktreichen und schwierigen „Bewusstseins-Anpassungsprozess“ durchlaufen müssen, um ihre „democracy skills“ zu steigern. Der nationale, regionale und internationale Kontext, in dem diese Parteien derzeit agieren, wirkt jedoch eher demokratiehemmend als demokratiefördernd. Ein Bewusstseinswandel rückt damit in weite Ferne. Damit ist allerdings nicht gesagt, dass die arabischen Staaten per se nicht demokratisch verfasst sein können. Demokratie ist eben ein Lernprozess, der Generationen anhält und von heftigen *internen und externen* Widerständen verlangsamt werden kann. Dieser prozessuale Entwicklungscharakter von Demokratie gehört auch zur europäischen Erfahrung,⁴⁹⁴ die in Erinnerung gerufen werden sollte, bevor arabischen Gesellschaften vorschnell eine grundsätzliche Demokratieunfähigkeit attestiert wird. Insbesondere religiöse Institutionen zeigten sich in Europa lange Zeit äußerst demokratieresistent.⁴⁹⁵

Die in den arabischen Gesellschaften kontrovers geführten Diskurse sind ein Beleg dafür, welche gesellschaftspolitischen Dynamiken entstehen können, wenn universale Kategorien wie Demokratie oder Menschenrechte in Kulturen integriert werden sollen, die über einen völlig anderen historischen Hintergrund verfügen als Europa. Sie belegen ferner, dass der universale Gebrauch dieser Begrifflichkeiten im Nahen und Mittleren Osten bereits so weit fortgeschritten ist, dass gesellschaftliche Gruppierungen, sich auf diese Termini berufend, die staatliche Macht herausfordern und dabei auf westliche Unterstützung hoffen können.

Interessanterweise bedienen sich nicht nur opportunistische gesellschaftliche Gruppierungen des Demokratie-Narrativs, um Unterstützung aus dem Westen zu erhalten, sondern auch Regierungen und staatliche Institutionen. Der Gebrauch universeller Begriffe wie Menschenrechte und Demokratie dient oft zur Rechtfertigung der nationalen Politik und soll die innen- und außenpolitische Legitimität dieser Systeme unterstreichen. Es wäre daher wünschenswert, für die arabische Region einen „Demokratie-Seismographen“ zu installieren, um „die Spreu vom Weizen zu trennen“, d. h. um festzustellen, wer nicht nur aus opportunistischer Haltung, sondern aus voller Überzeugung für Demokratie und Menschenrechte eintritt. Als Seismographen können beispielsweise empirische Studien dienen, die detailliert untersuchen, in welchem sozialen Kontext und in welcher genauen politischen Situation diese Universalismen von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen und staatlichen Institutionen gebraucht würden und zu welchem Zweck. In einem weiteren Schritt kann dann aus den Ergebnissen dieser Studie abgeleitet werden, wie hoch die Instrumentalisierung und der missverständliche Gebrauch

⁴⁹⁴ Vgl. beispielsweise die historische Aufarbeitung der Rolle der Kirchen bei der Demokratisierung Europas.

⁴⁹⁵ Vgl. die Haltung der Kirchen zur spanischen Franco-Diktatur (1939-1977).

der Begriffe „Demokratie und Menschenrechte“ im jeweiligen Land liegt. Die Ergebnisse dieser Studien würden mit großer Wahrscheinlichkeit vor allem folgende These stützen: demokratisches Bewusstsein und demokratische Verhaltensmuster korrelieren weder signifikant positiv mit säkularen noch signifikant negativ mit religiösen Grundeinstellungen von Individuen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Der regionale und globale soziopolitische und ökonomische Kontext und nicht die Essenz einer Religion oder einer Rasse determiniert ihre Verhältnisbestimmung zur Demokratie.

Zu den internen demokratiehemmenden Faktoren in der arabischen Welt gehört zweifelsfrei der weit verbreitete Habitus der Machtallokation: Einmal an die Macht gelangt, begegnet man dem politischen Gegner im Gestus des Siegers. Politische Siege werden als Legitimationsgrundlage zur vollumfänglichen Annexion von staatlicher und ökonomischer Macht gedeutet. Paradoxerweise führen politische Siege, die bisweilen an der Wahlurne in Form von freien und fairen Wahlen errungen werden, eher zu einer Verfestigung dieser Machtmonopolisierungs- und Machterweiterungstendenz. Vom Wahlvolk beglaubigt, fühlt sich der Wahlgewinner umso bestärkter, den politischen Gegner von allen politischen Beteiligungs- und ökonomischen Partizipierungsrechten auszuschließen. Diese Sieger-Mentalität, die darauf konzentriert ist, in der Ausübung ihrer (legitim) erlangten Macht, den politischen Gegner zu diskreditieren, in vielen Fällen zu desavouieren und ins politische Abseits zu katapultieren, ist ein wesentlicher Mangel in der demokratischen Erziehungskultur dieser Länder. Diese Mentalität gilt konfessions-, partei- und ethnienübergreifend, weil sie der gemeinsamen kulturellen Basis entspringt. Die Sprache als zentrales, kulturbildendes und -vermittelndes Medium spielt dabei eine besondere Rolle. Neben dem Koran und der Sunna – beide bilden in verschriftlichter Form die Grundlage für die arabisch-islamische Kultur – existiert die vorislamische arabische Dichtung bis heute als kulturprägendes Element fort. Weil die Dichtung überkonfessionell ist, gewinnt sie insofern auch als Kulturmerkmal für alle Nicht-Muslime an Bedeutung.

In einem bekannten Vers des berühmten, vorislamischen arabischen Dichters ‘Amru ibn Kulthum, beschwört er die o. g. Siegermentalität. Sinngemäß übersetzt lautet der im Volksmund weit verbreitete Dichtvers: Einmal die Quelle erreicht, trinken wir reinstes Wasser, die Anderen hingegen trinken Jauche und Lehm.⁴⁹⁶ Kurz gesagt: Bis heute herrscht ausnahmslos in allen arabischen Staaten – sicherlich mit wenigen Unterschieden in der Nuancierung – nicht das Recht, sondern das Recht des Stärkeren. Demokratie basiert jedoch auf der unbedingten Interessenwahrung der rivalisierenden Akteure, die vor allem darin

⁴⁹⁶ وَالْقَوْمُ إِذَا وَرَقَتْ لَهُمُ الْمَضَارِقُ وَتَقَرَّبَتْ هَوْنًا إِلَى الْوَقْدِ

besteht, den geschlagenen Konkurrenten ihre Rechte zu garantieren. Gleiches gilt für die Opposition, die bestrebt sein muss, die gewählte Regierung anzuerkennen. Wie der türkische Sozialwissenschaftler Dani Rodrik feststellt, können konstitutionelle Reformen diese gegenseitige Interessenwahrung nicht gewährleisten, „denn die Mächtigen können sie einfach übergehen. Deshalb müssen erst Normen des politischen Verhaltens in den Institutionen wie Parteien, Parlamenten und Gerichten definiert werden, um Machtmissbrauch zu verhindern.“⁴⁹⁷ Nur so lässt sich der Teufelskreis aus Unterdrückung des politischen Gegners und Vergeltung durch Letzteren nach einem Machtwechsel durchbrechen. Rodrik spricht von einem Verlust politischer Kontinuität, der zu den „Krankheiten“ junger Demokratien gehört und z. B. nichts darüber aussagt, ob Islam und Demokratie vereinbar seien.

3.5.2 Demokratie als Auslegungssache

Die europäische Medienlandschaft hat nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse in Tunesien und Ägypten die demokratische Revolution für beendet erklärt. Die Revolution sei von den Islamisten gestohlen worden. Der hohe Blutzoll, den die Menschen für den Kampf um Freiheit und Würde bezahlt haben, sei an der Wahlurne zu ihren Ungunsten entschieden worden. Diese Lesart ignoriert, dass große Teile der Bevölkerungen in Tunesien und Ägypten bei den ersten freien Wahlen ihrer jungen Nationalgeschichte sich dafür entschieden haben, ihre Stimme mehrheitlich den konservativ-islamischen Parteien zu geben. Westliche Beobachter, die diese Parteien gewöhnlich unter der Rubrik „islamistisch“ einordnen, reagierten mit Unverständnis und Konfusion auf die Entscheidung der Wähler in der arabischen Welt. Für die arabischen Gesellschaften gleicht die westliche Enttäuschung über ihre freie Wahlentscheidung einem bitteren Spott. Wie würden Europäer reagieren, wenn arabische Gesellschaften anfragen, ihre Wahlentscheidungen in Abrede zu stellen? Die Kenntnisse über die politische Vergangenheit der arabischen Staaten könnte die unberechtigte europäische Verurteilung des Wahlsiegs der Islamisten womöglich mildern. Weshalb haben also die Bevölkerungen in Tunesien und Ägypten mehrheitlich „Islamisten“ gewählt? Nicht etwa, weil große Teile der Bevölkerung fromme Muslime sind, die das Weltbild der Muslimbrüder teilen. Auch nicht deshalb, weil die Muslimbrüder ihre Anhänger am besten mobilisieren konnten, im Gegensatz zu allen anderen konkurrierenden Parteien. Während das erste Argument geflissentlich übersieht, dass auch arabische Gesellschaften durch den Einzug der kulturellen Moderne inzwischen weitgehend säkularisiert und damit äußerst heterogen in ihrer weltanschaulichen Orientierung sind, klingt das zweite Argument durchaus plausibler, obgleich es nicht das ausschlaggebende Kriterium

⁴⁹⁷ Rodrik, Dani: Die blockierte Demokratie, qantara.de, Stand: 27.11.2013.

für die Entscheidung der Wähler war.

Die jüngste Geschichte Tunesiens und Ägyptens verrät, dass beide Länder in den letzten vier Dekaden von säkular orientierten Parteien regiert wurden, die den Platz der Religion im öffentlichen Raum und in der Politik deutlich einschränkten bzw. im Fall Tunesiens durch eine rigorose Form des „Laizismus von oben“, die Gesellschaft zu „entislamisieren“ versuchten. Mit dem Sturz der Diktatoren in beiden Ländern eröffnete sich für die Gesellschaften die Möglichkeit, *die* Alternative zum bisherigen System zu wählen. Die einzige ernstzunehmende und zum verdrängten System völlig konträr stehende Alternative boten allein die konservativen islamischen Parteien, die sogenannten Islamisten. Darüber hinaus bekundeten die Gesellschaften mit der Wahl der Islamisten ihre Solidarität mit jener Gruppierung, die das größte Leid unter dem Joch der Diktatur erlitt. Für ihren Mut, in den letzten Jahrzehnten gegen den omnipräsenten Militär- und Polizeistaat zu opponieren, sollten sie durch den Wähler ausgezeichnet werden. Ihre Wahl kann also als eine vom Volk getragene Rehabilitation der größten Opfergruppe des alten Regimes gedeutet werden. Schließlich sympathisierte ein Großteil der Bevölkerung mit den „Islamisten“, obwohl sie ihre Weltanschauung nicht unbedingt teilen würden, weil sie fest davon ausgingen, dass sie eine „Politik aus islamischer Verantwortung“ machen würden: Eine Partei, deren Mitglieder moralische Maxime und ethische Werte als Richtschnur für ihr Handeln betrachten, genießt einen Vertrauensvorschluss, weil vorausgesetzt wird, dass ihre Protagonisten aus ihrer Rechenschaftspflicht vor Gott eine rechtschaffene Politik betreiben würden, in der es keinen Platz für Korruption und Repression gibt.

3.6 Arabisches Erwachen und gegenwärtige Entwicklungen in ausgewählten Staaten

3.6.1 Ägypten

Militärisches Eingreifen zur Verhinderung eines unmittelbar bevorstehenden Bürgerkriegs könnte durchaus legitim erscheinen – vorausgesetzt, das Militär erhebt in der Folge keine Ansprüche auf politische Macht im Staat. Die Türkei hat in ihrer jüngeren Geschichte mehrere militärische Interventionen erlebt, die lediglich als chirurgische Eingriffe zur Änderung der Machtverhältnisse im Land betrachtet werden können. Am Beispiel der Türkei demonstriert die Geschichte allerdings auch, dass politische Interventionen des Militärs die demokratische Kultur eines Landes in ihrem Entwicklungsfortschritt um Jahrzehnte zurückwerfen können. Auch wenn das türkische Militär in der Vergangenheit nicht ernsthaft an der Ausübung der Macht interessiert war, wurde die politische Dynamik maßgeblich und nachhaltig negativ beeinflusst. In Ägypten hingegen nimmt das

Militär mit dem Putsch gegen die Muslimbrüder seine alte politische und wirtschaftliche Rolle im Land wieder ein und festigt sie. Diese faktische Machtübernahme des Militärs zwingt alle Teilnehmer am politischen Willensbildungsprozess, ihren Standort neu zu bestimmen und an dem neuen mächtigen Protagonisten auszurichten. Dieser Anpassungsprozess an die veränderten Rahmenbedingungen gewinnt eine eigene Dynamik, die maßgeblich davon abhängt, wie das Militär seine Macht in realiter umsetzt. Putsch evozieren politische Diskontinuitäten und wirken kurz- und mittelfristig negativ auf die Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen und parlamentarischer Beteiligung. Aus Angst, die usurpierte Macht zu verlieren, bevorzugt das Militär einen autoritären und exkludierenden (repressiven) Machtstil, der letztendlich in der Diffamierung und Dämonisierung des politischen Gegners kulminiert. Diese Politik der Machtdemonstration und Einschüchterung wird besonders an den Schauprozessen gegen den gestürzten Präsidenten Mursi und hochrangige Mitglieder der Partei für Gerechtigkeit und Wohlstand sichtbar. Die öffentliche Inszenierung dieser Prozesse ist ein Teil der neuen Staatspropaganda in Ägypten.

Das Militär trat in Ägypten dank des vergifteten politischen Klimas als Retter der Nation auf die politische Bühne. Als wirtschaftlich-unternehmerische Macht sind die Militärs an Profit interessiert und werden nicht bereit sein, auf ihre wirtschaftliche Vorrangstellung im Land zugunsten einer sozialgerechten Umverteilung zu verzichten. Es wird ihnen primär darum gehen, Bedingungen herzustellen, die den freien Zufluss von ausländischen Investitionen fördern, was wiederum den einheimischen Mittelstand zurückdrängen wird. Den Gewerkschaften stehen folglich schwere Zeiten bevor. Die Arbeitnehmerrechte drohen stark eingeschränkt zu werden. Jede aufbegehrende, durch die Revolutionsstrapazen politisierte Arbeiterbewegung wird auf die Durchsetzung ihrer Rechte verzichten müssen, um nicht dem Vorwurf des Staatsverrats und des Terrorismus ausgesetzt zu sein. Die Zwickmühle, in der sich das Militär befindet, gründet jedoch in der Schwierigkeit, die für den wirtschaftlichen Aufschwung notwendige Ruhe – den sozialen Frieden – herzustellen. Denn die Legitimität der Herrschaft des Militärs basiert zum größten Teil auf der gewaltsamen Unterdrückung der Islamisten. Letztere werden sich als verbotene und verfolgte Bewegung zunehmend radikalieren und die Stabilität im Land durch punktuelle Angriffe auf die Regierung und ihre Institutionen gefährden.

Politisch könnte in Ägypten das türkische Beispiel der Vor-Erdogan-Epoche als nachahmenswertes Modell dienen. Ein nationaler Sicherheitsrat, der aus hohen Militärs und Ministern zusammengesetzt ist, wird an allen wichtigen Regierungsgeschäften beteiligt sein und die faktische Kontrolle über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen

im Land inne haben. Spätestens wenn das Militär seine Propaganda als „Ägyptens Retter in der Stunde Null“ ideologisch – mit tatkräftiger Unterstützung der al-Azhar-Gelehrten – unterfüttert hat und al-Sisi ohnehin zum neuen Präsidenten Ägyptens „gewählt“ wurde, wird sich das Militär allmählich zum einzigen Identitätsfaktor des neuen Staates generieren. Hinzu kommt die angesprochene Kontrolle wichtiger Säulen der Volkswirtschaft. Damit ist das „neue“ Ägypten ohne Militär mittel- bis langfristig nicht mehr denkbar.⁴⁹⁸ Der sich neu formierende ägyptische Nationalismus wird neben den beiden Wesensmerkmalen antifeudal und antiimperialistisch nun zwei weitere Komponenten hinzugewinnen: antiislamistisch und martialisch-totalitär.

Entscheidend für die Lebensdauer und Entfaltungskraft der „neuen“ Elite in Ägypten wird die ökonomische Entwicklung im Land sein. Dabei könnte das Militär – gestützt auf seine vorhandenen wirtschaftlichen Machtzentren im Land und auf die Fördergelder und großzügigen Subventionen aus Saudi-Arabien und den Emiraten – in den kommenden Jahren die Rolle des Modernisierers übernehmen. Diese Modernisierungsphase würde u. a. durch die verbreitete Korruption und den Nepotismus schnell an ihr Ende kommen, was das Militär dann dazu veranlassen wird, diese progressive Rolle aufzugeben und in eine regressive Starre zu fallen, in der es nur noch systemkonservierend und machtsichernd funktioniert.

Gesellschaftspolitisch wird der „neue“ ägyptische Nationalismus in Form von politischen Prozessen – auch vor außerordentlichen Militärgerichten – stabilisiert, in deren Verlauf die Angeklagten zu Terroristen und Staatsfeinden erklärt werden. Neben den Islamisten als Hauptfeinde des wieder etablierten Systems werden vor allem Vertreter von Jugendbewegungen (6. April), oppositionelle Intellektuelle, Künstler und Wissenschaftler abgeurteilt werden. Gewerkschaften, bürgersgesellschaftliche Vereine und Zusammenschlüsse sowie kritische Presse werden systematisch verfolgt und diffamiert werden. Die vox populi wird, so muss befürchtet werden, allmählich verstummen.

Außenpolitisch wird die Achse Kairo - Riad - Tel Aviv an Bedeutung gewinnen, da Ägypten auf die finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten weiterhin angewiesen bleibt. Die Kooperation mit Israel wird – wie schon zur Mubarak-Ära – eher hinter den Kulissen, aber nicht minder erfolgreich ablaufen. Der gemeinsame Feind – Iran – wird die außenpolitische Ausrichtung dieser Staaten harmonisieren.

⁴⁹⁸ Vgl. Der Spiegel, 5.2.2014, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/walhen-in-aegypten-feld-marschall-sisi-muss-wirtschaftskrise-beenden-a-950197.html>, Stand: 5.2.2014.

3.6.2 Syrien

Die Entfachung, Aufrechterhaltung und Perpetuierung der Gewalt in Syrien wird auch maßgeblich durch externe Einmischungen beschleunigt. Die Handlungsunfähigkeit des Weltsicherheitsrates, das zögerliche Taktieren der Vereinten Nationen und die unentschlossene Haltung der Großmacht USA und ihrer Verbündeten sorgten dafür, dass der Krieg immer grausamere Züge annahm, weil die Dynamik von Gewalt und Gegengewalt, Rache und Vergeltung fast täglich auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen wurde. Die passive Haltung der internationalen Staatengemeinschaft – formal und offiziell hauptsächlich durch die Blockade Chinas und Russlands begründet – sorgt für ein Vakuum, das insbesondere die jihadistischen Gruppierungen, die weltweit rekrutiert werden, auszufüllen wussten. Katar und Saudi-Arabien, die die Finanzierung dieser Terroristen hauptsächlich tragen, schwingen sich in dieser Zeit zu regionalen Mächten auf, die nach Belieben junge fanatisierte Menschen in den Kampf gegen das Assad-Regime schicken. Von Anfang an diente die sogenannte Freie Syrische Armee nur als Deckmantel, um die Waffenlieferungen aus dem Westen (anfangs nur GB und FR, später traten weitere westliche Staaten hinzu) zu rechtfertigen.

Aufmerksame Beobachter und die arabische Presse warnten bereits in einem sehr frühen Stadium vor den katastrophalen Folgen eines „islamistischen Befreiungskampfes“ für die Freiheit Syriens. Die Idee, dass ehemalige Al-Qaida-Kämpfer und andere terroristische Gruppierungen mit großer logistischer Unterstützung aus dem Westen das syrische Regime zu Fall bringen, ist im Grundsatz absurd. Es wäre naiv zu glauben, westliche Geheimdienste hätten die bestialische und entmenschte Kampfweise fanatisierter Krieger nicht antizipieren können. Das Kollektivgedächtnis der Araber fühlt sich daran erinnert, wie seine jungen Menschen einmal mehr zum Instrument und Spielball weltpolitischer Akteure missbraucht werden. Zehntausende von jungen arabischen Kämpfern wurden nämlich zwischen 1979 und 1989 für den Krieg in Afghanistan gegen die Sowjetunion an die Front geschickt. Das Motto lautete damals „Zurückdrängung des gottlosen Kommunismus und Befreiung Afghanistans von den fremden Besatzern“. Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber die Ähnlichkeiten zur Mobilisierung fanatischer Kämpfer im Syrien-Feldzug sind frappierend, weshalb sich die arabische Öffentlichkeit und vor allem ihre intellektuelle Elite mit Abbildern ihrer jüngsten Vergangenheit konfrontiert sehen. Aus dem friedlichen Aufbegehren, der ursprünglich überparteilichen, konfessionsübergreifenden und multi-ethnischen Protestbewegung gegen Assad wurde mit massiver Einmischung von außen ein grausamer Krieg initiiert, der die Kohäsion des syrischen Volkes für die kommenden Generationen nachhaltig negativ prägen wird.

Der nun bereits das dritte Jahr anhaltende zerstörerische Bürgerkrieg in Syrien wird auch nach einer Lösung des politischen Konflikts⁴⁹⁹ das Land weiterhin beschäftigen. Das zukünftige Zusammenleben der Syrer in der alten Konstellation aus der Zeit vor dem Krieg wird allen Beteiligten sehr schwerfallen. Zu tief sind die Gräben, die der Bürgerkrieg zwischen den einzelnen ethnischen und konfessionellen Gruppierungen hinterlassen hat. Der Prozess der Aussöhnung – vorausgesetzt das Land behält seine territoriale Integrität, wovon derzeit (2014) nicht ausgegangen werden kann – wird Jahrzehnte benötigen, bis Misstrauen, Rache- und Vergeltungsgefühle und vor allem das erlittene Leid überwunden sind. Die Aussichten auf einen gesellschaftlichen Frieden sind mittelfristig betrachtet verschwindend gering.

Vieles hängt auch davon ab, wie die politische Lösung letztendlich aussehen wird. Sie kann nur darin bestehen, *alle* gesellschaftlichen Gruppierungen und alle internationalen und regionalen Akteure, dazu gehört auch der Iran, an einem Tisch zusammenbringen. D. h.: Hier werden auch antagonistische Kräfte sich gegenüberstehen und verhandeln müssen (Saudi-Arabien und Iran oder EU und Russland). Viele knüpfen ihre Teilnahme an Verhandlungen an bestimmte Forderungen, deren wichtigste – für die Opposition und für den Iran gleichermaßen – der Abzug aller nicht-syrischen Rebellen vom syrischen Territorium ist. Nach Schätzungen setzen sich die in Syrien kämpfenden Anti-Assad-Rebellen aus insgesamt 78 Nationalitäten zusammen. Die Erfüllung dieser Forderung ist nicht unmöglich, vergegenwärtigt man sich, dass sowohl in Tschetschenien als auch in Bosnien multi-nationale Söldnerheere einen befristeten Einsatz in beiden Ländern absolvierten. Der Krieg in Syrien dürfte allerdings noch mehrere Jahre fortauern, sollten die beteiligten Akteure im In- und Ausland nicht zu einer gemeinsamen Position gelangen. Der Westen muss sich vorwerfen lassen, dass er bereits sehr früh auf das „falsche Pferd“ gesetzt hat. Zu Beginn des Krieges war für den Westen scheinbar alles denkbar, nur nicht die Option Assad, zumindest wurde diese Strategie öffentlich kommuniziert. Nach drei Jahren Bürgerkrieg scheinen alle Optionen unrealistisch geworden zu sein, bis auf diejenige der Einbindung Assads. Vermutlich stand also nicht von Anbeginn die Absetzung Assads zur Diskussion, sondern lediglich seine Schwächung.

Sollte es zu einer politischen Einigung kommen, wird Syrien noch viele Jahrzehnte brauchen, um sich von dieser menschlichen Katastrophe zu erholen. Sollten die jihadistischen Gruppen den Krieg als politische Kraft überleben, werden sie den salafistischen Islam vertreten, der vor

⁴⁹⁹ Es sei an dieser Stelle erneut daran erinnert, dass es sich bei allen Konflikten im arabischen Raum und speziell in Syrien weder um einen ethnischen noch um einen konfessionellen Konflikt handelt, sondern um konkurrierende machtpolitische Interessen nationaler, regionaler und globaler Akteure.

jihaistischen Attacken nicht zurückschrecken und den Syrern sehr fremd erscheinen wird, weil sie diesen fanatisierten Islam in ihrem Land bisher nicht gekannt haben. Die Finanzierung dieser Gruppierungen wird hauptsächlich durch Saudi-Arabien sichergestellt. Wie im Fall Irak erlebt Syrien eine nahezu komplette Dezimierung der Mittelschicht, die als das eigentliche Rückgrat dieses Entwicklungslandes betrachtet werden muss. Diese wichtige gesellschaftliche Gruppierung ist entweder geflüchtet, wurde vertrieben oder ist dem Krieg zum Opfer gefallen. Auf sie muss Syrien in den Folgejahrzehnten verzichten, weil sie nicht mehr oder nur noch minimal existiert.

Über Verantwortung und Schuld an der humanitären und völkerrechtlichen Katastrophe in Syrien werden sich nach Ende des Krieges zukünftige Generationen arabischer Intellektueller klar werden müssen; ihre Perzeption ihrer europäischen Nachbarn und ihre Haltung gegenüber denselben werden maßgeblich durch die Ergebnisse ihrer historischen und gesellschaftspolitischen Aufarbeitung dieses Bürgerkriegs bestimmt werden.

3.6.3 Jemen

Das Konglomerat aus geschriebenen religiösen Dogmen, ungeschriebenen Stammesgesetzen und über Jahrhunderte konservierten Traditionen dominiert das soziale und politische Leben im Jemen und wird auch nach dem Sturz des Regimes weiterhin die Gesichtszüge des „neuen Jemen“ prägen. Gesichtsverlust (*fiqdan maa al-wajh*), vernichtende Demütigung (*ihana* bzw. *idhlal*), Schadenfreude des Feindes (*shamat al-adw*) sind einige Begriffe, die das tägliche soziale und politische Geschehen im Jemen beherrschen. Sie sind eng mit dem Ehrbegriff liiert. Wer die Wirkmächtigkeit und die sozio-politische Ausstrahlkraft dieses gesellschaftsprägenden Ehrenkodex unterschätzt, analysiert die Ereignisse im Jemen oberflächlich und jenseits der in dieser Gesellschaft geltenden ungeschriebenen Gesetze und Verhaltensstandards.

Der zukünftige „Staat“ im Jemen wird – diese Gesetze berücksichtigend – seine heterogene Basis in der neuen Regierung widerspiegeln müssen, sollte er seine bisherige Schein-Staatlichkeit beibehalten und nicht in rivalisierende Teilstaaten verfallen wollen. Neben den Stämmen, dem Gegensatz Schiiten und Salafisten sowie der an Elan gewinnenden „Bewegung des Südens“ werden sich auch neue Einzelakteure profilieren, die bisher aus der zweiten Reihe operierten und sich vor dem Vorwurf der Korruption und Klientelismus sowie ineffizienter Verwaltung weitgehend schützen konnten. Die neuen Akteure im Jemen werden folglich hauptsächlich aus der „zweiten Garde“ des alten Systems (Allgemeiner Volkskongress und Islah-Partei) rekrutiert werden und in Militär und Regierung das Ruder übernehmen. Sollte die schiitische Houthi-Bewegung

ihre militärischen Siege im Nordjemen ausdehnen und das Vertrauen der Bevölkerung in den „eroberten Gebieten“ gewinnen können, wird sie sich als dritte Kraft neben Volkskongress und Islah etablieren können. Eine Koalition mit dem Allgemeinen Volkskongress wäre sogar eine ernstzunehmende Option.

Mit Blick auf den blass und in der öffentlichen Wahrnehmung wenig überzeugend wirkenden Präsidenten, Abdrabbuh Mansur Hadi, einigten sich alle jemenitischen Kräfte Anfang 2012 auf einen Kandidaten, der über wenig Durchsetzungsfähigkeit verfügt. Das hat sich auch nach seinen erlassenen Präsidialbeschlüssen, die vor allem wichtige Funktionäre des Saleh'schen Staatsapparates austauschten, kaum geändert. Damit kann auch langfristig nicht von einer Stabilisierung des Landes gesprochen werden. Mit einem schwachen Präsidenten an der Spitze des Jemen, einem Militär, das mit dem staatlich initiierten Restrukturierungsplan völlig überfordert ist, dürften vor allem machtpolitische Kämpfe zwischen einzelnen Stämmen zunehmen. Die allgemeine Sicherheitslage wird folglich weiterhin rapiden Schwankungen unterliegen und den Staat in seinen Grundfesten erschüttern. Die Anschläge auf zentrale Institutionen des Staates, die Attentate auf führende Politiker und Militärangehörige finden mitten in der Hauptstadt Sanaa statt und können durch die korruptierte und maßlos überforderte Übergangsregierung nicht verhindert werden.

Viele Jemeniten sehnen sich bereits heute nach einem starken Mann als Staatsoberhaupt, der um die Eigenheiten dieses verfehdeten Landes weiß und in der Lage ist, Stammesrivalitäten, soziale, ethnische und konfessionelle Spannungen sowie die hohe Kriminalitätsrate durch raffiniertes Eingreifen, politisch-versiertes Kalkulieren und Täuschen zu beenden oder zumindest auszubalancieren, um den sozialen Frieden und die Sicherheit im Land zu gewährleisten. Die ideale politische Führungspersönlichkeit in den Augen der Jemeniten ist diejenige, die aus Intuition stets richtige Entscheidungen trifft und – um es mit den Worten des entmachteten Diktators Saleh wiederzugeben – das Tanzen auf den Köpfen der Schlangen brillant beherrscht. Der Jemen bleibt auch nach dem Ende des Nationalen Dialogs ein höchst fragiler Staat, in dem die Staatsgewalt wie bisher weder von der Mehrheit des Volkes noch von den gewählten Regierungsvertretern im Staatsapparat ausgeht, sondern von einzelnen Akteuren, die über Macht, Geld, „Mannstärke und Feuerkraft“ verfügen.

3.6.4 Bahrain

Die in westlichen Medien bemühte Theorie zur Analyse der Lage in Bahrain ist mit jener in Syrien identisch, nur mit umgekehrten Vorzeichen. In Syrien steht ein schiitischer (alawitischer) Herrscherclan einer mehrheitlich sunnitischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber. In Bahrain hin-

gegen kontrolliert eine sunnitische Minderheit die überwiegend schiitische Mehrheit im Volk. Die fortgeschrittene Dynamik des Konflikts bestimmt in allen Ländern des Arabischen Umbruchs die westlichen Deutungsmuster. Auf die Anfänge wird bewusst oder unbewusst nicht mehr geblickt. Dabei nahm die Auseinandersetzung in Bahrain ihren Lauf inmitten der Bevölkerung: ein kollektiver und überkonfessioneller „ziviler Ungehorsam“ gegen das Regime. Erst mit der fortschreitenden Internationalisierung des Konflikts mutierte der Volksaufstand zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien, das die Sunniten unterstützt, und Iran, der den Schiiten zur Seite steht. Auf diese verzerrten Deutungsmuster, die dem Konflikt ein Gesicht geben, das er ursprünglich nicht getragen hatte, deuteten viele Plakate und Banner der Demonstranten hin. In Reimform dichteten sie folgenden Slogan: „Keine Zwietracht zwischen Sunniten und Schiiten – Nationale Einheit ist unser Bestreben“ (*la sunnyia la schiyia – wahda wahda watanyia*).

Am Beispiel Bahrain lassen sich wiederum in Kontrast zu Syrien die unterschiedlichen Auswirkungen der Einmischung externer Akteure sehr deutlich zeigen. Während in Syrien der Bürgerkrieg von Außen in das Land hinein getragen wurde, sorgen die saudischen und emiratischen Truppen (Polizeikräfte eingeschlossen) im kleinen Inselstaat für eine mit Brachialgewalt erzwungene Ruhe, die Oppositionelle und mit ihnen sympathisierende Gruppen systematisch ausspioniert, verfolgt, foltert und tilgen lässt. Hier hat sich der Westen im Gegensatz zum Fall Syrien dafür entschieden, den Diktator nicht zu stürzen, sondern an der Macht zu halten und die Unterdrückung der breiten Volksmassen billigend in Kauf zu nehmen. An Bahrain und Syrien zeigt sich aus der arabischen Sicht die seit Jahrzehnten für den Umgang mit dem Nahen Osten typische westliche Politik der doppelten Standards. Das uneingeschränkte Eintreten für Menschenrechte und Demokratie ist nur dann von politischem Belang, wenn die eigenen Interessen in der Region – meist koinzidieren diese mit denen der Tyrannen vor Ort – nicht gefährdet sind.

3.6.5 Israel

Israel spielt in der gesamt-arabischen Wahrnehmung eine große Rolle hinsichtlich seiner geheimdienstlichen und militärischen Dominanz in der Region. Auch wenn Israel in Bezug auf das Arabische Erwachen offenkundig nur passiv in Erscheinung tritt, weisen arabische Intellektuelle dem Land stets eine aktive Rolle an allen Entwicklungen im arabischen Raum zu. Wie kein anderes Land, so die Analyse aus arabischer Sicht, dürfte Israel aus den bisherigen Ergebnissen des arabischen Transformationsprozesses profitieren. Israel scheint sich in der Zuschauerrolle zu gefallen. Die arabischen Staaten, durch die sich Israel in der Vergangenheit mehrheitlich bedroht gefühlt hat, insbesondere aufgrund ihrer quantitativen Übermacht

an konventionell ausgestatteten Armeen, gleichen heute einem Scheiterhaufen. In allen arabischen Ländern ist die Armee bemüht, in Kooperation mit den nationalen Polizeikräften, die Sicherheit im eigenen Land wiederherzustellen und das gesamte Territorium des Nationalstaates zu kontrollieren. In keinem Land des Arabischen Erwachens ist dies bisher flächendeckend gelungen. So resümiert der israelische Analyst David M. Weinberg, den desolaten Zustand arabischer Armeen beschreibend: „Für die nächsten 20 bis 40 Jahre brauchen wir aus dem arabischen Raum nichts mehr zu befürchten.“⁵⁰⁰

Die arabischen Staaten dürften für die kommenden Jahrzehnte mit Wiederaufbau, innenpolitischer Konsolidierung, Rückgewinnung der staatlichen Macht und Aufbau der Volkswirtschaft erschöpfend beschäftigt sein. Die Bewältigung dieser Herkules-Aufgaben dürfte die bisher als arabische Angelegenheit empfundene Palästina-Frage noch weiter in den Hintergrund treten lassen. Der Nahost-Konflikt droht vollständig aus dem Bewusstsein der arabischen Bevölkerungen zu erodieren.⁵⁰¹ Sollte Syrien regional aufgeteilt werden, könnte auch der Status der Golanhöhen eine neue Konnotation gewinnen. Durch Verschiebungen von Machtinteressen und Territorialansprüchen könnte es auch zu einer Überführung der Golanhöhen in israelisches Gebiet kommen.

3.7 Drei große Herausforderungen in der aktuellen Transformationsphase

Die erste große Herausforderung, der sich die Transformationsländer im Arabischen Erwachen ausgesetzt sehen, ist die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Frage, ob Freiheit oder Sicherheit mehr Bedeutung für die Menschen in einem Land hat, kann je nach Kontext unterschiedlich beantwortet werden. Für die arabischen Bevölkerungen scheint heute mehr denn je das Bedürfnis nach Sicherheit zu dominieren. Die anarchischen Zustände in Ländern wie Jemen oder Libyen, die wirtschaftlich katastrophale Situation in allen Ländern des Umbruchs verbunden mit dem Gefühl der existenziellen Unsicherheit machen die Abwägungsentscheidung zwischen den beiden Gütern äußerst einfach. Herrscht Sicherheit im Land, so die weitläufige Meinung vor Ort, werden inländische und ausländische Kapitalanleger ihr Geld in die Volkswirtschaft investieren, Touristen die Länder wieder bereisen können und ungehinderter Kapitaltransfer möglich sein.

⁵⁰⁰ Vgl. den Vortrag von David M. Weinberg, <https://www.youtube.com/watch?v=5jDYYsgnb5o>, Stand: 6.5.2014.

⁵⁰¹ Bisher gehen arabische Intellektuelle davon aus, dass die Palästina-Frage im genetischen Code der Araber fest eingetragen ist, so dass man ihrer Lesart folgend von einer arabischen Paranoia sprechen muss, sobald sie den Begriff Israel hören. Ihre Prophezeiung darf angesichts der aktuellen Verdrängung des Nahost-Konflikts aus den öffentlichen Diskursen im arabischen Raum angezweifelt werden.

Die zweite große Herausforderung besteht darin, die nationalen Grenzen in ihrer bisherigen Form beizubehalten. Wie aber sollen die Staaten des Arabischen Umbruchs ein gesamtgesellschaftliches Narrativ finden, das die entlang konfessioneller und ethnischer Grenzverläufe fragmentierten Gesellschaften wieder vereinigen könnte? Die Idee des Panarabismus sozialistischer Prägung ist für die zeitgenössische arabische Situation unbrauchbar geworden. Als geistige Bewegung ist sie aber noch vorhanden. Es stellt sich daher die Frage, ob ein modifizierter Arabismus als gesellschaftstragende Ideologie überleben könnte, um wenigstens die bisher gültigen nationalen Grenzen und damit die gesellschaftliche Kohäsion in den jeweiligen Ländern aufrechtzuerhalten. Vergewagt man sich, dass die Idee des Panarabismus ihren Antrieb und ihre Dynamik auch den christlichen Eliten in den arabischen Ländern zu verdanken hatte, weil diese ihren Status in den mehrheitlich muslimischen Gesellschaften aufwerten wollten, liegt die Idee nicht fern, dass nun diese christlichen und alle nicht islamischen Entitäten den einzigen Ausweg aus der Krise im Wiederentdecken des arabischen Nationalismus sehen werden. Einerseits erfüllte diese Idee die Gleichberechtigung auf der Basis der Idee des Nationalbürgers, andererseits könnte die Revitalisierung dieser Ideologie die einzige Möglichkeit bieten, die territoriale Integrität der arabischen Staaten, wie sie vor den Umbrüchen bestanden haben, zu wahren. Insofern ist die Frage nach der Zukunft der Länder eine Frage nach der Wiederherstellung der verloren gegangenen gesellschaftlichen Kohäsion.

Die letzte große Herausforderung ist mit dem eigentlichen Ziel des gesamten Arabischen Erwachens eng verknüpft. Es ist die Frage nach dem Schutz der wiedererlangten Würde der Menschen im arabischen Raum. Weil es den ägyptischen Muslimbrüdern in Regierungsverantwortung u. a. nicht gelang, das Gefühl der wiedererlangten Würde durch existenzielle und materielle Sicherheit zu bekräftigen, sammelten die Menschen Unterschriften, um die Regierung abzusetzen. Sollte die neue Militärregierung in Ägypten ein Regime der staatlichen Repression re-etablieren und die wirtschaftliche Stagnation bzw. Rezession nicht stoppen können, droht die Lage in Ägypten wieder zu eskalieren.

Der zeitgenössische gesellschaftspolitische Diskurs in der arabischen Welt suggeriert, dass die Fragen nach der Würde (*karama*) und der Identität (*hawijja*) den öffentlichen Raum zu dominieren scheinen. Die größte Herausforderung für alle sich neu (er-)findenden Staaten in der Region ist allerdings primär ökonomischer und erst sekundär gesellschaftspolitischer Natur. Dieser vermeintliche Gegensatz löst sich bei näherer Betrachtung auf. Denn Würde und ökonomische Würde bedingen einander. Die ökonomische Würde ist sogar integraler Bestandteil der unantastbaren Menschenwürde. Sie ist ihre *conditio sine qua non*, wie der deutsche Staatsrechtler Günter Dürig in seinem Kommentar zum Artikel 1 des

Grundgesetzes feststellt. Aus seiner Sicht gehöre es auch zur Würde des Menschen, über den ungeschmäleren Bestand an den für ein menschenwürdiges Leben notwendigen Außenweltgütern verfügen zu können. Andernfalls werde er gezwungen, unter Lebensbedingungen zu vegetieren, die ihn zum Objekt erniedrigten.⁵⁰² Die Menschen in der arabischen Welt haben jahrzehntelang unter unwürdigen Lebensbedingungen vegetiert. Die zentrale Frage lautet daher: Wie können die neu gewählten Regierungen die strukturellen Unzulänglichkeiten der Volkswirtschaft so reformieren, dass zumindest einem Teil der jährlich auf den Arbeitsmarkt drängenden Millionen von jungen Menschen eine Zukunftsperspektive geboten wird?

3.8 Schlussbemerkungen zur Innenperspektive des Arabischen Erwachens

Dieser Teil der Studie begann mit einer Skizzierung der wesentlichen Merkmale des arabischen kulturellen Gedächtnisses. Im letzten Abschnitt nimmt er erneut auf dieses Bezug, indem er darauf verweist, dass zum kulturellen Gedächtnis auch Gedächtnisorte gehören. Sie können abstrakter oder konkreter räumlicher Natur sein. Nationen konstruieren im Laufe ihres Erinnerens symbolische Orte, die sie als Medium des Umgangs und Speicherns von Erinnerungen gebrauchen. Die Länder des Arabischen Erwachens, die von Krieg und Zerstörung heimgesucht worden sind, verloren nun auch diese wichtigen Gedächtnisorte. Besonders im Fall Syrien kann von einer Entwurzelung des kulturellen Gedächtnisses gesprochen werden, der ganze Städte zum Opfer fielen. Die Vertreibung der Menschen aus ihrer Heimat und der Verlust ihrer alten Gedächtnisorte ist der Nährboden für neue kollektive Erinnerungen, die im Bewusstsein der kommenden Generationen gewiss eine zentrale Rolle spielen werden.

Anschließend wurde der gesellschaftliche Wandel als mehrdimensionaler Prozess thematisiert, der sich in einem relationalen Rahmen vollzieht. Welchem Faktor der Betroffene einerseits und der Außenbetrachter andererseits die entscheidende Bedeutung bei diesem Reform- bzw. Umwälzungsprozess zuweist, hängt zuallererst von der subjektiven Positionierung und erst sekundär von den tatsächlich vorgefundenen Strukturen ab. Es wurde gezeigt, dass die arabischen Erklärungs- und Deutungsmuster stets vom Ohnmachtsgefühl gegenüber der westlichen Hegemonialkultur geprägt sind, während aus europäischer Sicht die Analysestrukturen schnell in konfessionelle oder ethnische Deutungsmuster verfallen, die eher mit der europäischen Lesart ihrer eigenen Geschichte zusammenhängen als mit der arabischen Realität, die sie zu erklären versucht.

⁵⁰² Maunz, Thomas / Dürig, Günter: Grundgesetz-Kommentar, Art. 1, Abs. 1, Rn. 43-44. Dürig spricht ferner von einer ökonomischen Vollexistenz, welche die Freiheit zur Daseinentfaltung erst ermöglicht.

Die strenge Fokussierung der arabischen Lesart auf die externen Einflussfaktoren darf auf keinen Fall die Sicht dafür versperren, dass der Humus für die revolutionären Umbrüche in der gesamten arabischen Welt seit Jahrzehnten gegeben war. Fehlende Vertretung nationaler Interessen, Militarismus, Tyrannei einer despotischen Minderheit über das Gros der Bevölkerung, Korruption, Nepotismus und ein Leben am Rand des Existenzminimums für die Bevölkerungsmehrheit sind hausgemachte Probleme – meist struktureller Natur –, die der Westen höchstens mittelbar zu verantworten hat. Die Schuld lastet zuvorderst auf den Schultern der politischen und wirtschaftlichen Eliten in diesen Ländern, die in den meisten Fällen identisch sind bzw. in enger Verbindung zueinanderstehen. Die Staaten erfüllten alle Merkmale, die Noam Chomsky für „failed states“ benannte: Über Jahrzehnte hinweg waren sie unfähig bzw. unwillig, ihre Staatsbürger vor Gewalt und Zerstreuung zu schützen, die Machthaber fühlten sich weder an das nationale noch an das internationale Recht gebunden und schließlich stellten ihre demokratischen Institutionen nur substanzlose Hohlkörper dar, die nichts anderes als Fassaden waren.⁵⁰³

Die jüngere arabische Geschichte hat aber auch gezeigt, dass alle Großmächte der letzten beiden Jahrhunderte sehr viel Kraft aufgebracht haben, um ihren Einfluss in dieser Region zu festigen oder gar auszubauen; sei es durch physische (militärische) Präsenz vor Ort oder in „neo-kolonialer Manier“ durch die Unterstützung der Machthaber, durch intensive Geschäftsbeziehungen mit denselben oder durch die Schaffung von Abhängigkeiten, welche insbesondere in den ärmeren Ländern dieser Region ambivalente Wirkungen erzielten. Der Kampf um den „Platz an der Sonne“ wird im 21. Jahrhundert unter veränderten Vorzeichen fortgesetzt.

Das Arabische Erwachen und der daraus resultierende, bis heute andauernde Transformationsprozess geben dem Westen vermutlich die einmalige Chance, seine Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten zu revidieren bzw. grundlegend zu überdenken. Einer kurzsichtigen Politik, die nur die wirtschaftlichen, sicherheitsrelevanten und geostrategischen Interessen im Blick hat, mangelt es an einer klaren Vision für die Zukunft der Partnerschaft zwischen Europa und seinen unmittelbaren Nachbarn im arabischen Raum. Die Einsicht, dass der Weg in die „arabische Demokratie“ jedes Land dieser Region vor spezifische Herausforderungen stellt, die spezifische Antworten und gezielte Hilfestellungen erfordern, wäre der erste Schritt für diesen erhofften Politikwechsel. Unterschiedliche Herausforderungen erfordern eine differenzierte Vorgehensweise in dieser Region, die einerseits die national-spezifische Entwicklung positiv verstärkt, andererseits beratend auf dem Demokratisierungsweg zur Seite

⁵⁰³ Vgl. Chomsky, Noam: Failed States. The Abuse of Power and the Assault on Democracy, 2007, S. 1-2.

steht und für alle Eventualitäten gewappnet sein muss.

Ob der Begriff „Demokratisierungsprozess“ für alle Staaten des Arabischen Umbruchs in Vergangenheit, Gegenwart und mit Blick auf die kommenden zwei Jahrzehnte richtig gewählt ist, sollte abschließend gründlich überdacht werden. Die nächsten Jahrzehnte werden eine Fülle von arabischen Demokratievarianten hervorbringen, die das konventionelle westliche Verständnis von der „Herrschaft des Volkes“ herausfordern könnten. Solange diese „arabischen Demokratien“ eine relative Verbesserung der Lage der Menschen vor Ort herbeiführen, ihnen das Gefühl von Würde und Sicherheit vermitteln, solange sollten die Missionare von Demokratie und Menschenrechte die Intensität ihres Bekehrungseifers drosseln. Medikamente erzielen nur dann die optimale Heilwirkung, wenn sie in der vorgeschriebenen Dosierung und zum richtigen Zeitpunkt verabreicht werden. Die Transformation der arabischen Staaten von autoritären Regimen hin zu quasi-demokratischen Staaten steht auch im vierten Jahr der Umbrüche erst am Anfang eines Jahrzehnte andauernden Prozesses, dessen Ende wohl auch maßgeblich davon abhängen wird, wie und ob sich der säkulare Rechtsstaat in Europa in Zukunft behaupten kann.

4. Resümee und Ausblick

Martin Pabst / Said AlDailami

Die zum Jahreswechsel 2010/11 im gesamten arabischen Raum einsetzende Protestbewegung wurzelt in massiver politischer und ökonomischer Unzufriedenheit, die über Jahrzehnte gewachsen ist und insbesondere von perspektivlosen städtischen Jugendlichen auf die Straßen getragen wurde. Hinzu tritt eine zunehmende Frustration über jahrzehntelange Marginalisierung und Fremdbestimmung des arabischen Raums. Globale Einflussfaktoren wie z. B. hohe Getreidepreise heizten die Proteste an. Aus den Reihen der Protagonisten des Arabischen Erwachens sind Reformkräfte hervorgegangen, die zu wichtigen politischen Akteuren innerhalb der Transformationsstaaten geworden sind. Sie ringen mit den weiterhin mächtigen alten Eliten (Bürokratie, Armee, Wirtschaft) um die politische Macht. Zusätzlich konkurrieren dieses relativ homogene Lager der restaurativen Kräfte und das heterogene Lager der Reformkräfte um Akzeptanz und Unterstützung durch regionale und globale Einflussmächte. Eben dieser externe Beistand kann wiederum zum entscheidenden Faktor im innenpolitischen Machtkampf werden.

Der Umbruch in den einzelnen arabischen Staaten findet folglich nicht isoliert statt, sondern wird von erheblicher externer Einflussnahme begleitet. Seit Jahrzehnten suchen globale Mächte ihre Interessen in dem geostrategisch bedeutenden Raum durchzusetzen. Auch der Arabische Kalte Krieg zwischen den verschiedenen Regionalmächten hat mit der Wende von 2010/11 nicht aufgehört, sondern ist in eine neue Phase getreten.

Westliche Demokratieunterstützung und die Förderung ziviler Protestformen und moderner Kommunikationsmedien haben liberale Bewegungen beeinflusst, geformt und zu ihrem Erfolg in Tunesien, Ägypten und anderen Staaten beigetragen. Die USA und westeuropäische Staaten verfügen damit über politisches Kapital, ohne die Akteure vor Ort freilich kontrollieren oder steuern zu können. Das Beispiel Ägypten zeigt weit verbreitetes Misstrauen gegenüber externer Einmischung vor dem Hintergrund geschichtlicher Erfahrungen.

Auch islamistische Bewegungen haben von langjähriger politischer und finanzieller Unterstützung durch externe Förderer profitiert, insbesondere von Seiten Saudi-Arabiens, Katars sowie des Irans. Unter dem Vorzeichen panislamischer Solidarität suchen diese Staaten, ebenso wie westliche Einflussmächte, eigene Interessen durchzusetzen.

Externe Einmischung erfolgt nicht nur mittels Geld und Ideen. Auch „hard power“ wird eingesetzt. So haben die USA und ihre Verbündeten ein Jahrzehnt lang Pläne für ein militärisches Eingreifen in Syrien und im Iran entwickelt und dort verdeckte Operationen durchgeführt. Schon bald nach dem Beginn der Protestbewegung nutzten sie in Libyen die Gelegenheit zum Regimewechsel durch militärische Unterstützung der Rebellen.

Seit 2003 ist der Irak Schauplatz eines Stellvertreterkriegs zwischen der sunnitischen Regionalmacht Saudi-Arabien und der schiitischen Regionalmacht Iran. Insbesondere Saudi-Arabien heizt den Anti-Schiismus an, aus wahabitischer Überzeugung, als Mittel zur Schwächung des geopolitischen Rivalen Iran wie auch zur Ablenkung von seiner engen Kooperation mit den USA und Israel. Der saudisch / iranische Gegensatz prägt auch den 2011 in Syrien ausgebrochenen Konflikt und hat dort zu einem weiteren Stellvertreterkrieg geführt. Der aus dem syrischen Volk kommende Wunsch nach politischen Reformen wurde umgehend von externer politischer und militärischer Einmischung überlagert und in den Hintergrund gedrängt. Zur Mobilisierung der jeweiligen Klientelgruppen dienen die ethnischen und religiösen Gruppenidentitäten (Araber vs. Kurden, Sunniten vs. Alawiten, Schiiten, Drusen, Christen). Auch im Jemen tobt seit den Umbrüchen im Jahr 2011 ein Stellvertreterkrieg zwischen wahabitisch / salafistischen Gruppen auf sunnitischer Seite und schiitischen Rebellen, dessen Drahtzieher und maßgebliche Antreiber in Saudi-Arabien bzw. Iran sitzen.

Angesichts des Bedeutungsverlusts von Ideologien, des aufgrund changierender Loyalitäten brüchigen Nationalbewusstseins in den jungen Staaten sowie der miserablen ökonomischen Situation weiter Bevölkerungsteile hat der Rückzug auf die Gruppenidentität stark zugenommen. In multiethnischen und multikonfessionellen Staaten wie Syrien, dem Irak oder Libanon hat die Mobilisierung von Gruppenidentitäten enorme Sprengkraft. Je länger der Krieg in Syrien andauert, desto mehr werden „ethnische Säuberungen“ und territoriale Parzellierungen zunehmen. Diese Entwicklung könnte schließlich die gesamte Levante erfassen. Im Arabischen Umbruch verlaufen die regionalen Konfliktlinien zwischen drei Lagern:

- den von Saudi-Arabien angeführten Status-quo-Mächten (mit Israel als inoffiziell Mitglied) im Verbund mit den alten Eliten und „unpolitischen“ salafistischen Bewegungen in den Transformationsstaaten,
- der vom Iran angeführten „Achse des Widerstands“ im Verbund mit antiwestlichen schiitischen und sunnitischen Organisationen und
- der von den ehrgeizigen Regionalmächten Türkei und Katar angeführten zweiten sunnitischen Achse im Verbund mit Muslimbrüdern und verwandten Bewegungen.

Tonangebend im Nahen und Mittleren Osten sind derzeit nichtarabische Regionalmächte. Es sind vor allem Israel, Iran und Türkei, die zusammen mit den globalen Mächten in der Region mit ordnungspolitischem Anspruch auftreten und mit- bzw. gegeneinander um Einfluss streiten. Die klassischen arabischen Führungsmächte, Ägypten und Syrien, haben bereits im Zeitraum 1980 bis 2011 schrittweise ihre Führungsrolle eingebüßt und sind durch die Entwicklungen infolge des Arabischen Umbruchs noch schwächer geworden. Bei der Neuordnung der arabischen Welt scheinen lediglich zwei arabische Staaten den Transformationsprozess beeinflussen zu können: Saudi-Arabien und der Emporkömmling Katar.

Was die innenpolitischen Akteure betrifft, so fällt vor allem auf, dass die nichtislamistischen Reformkräfte kurz- bis mittelfristig eher eine nachrangige Rolle bei der Transformation ihrer Gesellschaften spielen werden. Sie sind schlecht organisiert, zerstritten und haben keinen Mentor in der Region. Selbst vom ideologisch nahestehenden, westlichen Lager werden sie nur halbherzig unterstützt, da es gleichzeitig die islamistischen Reformkräfte umwirbt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sie im Arabischen Umbruch bislang einen untergeordneten Rang einnehmen.

In einer tendenziell sich multipolar entwickelnden Welt werden die USA künftig nicht mehr die bestimmende Supermacht sein, aber dennoch die wichtigste globale Einflussmacht bleiben. Unter Führung von Präsident Obama pendelt Washington zwischen Rücksichtnahme auf die von Saudi-Arabien angeführten Status-quo-Mächte und einer Unterstützung der neuen sunnitischen Achse Türkei / Katar / Muslimbrüder. Diese Dichotomie manifestiert sich in unterschiedlichen regionalen Schwerpunktsetzungen: Am Golf garantieren die USA die Sicherheit ihrer Verbündeten und sind daher bereit gewesen, den saudischen Einmarsch in Bahrain zur Niederhaltung der Reformbewegung zu tolerieren. Hingegen stellten sie sich in Nordafrika auf die Seite der von der Türkei und Katar unterstützten Protestbewegung, in Libyen unterstützten sie die Rebellen sogar militärisch. Präsident Obama ist jedoch bemüht, das Engagement der USA zu begrenzen, „von hinten zu führen“ und europäischen Allianzpartnern wie Frankreich und Großbritannien bzw. regionalen Partnern die Führungsrolle zu überlassen.

Bemerkenswert ist das Umwerben islamistischer Kräfte durch Washington. Dabei ist offen, ob es sich um eine taktische oder um eine strategische Option handelt. Die ohne US-amerikanisches Einverständnis sicher nicht mögliche Entmachtung der Muslimbrüder in Ägypten Mitte 2013 könnte darauf hindeuten, dass sich die USA kurzfristig mit einem Machtgewinn islamistischer Reformkräfte abfanden, langfristig jedoch auf ihre „Entzauberung“ in der Regierungsverantwortung hofften und bewusst auf ihr Scheitern hinarbeiteten. Dieser Interpretation folgend, würden die USA weiterhin primär auf Stabilitätswahrung und auf die bewährte Allianz

mit den Status-quo-Mächten setzen. Für begrenzte politische Reformen würden sich die USA offen zeigen, solange die Golfstaaten dadurch nicht negativ tangiert würden.

Alternativ ist vorstellbar, dass die USA aus strategischen Erwägungen eine langfristige Allianz mit islamistischen Kräften anstreben. Denn es sind potenzielle politische und ökonomische Partner, die aufgrund ihres großen Rückhalts in der Bevölkerung Stabilität garantieren können und lediglich nach türkischem Vorbild prozessual entradikalisiert werden müssen. Eine solche Ausrichtung der US-Politik wäre insbesondere dann von Vorteil, wenn die USA und der Iran auf ein weitreichendes Arrangement zusteuern. Anders als die von Saudi-Arabien unterstützten Salafisten sind die Muslimbrüder nicht prinzipiell schiitenfeindlich. Die neue Ordnung des Nahen Ostens würde dann auf den Eckpfeilern USA / Türkei / Katar / Iran sowie kooperationsbereiten islamistischen Regierungen in den arabischen Staaten ruhen. Eine solche Ausrichtung der US-Politik würde auch die erwartbar rückläufige Bedeutung der Golfstaaten als Energielieferanten für die USA widerspiegeln. Vor einem Arrangement zwischen den USA und dem Iran müssten jedoch in beiden Ländern noch erhebliche innenpolitische Widerstände überwunden werden. Auch würden Saudi-Arabien und Israel sicherlich versuchen, eine solches „reversement des alliances“ z. B. durch eine Ausdehnung der Bürgerkriege in Syrien und Irak auf den Libanon und Iran zu torpedieren und auf eine Eskalation der sunnitisch-schiitischen Konfrontation überall in der arabischen Welt hinzuwirken.

In Syrien ist offen, ob die USA und ihre westlichen Verbündeten den Sturz Assads anstrebten und davon erst Abstand nahmen, als die Rebellen zunehmend von Jihadisten dominiert wurden, oder ob sie von Anfang an die Oppositionskräfte nur bedingt unterstützten, um Assad zwar zu schwächen, ihn aber an der Macht zu halten. Letztere Option würde auf eine „divide et impera“-Strategie hindeuten, die viele Araber als Hauptmotiv westlicher Nahost-Politik zu erkennen glauben. Ziel sei es demnach, die Araber gegeneinander auszuspielen und schwach zu halten, so dass die Sicherheit Israels und der westliche Zugang zu den Energiereserven nicht in Frage gestellt werden können. Auch die zwischen dem Status-quo-Lager und der Achse Türkei / Katar / Muslimbrüder oszillierende Politik der Obama-Regierung könnte nach dieser Lesart als „divide et impera“ interpretiert werden.

Natürlich ist bei allen diesen Betrachtungen zu berücksichtigen, dass in Washington unterschiedliche Denkschulen und Interessengruppen um Einfluss ringen. Die künftige Ausrichtung der US-Politik im arabischen Raum wird auch maßgeblich davon abhängen, welche der Denkschulen (pro Status quo, pro gemäßigte Islamisten, pro liberale Kräfte, pro „divide et impera“) sich durchsetzen wird.

Die militärische Intervention in Libyen zeigte paradigmatisch auf, wie zerstritten die EU ist. Eine aktive und von nationalen Interessen bestimmte Politik im arabischen Raum betreiben die früheren Mandatsmächte Frankreich und Großbritannien. Sie kooperieren eng mit den USA, nutzen aber auch Gelegenheiten, um als deren Konkurrenten zu agieren. Die EU als Ganzes wird ihr Gewicht nur unter nichtstrittigen Umständen einbringen können. Gefragt ist vor allem ihre „soft power“, d. h. finanzielle Hilfen, Handelserleichterungen und fachliche Reformunterstützung (Militär, Polizei, Justiz, Verwaltung).

Russland und China tendieren aus Furcht vor einer Zunahme des globalen Islamismus und Jihadismus zu den Status-quo-Mächten, im Sonderfall Syrien zur Achse des Widerstands. Aus grundlegenden Erwägungen sind sie zudem bemüht, das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten zu verteidigen, weswegen sie in Syrien durch VN-Mandat ermächtigte Militärinterventionen bisher grundsätzlich blockiert haben. Beide Staaten beanspruchen ein Mitspracherecht bei der Neuordnung des arabischen Raumes und suchen ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Dabei erweist sich insbesondere China als besonders flexibel.

Das Jahr 2013 brachte eine erste Zäsur im arabischen Transformationsprozess. Das von Saudi-Arabien angeführte Status-quo-Lager stoppte in Ägypten den Aufstieg der Muslimbrüder und versetzte damit den ehrgeizigen Plänen ihrer Mentoren Türkei, Katar und USA einen Dämpfer. Andererseits behauptete sich im syrischen Bürgerkrieg wider Erwarten die von Iran dominierte Achse des Widerstands. Als Folge ist eine vorsichtige Annäherung zwischen Türkei / Katar und Iran, möglicherweise auch zwischen Muslimbrüdern und Iran, zu beobachten.

Das Status-quo-Lager sieht sich derzeit in einer starken Position, zumal es das hochgerüstetste und bevölkerungsreichste arabische Land Ägypten unter seinen Einfluss gebracht hat und neue Allianzen schmiedet (z. B. mit Israel und Pakistan). Doch ist fraglich, ob der politisch und ökonomisch fragile Nilstaat zu innerer Stabilität finden wird. Offen ist auch, wie sich die Lage in den Golfstaaten mittelfristig entwickeln wird. Konfessionelle Gegensätze, ökonomische Ungleichheit, hohe Arbeitslosigkeit, ein anhaltend hohes Bevölkerungswachstum, Überalterung der Führung, politische Unzufriedenheit in der aufstrebenden Mittelklasse und mittelfristiger Rückgang der Energieeinnahmen werden gerade Saudi-Arabien in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen. Auch die bislang noch ruhigen Golfstaaten könnten mittelfristig von Protestbewegungen erschüttert werden.

Israel setzt auf seine militärische Stärke und gibt sich im Nahostfriedensprozess unnachgiebig, doch könnte ein Überschwappen des syrischen Bürgerkriegs oder eine dritte Intifada das regional isolierte Land zu einer Neubestimmung seiner Politik zwingen. Ein alternatives Szenario

wäre eine gut organisierte, friedliche Protestbewegung der Palästinenser an seinen Grenzen. Sollte es ihr gelingen, in Israel lebende Araber auf ihre Seite zu ziehen, würde Israel dadurch politisch erheblich unter Druck geraten.

Offen ist die weitere Entwicklung in Syrien, einem Schlüsselland in der Mitte der arabischen Welt. Militärisch herrscht ein Patt. Weder kann Assad die Oppositionskräfte landesweit besiegen noch können ihn die zerstrittenen Rebellen stürzen. Wenn sich die globalen und regionalen Einflussmächte auf eine Kompromisslösung verständigten und entsprechenden Druck auf ihre innersyrischen Verbündeten ausübten, könnte der Konflikt beendet werden und das Exempel Syrien vielleicht zum Vorbild für eine neue Ordnung in der Region werden. Wenn der Bürgerkrieg allerdings kein Ende nimmt, wovon derzeit ausgegangen werden muss, droht eine fortschreitende Entgrenzung und eine Destabilisierung der gesamten Levante mit unabsehbaren Folgen. Möglicherweise setzen externe Einflussmächte sogar auf ein „creative chaos“ in der Region in der Hoffnung, davon profitieren zu können. Nachhaltige politische Reformen und eine neue Friedensordnung wären dann im arabischen Raum auf absehbare Zeit nicht vorstellbar.

Autoren

Dr. Said AlDailami

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Theologie und Ethik an der Universität der Bundeswehr München und Leiter der Forschungsstelle „Militärische Berufsethik“

Dr. Martin Pabst

Selbständiger Politikwissenschaftler, Büro Forschung & Politikberatung, München; stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Landesverband Bayern

